REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 336 · 18.11.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 54 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Gericht urteilt: Antifaschismus ist undeutsch
2. Dokumentation: Presseerklärung des Auschwitz- Komitees zur Verschiebung der Aktionärsversammlung der "IG Farben in Abwicklung"
3. Dokumentation. Bündnis gegen IG Farben: Aktionen bei IG Farben-Versammlung
4. Zweiter Anlauf. IG Farben tagt Ende November
5. "Ungeheure Haßgefühle". Deutsche und Roma im Hamburger Karolinenviertel
6. Dokumentation: Eskalation im Karolinenviertel. RCU befürchtet weitere Konflikte. Gespräch mit Politikern verlangt
7. Flucht im neuen Deutschland. Neumünster - Greifswald - Neumünster - Norderstedt - ???
8. Dokumentation: "Wir hatten Angst - von Anfang an." Presseerklärung der Flüchtlinge aus Greifswald, 10.11.91
9. Menschen sind keine Versuchskaninchen. Die Flüchtlinge aus Greifswald müssen hierbleiben
10. Deutschland ist ausländerfreundlich
11. Es bleibt dabei - der Feind steht links!
12. Theorien über Rassismus Eine Vorstellung neuerer Texte
13. Dokumentation: Der 9. November 1938, der 9. November 1991 und Hoyerswerda (Flugblatt von Hamburger Linken)
14. 9.11. Hamburg: Eine Demonstration
15. Alle gegen AusländerInnenfeindlichkeit? Betrachtungen zu den Aktionen am 9. November
16. Mach dir mal "nen schönen Nachmittag, geh" zur Demo! Die Großdemonstration gegen Fremdenhaß in Berlin
17. Dokumentation. DKP-Sprecherin Helga Rosenberg zur Asylpolitik
18. Keinen Fußbreit den Faschisten! Stadionverbot für ausländerfeindliche Parolen bei St. Pauli
19. Die bisherigen Verbote von Nazigruppen
20. VS "entdeckt" zwei kriminelle Nazibanden. Kommen nun Verbote?
21. Geringfügige Anklage und milde Urteile. Rassistischer Terror gegen Flüchtlinge bleibt ungestraft
22. Antifaschistischer Ratschlag in Dresden. Versuche einer Ost-West-Annäherung in der Antifa-Arbeit
23. Faschistenaufmarsch am 9.11. Kopfloses Haudrauf. Anmerkungen zu Halle
24. Friede in Kambodscha - oder neuer Weg in die "Killing fields"?
25. Die Dialogpolitik der Guerilla in Guatemala
26. Die EG auf dem Weg zur Politischen Union. Teil 1: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
27. Georgien 1991: Eingeklemmt zwischen "Monarchie" und "Theokratie"
28. Ungarn, CSFR, Bulgarien, Rumänien: Heimkehr nach Europa - Hannes Hofbauer
29. Selbstbestimmung, oder was sonst?
30. Geheimer Waffenexport nach Israel. Ein "branchenüblicher Vorgang"
31. Rache für Nürnberg. Überlegungen anläßlich des Mauerschützenprozesses
32. Ralf und Knud: Seit dreieinhalb Monaten im Knast. Solidarität gegen Konstrukte
33. Hafenstraße gekündigt. Das letzte Urteil?
34. Aufrufe gegen den Krieg sind strafbar Von Jochen Gester
35. "Herr P. und die Bombe". Eine Buchbesprechung
36. 20 Jahre ami. Jubiläum der "antimilitarismus information"
37. Überlegungen zu den "Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS" - H. Eckhoff, C. Gohde, U. Jelpke, Knut Mellenthin
38. Dokumentation: Für radikale Reformen. Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS - André Brie, Helmut Holter, Lothar Bisky u.a.
39. Abschied von der PDS?

40. Der Einzelne und das Ganze Anmerkungen zur Stasi-Konferenz der PDS
41. PDS-Italien: Eine erste Bilanz
42. Moderne Hexenjagd. Carlo Ginzburgs Buch zum Fall Sofri
43. Vier Frauen im Pub (Interview zum britischen Film "Dream on")
44. Neuer Wein in alten Schläuchen. Replik auf "Metropolen(gedanken) & Revolution" (AK 333)
45. Einige Anmerkungen. - Betr.: Die Stunde der Trotzkisten (AK 335)
46. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen
47. Wolf reißt Schaf. Das Biermann-Anderson-Drama
48. Büro der Gruppe K
49. EG-Streit um Außen- und Militärpolitik
50. Heimkehr nach Europa?
51. Flüchtlinge organisieren Widerstand
52. PDS: "Radikale Reform" oder "fundamentalistische Pose"?
53. Faschisten geschont
54. Selbstbestimmungsrecht?

1. Gericht urteilt: Antifaschismus ist undeutsch

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/undeu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:undeu

1944, der Krieg war schon entschieden, wurde ein Angehöriger der deutschen Wehrmacht in Polen gefangengenommen. Er ließ sich in der Gefangenschaft überzeugen, als Freiwilliger in die polnische Exiltruppe einzutreten. Diese kämpften sowohl auf Seiten der westlichen Alliierten, als auch auf Seiten der Roten Armee gegen die Nazi-Wehrmacht.

1991 beantragt sein Sohn, Pole "deutscher Abstammung", einen Vertriebenenausweis. Ein Vorgang, der dieser Tage tausendfach befürwortet wird, weil dieser Staat auf die "Blutsbande" als verbindend für "deutsches Volkstum" nicht verzichten will. Doch dieser Mann, deutscher "Abkömmling" nach Artikel 116 des Grundgesetzes, weil auf dem Gebiet Deutschlands in den Grenzen von 1937 lebend, darf kein Deutscher sein. Der Einsatz seines Vaters auf polnisch-alliierter Seite sei ein "Bekenntnis gegen das deutsche Volkstum" gewesen, denn Volkszugehörigkeit setze auch ein inneres Bekenntnis voraus, resümiert das Oberverwaltungsgericht Koblenz. Was lehrt uns das Gericht? Deutsches Blut ist gut, aber nur bei dem, der die faschistischen Kriegsziele verinnerlicht hat. Als abgetauchter und wieder aufgetauchter SS-Mann oder KZ-Wächter wäre sein inneres Bekenntnis anerkannt deutsch und sein Blut rein gewesen. Es gibt kein gegenteiliges Gerichtsurteil.

2. Dokumentation: Presseerklärung des Auschwitz-Komitees zur Verschiebung der Aktionärsversammlung der "IG Farben in Abwicklung"

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:39

Mit Genugtuung haben wir von der Kündigung des Mietvertrages für die am 30.8.91 geplante Aktionärsversammlung der IG Farben in Abwicklung durch die Frankfurter Messe GmbH Kenntnis genommen.

Bereits seit Mai des Jahres hatten wir gegen diese geplante Versammlung protestiert und mit mehreren anderen Organisationen zu Aktionen dagegen aufgerufen.

Die diesjährige Aktionärsversammlung der IG Farben in Abwicklung sollte im "Saal Europa" des Frankfurter Messegeländes stattfinden - einem Gelände, das neben anderen ab 1941 als Sammelplatz für die Deportation Frankfurter Juden nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager benutzt wurde.

Die Absage der Messe GmbH spricht für die Erkenntnisfähigkeit des Frankfurter Magistrats, bezieht sich zwar nur auf den Ort der geplanten Versammlung, womit ein Zusammenhang zwischen IG Farben in Abwicklung und Auschwitz jedoch zugegeben wird. Auschwitz.

Wir sind keineswegs der Meinung, daß das ausreicht!

Ohne die IG Farben waren weder der zweite Weltkrieg noch die Vernichtung der europäischen Juden möglich : die IG Farben haben durch finanzielle Unterstützung in Millionenhöhe die NSDAP mit an die Macht gebracht und an der Macht erhalten; der Konzern war eine der Hauptstützen für das Aufrüstungsprogramm der Kriegsmaschinerie der Wehrmacht, weitgehend in Monopolstellung; für die IG Farben Tochterfirma BAYER wurden pharmazeutische Menschenversuche durchgeführt; unter Kontrolle der IG Farben produzierte die Firma Degesch das Zyklon B und lieferte es im Wissen um dessen Verwendung in die Vernichtungslager; in Monowitz errichteten die IG Farben ein Werk als Außenlager von Auschwitz, in dem allein ungefähr 30.000 Häftlinge durch das Programm "Vernichtung durch Arbeit" ermordet wurden ...

1945 befahl der alliierte Kontrollrat die Auflösung des Konzerns als einen der Hauptkriegsverbrecher. Führende IG Farben-Manager wurden wegen Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

1952 wurden die IG Farben in Abwicklung als Liquidationsgesellschaft gegründet, um die "Ansprüche der Vermögensanteile im Ausland, vor allem der DDR", zu regeln und sich anschließend aufzulösen. Eine weitere Aufgabe sollte die "Klärung von Schadensersatzforderungen" von Opfern des NS-Konzerns sein. Während die letzte Aufgabe weitestgehend unerfüllt blieb, hat sich das Vermögen der IG Farben in Abwicklung bis heute stetig vermehrt.

Die IG Farben in Abwicklung existiert aber heute noch. Es war ein Bewahren und keine Liquidation!

Sie behinderte und verzögerte Ansprüche und Entschädigungen an Überlebende und betreibt gleichzeitig die Aufrechterhaltung von revanchistischen Ansprüchen auf enteignete Firmen und Gelände in der ehemaligen DDR.

Von der noch 1989 auf der Aktionärsversammlung anvisierten endgültigen Auflösung der IG Farben in Abwicklung im Jahr 1992 "wegen Unwiederbringlichkeit des ehemaligen IG Farben-Vermögens" ist heute, nach dem Anschluß der neuen Bundesländer, keine Rede mehr.

Wir halten allein die Tatsache, daß die IG Farben in Abwicklung noch existiert, Aktionärsversammlungen abhalten kann und sich nicht scheut, ihren alten Besitz zurückzufordernm für eine Verhöhnung der Opfer und derer, die bis heute auf Entschädigung warten.

Wir fordern weiterhin die sofortige Liquidierung der IG Farben und ihrer Nachfolgeorganisationen.

Wir fordern die Verwendung des Vermögens zur Entschädigung der noch lebenden Opfer und zur Erhaltung der Gedenkstätten an die in Auschwitz und anderen deutschen Konzentrationslagern Ermordeten.

Wir rufen zu weiteren Protestaktionen gegen die für Oktober an einem anderen Ort geplante Aktionärsversammlung auf.

Auschwitz-Komitee in der BRD

Hamburg, den 27.8.91

3. Dokumentation. Bündnis gegen IG Farben: Aktionen bei IG Farben-Versammlung

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:38

Das Bündnis gegen IG Farben wird die angekündigte Hauptversammlung der IG Farben AG i.A. am 29.11.91 im Steigenberger-Hotel Frankfurter Hof mit politischen Aktionen begleiten.

Kritische AktionärInnen der IG Farben AG i.A. werden auf der Versammlung den Antrag auf endgültige Auflösung des Unternehmens gemäß Beschluß des Alliierten Kontrollrates vom 5.7.1945 stellen. Geplant sind weiter:

· Redebeiträge auf der Aktionärsversammlung von

- Hans Frankenthal, Dortmund, ehemaliger Zwangsarbeiter der IG Farben in Auschwitz,

Vorstandsmitglied des Auschwitz-Komitees

- Beate Klarsfeld, Paris, Journalistin (angefragt)

· eine Pressekonferenz der IG Farben-GegnerInnen am 29.11.91, 13.00 Uhr im Frankfurter Hof (der Sitzungsraum wird kurzfristig mitgeteilt) u.a. mit

- Hans Frankenthal (Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik)

- Peter Gingold (VVN/BdA, Frankfurt)

- Dieter Hooge (DGB-Vorsitzender, Kreis Frankfurt)

· eine öffentliche Kundgebung vor dem Hotel Frankfurter Hof

· eine Begrüßung der IG-Farben-AktionärInnen durch die Kundgebung vor dem Hotel.

Das Bündnis gegen IG Farben unterstreicht mit diesen Aktionen seine Forderung nach endgültiger Auflösung des ehemaligen reichs-deutschen Chemie- Konzerns, der Hitler maßgeblich mitfinanziert hat, das Zyklon B für den industriellen Massenmord der deutschen Faschisten lieferte und ohne den der Holocaust am jüdischen Volk nicht möglich gewesen wäre.

Wir fordern die Entschädigung der Opfer und ihrer Hinterbliebenen mit dem IG Farben-Vermögen. Außerdem müssen aus dem Vermögen Gelder zur Verfügung gestellt werden zur Pflege und Erhaltung der Gedenkstätten von Vernichtungslagern.

Die IG Farben i.A. verstößt nicht nur seit 45 Jahren gegen den Liquidationsauftrag, sondern ist im Begriff, erneut in großem Stil in Richtung Ostdeutschland und -europa zu expandieren. Auf der Tagesordnung der Hauptversammlung am 29.11. stehen u.a. die Änderung des Firmennamens sowie des Unternehmenszwecks.

Beides soll der Wiedererlangung von Grundbesitz und Industrieanlagen im Osten dienen. Alleine die Realisierung von Besitzansprüchen auf Grund und Boden würde die IG Farben mit einem Schlag zur größten Grundstückseigentümerin der ehemaligen DDR werden lassen.

Angesichts der unsäglichen Verbrechen der IG Farben halten wir ihre Weiterexistenz für einen politischen und moralischen Skandal erster Ordnung.

Dem Bündnis gegen IG Farben gehören u.a. an:

Auschwitzkomitee in der BRD / Arbeitskreis gegen den Kurdenprozeß, Frankfurt / Kritische AktionärInnen, Frankfurt / SchülerInnengruppe gegen Faschismus und Krieg, Frankfurt / VVN - Bund der Antifaschisten, Landesverband Hessen/ Die Grünen im Umlandverband (UVF) / sowie Einzelpersonen

Kontakt c/o DIE GRÜNEN im UVF, Am Hauptbahnhof 18, 6000 Ffm 1, Tel. 23 11 93

4. Zweiter Anlauf. IG Farben tagt Ende November

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:37

Aktionärsversammlung der IG Farben in Abwicklung zum Zweiten

Aufmerksame AK-LeserInnen werden sich erinnern: für den August des Jahres war die alljährliche Aktionärsversammlung der IG Farben i.A. geplant gewesen und aufgrund von Protesten kurzfristig abgesagt worden (ak 333, 26.8.91). Die Frankfurter Messe GmbH hatte aufgrund von Empfehlungen des Frankfurter Magistrates und des Oberbürgermeisters Andreas von Schoeler (dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Messe-GmbH) , die Damen und Herren AktionärInnen schlichtweg wieder ausgeladen. Offizielle Begründung des bislang einmaligen Vorgangs: Zu erwartende Unruhen durch die angekündigten Proteste verschiedener Organisationen (bundesweites Auschwitz-Komitee, Frankfurter Grüne, DGB Frankfurt u.v.a.). Die Festhalle, in der die Aktionärsversammlung im August 1991 stattfinden sollte, war im Jahre 1941 eine der drei "Sammelstellen" gewesen, von denen Frankfurter Juden nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager deportiert wurden.

Interessanterweise reagierte die bundesdeutsche Presse - vor allem auf den Wirtschaftsseiten - keineswegs beschwichtigend auf die für den Konzern hochpeinliche Angelegenheit der außerordentlichen Verschiebung einer angekündigten Aktionärsversammlung. Von "Süddeutscher Zeitung" bis "Neues Deutschland" wurde Geschichtsträchtiges hervorgeholt: das Zyklon B in den Gaskammern der Vernichtungslager, die Errichtung eines IG Farben-Werkes in Auschwitz-Monowitz und der bis heute nicht eingelöste alliierte Kontrollratsbeschluß, den wichtigsten NS-Konzern zu entflechten und die Vermögenswerte endgültig aufzulösen, zu liquidieren.

Die diesjährige Aktionärsversammlung des Konzerns hat eine besondere Bedeutung: die IG Farben wollen sich umbenennen in "IG Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft in Abwicklung". Mit dem Umbenennungs-Plan versuchen die IG Farben die Verbindungslinie zu den NS-Verbrechen des Konzerns zu verleugnen. Vor allem aber sollen die in heutigen Zeiten wieder realisierbaren Ansprüche auf in der ehemaligen DDR enteignetes Eigentum und Grundstücke erhoben werden.

Der Konzern ließ in schamlosester Weise auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sondieren, wo es Ex-Eigentum und "Arbeitsplätze zu retten" gibt. Die IG Farben wären einer der größten Grundstücksbesitzer in "Mitteldeutschland" (Konzernbeauftragter Vollmann auf der Aktionärsversammlung im August 1990), wenn nach Ansprüchen aus dem Faschismus gerechnet wird.

In der "Wirtschaftswoche" vom 31.8.1990 hieß es demgemäß: "Geld für Konfiskationen - Aktionäre des einstigen Chemie-Riesen entdecken das Ostvermögen wieder . Mögliche Entschädigungen locken." Untertitel: " IG Farben: Statt Liquidation Bestandsaufnahme in der DDR."

Laut IG Farben geht es um satte ca. 100 Millionen Quadratmeter, davon 13, 5 Millionen bebaut; dazu kommen 51 Millionen Quadratmeter ehemaliger Tochterunternehmen. Die IG Farben berufen sich auf Buchwerte vom 31. 12. 1944, welche ca. 1 Milliarde Reichsmark betrugen. Das ist der offizielle Anspruch des Konzerns heute. (1)

Sowohl diese Berechnungen als auch die Notierung der Börsenkurse werden bis heute bei IG Farben (als einziger Aktie) in Reichsmark vorgenommen; ein perfides Kuriosum, daß den juristischen Hintergrund einer "Abwicklungsgesellschaft" eines NS-Konzerns hat, die keine neuen Geschäfte mehr tätigen darf - denn eigentlich sollte es nach Beschluß der Allierten keine Erben dieses Kriegsverbrecherkonzerns mehr geben.

Ansprüche jedoch werden heute erhoben auf u.a.: die Leuna-Werke, die Buna-Werke, die Alluminiumwerke Bitterfeld und zahlreiche Verkaufsniederlassungen, Bergbaubetriebe und Grundstücke. (2)

"Auf der letzten Hauptversammlung der IG Farben i.A., Ende August in Frankfurt/M, war von einem vorläufig ermittelten Gesamtgrundstücksvermögen in Höhe von mehr als 150.000 Hektar in der früheren DDR berichtet worden.(...) Die angemeldeten vermögensrechtlichen Ansprüche beruhten auf Akten aus den Jahren 1936 bis 1945 aus dem IG Farben-Archiv...", schrieb das Hamburger Abendblatt am 15.10.1990.

Durch die Annexion der DDR und der damit verbundenen oder wenigstens zeitlich zusammenhängenden Schamlosigkeit, mit der selbst mit den Opfern des Nationalsozialismus umgegangen wird (z.B. die Kürzung der "Ehrenrenten" in der Ex- DDR) werden Entwicklungen vorstellbar, die vor einigen Jahren als Schwarzmalerei abgetan worden wären. Wer könnte heute ernsthaft ausschließen, daß IG Farben auf dem Gebiet Polens, in Auschwitz und Umgebung, versucht "Arbeitsplätze zu retten" oder bald die IG Farben-Werkswohnungen als Immobilienobjekt in Auschwitz vermietet werden?

Auch der Konzern i.A. hat sich nicht träumen lassen, daß Anfang der neunziger Jahre große Zeiten für Kriegsgewinnler anbrechen. Noch 1988 wurde auf der Aktionärsversammlung beschlossen, sich 1992 doch nun wirklich und endgültig aufzulösen, weil keine Perspektive im Hinblick auf die "unklaren Vermögenswerte" (vor allem in den RGW-Staaten) in Sicht sei.

Die Zeiten haben sich geändert

Nach der IG Farben-Aktionärsversammlung 1990 schrieb die FAZ:

"Außerdem stehen möglicherweise Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge zur Debatte, die vor allem aus dem Vernichtungslager Auschwitz kamen. Diese Beschäftigten seien jedoch dem Chemie-Konzern zwangsweise zugewiesen worden, systematische Rechtsverletzungen durch Angehörige der IG Farben nicht bekannt, erklärten die Liquidatoren zu diesem Punkt." (3)

Daß es keinen Zwang zur Übernahme von Zwangsarbeitern gab, sondern in Wirklichkeit zahlreiche Anforderungen der IG Farben selbst und sämtliche offiziellen Erklärungen dieses Konzerns dazu gelogen sind, wissen wir heute nach Jahrzehnten Auseinandersetzungen und Prozessen.

Um so wichtiger ist es, daß gegen die Aufrechterhaltung und Existenz dieser kriminellen Vereinigung Einspruch erhoben wird!

Das Frankfurter und bundesweite Bündnis gegen IG Farben hat mehrere Aktionen für die geplante Aktionärsversammlung am 29. November in Frankfurt angekündigt.

"Die politische Frage, ob das Gedenken als Lernen aus der Geschichte hierzulande noch einen anderen Ort als offizielle Feierstunden hat, mutet angesichts der deutschen Zustände fast irreal an. Sie hat nur dann einen Sinn, wenn die Orte des Gedenkens auch Orte der Opposition gegen diese Zustände sind." (T. Kunstreich, Vorstandsmitglied des Auschwitz-Komitees in der BRD, zum 9. November 1991).

Katja Leyrer, Florian Schmaltz

Anmerkungen:

1) Handelsblatt vom 3.9.1990 und Süddeutsche Zeitung vom 1.9.1990

2) Handesblatt 3.9.90

3) FAZ vom 23.10.1990

5. "Ungeheure Haßgefühle". Deutsche und Roma im Hamburger Karolinenviertel

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:14

Montag morgen um halb elf war der "Spiegel" im Karoviertel ausverkauft. Für die ungewöhnliche Nachfrage sorgte eine "Reportage" von Ariane Barth "über Konflikte mit Roma-Kindern im Hamburger Karolinenviertel". Das auffallend lange Machwerk - 25 Seiten, dazu 15 Fotos und 1 Stadtteilplan - bestätigt, was viele schon immer gewußt haben: Zigeuner sind aggressiv, klauen, handeln mit Drogen und passen nicht in die zivilisierte Welt. Der Zentralrat deutscher Sinti und Roma wandte sich wegen dieses verdeckten "Aufrufs zur Gewalt" mit einer Beschwerde an den Presserat. Deutsche und ausländische BewohnerInnen des Karolinenviertels engagieren sich gegen den "hetzerisch verzerrenden, rassistisch gefärbten Artikel" und "für eine internationale Nachbarschaft".

Der Ruf der vierten Gewalt wurde gehört. Seit dem Erscheinen der "Spiegel"-Story zeigt der Staat wieder Flagge im unregierbaren Karoviertel. Bei einer Razzia im "Cafe Oriental" erbeuteten Beamte der berüchtigten Revierwache 16 "ein Klümpchen Haschisch" ("taz", 2.11.91), nahmen neun Roma fest und schleppten sie in Handschellen zur Wache. Ein Roma gab später an, im Revier 16 zusammengeschlagen worden zu sein. Fast täglich greifen Uniformierte und Zivis Roma-Kindern in die Jackentaschen und befingern darin befindliche Marlboro-Schachteln und Kaugummipackungen. Zweifellos Diebesgut, wie die Beamten zu verstehen geben; leider ist das nicht zu beweisen. Daß sie ihren Einsatz unter Ermittlungsgesichtspunkten für sinnlos halten, ist den Vertretern der Staatsmacht am Gesicht abzulesen. Ihr massives Auftreten dient vor allem dem Zweck, "das Sicherheitsgefühl des Bürgers zu stärken", wie es ein Polizeisprecher ausdrückte. Aber kann "der Bürger" sich sicher fühlen? Die vom "Spiegel" aufgelisteten Delikte wird es - im Karoviertel wie anderswo - auch weiterhin geben: Handtaschenraub, Drogenhandel, Ladendiebstahl, Wohnungseinbruch und Autoklau. Unter den Tätern wird es auch weiterhin viele Kinder und Jugendliche geben, welcher Nationalität auch immer, unter den Opfern vor allem Schwache und Wehrlose. Beides ist schlimm und nicht hinzunehmen. Daß im Fall der dreiundachtzigjährigen Rentnerin, der die Handtasche mit gerade noch 120 DM Sozialhilfe geraubt wurde, die Nachbarschaftshilfe funktioniert hat, ist ein schwacher Trost. Die Frau hat, berechtigt und nur allzu verständlich, Angst und traut sich bei Dunkelheit nicht mehr auf die Straße. Aber muß sie zur Chefanklägerin gegen eine ganze nationale Gruppe aufgebaut werden? "Zigeunerkinder" hat sie als Täter ausgemacht, entwertet diese Beobachtung aber durch die Bemerkung, daß "die alle gleich aussehen" (1). Angenommen, Roma-Kinder haben diesen Überfall begangen - was folgt daraus? Für eine nicht geringe Zahl von Karoviertel-BewohnerInnen Selbstschutz durch Bewaffnung. Eine sechsundfünfzigjährige Putzfrau "geht nur noch mit Hundepeitsche auf die Straße" und "erwägt die Anschaffung eines Pitbulls". Eine dreiundsiebzigjährige Hausfrau kauft sich "eine Gaspistole, allerdings ohne Patronen", ihre Schwester vertraut nicht mehr nur auf Abschreckung und trägt eine Spraydose mit sich herum, gefüllt mit "CS 3000 Reizgas Super defence".

Ruf nach Bürgerwehr?

Die Aufrüstung erfolgt - bislang - glücklicherweise ausschließlich individuell. Gewaltphantasien mag es auch unter jungen Linken geben. Die vom "Spiegel" sensationslüstern herbeigefürchtete "alternative" Bürgerwehr ist ein solches Phantasieprodukt. Der von Ariane Barth ausführlich zitierte Stadtteil-"Supermann" mit "Erfahrungen in Sicherheitsfragen" existiert vermutlich tatsächlich. Er scheint als Kind in den übermenschliche Kräfte verleihenden Zaubertrank gefallen zu sein: "Sein Glanzstück war, einen antifaschistischen Kongreß gegen eine aufgelaufene Phalanx von 120 Neonazis zu verteidigen." Reihenweise hätten ihn "nette pazifistische Leute" für die Gründung einer Bürgerwehr gewinnen wollen. Dazu sei es nur deshalb nicht gekommen, weil er "längst durchkalkuliert" habe, "was passieren würde, wenn er seine ‚Kollegas' aus der Antifa-Bewegung holen würde: ‚Dann fahren die Sippen von hier ins Krankenhaus ein. Aber Stunden später rücken die Zigeuner aus diesem Lager vom Stadtrand an ... Notfalls machen die Zigeuner einen Rundruf in der Bundesrepublik, und dann haben wir hier innerhalb von zwei Tagen die Hölle." Für diese haarsträubende Geschichte kann es eigentlich nur zwei Erklärungen geben. Entweder ist der erfahrenen Redakteurin die Unglaubwürdigkeit ihres Interviewpartners schlicht entgangen, weil sie das Ergebnis ihrer "Vor-Ort-Recherche" schon fertig im Kopf hatte. Oder sie hat sich, und das ist wohl wahrscheinlicher, die Story von

den "Antifa-Kollegas", die im Prinzip nichts dagegen haben, "Zigeuner" krankenhausreif zu schlagen, von vorne bis hinten ausgedacht.

Die zweifelhaften Quellen des "Spiegel"

Neben ihren meist namentlich genannten deutschen GesprächspartnerInnen greift Ariane Barth auf zwei weitere Quellen zurück. Zum einen auf die Aussagen der beschuldigten Roma-Kinder, die mit Beträgen zwischen 50 und 100 DM honoriert wurden. Angesichts des notorischen "Scheckheftjournalismus" der großen Presseorgane lächerliche Summen, für Kinder und Jugendliche aber kein Pappenstiel und zweifellos Anreiz, auch die erwartete Gegenleistung zu erbringen: Geschichten über selbst begangene oder zumindest mitangesehene Straftaten. Nimmt man die "redaktionelle Bearbeitung" hinzu, dann enthält die gedruckte Fassung der Kinderaussagen wohl annähernd gleich viel Dichtung wie Wahrheit.

Eine besonders dubiose Quelle ist ein angeblich "in unzähligen Exemplaren" kursierendes "Flugblatt anonymer Urheber", das in Wahrheit gezielt den Roma-Familien in die Briefkästen gesteckt und an eine Reihe von Pressevertretern verteilt wurde. Hier der im "Spiegel" veröffentlichte Wortlaut: "Sinti und Roma, wieviel zahlt man Euch für die ‚Entmietung' unseres Viertels? Warum verfolgt, beraubt, belästigt, bespuckt, bepinkelt (wirklich gesehen!) Ihr uns? Warum besonders gerne die Schwächeren, die Alten, die Kranken? Warum mißbraucht Ihr Eure Kinder zu schwerer Kriminalität? Wofür verachtet Ihr die Frauen? Helft uns, Euch zu verstehen, denn wir kennen gerne unsere Gäste. Noch etwas: Hier im Viertel gibt es keine Nazis. Nennt uns bitte nicht so, wenn wir Euch unsere Brieftasche nicht geben oder Euch nicht unter den Rock greifen lassen. Wenn Ihr wissen wollt, was Nazis wirklich sind, wären wir möglicherweise bereit, Euch welche vorzustellen." "Wir" und "Ihr" - dazwischen liegen Welten. Ob den Verfassern die Maßlosigkeit ihrer Anklage nicht aufgefallen ist? "Warum verfolgt Ihr uns" - "Wieviel zahlt man Euch": 450 Gewalttäter unterdrücken, von finsteren Mächten finanziert, die friedfertige fast zehnmal so große Mehrheit. "Helft uns, Euch zu verstehen" - sonst könnt ihr was erleben: "Wenn Ihr wissen wollt, was Nazis wirklich sind, wären wir möglicherweise bereit, Euch welche vorzustellen". Das kann und soll wohl auch als Drohung verstanden werden, "die Skins hierherzuholen". Daß Neonazis auch ohne direkte Einladung ins Viertel kommen könnten, ist die leider naheliegende Befürchtung von Nikola Stefanovic, dem Vorsitzenden des Roma-Selbsthilfevereins: "Ich habe Angst, daß die kommen und Randale machen" ("Hamburger Abendblatt", 17.10.91).

Der Gedanke an Gasöfen

Daß die deutschen BewohnerInnen des Karoviertels, auch die Geschäftemacher, sehr unterschiedlich auf Kinder- und Ausländerkriminalität reagieren können - eskalierend oder deeskalierend - belegt beispielhaft die gewandelte "Politik" des im Karoviertelzentrum gelegenen Penny- Marktes. Der im "Spiegel" zitierte Filialleiter, der allen Roma-Kindern Hausverbot erteilt hat, greift nicht zufällig auf das Prinzip nationalsozialistischer Sippenhaft zurück. Ariane Barth hat er anvertraut: "Was kann ich dafür, daß mir beim Anblick dieser Zigeuner der Gedanke an Gasöfen kommt". Es spricht für die Gutmütigkeit der Roma, daß dieser Mensch auch nach Erscheinen des "Spiegel"-Artikels ungehindert seine "zigeunerkinderfreie" Filiale führen kann.

Einer seiner Vorgänger begegnete den Diebstählen in seinem Laden hart, aber gerecht. Wer erwischt wurde, bekam Hausverbot: eine Woche, im Wiederholungsfalle auch mehr. Eine Diskriminierung nach Nationalitäten gab es erkennbar nicht.

Nach Erscheinen des "Spiegel"-Artikels sind die auf Deeskalation und Völkerverständigung orientierten ViertelbewohnerInnen zunächst in die Defensive geraten. In der gezielt angeheizten Stimmung sind markige Sprüche - "Rausschmeißen!", "Aufräumen!" - auch von Menschen zu hören, die sich sonst mit offen rassistischen Äußerungen zurückhielten. Der Drogenhandel, die Belästigung junger und die Beraubung alter Frauen sind solchen Leuten oft nur noch Anlaß, ihre Wut gegen die "Andersartigkeit" der Roma mal offen rauszulassen. Die Selbstverständlichkeit, mit der Roma aller Altersstufen von der "Piazza", der verkehrsberuhigten Kreuzung Marktstraße/Glashüttenstraße, Besitz ergreifen, dort Bier trinken und Sonnenblumenkerne kauen, ist offensichtlich auch für viele deutsche BewohnerInnen des "multikulturellen" Karolinenviertels unerträglich. Warum eigentlich? In ihrem Aufsatz "Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein" (2) versuchen Annita Kalpaka und Nora Räthzel, eine Erklärung dafür zu geben. Zu der Beschwerde eines deutschen Leserbriefschreibers, "die Türken" würden "sich in unseren Parklandschaften lümmeln" schreiben sie: "Was jetzt passiert, durch die Tatsache, daß andre sich in den Park setzen, der einem verboten war und

den man sich selbst verboten hat, ist, daß die eigene Anpassung ein Stück weit in Frage gestellt wird und damit auch der ganze Verzicht, den man geleistet hat, die ganze Arbeit, die es gekostet hat, sich nicht auf den Rasen zu setzen und statt dessen diese Freude am Ordnungssinn zu entwickeln". Schon der Anblick "herumlümmelnder" Ausländer würde bei solchen Menschen "ein Stück eigenen persönlichen Lebenssinn in Frage stellen".

Was tun?

Annita Kalpaka und Nora Räthzel entwickeln aus ihrem Park-Beispiel den Gedanken, den "Widerspruch zwischen einem Bedürfnis, das nicht gelebt wird, aber vorhanden ist (es kann durch so einen Park immer wieder produziert werden) und der Angst, die eigene Verhaltenssicherheit zu verlieren, die durch das Einverständnis mit der Ordnung entstanden", "für eine antirassistische Politik auszunützen".

Ähnliche Motive scheinen auch für die Arbeit der Interessengemeinschaft Karolinenviertel, kurz Karo-Ini, eine Rolle zu spielen. Die Initiative hat schon im Juli ein größeres BewohnerInnen-Treffen organisiert, auf dem "die sozialen Konflikte im Karolinenviertel wie Kinderkriminalität, Gewalt gegen (vor allem jüngere und ältere) Frauen, Sucht und Verkauf illegaler Drogen" (3) diskutiert wurden. Zur Entspannung, der durch den "hetzerisch verzerrenden, rassistisch gefärbten" "Spiegel"-Artikel zugespitzten Situation, halten die Karo-Ini-Leute "zwei Vorgehensweisen" für nötig: "1. Die Verständigung aller AnwohnerInnen im Viertel, vor allem die unter Deutschen, TürkInnen, KurdInnen und Roma zu suchen und Treffpunkte einzurichten", u.a. einen "internationalen Stammtisch". "2. Zivilcourage zu zeigen! Die vermeintliche Ohnmacht kann durchbrochen werden, wenn sich mehr Leute auf den Plan rufen lassen in Situationen, in denen eine Person angemacht oder angegriffen wird".

Weit entfernt davon, "die tatsächlichen Überfälle, die Anmache und Bedrohung zu leugnen oder mit den ‚sozialen Umständen' zu entschuldigen", stellt die Karo-Ini klar: "Wir verurteilen: (...) Wenn Arme sich gegenseitig beklauen; wenn Mädchen und Frauen belästigt und vergewaltigt werden (...)!" Daß ein massiver Aufmarsch der Staatsgewalt die Konflikte nicht lösen wird, gesteht selbst die Polizei zu. Daß Selbsthilfe, Verständigung und Zivilcourage friedliche internationale Nachbarschaft verwirklichen helfen, kann und muß im Karolinenviertel bewiesen werden.

Js.

Anmerkungen:

1) Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate aus "Der Spiegel" Nr.42/ 1991

2) in: Otger Autrata u.a.: Theorien über Rassismus. Hamburg (Argument) 1989

3) Flugblatt der Karo-Ini "An alle Menschen im Karoviertel! Wir lassen uns die Suppe nicht vergiften!"

6. Dokumentation: Eskalation im Karolinenviertel. RCU befürchtet weitere Konflikte. Gespräch mit Politikern verlangt

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:08

Seit vielen Monaten warnt die Rom & Cinti Union (RCU) vor einer Zuspitzung der Lage der in Hamburg lebenden Roma. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Roma ist gekennzeichnet durch Armut, fehlende Bildung und Arbeitslosigkeit. Sie leben zum großen Teil in Elendsquartieren, ohne Perspektive auf eine Verbesserung. Ganze Familien, die zum Teil bereits seit Jahrzehnten in Hamburg leben, werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und mit ihren Problemen allein gelassen.

Die Verschärfung des Ausländergesetzes brachte Anfang dieses Jahres eine neue Dimension in die ohnehin bereits hoffnungslose Lage der Betroffenen: Ihr Aufenthaltsrecht ist gefährdet, täglich erleben sie Abschiebungen und Ausweisungen von Freunden und Verwandten in Krisengebiete, wie Jugoslawien, wo ihr Leben bedroht ist. Die öffentliche Diskussion der letzten Monate, die durch "

Ausländer-raus"-Parolen begleitet wird, sowie tägliche diffamierende Berichte in den Medien machen sie ihrer Wehrlosigkeit bewußt. In dieser Lage entladen sich Zorn, Haß und Ablehnung gegenüber der Gesellschaft.

Wir erleben die Anfänge von Zuständen, die mit dem Elend der schwarzen Ghettos in den Vereinigten Staaten vergleichbar sind. Statt jedoch durch Betreuungsmaßnahmen zur Hilfe beizutragen, wird durch die Verantwortlichen eine Eskalation in Kauf genommen. Ein gesellschaftliches Problem soll dann durch Polizeimaßnahmen gelöst werden. Solche Maßnahmen können aber lediglich zur weiteren Polarisierung und zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen führen.

Dabei stellt das Karolinenviertel keinen Einzelfall dar, vielmehr ist es die Spitze eines Eisberges. In anderen Hamburger Stadtteilen leben Roma unter noch schwereren Bedingungen. Tägliche Angriffe gegen sie, von Beschimpfungen bis hin zu Brandanschlägen, steigern die Bereitschaft, sich aktiv zur Wehr zu setzen. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis es zu regelrechten gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen wird.

In zahlreichen Gesprächen und Schreiben haben wir in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, daß derartigen Problemen nur durch geeignete Sozialmaßnahmen zu begegnen ist. Seit über zwei Jahren liegen den Hamburger Behörden verschiedene Entwürfe und Modelle von Projekten zur Verbesserung der Lage der Roma vor. Diese Entwürfe wurden durch die Rom & Cinti Union in Zusammenarbeit mit betroffenen Familien sowie mit Fachkräften als Grundlage für Berufsqualifizierungs-, Bildungs- und Wohnprogramme entwickelt. Sie sollen der aktiven Hilfe zur Selbsthilfe dienen. (...)

Hamburg, 14.10.1991, Rom & Cinti Union

7. Flucht im neuen Deutschland. Neumünster - Greifswald - Neumünster - Norderstedt - ???

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:53

Über neun Wochen wehren sich noch ca. 60 Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern gegen staatliche und behördliche Versuche, sie zum Spielball der Abschiebepolitik und zur Zielscheibe faschistischer Überfälle zu machen. Diese bislang einzigartige Gegenwehr von Flüchtlingen, die in der BRD rechtlos sind, könnte eine neue Perspektive für künftigen Widerstand gegen das Zusammenspiel von staatlicher Asylpolitik und rassistischem Terror sein. Im schleswig-holsteinisch-mecklen burgischen Vorgehen gegen die Flüchtlinge entlarvt sich zudem, wie der Staat den Terror bewußt benutzt, seine repressive Einwanderungspolitik zu verschärfen.

Rechter Christ-Staat

Mecklenburg-Vorpommerns CDU-Ministerpräsident Gomolka trat Mitte September seinen Posten als Bundesratspräsident mit "Mut zu einem nationalen Bekenntnis" an. Sein Innenminister Georg Diederich hat dieses "nationale Bekenntnis" im Umgang mit den Flüchtlingen in Greifswald präzisiert. Nach dem brutalen Überfall von mehreren hundert Hooligans, Skins und Faschisten auf die Asylheim genannte ehemalige NVA-Kaserne in Greifswald stellte er am 6. November vor der Presse fest, daß die Hooligans "keinen Überfall auf das Heim geplant hatten" (Hamburger Abendblatt, 7.11.), sondern provoziert worden seien. Die (unpolitischen) Hooligans, wie der Innenminister die Rechten nur nennt, seien zum Überfall auf die Flüchtlinge verführt worden, da sich einige von ihnen vor auf sie einprügelnden Rechten in die Kaserne geflüchtet hätten. Erst dadurch seien die Angreifer auf das Heim aufmerksam geworden und hätten es dann gestürmt. Ist das der neue rassistische Kodex hierzulande? Ein Flüchtling ist qua Person ("Rasse"?) eine zu berücksichtigende Provokation für deutsche Schläger, eine entdeckte Asylkaserne daher folgerichtig ihr Angriffsziel, was nicht verwunderlich ist.

Diederich weiter: Fehlverhalten sei seiner Polizei nicht vorzuwerfen, allerdings habe sie "das Eindringen der teilweise mit Äxten bewaffneten Täter in das Heim nicht verhindern" können (FR, 7.11.). Jedoch, "eine wirkliche Gefährdung hat es nicht gegeben". Im übrigen könne es "eine hundertprozentige Sicherheit nicht geben" (FR, 12.11.).

Der Rechtsstandpunkt des rechten Innenministers: für die Flüchtlinge gab es keinen innerdeutschen Fluchtgrund, daher hätten sie gegen das Asylverfahrensgesetz verstoßen und seien mithin (strafrechtlich) zu verfolgen. Ihre, das ganze Unternehmen - von der unterstellten "Selbstinszenierung" des Überfalls bis zur Abreise aus Greifswald - dirigierenden, (autonomen) Unterstützer sowie der "harte Kern" der Flüchtlinge sollen wegen "Nötigung" belangt werden. Von faschistischen Schlägern und hemmungslosen Skins, Hools usw. ist seither nicht die Rede, wohl aber von kriminellen Flüchtlingen und Unterstützern. Der rassistische Angriff war ein Versehen, die kurzfristig organisierte Abfahrt der Flüchtlinge aus Greifswald "politisches Kidnapping" (Diederich). Die Opfer sind die eigentlichen Täter.

Der deutsche Rechtsstaat definiert sich für Diederich in Abgrenzung zu den nichtdeutschen Flüchtlingen, die keine Rechte haben, nicht aber in Abgrenzung zu faschistischen Schlägern und potentiellen Mördern, die - weil durch Anwesenheit der Flüchtlinge provoziert - von vornherein mildernde Umstände bekommen. Käme es tatsächlich zu Strafverfolgungen gegen den "harten Kern", so würde jeder von ihnen und ihren Unterstützern härter bestraft werden, als die Faschos des Greifswalder Überfalls. "Mut zum nationalen Bekenntnis". (Im übrigen hat Diederich offen Lügen über die Greifswalder Vorgänge verbreitet, ohne daß hiesige Medien darauf reagieren.)

Sozialdemokratischer Rechtsstaat

Ein Prinzip des Rechtsstaats ist der Schutz des Einzelnen vor dem Staat. In schöpferischer Freiheit hat die sozialdemokratische Regierung Schleswig Holsteins dieses Prinzip neu definiert: der einzelne, sofern nichtdeutscher Flüchtling, soll den Rechtsstaat schützen.

"Der demokratische Rechtsstaat darf vor der Gewalt nicht kapitulieren", "ausländerfreie Zonen" wie in Hoyerswerda seien nicht zu dulden, ergo müssen die Flüchtlinge nach Greifswald zurück, so das unerschütterliche, "knallharte" - wie er selber sagte - Bekenntnis des SPD-Sozialministers Günther Jansen. Mit seiner ersten Erklärung, keinen "rechtsfreien Raum" durch faschistische Banden zuzulassen, heimste er sich die Sympathie seiner Parteikumpane ein. Durchsetzen sollten dies die Flüchtlinge durch Rückkehr nach Greifswald, wo es seit ihrer Ankunft am 28. Oktober bis heute sechs Überfälle von Faschisten gegeben hat: zweimal auf die NVA-Kaserne der Flüchtlingsgruppe, zweimal auf andere Flüchtslingsheime, einmal auf ein Wohnheim von Arbeitsimmigranten, einmal auf ein von Linken besetztes Haus. Eine hundertprozentige Sicherheit soll es bekanntlich nicht geben können, so Diederich, "auch in Schleswig-Holstein ist die Sicherheit nicht besser gewährleistet", so Jansen (FR, 8.11.). Aber, so die Behauptung beider, der Schutz der Flüchtlinge sei in Greifswald "ausreichend". Daß dieses rechtsstaatliche "Restrisiko" den Flüchtlingen kein Vertrauen einflößte, ist selbstverständlich. Ging es im Ernst jemals um rechtsstaatlichen Schutz vor rassistischen Überfällen?

Diese Sorge haben sich die bundesdeutschen Politiker nie ernstlich gemacht, zu keiner Zeit seit Hoyerswerda kümmerte sie die Bekämpfung der Faschisten. Stattdessen: "Daß sich Asylbewerber aussuchen, wo sie wohnen und das Asylverfahren betreiben, läuft nicht", so Jansen (Welt, 8.11.). Kern der rechtsstaatlichen Auseinandersetzung ist vielmehr die vor allem auch von Sozialdemokraten betriebene, und mit der Bundesregierung vereinbarte Beschleunigung der Asylverfahren und die schnelle Abschiebung. Der einstige SPD-Linke Jansen, der sein knallhartes Agieren in voller Übereinstimmung mit dem SPD-Vorsitzenden Engholm praktiziert, rühmte schon Ende Oktober, daß Schleswig-Holstein bundesweit die schnellste Asylverfahrenspraxis habe (Kieler Nachrichten, 26.10.). In einem Hintergrundpapier für die Presse hat Jansen die politische Problemlage beschrieben, die gegen die Aktion der Flüchtlingsgruppe durchgesetzt werden soll. Sie soll wegen ihrer exemplarischen Bedeutung ausführlich zitiert werden:

"Die Besetzung der Anschar-Kirche in Neumünster konnte und durfte nicht den Erfolg haben, daß Menschen, die Asylanträge stellen, Verfahren blockieren und demonstrieren, daß man durch Besetzung und Druck die Verfahrensabläufe bestimmen kann.

Diese Haltung der Landesregierung nicht zu akzeptieren, bedeutet schon heute, jedes zukünftige schnellere Prüfverfahren für Asylbewerber zu verhindern, weil in der Konsequenz Asylbewerber sich dann entweder gar nicht in die schnelleren Verfahren eingliedern lassen würden oder nach schnellen Verfahren und einem negativen Ausgang (Ablehnung des Asylantrags) Asylbewerber sich weigern könnten, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Wenn dann beides durch die Besetzung von Kirchen und öffentlichen Einrichtungen begleitet wäre, so hätte dies nicht nur eine leicht voraussehbare Handlungsunfähigkeit für das betreffende Bundesland, das das Asylverfahren durchzuführen hat, zur Folge, sondern das gesamte Konzept von praktischen Verbesserungen beim Asylverfahren (Verfahrensbeschleunigung) und letztlich das Asylrecht für politische Verfolgte insgesamt käme in Gefahr. Nach den Erfahrungen der vergangenen Wochen und der öffentlichen Debatte darüber, darf man dieses Szenarium nicht für unwahrscheinlich halten. Eine solche Entwicklung zu verhindern, genau hierin liegt der grundsätzliche und prinzipielle Punkt der sog. ‚Härte des Kieler Sozialministers'". (Jansen-Papier, vermutlich v. 12.11.91)

Kurz auf den Punkt gebracht bedeutet dieses, daß es nur die eine Besorgnis gibt, die Verlegungsaktion der Flüchtlinge in die Ex-DDR könnte scheitern und damit Flüchtlingen und Unterstützern eine Möglichkeit des Widerstandes gegen die bundesdeutsche Abschiebepolitik deutlich ma chen, die Nachahmer finden könnte. Insofern hat der Widerstand der Norderstedter Flüchtlinge exemplarischen Charakter sowohl für die Flüchtlinge selber und ihren Schutz vor den deutschen Behörden, als auch für den Staat, der ein solches Exempel auf keinen Fall zulassen will.

Daher sind auch die Drohungen Jansens und Engholms, notfalls mit polizeilicher Gewalt das deutsche Asylrecht zu "schützen", sprich unterhalb der Debatte um Grundgesetzänderung es real auszuhöhlen, völlig ernstzunehmen. Jansen hat von Beginn des Konflikts an, seit der Besetzung der Neumünsteraner Anschar-Kir che am 12. September, ein Ziel unerbittlich verfolgt. Die Flüchtlinge müssen raus aus Schleswig-Holstein. Wegen der von der Landes-SPD wie oben beurteilten grundsätzlichen Bedeutung mußten es diese Flüchtlinge sein, deren Widerstand zu brechen ist. Daher kam auch kein Ersatz infrage, indem man ihnen beispielsweise den Aufenthalt in Schleswig-Holstein gestattete und statt ihrer eine gleichgroße Zahl anderer Flüchtlinge verschoben hätte, worauf kirchliche und humanitäre Unterstützer der Kirchenbesetzer spekuliert hatten, um

den Konflikt zu entschärfen. Dabei ging es der SPD nie um das "Prinzip", alle in die Greifswalder Kaserne zu verfrachten, sondern alle - wie geregelt auch immer - nach Mecklenburg. Entsprechend bemühte sich Jansen beim deutschnationalen Kollegen Diederich eine Kompromißlinie zu finden, die dies ermöglicht. Dazu mußte er in Verhandlungen mit Diederich dessen kompromißlose Haltung, in Greifswald sei doch nichts Besonderes vorgefallen, also müßten die Flüchtlinge exakt wieder an den Ort des Überfalls zurück, aufbrechen. Der erzielte Kompromiß macht dies deutlich: "Die Asylbewerber sollen nach dem Verlassen der Shalom-Gemeinde in kleineren Gruppen, die sich aus familiären, nationalem oder sonstigem Interesse heraus ergeben, im Benehmen mit der Kirche dezentral untergebracht und dann im Kontakt zwischen den beiden Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein an die neuen Bestimmungsorte gebracht werden. Also: Nach Greifswald muß niemand zurück. Auf andere Orte verteilt zu werden, ist zumutbar." (Jansen-Papier)

Diese Regelung - konkret: Verteilung auf 14 Unterkünfte -, der sich nach dem letzten Stand der Dinge (15.11.) der Kirchenvorstand der Norderstedter Shalom-Gemeinde angeschlossen hat ("zumutbare Lösung"), zielte darauf, die nicht politisch mit dem Ziel eines Bleiberechts für die Flüchtlinge, sondern nur noch humanitär begründeten Gegenwehr der Kirchenbasisgemeinde zu brechen.

Von allen guten Kirchengeistern verlassen

Noch sind einzelne - wenige - Kirchengemeinden Zufluchtstätten für Flüchtlinge, die sich Überfällen und staatlicher Repression entziehen wollen. Doch wird der staatliche Druck auf die (in diesem Fall evangelische) Kirche und seine Widerspiegelung in der Kirche immer größer. Im Geleit der staatlichen Einschränkungen des Asylrechts hat die EKD zwar warme, gottesfromme Worte gegen rassistische Überfälle gefunden, vertritt ansonsten aber den knallharten Kurs beschleunigter Abschiebung. Bischof Kruse versteckt diesen Kurs hinter rhetorischen Übungen, wie sie in der SPD üblich sind. "Das Asylrecht nach Artikel 16 des Grundgesetzes muß in seiner Substanz erhalten bleiben", was nichts anderes heißt, als daß es eingeschränkt werden soll. Bedeutender noch wird es, wenn Kruse sagt, daß zum Grundrecht auf Asyl auch die "rechtmäßige Abschiebung nach sorgfältiger Prüfung" gehöre. "Diese schmerzliche Pflicht des Staates darf nicht diskreditiert werden" (FR, 4.11.). Damit ist den Gemeinden deutlich signalisiert, wo die politischen Grenzen humanitärer Hilfe liegen.

Die Neumünsteraner Anschar-Gemeinde hatte sich sechseinhalb Wochen lang bemüht, ihren christlich-humanitären Anspruch mit der Staatsräson beschleunigter Abschiebung zu vereinen. Nach 45 Tagen war es ihr schließlich gelungen, die Flüchtlinge vorübergehend zu zermürben, u.a. mit der Drohung polizeilicher Räumung der Gemeinderäume. Mit dem Versprechen gesicherter Unterbringung verabschiedete Anschar-Pastor Dieter Müller die ungebetenen Gäste: "Die Asylbewerber begeben sich jetzt in die Obhut Greifswalder Christen". Sechs Tage später ging die rassistische Post ab. Doch die Kirchenleitung in Neumünster focht das nicht mehr an. Als die Flüchtlinge am 4.11. nach Neumünster zurückkehrten, schloß sich der Kirchenvorstand der Sichtweise Minister Jansens an. Die Flucht aus Greifswald sei eine "Überreaktion" gewesen, womit er den Flüchtlingen zu verstehen gab, daß sie unerwünscht seien. Noch unmißverständlicher äußerte sich die Nordelbische Kirchenleitung, die von einer "unvertretbaren Überreaktion" sprach und "die negative Rolle" bestimmter "Gruppen von Unterstützern" bedauerte, die "die Ängste der betroffenen Asylsuchenden schüren und eigene politische Ziele auf Kosten der Menschen verfolgen".

Ähnlich die Reaktion in der Norderstedter Shalom-Gemeinde, die die Überreaktionssichtweise übernahm, den Flüchtlingen aber so lange Unterkunft gewähren ließ, wie sich die Politik nicht vom harten Standpunkt Greifswald oder gar nichts fortbewegte. Das ist durch die dezentralisierte Unterbringung in Mecklenburg mittlerweile geschehen. Damit hat sich offenkundig auch die Humanität der Shalom-Gemeinde erschöpft. Der Countdown läuft jetzt bis zum 21. November, da am nächsten Tag die Asylprüfverfahren in Mecklenburg angesetzt sind. Folgen die Flüchtlinge dem nicht, wird ohne Anhörung über ihr (Abschiebe)Schicksal entschieden.

In Schleswig-Holstein ist das Zusammenspiel Kirche/Staat gut institutionalisiert. Sozialminister Jansens Staatssekretär Claus Möller, der die Vorortverhandlungen mit Kirchengemeinden und Flüchtlingsvertretern (die nach Greifswald den Kontakt mit ihm allerdings verweigerten) führte, ist zugleich Synodaler (Mitglied des Kirchparlaments) der nordelbischen Kirche, deren Leitung aufs Engste mit der Landesregierung Schleswig-Holstein kooperiert hat. Beim entscheidenden Gespräch Jansens mit Diederich am 11. November in Greifswald wurden außerdem die nordelbischen Bischöfe von Greifswald und Lübeck hinzugezogen. Damit

dürfte der Schutz für die Flüchtlinge durch fortschrittliche Kirchengemeinden im Bereich der nordelbischen Kirche kaum noch möglich sein.

Wie wenig auch der humanitäre, "ausländerfreundliche" Ansatz in den Kirchen von der staatlichen Abschiebepolitik entfernt ist, zeigte ein Vorgang in der Shalom-Gemeinde. Nachdem die Gemeindevertreter zunächst die staatliche Version der überreaktiven Abreise übernommen hatten, schlug die Stimmung um, als ihnen in einer internen Sitzung Augenzeugenberichte sowie Film- und Fernsehbilder vom Angriff auf die Greifswalder Kaserne vorgetragen wurden. Tief erschüttert gewährten die Kirchenvertreter daraufhin weitere Unterkunft, bis sie ihr schlechtes Gewissen mit dem guten der "Kompromißlösung" Jansen/Diederich/ Kirchenleitung eintauschen konnten.

Neue Qualität des Widerstands von Flüchtlingen

Die Widerstandsaktion der Flüchtlingsgruppe aus Neumünster/Norderstedt ist einmalig in der BRD. Was bei sich verschärfender Asylpraxis der Herrschenden davon verallgemeinerbar ist - unter Auswertung der Erfahrungen mit "Fluchtburgen" wie an der Berliner TU oder mit linken Kirchenkreisen -, muß mit Sicherheit Teil weiterer Diskussionen sein. Derzeit haben die Norderstedter Flüchtlinge angesichts reduzierter Unterstützungsmöglichkeiten angekündigt, daß sie eher die BRD verlassen werden, als sich abschieben zu lassen. Das besondere an ihrer Aktion ist die Tatsache der Selbstorganisation der Flüchtlinge im Unterschied zu herkömmlichen Aktivitäten, bei denen deutsche Unterstützergruppen - zumeist im sozialarbeiterischen oder humanitären Rahmen - die Aufgabe übernommen hatten, die Interessen von Flüchtlingen wahrzunehmen. Im Fall Neumünster/Norderstedt haben westdeutsche autonome und andere Unterstützergruppen eine zusätzliche Schutz- (Beispiel: der Konvoi nach Greifswald) und Vermittlungsfunktion. Auf sie konzentrierten sich die heftigen Presseangriffe gegen den "politischen Mißbrauch" der Flüchtlinge, im übrigen anfänglich auch in der TAZ. Erst in zweiter Linie war vom "harten Kern" der Flüchtlinge und "politischen Kadern" unter ihnen die Rede. Doch hat man auf Staatsseite sehr wohl registriert, daß die Flüchtlinge ihren Abtransport nach Ostdeutschland und ihre schnelle Abschiebung bislang nur deswegen verhindern konnten, weil sie sich organisiert zur Wehr gesetzt haben. Daß sie mit ihrem Widerstand beispielhaft erfolgreich sein könnten, muß laut Jansen-Papier unbedingt verhindert werden.

Die Flüchtlinge haben ihr Selbstbewußtsein demonstriert. "Die gut organisierte Abschiebungspolitik der Regierung mußte durch unseren Widerstand eine Pause einlegen. Viele Menschen konnten sich nicht vorstellen, daß solche Menschen, die das schwächste Glied in der gesellschaftlichen Kette sind, eine eigene Meinung bilden, sich ihre eigenen Rechte nehmen und der Ungerechtigkeit widerstehen" schrieben sie in einer Erklärung vom 8.11. "Mit Hilfe der Medien zeichneten sie das Bild vom geistig armen, schwachen, unnützen Charakter der Flüchtlinge." In der Tat, und dieser wehrlose, schwache Flüchtling war, soweit als Opfer rassistischer Überfälle oder allzu offenkundiger behördlicher Willkür wahrgenommen, bislang das Objekt "ausländerfreundlicher" Begierde in Kirchen-, Sozialarbeiter- und humanistischen Kreisen, die gegen Willkür, nicht aber gegen den Trend staatlicher Antiflüchtlingspolitik und ihrer de facto Allianz mit dem rassistischen und faschistischen Terror agieren. Das ungewohnte Nicht-Opferverhalten der Flüchtlinge hat natürlich Irritationen bei den "Ausländerfreunden" hervorgerufen, zu ständigen Spannungen mit den Kirchenleuten und bürgerlichen Unterstützern geführt und kulminierte in kirchlichen Drohungen gegen die, die "politischen Mißbrauch" betrieben. Wenn Autonome gesagt wurde, war zugleich auch immer die Organisierung der Flüchtlinge gemeint. Ohne diese Konflikte einzugehen, hätte ihr Widerstand niemals die bislang neun Wochen andauern können. Sicherlich war diese Flüchtlingsgruppe bisher ein einmaliger Fall. Gelänge es, weitere Verbindungen mit ähnlichen Flüchtlingsgruppen herzustellen, wäre es um so mehr die Aufgabe deutscher Unterstützergruppen, die Diskussion mit den "Ausländerfreunden" zu politisieren und mit ihnen um die Zielsetzung staatlicher Antiasylpolitik zu streiten für freie Wahl des Aufenthaltsorts, für Bleiberecht und offene Grenzen.

hr.

8. Dokumentation: "Wir hatten Angst - von Anfang an." Presseerklärung der Flüchtlinge aus Greifswald, 10.11.91

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:31

Presseerklärung der Flüchtlinge aus Greifswald vom 10.11.1991

Wir sind Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten, die in die Schalomkirche gekommen sind. Wir wurden politisch verfolgt und wollten nicht länger Opfer der Gewalt sein - deshalb verließen wir unsere Heimatländer.

In unseren Herkunftsländern gehören viele von uns zu Minderheiten, und wir mußten gegen unmenschliche und ungerechte Behandlung kämpfen. Für uns ist es eine menschliche Pflicht, das zu ändern, was ungerecht ist. Das ist der Grund, warum wir verfolgt wurden - wir kämpften für die grundlegenden Menschenrechte.

Als Verfolgte kamen wir nach Schleswig-Holstein, um Asyl zu beantragen, in der Hoffnung, hier unsere schlechten Erfahrungen vergessen zu können. Wir kamen hierher mit unseren Familien und Kindern und waren voller Hoffnung. Doch auch hier fanden wir bisher nicht die Sicherheit, die wir suchten.

Bereits vor unserem Transfer nach Greifswald hatten wir von der Situation in den fünf neuen Bundesländern gehört; über die Medien, von anderen Flüchtlingen, die angesichts der ständigen Angriffe zurückgekehrt waren, von Freunden und von Verwandten. Wir wußten um die vielen und massiven Angriffe, wir wußten, daß Menschen sogar getötet worden waren. Deshalb weigerten wir uns, in die Ex-DDR zu gehen, obwohl die Regierung dies anordnete. Deshalb gingen wir in die Anscharkirche. Wir wollten solche schrecklichen Erlebnisse nicht durchmachen.

Während unseres 45-tägigen Aufenthaltes in der Kirche versuchten wir, unsere Motivation in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Wir wollten nicht zu einem abschreckenden Beispiel für eine Tragödie in der Ex- DDR werden. Einige der Flüchtlinge, die zu uns in die Kirche kamen, waren in der Ex-DDR gewesen. Sie kamen zurück, denn sie wurden angegriffen und geschlagen.

Trotzdem weigerte sich die Regierung, die wachsende Gefahr in der Ex-DDR wahrzunehmen. Hingegen begann die Regierung, Druck auf uns, die wir als Asylsuchende ungeschützt und rechtlos sind, auszuüben. Die Regierung änderte ihre starre Haltung in der Transferpolitik nicht, um ihr Gesicht in der Öffentlichkeit nicht zu verlieren. Anstatt uns als Menschen anzunehmen, klammern sie sich an Regeln und Bestimmungen.

Unsere Proteste waren nutzlos. Man sagte uns, es gebe diese sogenannte gemeinsame Lösung, die für uns hieß: zurück nach Greifswald. Die Anscharkirche spielte die Tatsache, daß die Faschisten öffentlich angekündigt hatten, daß sie uns angreifen würden, herunter. Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ignorierten die bedrohlichen Situationen vollständig.

Wir mußten diese Lösung akzeptieren, weil die Kirche damit drohte, das Gebäude ansonsten polizeilich räumen zu lassen. Wir verließen die Kirche gegen unseren Willen, denn wir wußten, in Greifswald würden wir Zielscheibe für faschistische Angriffe sein. Und bereits sechs Tage nach unserer Ankunft wurden wir zu einem weiteren Beispiel für die tragischen Ereignisse in der Ex-DDR.

Zuerst wurden wir von einem Mob von etwa 150 Faschisten angegriffen! Sie warfen Steine und schossen mit Gaspistolen und Leuchtkugeln. Zu diesem Zeitpunkt war keine Polizei da, um uns zu schützen. Sie traf erst eine halbe Stunde später vor dem Haus ein. Später gab es einen zweiten Angriff, bei dem sich 100 Faschisten beteiligten. Der erste Angriff passierte so schnell, daß wir die Tür nicht richtig verschließen konnten. Wir mußten uns mit unseren Körpern gegen die Tür werfen, um den rasenden Mob daran zu hindern, sie zu durchbrechen.

Über einen der anwesenden Unterstützer aus Neumünster, einen Vertreter von amnesty international, sandten die Flüchtlinge einen Hilferuf an den Pastor der Anscharkirche. Der jedoch bot keinerlei konkrete Hilfe an. Daraufhin telefonierten wir mit anderen UnterstützerInnen, die sofort einen Konvoi organisierten, um uns

abzuholen. Sie waren es, die unser Leben und das unserer Kinder gerettet haben. Sie verhielten sich äußerst menschlich. Diederich, der Innenminister von Mecklenburg- Vorpommern, nannte das "politisches Kidnapping".

Nach unserer Ankunft in der Anscharkirche gegen 11 Uhr hieß uns Pastor Möbius willkommen. Er sprach uns sein Bedauern über die Geschehnisse aus. Nachmittags gab es ein Treffen zwischen der Kirche und der Landesregierung von Schleswig- Holstein. Abends gegen 23 Uhr kam eine Person nach draußen und übergab uns die Entscheidung des Kirchenvorstands. Diese Erklärung machte es klar, daß wir nicht willkommen waren und daß wir nach Greifswald zurückkehren sollten. Sie sagten, sie würden bedauern, daß wir so schnell zurückgekehrt seien.

Sie sagten nicht, daß sie bedauerten, daß wir angegriffen wurden. Niemand hat uns gefragt, was wir durchgemacht haben. Es ist schon interessant zu beobachten, wie sich menschliche Werte an einem einzigen Tag verändern können. Wir haben die Realität der Ex-DDR erfahren. Wir haben Diederichs Kommentare gehört und gelesen und wir wissen, was wir weiter in Mecklenburg-Vorpommern zu erwarten haben. Wir beschließen unsere Stellungnahme mit einem Appell an ihr Gewissen.

Das ist ein Zitat von Henry David Thoreau: "Das sind ungerechte Gesetze. Sollen wir uns damit zufrieden geben, sie zu befolgen, oder sollen wir es auf uns nehmen, sie zu verbessern und sie solange befolgen, bis wir es geschafft haben, sie zu verändern, oder sollen wir nicht solche Gesetze sofort übertreten?"

9. Menschen sind keine Versuchskaninchen. Die Flüchtlinge aus Greifswald müssen hierbleiben

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:50

3.8.91 Ca. 25 Rechtsradikale überfallen ein besetztes Haus in Greifswald.

29.9.91 In Greifswald wird ein Flüchtlingswohnheim überfallen, Autos werden demoliert.

2.11.91 Rechtsradikale greifen in der Nacht das Wohnheim mit den Flüchtlingen aus Neumünster an.

3.11.91 Rechtsradikale überfallen das Flüchtlingswohnheim in Greifswald während und nach einem Fußballspiel erneut.

8.11.91 Auf zwei Flüchtlingswohnheime in Greifswald werden Brandanschläge verübt.

9.11.91 In Greifswald greifen Rechtsradikale erneut ein besetztes Haus an.

11.11.91 Brandanschlag auf die Ausländer-Wohnunterkunft der Siemens AG in Greifswald.

Am 12.9.91 hat sich eine Gruppe von ca. 70 Flüchtlingen aus 15 verschiedenen Ländern zusammengetan und ist in die Anscharkirche in Neumünster gegangen, um dort zu bleiben, bis ihnen Unterkünfte in den alten Bundesländern zugewiesen werden.

Der zuständige Kieler Staatssekretär Claus Möller erklärt, die Umverteilung auch mit polizeilicher Gewalt durchsetzen zu wollen - das Hausrecht der Kirche wolle er aber akzeptieren. Die Kirche reagiert anfangs ablehnend und ändert diese Haltung allmählich wegen des Interesses der Öffentlichkeit. Die Reaktionen in der Gemeinde sind unterschiedlich, die einen bringen materielle Hilfe, die anderen treten aus der Kirche aus. Verhandlungen, den Flüchtlingen eine Zusage zu geben, daß sie nicht in die Ex-DDR gebracht werden, sondern andere Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, bleiben ohne Erfolg.

Am 6.11.91 wird das Büro der Grünen in Neumünster durch einen Brandanschlag völlig zerstört. Die Grünen unterstützen die Flüchtlinge in der Anscharkirche aktiv.

Nach vier Wochen wird den Flüchtlingen von der Kirchenleitung eine letzte Lösung mitgeteilt: Sie müssen nach Greifswald in ein ehemaliges Militärhospital der NVA. Das Gelände ist durch einen Zaun gesichert und nach Ansicht des Pastors Dieter Müller notfalls gut zu verteidigen.

Wenn die Flüchtlinge das Angebot nicht annehmen, werden sie, wie ursprünglich geplant, auf verschiedenen Heime in den neuen Bundesländern verteilt. Obwohl sie immer wieder betonen, daß sie sich dort nicht sicher fühlen, daß sie Angst um das Leben ihrer Kinder haben, entschließen sie sich, gemeinsam nach Greifswald umzusiedeln. Die Aussichtslosigkeit, in den alten Bundesländern untergebracht zu werden, und die Angst, vereinzelt in die Ex-DDR verfrachtet zu werden, sind so groß, daß sie sich dem Druck nicht mehr widersetzen können. Sie stellen Bedingungen für ihre Umsiedlung, u.a. verlangen sie ein Gespräch mit der mecklenburgischen Landesregierung. Diese weigert sich, ein solches Gespräch zu führen. Die Tatsache, daß sich die Flüchtlinge beraten und gemeinsame Forderungen entwickeln, wird weder von den Pastoren, noch von der Kirchenleitung, noch von den Behördenvertretern akzeptiert. Angeblich manipulieren einige der Flüchtlinge alle anderen, benutzen sie als "politische Manövriermasse".

Nach Überfall zurück

Am 28.10. siedeln die Flüchtlinge dann aufgrund des Drucks doch nach Greifswald um. Bei ihrer Ankunft stellen sie fest, daß die Sicherheitszusagen nicht eingehalten wurden.

In der Nacht zum 3.11. wird das Flüchtlingsheim von Rechtsradikalen überfallen, die Flüchtlinge können den Angriff selbständig abwehren.

Am Sonntag während des Fußballspiels Greifswald gegen SC Berlin und danach wird das Flüchtlingsheim von ca. 200 Hooligans angegriffen. Die Unterkunft wird mit Signalmunition beschossen und Steinen beworfen. Zwei Bewohner werden schwer verletzt. Die Flüchtlinge rufen bei ihren UnterstützerInnen aus Neumünster um Hilfe.

In der Nacht macht sich ein PKW- und Bus-Konvoi auf und holt die Menschen zurück. Sie finden erstmal Aufnahme im Gemeindezentrum der Shalom-Gemeinde. Der Streit beginnt, wie lange sie dort bleiben können. Aber auch wenn die Gemeinde ihnen ein unbefristetes Bleiberecht gewährt, ist das keine Lösung des Problems. Die Bedingungen sind trotz aller Bemühungen menschenunwürdig, und die Flüchtlinge müssen in Unterkünfte kommen, in denen sie zumindest einigermaßen menschenwürdig leben können.

Vorbereitete Aktion

Eine Lösung, die den Forderungen der Flüchtlinge Rechnung trägt, in den alten Bundesländern untergebracht zu werden, soll aber offensichtlich mit allen Mitteln verhindert werden. Sofort nach der Rückkehr melden sich die aufgebrachten Politiker zu Wort. Der wesentliche Teil der Auseinandersetzung dreht sich um die Drahtzieher, die die Rückholung der Flüchtlinge von langer Hand vorbereitet haben: die Autonomen. Daß das Wohnheim von Rechtsradikalen angegriffen worden ist, die das Leben der Flüchtlinge bedroht haben, ist offensichtlich nicht so wichtig. Die Flüchtlinge müssen wieder zurück nach Greifswald. Sozialminister Günther Jansen (SPD) fühlt natürlich mit den Flüchtlingen, aber ihm gehe es darum, daß der Staat sich nicht erpressen lassen dürfe. Die Flüchtlinge müßten davon überzeugt werden, "daß sie als Teil unserer Gesellschaft mit dazu beitragen müssen, daß wir zusammen nicht zurückweichen vor denen, die die Gewalt anwenden". Weiter meint er, "es bleibe eine Kapitulation des demokratischen Rechtsstaates vor der Gewalt", wenn gefordert wird, keine Asylbewerber mehr in Bundesländer oder Orte zu schicken, in denen antidemokratische gewalttätige Gruppen auftreten. (1) Nach seiner Meinung hätte es schon in Hoyerswerda kein Zurückweichen geben dürfen. (2) Sprich: die AusländerInnen hätten den rassistischen Angriffen noch weiter ausgesetzt werden sollen. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn trotz der bekannten Gefährdung durch die rechtsradikalen Fußballfans keine ausreichenden Schutzmaßnahmen getroffen werden und gleichzeitig von den Flüchtlingen gefordert wird, vor der Gewalt gegen sie nicht zurückzuweichen.

Und Jansen ist sich mit dem Schweriner Innenminister Georg Diederich (CDU) einig: "Die Asylanträge werden nur in Schwerin bearbeitet - oder gar nicht". (3) Offener kann man nicht drohen. Diederich sattelt noch drauf und warnt vor einem Präzedenzfall. "Er könnte sich ergeben, wenn wir nachgeben. Aber wir geben nicht nach, sonst besteht die Gefahr eines regelrechten Asyltourismus, er würde sich ergeben, wenn wir sagen, `Macht was ihr wollt'." (4)

Die Flüchtlinge müssen hier bleiben

Ein Präzedenzfall soll ganz offensichtlich geschaffen werden: Flüchtlinge, die Forderungen stellen, werden bestraft. Notfalls mit Verweigerung des Asylverfahrens. Denn die staatlich verordnete Umverteilung der Flüchtlinge aus den alten in die neuen Bundesländer soll - gegebenenfalls mit Gewalt - weiter durchgeführt werden. Ob ihre Sicherheit dabei zu gewährleisten ist, spielt keine Rolle. Schließlich kann hier nicht jeder machen, was er oder sie will. Und das wird jetzt demonstriert.

Die Sicherheit der Flüchtlinge ist schon hier oft genug nicht ausreichend gewährleistet, wie aus den täglichen Berichten über Überfälle auf Menschen und Brandanschläge gegen Wohnheime zu sehen ist. In den neuen Bundesländern sind Gewalttätigkeiten gegen Flüchtlingsheime zumindest nach der Presseberichterstattung noch häufiger. Aber auch wenn das nicht so wäre: Es geht hierbei nicht um Statistiken, sondern um Menschen.

Schon seit Monaten fehlt bei den Transporten in die Ex-DDR ein Teil derjenigen, die umverteilt werden sollen. Die Erfahrungen der Zurückgeflüchteten führen dazu, daß immer mehr in die Illegalität fliehen, statt sich in Unterkünfte bringen zu lassen, wo sie um ihr Leben fürchten müssen. Die Umverteilung der Flüchtlinge in die Ex-DDR muß endlich aufhören. Die Flüchtlinge müssen wie jede/r andere das Recht haben, daß ihr subjektives Sicherheitsempfinden bei der Zuweisung von Wohn- und Lebensmöglichkeiten berücksichtigt wird. Und die Menschen, die zur Zeit in der Shalom-Gemeinde sind, fühlen sich dort sicherer. Das allein begründet ausreichend, daß sie das Recht haben, zu bleiben.

ga.

Anmerkungen

(1) Frankfurter Rundschau 5.11.91

(2) Hamburger Abendblatt 5.11.91

(3) nach Bild 12.11.91

(4) Welt 13.11.91

10. Deutschland ist ausländerfreundlich

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis; Westdeutsche Linke allgemein; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:55

"Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land."

Helmut Kohl, Bundeskanzler

"Bayern bleibt ein ausländerfreundliches Land."

Edmund Stoiber, bayerischer Innenminister, Deutschland-Magazin

"Hünxe ist ausländerfreundlich."

Reinhold Peters, Bürgermeister von Hünxe, SPIEGEL v. 14.10.91

"Was ist ein Türke in Salzsäure? Ein gelöstes Problem."

Rassistischer Witz, Deutschland, 1991

"Lächeln, lächeln, stehen sie auf, verlassen sie den Bereich (...)Dann zupacken, den Arm so hoch drehen, daß er aus der Kugel schlägt, dabei lächeln, lächeln."

Wolf-Rüdiger Röper, Kieler Polizeichef, seinen Beamten erklärend, wie eine anstehende Häuserräumung pressegerecht ablaufen soll, FR 18.10.91

Im Oktober sah nicht nur diese Zeitung "Deutschland im Zeichen rassistischen Terrors" und "die liberale Öffentlichkeit abgetaucht". Obwohl die rassistischen Anschläge seitdem nicht abgenommen haben, geschweige denn gestoppt wurden, ist die Situation heute eine andere: Pünktlich zum 9. November befand sich Deutschland wieder im allgemeinen Taumel. Diesmal zogen Gestalten wie Steffi Graf oder die "Toten Hosen" durch die Straßen und bekannten "Ich bin ein Ausländer!", und das Fernsehen drang mit dem Spot "Stopp den Mob!" in alle Wohnstuben. In Deutschland ist man eben nicht einfach ausländerfreundlich, sondern man ist es gleich gründlich.

Im folgenden soll, in einem ersten Teil, gefragt werden, wieso dieses Volk so lächelt, lächelt und gleichzeitig angestrengt diskutiert, wie es seine rassistische Praxis verschärfen kann. Thema ist diesmal also nicht der "Rechte Rand" der Gesellschaft, sondern diese selbst, und auch nicht die methodischen Unterschiede etwa zwischen aktiven Skins (1) und GRÜNEN Quotenreglern, sondern deren inhaltliche Gemeinsamkeiten. Untersucht werden soll der nationale, rassistische Konsens in Deutschland.

Im zweiten Teil geht's um den Anti-Rassismus der radikalen Linken. Diese hält die Überprüfung des eigenen Standorts für unnötig. Dabei ist die Frage, wie eine antirassistische Position heute überhaupt aussehen könnte, noch offen. Selbstverständlich setzt das Selbstkritik voraus: Denn, wer als weiße/r Deutsche/r den Skin treffen will, kommt an sich selbst nicht vorbei.

I. "Alle wollen das gleiche, aber jeder anders"

Es ist Helmut Lölhöffel zu danken, daß er die Positionen von CDU/CSU, FDP und SPD vor dem zweiten "Asylgespräch" beim Bundeskanzler so deutlich formulierte. (2) Der Bonner FR-Korrespondent führte dies aus: "Alle Beteiligten wollen im Grunde das gleiche: Sie suchen nach einem politischen Konzept, um die anhaltende Zuwanderung nach Deutschland so zu begrenzen, daß die in weiten Teilen der Bevölkerung hochschlagenden Emotionen im Zaum gehalten werden können". Hinzuzufügen ist noch, daß diese Beschreibung selbst dann nicht geändert werden müßte, wenn auch die GRÜNEN und die neofaschistische DVU an dem Parteiengespräch teilgenommen hätten.

Diese weitgehende inhaltliche Übereinstimmung, die selbst unter Parteien festzustellen ist, die nach klassischer Lesart grundverschiedene Ziele verfolgen, ist Ausdruck eines Verständigungsprozesses, der nicht nur in der "politischen Klasse", sondern tatsächlich im ganzen Volk stattgefunden hat. Der Minimalkonsens, der hierbei herausgekommen ist, läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: "Es gibt ein Problem, das wir lösen müssen, nämlich die Asylanten. Da sie Ausländerfeindlichkeit provozieren, muß ihr weiterer Zuzug geregelt werden. Der Streit über das Asylrecht muß beendet werden. Wirklich politisch Verfolgten gewähren

wir Asyl. Davon strikt zu unterscheiden ist die übergroße Mehrheit der Wirtschaftsflüchtlinge, für die das natürlich nicht gelten kann. Das Ansehen Deutschlands darf auf keinen Fall gefährdet werden". Zu diesen nationalen Komponenten des Konsens' kommen die sozialen: "Die Angst vor Fremden ist verständlich. Eigentlich handeln die Skins aus Angst, und fühlen sich durch die Asylanten gestört. Fremdenhaß beruht auf den sozialen Problemen, die wir haben".

Auf dieser Grundlage, und unter genauer Beachtung der Regelung, daß Flüchtlinge wieder Asylanten heißen, kann nun über die Mittel verhandelt werden, mit denen das einmal erkannte Problem zu lösen ist. Verschiedenes wird vorgeschlagen: Die GRÜNEN, die SPD und mittlerweile auch der Bundespräsident (3) bevorzugen ein Einwanderungsgesetz, buchstäblich alle haben Tips parat, wie die Asylverfahrensdauer verkürzt werden kann und die Skins streben bekanntlich die Lösung mittels Brandbomben und Baseballschläger an. Sehr viel spannender ist auch der "Streit" über den Artikel 16 des Grundgesetzes nicht. Das eigentlich interessante, bzw. das wirklich erschreckende dieser Debatte ist nicht, wie zivil, human, praktikabel oder barbarisch die einzelnen Vorschläge sind, sondern, daß mensch sich vorab schon auf die Verlierer geeinigt hat. In jedem Fall werden das nämlich die Flüchtlinge sein und insbesondere die, die noch gar nicht hier sind. Die ganze Debatte besitzt den Charme des eingangs zitierten "Türkenwitzes".

"Alle wollen das gleiche? Aber es gibt doch auch noch Gegenwehr." Stimmt: als im Berliner Villenvorort Dahlem Flüchtlinge aus Hoyerswerda ein kircheneigenes Haus bezogen, gründeten die Nachbarn flugs eine "Bürgerinitiative zur Verhütung des Rechtsextremismus" und sammelten Unterschriften dafür, daß die Flüchtlinge wieder aus Dahlem verschwinden müssen. (4) Die Logik der Begründung - Schuldzuweisung und Drohung zugleich - kennt heute jedes deutsche Kind: Da Asylanten Rechtsextremisten förmlich anziehen, müssen erstere weg. Ohne Asylanten - keine Skins.

Nazis gegen Ausländerhaß/Kapital gegen Gewalt

Selbst auf traditionelle Feindbilder der radikalen Linken, etwa das der "Faschisten als Kettenhunde des Kapitals" ist in der heutigen Zeit kein Verlaß mehr. Während dieses Erklärungsmuster immer noch landauf, landab in aufklärerischer Pose bemüht wird, um die funktionale Verknüpfung von beiden zu erklären, beklagen die Herren des Kapitals laut die Dysfunktionalität des rassistischen Terrors für stabile Verwertungsbedingungen.

Die deutschen Faschisten zeigen, daß sie in der Lage sind, sich sprachlich anzupassen. In der "Nationalzeitung" der neofaschistischen DVU, die im September mit 6,2% in die Bremer Bürgerschaft gewählt wurde, läuft beispielsweise seit Wochen eine Aktion "Scheinasylanten ausweisen - Ausländerhaß bekämpfen!", die ganz im gesellschaftlichen Mainstream begründet wird: "Nur wenn Scheinasylanten und kriminelle Ausländer konsequent ausgewiesen werden, wird jeglichem Ausländerhaß der Boden entzogen". Würde auf das - verräterische - "konsequent" verzichtet, könnte das auch im SPIEGEL stehen. In einem Bericht über die Gründung des DVU-Landesverbandes Sachsen am 3.10. heißt es: "Zugleich sprach sich Frey gegen eine Grundgesetzänderung aus. Wirklich politisch Verfolgten müsse auch in Zukunft Asyl geboten werden. Mit scharfen Worten verurteilte der Redner jede Form von Gewalttätigkeit gegenüber Ausländern wie Inländern. Vorfälle wie in Hoyerswerda seien eine Schande". (5) Im Vergleich mit manchen CDU-Politikern, die sich vor Populismus übergeben und wie Bundeskanzler Kohl und die CDU/CSU Fraktionschefs eine Änderung des Grundgesetzes fordern (6), kann sich DVU-Chef-Frey, er ist schließlich "vom Fach", biedermännisch geben: "Wir brauchen nämlich keine Anheizung der ohnehin schon viel zu sehr aufgeladenen Atmosphäre durch die schon seit Jahren währende Diskussion, ob das Grundgesetz geändert werden muß. Es braucht nicht geändert zu werden." Zufrieden gibt er sich mit dem, was auch bei den demokratischen Parteien längst Konsens ist: "Gerichte an den Grenzen, bei den Flughäfen und anderen Einwanderungs- Zentren der Bundesrepublik müssen in die Lage versetzt werden, binnen weniger Wochen (!, mo.) rechtskräftig durch zwei Instanzen (!, mo.) die tatsächlich politisch Verfolgten (5%) anzuerkennen und die Scheinasylanten (95%) unverzüglich abschieben zu lassen". (7) Von höherem Erkenntniswert als die Frage, ob es sich hierbei um Demagogie handelt, ist die, warum ein Mann wie Frey sie so betreiben kann. Sogar bei den Skins hat sich, glaubt mensch dem SPIEGEL vom 14.10.91, herumgesprochen, wie der Konsens formuliert wird: "Selbst die Lichtgestalt aus Bild-Kommentaren und Kanzlerreden, der echte Asylant, hat Platz im Weltbild der Hünxener Skins: Wer wirklich politisch verfolgt sei, sagt Marco großzügig, 'kann gerne nach Hünxe fliehen'. Aber die, die jetzt hier seien, 'das sind doch alles Scheinasylanten'". Ein Kollege von ihm, der in diesen Tagen wegen eines

Überfalls auf Kinder(!) aus Tschernobyl vor Gericht steht, forderte Verständnis dafür ein: "Gewalt ist seinen Worten zufolge `ein Mittel' gegen Ausländer". (8)

Was aber halten die "Herrchen" dieses jungen "Kettenhundes" von solchen Mitteln? Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesverband der deutschen Industrie wollen beispeilsweise zwar auch "dem Mißbrauch des Asylrechts begegnen", auf die Titelseiten kommen sie jedoch mit ihrer Verurteilung von "jede(r) Gewalt gegen Ausländer und Flüchtlinge als unmenschlich". (9) Zwei Wochen später läßt der Präsident des deutschen Industrie und Handelstages, Stihl, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: "Er sprach sich für härtere Strafen gegen Gewalttäter und für Patenschaften für Ausländerwohnheime aus". (10) Werden demnächst Autonome Arm in Arm mit den Jungs vom Verband der Jungunternehmer nachts Wache halten? Und wer ruft dann noch "Hinter dem Faschismus steckt das Kapital" ? Kapitalchef Stihl nennt jedenfalls handfeste Gründe, warum mit dem rassistischen Terror Schluß gemacht werden muß: "Die Bundesrepublik brauche 'ein positives Bild im Ausland, weil wir auf ausländische Unternehmen angewiesen sind'. (...) Stihl betonte, die Bundesrepublik profitiere von den ausländischen Mitbürgern 'enorm'." (11) Anders ausgedrückt erklärt Stihl rassistischen Terror für dysfunktional für die sensiblen deutschen Exporte und für den inneren Betriebsfrieden. Eine Untersuchung der Diskussionen in den diversen Wirtschaftsblättern über "Multikulturelle Gesellschaft", "Einwanderungsgesetz", "

Saison-Arbeiter-Konzepte", "befristete Gastarbeitsverträge" u.ä., aber auch ein Blick hinter die Fabrik- und Bürotüren, würde klar machen, daß die Stihl'schen Erklärungen nichts mit Anti-Rassismus zu tun haben. Das Vorrechnen des wirtschaftlichen Nutzens der "Ausländer" für "uns" und das Widerlegen von Vorurteilen wird seit Jahren von gutmeinenden Leuten, und auch aktuell wieder von zahlreichen Politikern, betrieben; bloß, nutzen wird es wohl auch diesmal nichts. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß "das Kapital" in der aktuellen Auseinandersetzung objektiv fortschrittlicher auftritt, und bisweilen symphatischer als manche deutschen "KollegInnen". (12)

Von Christenmenschen und ...

"Die ratlosen Kirchenoberen der Anschar-Gemeinde im schleswig-holsteinischen Neumünster", beginnt der Bericht im Tagesspiegel vom 13.10.91, "hoffen auf eine Lösung". Ja, haben sie denn ein Problem, möchte mensch beinahe fragen, dabei wissen wir es doch alle: Zu diesem Zeitpunkt hielten nämlich ungefähr 85 Flüchtlinge bereits seit vier Wochen die Kirche besetzt. "Wir sind bereit, überall hinzugehen", versicherten sie, "nur nicht in die neuen deutschen Bundesländer". Pastor Müller zeigte sich überzeugt: "einen Tritt in den Hintern, das geht nicht." (13) Zumindest nicht für Leute, die wissen, was wahre Christenpflicht ist: "für regelmäßige warme Mahlzeiten zu sorgen und ihnen, die zum überwiegenden Teil Moslems sind, das Christentum etwas näherzubringen".

Die Wahrheit über die Katze erfährst Du bei den Mäusen, sagt ein chinesisches Sprichwort und auch hier erzählen die Flüchtlinge anderes als die Tagespresse: "Zunächst hat es die Kirche abgelehnt, uns auf humanitäre Weise zu helfen, als das Fernsehen und die Zeitung jedoch hinzukamen und berichteten, hat sie eingelenkt. (...) Sie hat ihr wahres Gesicht gezeigt und, wie der Staat auch, (psychologischen) Druck auf uns ausgeübt. Zum Beispiel schreibt der Vorsitzende des Kirchenvorstandes der Anschar-Kirchengemeinde am 13.10.91: 'Wenn Ihr die Kirche dennoch nicht verlasst, werden wir nicht automatisch einen Räumungsantrag stellen, nach wie vor gilt, daß wir keine Gewalt wollen. Aber wir werden unsere aktive Unterstützung und Hilfe als Kirchengemeinde einstellen.'" (14)

Bei der Suche nach "Lösungswegen" haben es Christen nicht gar so schwer: "Gott kennt sie. Wir vertrauen darauf, daß er sie uns zeigt." Ob mit Gott oder wegen des intensiven Gekungels mit den staatlichen Stellen, die Er-Lösung fand sich in Greifswald im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern: "Die Gemeinde weist darauf hin, daß das ehemalige Hospitalgelände durch einen Zaun (!, mo.) gesichert sei." Das weitere "Schicksal" der Flüchtlinge ist nach ihrer Flucht vor rassitischen Angriffen in Greifswald immer noch offen. (15) Das Verhalten der Anschar-Gemeinde ist kein Einzelfall. So trafen sich bereits im August kirchliche Initiativen in Gotha und widersprachen dort u.a. Überlegungen für einen vorläufigen Verteilungsstop in den Osten Deutschlands. (16) In einem Rundschreiben an ähnliche Gruppen empfiehlt der Berliner Arbeitskreis "Asyl in der Kirche" "keine Aufnahme von größeren Gruppen und Flüchtlingen". (17)

Und wie agieren die Kirchen eine Etage weiter oben? Auch die katholische und die evangelische Kirche haben die Parteien aufgerufen, in der Asylfrage "endlich zu einer gemeinsamen und wirksamen Lösung" zu kommen. Der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, mahnte die Parteien: Die Zeit sei reif, daß "sie sich wenigstens an diesem Punkt einmal auf eine gemeinsame Maßnahme einigen." (18) Der EKD-Vorsitzende Kruse sprach von "schädlicher Emotionalisierung" und erklärte, "das Asylrecht (...) muß in seiner Substanz erhalten bleiben". Zur Substanz gehört für ihn selbstverständlich auch "die schmerzliche Pflicht des Staates", abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. (19)

... "Saufbrüdern"

In der tobenden Asyldebatte erwiesen sich die Kirchen Christi also als Fels in der Brandung ... Den Sicherheitsbehörden wurde dagegen allgemein Kapitulantentum vorgeworfen und eine kleine Minderheit verdächtigte sie gar der Kumpanei mit den Tätern. Dieser Verdacht ließe sich durch zahllose Beispiele von Desinteresse, "Zuspätkommen", Wieder-Laufen- Lassen u.ä. Verhaltensweisen örtlicher Bullerei spielend erhärten. Auffälliger aber als die vielen kleinen Sauereien ist diesmal die Reaktion der Bundesebene des Apparates. Das Bundeskriminalamt erklärte sich für "weitgehend machtlos" (20) und veröffentlicht seitdem aktualisierte Statistiken. Ist eine/r verwundert, wenn dabei herauskommt, daß die Schläger in der Regel Heranwachsende (also bekanntlich nicht ernstzunehmende), unter Alkoholeinfluß stehende (also schuldunfähige) und "spontan" (!) handelnde Einzeltäter sind, und daß Alles nicht gesteuert ist? (21) Und auch sonst ist das BKA fleißig am Sammeln, nämlich die ED-Behandlungsdaten von Flüchtlingen, die könnten sonst "Sozialhilfe mißbrauchen" oder gar "Doppelanträge" stellen. (22)

Was aber ist, wenn brave Bürger angesichts des Ausmaßes der Gewalt fragen, ob man die Rassisten nicht "wie Terroristen" verfolgen könne? Bitte, Herr Generalbundesanwalt Alexander von Stahl: "Sie können davon ausgehen, wenn wir heute in der rechtsradikalen Szene solche Ansätze hätten wie bei den militanten Tierschützern, würden wir das Verfahren mit Verve führen." Aber was ist mit den Skinheads? "'Die Skinheads' gibt es als Organisation nicht. Skinhead, das ist eine Lebenshaltung". Aber in Hünxe, da wo sie doch die beiden Asylantenkinder verbrannt ...? "Wir (haben) uns bei der Staatsanwaltschaft erkundigt, ob diese Fälle in unsere Zuständigkeit fallen könnten. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Staatsanwaltschaft die Sache auf die leichte Schulter nimmt, aber die Antwort war, daß die Täter drei Saufbrüder sind, die sich regelmäßig in der Kneipe treffen".(23)

Die paar Razzien, die dann doch mal stattgefunden haben, der noch überall gemeldete "verstärkte Schutz von Asylbewerbern", ändern an der Grundtendenz nichts, den Nazis möglichst großen Spielraum zu geben.

Wenn der Vietnamese Bui Van Nho nach drei Wochen aus dem Koma erwacht, in das ihn drei Schüler (!) zuvor geschlagen hatten, wird der Rechtstaat aktiv: Nachdem sich die drei freiwillig bei der Berliner Polizei gemeldet haben und erklärten, sie wären "aus staatsbürgerlicher Verantwortung" gegen Zigaretten-Schwarzhändler vorgegangen, werden sie wieder laufengelassen, und der Polizei-Pressesprecher versichert, natürlich werde "in beide Richtungen ermittelt". Wie der Tagesspiegel vom 5.11.91 weiter meldet, hat Bui Van Nho seine Deutschkenntnisse verloren.

Die Volksfront fürs gute Ansehen

Erstaunlich, wer sich alles zusammengefunden hat, um gegen "Ausländerhaß", "Fremdenfeindlichkeit", "Rassismus" bzw. schlichter "gegen Haß und Gewalt" energisch zu protestieren. In Berlin hat sich ein breites Bündnis gebildet, das beispielsweise aus Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe, Berlins Regierendem Bürgermeister Diepgen (CDU), den beiden christlichen Kirchen, der Jüdischen Gemeinde, der Caritas, Gewerkschaften, dem Landessportbund u.v.a. besteht. Die Fahne der Humanität hochreckend, erklären sie "Ausländerfeindlichkeit ist Men schenfeindlichkeit" (24) , das Prinzip der Toleranz wird gefordert, hat aber seine Grenzen: "Gegen strafbare Handlungen muß der Rechtstaat mit aller Entschiedenheit vorgehen". Soweit Banane, aber was ist in diesem Zusammenhang damit gemeint, daß "die Politik aber auch die sozialen Ängste der einheimischen (!) Bevölkerung ernstnehmen" müsse (25) oder damit: "allerdings müsse der Zugang von Ausländern auch überzeugend gesteuert werden"? (26) Ein vergleichbares Bündnis aus Niedersachsen erklärt "ohne Fremde sind wir allein", und - haarscharf an der Wahrheit vorbei - Mollies "treffen uns alle". (27) Im Osten entstehen erneut runde Tische (28), und auch DGB-Chef Meyer will in dieser Frage keine Parteien mehr kennen und betont: "Lösungsansätze werden sich nur in einem Bündnis der Vernunft aller Demokraten finden

lassen. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß es die Lösung nicht gibt, aber man kann etwas tun, ohne den Art. 16 des Grundgesetzes anzutasten. Eine Beschleunigung des Asylverfahrens ist machbar, auch wenn immer wieder anderes behauptet wird". (29)

Was ist mit der Vernunft der Demokraten? Der Asylkompromiß droht im Parteiengezänk unterzugehen, beklagen unisono (!) die Leitartikler der großen Zeitungen. Dabei hatte alles so schön angefangen: Auf den Sofas beim Kanzler einigte man sich auf die Lösung, die nicht nur hübsche "zentrale Gemeinschaftsunterkünfte" (30) vorsah, sondern auch vorsorglich von den sechs Wochen, die Flüchtlingen in Zukunft zugestanden werden sollten, gleich "eine Woche (für) Aufenthaltsbeendigung" (31) reservierte - Gute Reise, Besuchen sie uns nicht wieder.

Doch wir würden nicht in einer Demokratie leben, wenn sich die Parteien nicht trotz dieses Konsenses streiten würden. Eilig hatte es Frau Däubler-Gmelin (SPD), die forderte, daß die Vereinbarungen zur "Beschleunigung der Asylverfahren schneller umgesetzt werden" müssen und der Regierung Verschleppung vorwarf. (32) In Anzeigen sieht die SPD die Gefahr, "daß die Chance für eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung erneut ungenutzt bleibt". Einen Tag später, konterte Herr Rühe (CDU) und warf der SPD Schuld an den Gewaltakten vor. Diese sei mit ihrer Verweigerungshaltung dafür verantwortlich, daß das Problem des Asylmißbrauchs nicht gelöst werden könnte. (33) Und wie hält's die restliche Opposition mit dem Asyl? Über die GRÜNEN ist im letzten ak bereits alles notwendige gesagt worden (34), bleibt noch die linke Opposition. Einerseits nimmt die PDS- Bundestags-Abgeordnete Dagmar Enkelmann an Gesprächen teil, auf denen sich die Anwesenden - neben ihr, einige Skins und "Ausländer" - einig waren, "daß die Ursachen für Ausländerfeindlichkeit in sozialen Problemen (...) zu sehen sind. Voreingenommenheit sollte auch gegenüber den Skins abgebaut werden." (35) Andererseits liest mensch auch fundierte antirassistische Beiträge von Ulla Jelpke und Dieter Liehmann im ak. Bis die PDS sich auf eine erkennbare Linie geeinigt hat, lesen wir: "Angesicht der brutalen Gewalttätigkeiten solidarisiert sich der Deutsche Bundestag mit den Angegriffenen und denen, die sich schützend vor sie stellen - Polizei, Nachbarn und engagierte Bürger, aber ebenso Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeber". (36)

Deutschland im Herbst: "Ein Herz für Ausländer"? (37)

Zwei Jahre nach der "Wiederaufrichtung des Reiches" bot Deutschland in puncto Rassismus scheinbar ein widersprüchliches Bild: In Halle ist es Faschisten gelungen, am Jahrestag der sog. "Reichskristallnacht" zu marschieren und öffentlich Auschwitz zu leugnen, in Berlin und anderswo setzte sich das selbsternannte Andere Deutschland in Bewegung. Doch jenseits dieser plakativen Gegensätzlichkeit ist zur Beschreibung der deutschen Zustände charakteristischer, daß durch alle politischen und gesellschaftlichen Lager hindurch sich ein rassistischer Konsens durchgesetzt hat.

Dieser nationale Konsens hat sich zudem deutlich nach Rechts verschoben. Positionen, die noch vor Jahren den Neofaschisten vorbehalten waren, werden heute im FR-Kommentar vertreten. Als Kampfblatt hat der SPIEGEL die Nationalzeitung abgelöst und am lautesten nach einer Änderung des Asylartikels im Grundgesetz schreien heute die Unionsparteien. Die ganze "Asyldiskussion" erweckt, je genauer mensch hinschaut, den Eindruck einer Scheindebatte. Es ist bei allem "Streit" zum Allgemeingut geworden, daß wir bestimmen, wer politisch verfolgt ist und wer nicht, und jedes deutsche Kind weiß bereits, daß 95% der Flüchtlinge in Wahrheit "Scheinasylanten" sind, die abgewehrt werden müssen. Flüchtlinge und ImmigrantInnen, die bereits hier sind, werden von dieser Gesellschaft zu bloßen Objekten erniedrigt. Das ist bei der staatlichen "Ausländer"-Politik offensichtlich, aber auch das Motto, daß sich die Ausländerfreunde vom CDA gewählt haben, erinnert nicht aus Zufall an das millionenfach verbreitete "Ein Herz für Kinder". Selten wird es so deutlich wie dort, daß die ganze Ausländerfreundlichkeit nichts anderes ist als ein anderer Ausdruck der selben - im Kern rassistischen - Sichtweise.

Wie der bestehende rassistische Konsens in Zukunft materiell rechtlich gefaßt werden wird, ist im Detail noch unklar. Deutlich zeichnet sich z.Zt. bereits aber ab, daß Deutschland in der Frage einer vereinheitlichten Asyl- und Migrationspolitik seine Vorreiterrolle innerhalb der EG und auch im restlichen Europa ausbaut. In welche Richtung diese Rolle ausgeübt wird, zeigt die Äußerung von Bundesinnenminister Schäuble auf der Innenministerkonferenz Ende Oktober im Berliner Reichstag. Für ihn ist nichts geringeres als der Friede in Europa in Gefahr, wenn es nicht gelänge, die Wanderungsbewegungen aus Ost- und Südosteuropa einzudämmen.(38) Zukunft werden, neben einer europäisch koordinierten Abschottung, wohl Modelle der "Bekämpfung von Fluchtursachen in den Heimatländern" haben, und sei es auch nur, um innerhalb der

Metropole den Eindruck zu erwecken, man tue etwas. Ansonsten wird die nächste Zeit von der Diskussion um ein Einwanderungsgesetz bestimmt sein. Wie formulierte es der Multi-Kulti-Vorreiter Cohn-Bendit so schön: "Damit könnte die Bundesrepublik beispielsweise festlegen, wieviel Arbeitskräfte hereingelassen werden".

Bleibt noch zu klären, weshalb gleichzeitig diese gründliche Ausländerfreundlichkeit geübt wird. Der Journalist Dieter Kronzucker kritisiert die Schläger so: "Diese Barbaren reißen damit in einer Jahreszeit ein, was unsere Gesellschaft über vier Jahrzehnte aufgebaut hat: Ein neues deutsches Ansehen in der Welt". (39) In Form eines doppelten Betruges wird versucht dem Ausland und sich selbst das Bild eines Anderen Deutschland vorzumachen. Das schlechte Ge-Wissen darüber, daß es in Wahrheit das alte Deutschland ist, motiviert die Ausländerfreunde. Dieser Umstand sollte im Ausland bekannt sein. Demonstrationen gegen den deutschen Rassismus haben möglicherweise mehr Aussicht auf Erfolg, wenn sie, wie in dieser Woche in London und Stockholm geschehen (40), im Ausland stattfinden.

II. "Ich möchte, also bin ich"

Der Antirassismus der radikalen Linken

In dieser an Umbrüchen und ideologischen Unsicherheiten nicht gerade armen Zeit sind sich die radikalen Linken wenigstens darin sicher, daß sie selbst antirassistisch sind. Verächtlich schauen sie auf die Ausländerfreunde: Döner-kauend kritisieren sie deren "Multi-Kulti-Gerede", so als würden SIE eingesperrt, streiten sie gegen die "Festung Europa". Die "Volksgemeinschaft" - das sind eben immer die anderen.

Die Selbstverständlichkeit, mit der hier eine Haltung und Position behauptet wird, muß stutzig machen; dies umso mehr, weil gegen sie bereits in zahlreichen Büchern und Artikeln gestritten wurde. Die Konsequenzlosigkeit all dieser Diskussionen liegt weniger an der geäußerten Kritik, als an ihrem Gegenstand: Wer stellt schon gerne die eigene privilegierte Stellung als "weiß" und "deutsch" in Frage? Als die damalige KB-Minderheit damit begann, den deutschen Nationalismus zu kritisieren und ihre daraus abgeleitete grundsätzliche Ablehnung des Anschlusses der DDR u.a. in der Parole "Nie wieder Deutschland" zusammenfasste, wurde ihr dafür von Kieler GenossInnen nicht weniger als ein "umgestülpter Rassismus" vorgeworfen, andere bewiesen ihr Nichtverstehen mit der Vokabel "biologistisch". In der heute sich Gruppe K nennenden Formation wird auf die Einführung von "weiß" bzw. "schwarz" als politisch/gesellschaftliche Bestimmungen zum Teil ähnlich interessiert reagiert: Die Angst vor unbekanntem theoretischem Terrain ist groß. Entweder sieht mann sein "universalistisches" Denkgebäude in Gefahr, oder aber die Neuansätze werden ungeprüft als "moralistisch" abgetan.

Solche Reaktionen dürften bei den meisten radikalen Linken der Fall sein. Statt Anti-Rassismus als neu zu bestimmende Aufgabe zu behandeln, sich neue Theorie-Ansätze überhaupt erst einmal anzueignen, besinnt sich diese deutsche Linke lieber auf den Ladenhüter im theoretischen Gepäck: den Klassenwiderspruch. Zu diesem Ökonomismus gesellt sich ein paternalistisches Verhalten, in dem Schwarze immer als "Opfer" gesehen werden, die wie Kinder an der Hand zu führen sind. Beides festigt letztlich eher den status quo, anstatt ihn aufzubrechen

"Ob schwarze, oder weiße Rasse: Eine Klasse!"

Dieser Spruch war auf der Berliner 9.11.- Demo 1991 auf einem Transparent zu lesen und steht dafür, daß die deutsche Linke ideologisch auf dem Stand eines John Heartfield stehengeblieben ist und daß im Zweifelsfall eben doch der Hauptwiderspruch entscheidet. Ob stärker klassisch "Der Rassismus ist eine systematische Ideologie, (...) die seitdem in unterschiedlichen Formen dazu dient, eine besondere Ausbeutung von Arbeitskräften durch politische und soziale Diskriminierung ideologisch abzusichern" (41) , oder eher autonom "Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten", Rassismus wird nicht als eigenständiger Widerspruch gesehen, sondern lediglich als fieses Mittel, ein Trick "der Herrschenden", um die Klassenkampfsubjekte zu spalten oder sie in die falsche Richtung zu lenken. "Der Staat braucht neue Sündenböcke, um von den Konsequenzen seiner Politik abzulenken. (...) Der staatliche Rassismus deckt den Rassismus der Faschisten. Das Kapital betreibt seine altbekannte Politik: teile und herrsche!" (42) Und wieso funktioniert das so einfach: "Die Menschen sind deshalb für Rassismus und faschistische Ideen anfällig, weil für die meisten im wiedervereinigten Deutschland keine greifbare und brauchbare Alternative sichtbar ist, gemeinsame Interessen solidarisch durchzusetzen. Die Probleme für viele von uns sind der sinkende Lebensstandard, die Mietpreissteigerungen, der Arbeitsplatzabbau und ein Alltag in

den Städten und Dörfern, der gegenüber den Interessen der Jugendlichen feindlich eingestellt ist. Die Hilflosigkeit schlägt so in den Hass auf den präsentierten Sündenböcke um, auf die mit menschenverachtender Gewalt getreten wird, während nach Oben gebuckelt wird." (43) Alle diese Zitate könnten durch beliebige andere aus Veröffentlichung der radikalen Linken ersetzt werden, ohne daß sich die zentrale message verändern würde. Getreu der Sichtweise einer kommunistischen Weltbewegung, die "Antisemitismus als verirrter Klassenkampf" verstand, behandelt diese Linke noch heute den Rassismus. (44) In einem Weltbild, in dem nur noch deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront zu bilden haben und in dem bis zum Kotzen weitergelogen wird, sie hätten schlicht und einfach die gleichen Interessen, ist weder für türkische Unternehmer Platz noch für die realen Widersprüche innerhalb der multinationalen zusammengesetzten, aber eben deutsch dominierten Arbeiterklasse. Mit der Phrase von der menschlichen Gleichheit (= Eine Klasse) wird versucht, die reale Ungleichheit zu verdecken. Mit einem fortschrittlichen Ansatz hat diese anti-rassistische Politik nichts zu tun, dafür viel mit idealistischer Weltanschauung. Statt auf der Höhe der Zeit zu sein, wird immer noch ein ökonomistischer Steinzeit-Anti-Rassismus gepflegt. Diese radikale Linke ist sich schließlich nicht einmal zu blöd, an der anti-emanzipativen und die Täter entschuldigenden Mär mitzustricken, Deutsche könnten gar nicht anders, als vorgesetzte "Sündenböcke" einfach totzuschlagen.

"Nebenbei streichelt er schwarze Kinderköpfe" (45)

Das Bild der bereits bestehenden Gleichheit, welches die Linke nicht müde zu malen wird, wird von nichts so deutlich konterkariert als von ihrer Praxis. Der gewöhnliche linke Umgang mit "ausländischen Kollegen" erinnert an die Art und Weise, mit der normalerweise Kinder, die nicht sprechen können, behandelt werden. Das ideale Objekt des linksradikalen Hilfsbegehrens sind aber Flüchtlinge, die vor Überfällen geschützt werden können. Anstatt mit ImmigrantInnen und Flüchtlingen das gegenseitige "Anderssein" wahrzunehmen, also die unterschiedliche Sozialisation und die ökonomische/gesellschaftliche Position, und auf dieser Grundlage mit ihnen und nach ihren Vorgaben für gleiche Rechte einzutreten, sollen die Rollen zwischen "Opfer" und "Helfer" offensichtlich beibehalten werden. Letztendlich macht diese Herangehensweise Schwarze auch wieder zum Objekt. Dieser Paternalismus (46) soll abgesichert werden durch einen Blick, der konsequent jeden selbständig geführten Kampf von Schwarzen aus der Wahrnehmung ausblendet. Auf vielfältige Weise haben sich die ImmigrantInnen und Flüchtlinge mittlerweile selbständig organisiert und konfrontieren die weißen HelferInnen mit ihrer eigenen Sprache.

Ihr betrachtet uns als Opfer. Opfer? Als Opfer will ich nun ganz gewiß nicht gesehen werden, weil ich Angst hätte, ihr würdet mich 'retten', mir mitleidig helfen wollen. Wir brauchen nicht euer Mitleid, sondern euere Mit-Betroffenheit. (...) Was heißt deutsche Frauen? Sie nennen sich unsere Schwestern ... Sie sind unsere Gesprächspartnerinnen, die mit uns unsere Probleme diskutieren (Haben deutsche Frauen keine Probleme? Warum sind immer wir es, die erzählen?) ... Sie sind auch die herrschenden Frauen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit, ihrer Nationalität, als Mittäterinnen in der Ausbeutung der unterentwickelten Länder der Dritten Welt. Sie sind uns gegenüber sehr solidarisch, machen auch Kampagnen mit, um die Unterdrückung der Frau in unseren Ländern zu bekämpfen. Ländern, in denen oft der Krieg Alltag ist. Was wißt ihr wirklich von unseren Ländern? Warum seid ihr solidarisch mit uns? Was steckt dahinter?

Schwer allerdings ist es für uns zu ertragen, wenn die weißen Frauen anfangen, uns zu lehren, wie wir unsere Kämpfe führen sollen. Schwierig, wenn sie uns gegenüber - in alter kolonialistischer Art - ihre feministische Theorie durchsetzen wollen." (47)

Auf dem bundesweiten Kongress der Flüchtlingsgruppen 1989 erklärte Wayne Farah in ihrem Beitrag u.a.: "Schwarze Selbstorganisation, schwarzer Nationalismus ist keine Reflexion des anti-weißen Rassismus, sondern es ist eine Absage an die Annahme bestimmter weißer Organisationen, daß ihre Ablehnung des Rassismus sie gleich an die Spitze unseres schwarzen Kampfes befördert. Es ist eine Absage an Integration. Wir glauben nicht, daß alle Weißen Rassisten sind, aber wir wissen, daß 400 Jahre Kolonialismus und Imperialismus uns unserer Ressourcen und unseres Schicksals beraubt haben. Integration vom Standpunkt der Machtlosigkeit aus bedeutet nichts anderes als Anpassung und Assimilierung an die weiße Gesellschaft und Verlust unserer Würde und Gemeinschaft. Rassismus ist Ausbeutung durch weiße Machtstrukturen. Macht ist keine den Weißen angeborene Sache, sondern entwickelt sich in einem komplexen Strukturgefüge aus Klasse, Rasse, Geschlecht und Hierarchie.(...) In den 90er Jahren müssen wir Bündnisse mit radikalen Weißen Gruppen eingehen. Aber wir können uns keine endlosen Diskussionen leisten darüber, was Rassismus ist, woher er kam, wann er begann usw. Wir müssen aber zunächst uns selbst organisieren, eigene

Strukturen schaffen und eine Ideologie erstellen. Solange dies nicht der Fall ist, werden wir uns in endlose Diskussionen verstrikken."(48)

Die größten Kritiker der ...

Zu großen Teilen ist der oben beschriebene Ökonomismus und Paternalismus der radikalen Linken auch als Selbst-Kritik zu verstehen. (49) Im ehemaligen KB wurde Rassismus nicht als eine theoretische Herausforderung verstanden, sondern bis heute wird die Beschäftigung mit ihm den SpezialistInnen der entsprechenden AG überlassen, im besten Fall wird Antirassismus mit Antifaschismus gleichgesetzt. Wenn auch die Nachfolgegruppen des KB mit den Attributen weiß, deutsch und überwiegend männlich beschrieben werden können, wird das von den meisten als selbstverständlich und nicht als bezeichnend wahrgenommen. Was bei dieser Art der Beschäftigung herauskommen muß, konnte mensch beispielsweise in ak 335 nachlesen. Auf einer ganzen Seite wurden "Organisierte Rassisten" vorgestellt, und obwohl dies "ein kleiner Überblick" sein sollte, erfuhren die LeserInnen noch über die Existenz kleinster Gruppen, ob sie sich nun NA, NO, NL oder NF nennen. Wer mit der Lupe nach Rassisten sucht, verliert den Überblick, oder wie ist es sonst zu erklären, daß weder die SPD noch die GRÜNEN (noch nicht einmal die CDU!) in der Aufzählung auftauchten? In einem Überblick, der diesen Namen verdient, müssten sie - und viele andere auch - aber aufgeführt sein. Denn erst in einer solchen Gesamtdarstellung ließe sich, bei aller notwendigen Differenziertheit, das Zusammenwirken und das sich gegenseitig beeinflussende Agieren der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen/Ebenen, ließe sich also Rassismus überhaupt erst diskutieren. Eher auf statistischer Ebene wird in einem anderen Artikel versucht, sich dem Geheimnis "Wer sind die Brandstifter?" zu nähern. (50) Doch auch der Ritt durch Umfrageergebnisse endet im Offenbarungseid: "Die schnelle Bereitschaft dieser Menschen, den Sündenbock Ausländer für die eigene schlechte oder labile Situation verantwortlich zu machen, schafft das Klima, in dem organisierte Rechtsradikale offen zur Hatz gegen Ausländer aufrufen können." Die Bereitschaft ... schafft das Klima - alles klar.

Eine Zeitung wie der ak wird aber doch wenigstens den Widerstand der ImmigrantInnen nicht ausblenden? Nur drei (beliebige) Gegenbeispiele:

- In diesem Sommer fand in Frankreich (zugegeben: das ist Ausland), nach langer Vorbereitung mittels regionaler Hungerstreiks u.a., eine landesweite Demonstration von über zehntausend illegalen (!) EinwanderInnen statt. Nach vielen Versuchen ist es ihnen gelungen, die Entmündigung zu durchbrechen und die eigenen Interessen (in diesem Fall hauptsächlich ein legaler Status) selbst zu vertreten.

- 1989 wurde der bundesweite Flüchtlingskongreß zum erstenmal selbständig von immigrantischen Flüchtlingsgruppen durchgeführt. Dies geschah in bewußter Abgrenzung von der bis dahin von weißen, deutschen Flüchtlingsgruppen dominierten Praxis.

- Zunehmend organisieren sich sogenannte Ausländer, die hier geboren wurden, in "Jugendbanden" und in politischen Organisationen. Nicht nur in Berlin gibt es mittlerweile eine türkisch/kurdische Antifagruppe namens "Antifasist Genclik". (51)

Alle diese Defizite treten in einer Situation zu Tage, in der sie besonders schmerzen. Die weltweiten Migrationsbewegungen, die Vereinheitlichung des Asyl- und Einwanderungsrechts im EG-Europa (und darüber hinaus) und der sich abzeichnende Metropolen-Rassismus (52) sind die Themen der nächsten Jahre. Eine Linke und ein ak, die nicht bereit sind, darauf entsprechend zu reagieren, auf die ist geschissen.

Den Bruch mit dem rassistischen Konsens wagen

Noch weit frustrierender als das, was mensch täglich aus dem Medien-Brei zog, konnte in den letzten Wochen ein Besuch bei antirassistischen Bündnistreffen sein. Was dort von der radikalen und auch von Radikalen Linken zu hören war, ist enttäuschend. Ob es der bundesweit bekannte Anarchist ist, der gegen die Aufnahme der "Offenen Grenzen" in einem Demo-Aufruf argumentiert, damit verschrecke man nur potentielle TeilnehmerInnen, stattdessen aber die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge vorschlägt, schon damit diese nicht entwurzelt werden, oder ob es die ehemalige Bundestagsabgeordnete ist, die bereit ist noch den flachsten Aufruf "Gegen Gewalt und Fremdenhaß" zu unterschreiben: Nichts erinnert mehr an die gemeinsamen Tage, in denen nicht nur "Nie wieder Deutschland" gefordert, sondern dies auch noch offensiv als "Absage an die Massenfreundlichkeit" propagiert wurde. Heute,

wo viele der Prognosen, deretwegen das Nie Wieder! erhoben wurde, Wirklichkeit werden, in einer Zeit, in der sich das geschmähte deutsche Volk häßlicher denn je als Mob betätigt, wäre die Formulierung eines Bruches mit dem Konsens notwendig. Anscheinend ist die Gesellschaft aber mittlerweile so weit nach rechts gerutscht, daß auch eine deutsche Linke, die bei aller Kritik den Anschluß nicht verlieren will, nicht anders kann.

Dieses Umkippen ins "Massenpolitische" ist angesichts der eindrucksvollen Zahlen vom 9.11. vielleicht erklärbar, der Wunsch zwei Jahre nach der Stunde Null endlich wieder auf "business as usual" zu machen sogar verständlich, aber eine Zukunft hat das in diesem Deutschland nicht. Die DemonstrantInnen der Novemberdemos sind genauso schnell wieder von den Straßen verschwunden, wie die bescheuerten "Ich bin ein Ausländer"-Plaketten von ihren Parkas ... Übrig bleibt eine Linke, die endlich akzeptieren sollte, daß der Anti-Rassismus eine neu zu bestimmende Aufgabe ist und auch Linken nicht gratis in die Wiege gelegt wurde. Die klassischen linken Erklärungsmuster müssen aufgearbeitet, neue Theorieansätze überhaupt erstmal rezipiert werden.(53)

Realpolitisch kann es in der gegenwärtigen Situation nur darum gehen, offensiv die Forderung nach "offenen Grenzen" zu vertreten und an ihr auch den Bruch mit dem rassistischen Konsens festzumachen. Wenn es schließlich gelingt, wie z.B. in Berlin, Frankfurt und zuletzt in Neumünster/Greifswald geschehen, gezielte Interventionen gegen die staatliche Asyl-und Abschiebepraxis zu unternehmen, dann ist schon viel gewonnen. Wenn der Rechtsstaat anschließend aber gar klagt, er fühle sich "vorgeführt", dann ehrt das die Leute, die aktiv wurden und zeigt, daß einige offensichtlich noch wissen, wie das einst gemeint gewesen sein muß, mit dem "die Verhältnisse zum Tanzen bringen".

mo., Berlin / Gruppe K

Anmerkungen

1) Es gibt nicht nur Fascho-Skins: Antifaschistische Red-Skins demonstrierten erst am 10.11. wieder gegen Rassismus in Hannover (FR 11.11.91). Wenn im folgenden von Skins die Rede ist, sind also immer Fascho-Skins gemeint.

2) FR 10.10.91

3) FR 11.11.91, Tagesspiegel (TSP) 12.11.91

4) taz 12.10.91, Prowo Nr.19

5) Nationalzeitung, Nr.42/91

6) FR 27.9.91

7) vgl. 5

8) FR 7.11.91

9) FR 10.10.91

10) TSP 25.10.91

11) ebenda; Der hessische FDP-Landtagsabgeordnete Heiner Kappel zeigte überzeugend, daß Stihl-Jünger in diesem Sinne sogar bereit sind, ganz unbürokratisch zu handeln. Das Arbeitsverbot für kroatische (...) Bürgerkriegsflüchtlinge müsse fallen, werden doch "im Gaststättengewerbe etwa, aber auch bei der Gebäudereinigung im Rhein-Main-Gebiet händeringend Mitarbeiter gesucht", FR, 10.91.

12) Noch ein deutliches Wort an alle Jungunternehmer, die den Arbeiterkampf lesen: Ihr freut Euch zu früh! Die Anzeigenkampagne "Wann waren sie das letztemal Ausländer?", die mit "die Ausländerfreunde" unterzeichnet ist und mittlerweile in zahlreichen Tageszeitungen erschien, wird weiter unten noch kritisiert. Dem Frankfurter Werbemanager aber, der in der FR v. 2.11.91 sich sogar sicher gab, "daß man auf diese Weise auch erfolgreich gegen den historischen Nationalsozialismus hätte vorgehen können", sei versichert, daß wir es dann doch lieber mit einem "gut organisierten Proletariat" halten.

13) TSP 13.10.91

14) "Erklärung der Flüchtlinge in der Anscharkirche Neumünster", aus: INTERIM Nr.167; In früheren Ausgaben befinden sich eine Reihe weitere Berichte/Dokumente zur Besetzung.

15) s.a. den Extra-Artikel in diesem ak

16) FR 15.8.91

17) Prowo Nr.19

18) FAZ 22.10.91

19) FR 4.11.91

20) FR 10.10.91

21) "Die Statistik zeige auch, daß von den 324 bisher festgenommenen Gewalttätern (bei bis dato 1331 registrierten Straftaten !, mo.) nur 34 zu den Skinheads gehörten, hieß es. Die übrigen Täter hätten oft Kontakte zur rechtsradikalen Scene, seien aber nicht organisiert", Berliner MoPo 24.10.91

22) FR 22.10.91

23) Diese und noch viele anderen schöne Antworten des Nachfolgers von Rebmann sind im Interview "Wir stehen Gewehr bei Fuß" in der FR v. 12.10.91 nachzulesen.

24) FR 17.10.91

25) taz 17.10.91

26) Staatssekretär Rückenriegel vom brandenburgischen Innenministerium, TSP 17.10.91

27) FR 10.91

28) taz 9.10.91

29) Der Mann hat seine Nationalzeitung gelesen, und wäre kein Gewerkschaftsboss, wenn er im taz-Interview vom 11.10.91 nicht darauf hinweisen würde, daß ein beschleunigtes Asylverfahren "mehr Personal erfordert".

30) Der (Springer-) BZ-Berlin fiel hierzu nur noch ein: "Die Reaktion im Ausland dürfte klar sein: Das sind die neuen deutschen Konzentrationslager" (11.10.91) - Sage also keine/r er/sie habe es nicht gewußt ...

31) Die Vereinbarung steht im Wortlaut in der FR vom 10.11.91; eine ausführlichere Erläuterung findet sich im ak 335, S.7

32) Berliner Zeitung 25.10.91

33) FR 26.10.91

34) ak 335, S.8; aber auch FAZ v. 16.9.91: "Sogar die Grünen, insgesamt fundamentaler denn realitätsnah, haben eingestanden, daß der Zustrom der Eindämmung bedarf. Ihr Festhalten am Asylrecht ist Parole, ihr Beschluß, daß ein Einwanderungsgesetz notwendig sei, hingegen eine unübersehbare Marke dafür, wie hoch selbst in den Reihen der staatsfernsten Partei die Sorge gestiegen ist über die Zuwanderungszahlen und deren öffentlichen Widerhall"

35) ND 12.11.91, weitere Fundstellen für vergleichbares in der November-KONKRET

36) Rita Süssmuth für den Dt. Bundestag, FR 11.10.91

37) Letzteres ist der Titel einer geplanten Kampagne der CDU-Sozialausschüsse (CDA), FR 14.10.91

38) FR 31.10.91 "Schäuble sieht Frieden durch Flüchtlinge gefährdet"; vgl. aber auch die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über sog. Armutsflüchtlinge, FR 13.9.91

39) Berliner MoPo 13.10.91

40) Eine Vorankündigung steht in Prowo, Nr.19

41) aus: "Argumente für den Kampf gegen Rassismus und Faschismus", S.8, 1991, Hg.: Sozialistische Arbeitergruppe/SAG

42) Flugblatt von "Autonomen und Antifaschistischen Gruppen", Berlin, zur 9.11.-Demo

43) Flugblatt von "Unabhängigen Antifa-Gruppen Berlin", Nov. 91

44) Die SAG geht in ihrer Broschüre sogar zu den Wurzeln dieses Mißverständnisses, und ist bei Marx/Engels fündig geworden, die schon damals das Geheimnis der in Iren und Briten gespaltenen Arbeiterklasse bestehen ließen: "Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt." Marx/Engels:"Irland - in Aufruhr" S.214

45) TSP 6.10.91, über den Besuch von SPD-Thierse in einem Flüchtlingsheim

46) Das Bestreben andere zu bevormunden, zu gängeln. Von Pater (lat.: "Vater")

47) Aus dem Vortrag einer Philippina bei einem Treffen von Agisra - AG gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung. aus: INTERIM Nr.168

48) ebenda

49) U.a. daher erklärt sich eine gewisse Schärfe.

50) ak 335 S.4

51) Ein Interview mit der Antifasist Genclik (= Antifa Jugend) ist im sozialistischen Jugendinfo Piranha Nr.10/Sommer 91 abgedruckt

52) Ebermann/Trampert schreiben in der November-KONKRET hierzu: "Und gibt es nicht eine verblüffende Parallelität zwischen den Aktionen des Packs vor den Heimen und dem Auftreten Genschers überall in der Welt, wo Deutschland offene Rechnungen hat? Hat nicht inzwischen der letzte Blödmann begriffen, daß dort, wo Geld hinfließt, die 'Freunde' sitzen, und daß man die Regionen wirtschaftlich boykottiert, wo der 'Feind' das Sagen hat?" Die FR v. 27.10.91 meint, daß das "gesunde Volksempfinden" heute durch den "vernünftigen Steuerzahler" ersetzt wurde.

53) Zum Einlesen sei hier nur genannt: Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora, 1990: "Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein", S.86-100, in: Autrata u.a. 1990: Theorien über Rassismus, Hamburg, Berlin/W.; sowie: Überblicksreader zu Rassismus, 1991, Hg.: Anti-Apartheid-Koordination mit Unterstützung von AStA FU u. TU Berlin

11. Es bleibt dabei - der Feind steht links!

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:43

Für den Schweriner Innenminister Georg Diederich ist alles das Ergebnis einer finsteren Intrige: Die Flucht der in Greifswald untergebrachten Flüchtlinge zurück in den Schutz der Norderstedter Schalom-Gemeinde sei "von langer Hand vorbereitet" gewesen, ein "geplantes nächtliches Szenario" nach einem selbstprovozierten Überfall von "vermeintlich rechtsradikalen Gewalttätern". Als Drahtzieher bezichtigt das Kieler Landesamt für Verfassungsschutz und das Schweriner Innenministerium Autonome aus Neumünster, Kiel, Rendsburg und Hamburg. Sie (und natürlich die Ausländer selber) hätten - so Diederichs "Erkenntnisse" - im Fußballstadion von Greifswald ein Handgemenge provoziert und die an sich ganz unpolitischen Hooligans dann zum Wohnheim gelotst. Die Fernsehbilder, die den Überfall dokumentierten, seien gestellt gewesen: "Die Steine, angeblich von Rechtsradikalen in die Asylunterkunft geworfen, wurden in die Zimmer hineingetragen." Ein "harter Kern" der Ausländer und ihrer Unterstützer hätten die Flüchtlinge manipuliert. Besonders die Familien seien erst am Abend zur Abreise "überredet und teilweise gezwungen" worden. (Zitate nach Welt, 7. und 13.11., Welt am Sonntag, 10.11., und taz, 7.11.91)

Wer diese Perfiditäten im "Stürmer"-Stil als ebenso dreist wie durchsichtig abtut, dem ist nicht aufgefallen, daß sich dagegen kein lautes Wort des Protestes regte. Insbesondere die früher von mancher und manchem als fortschrittlich angesehene schleswig-holsteinische SPD- Landesregierung unter Engholm demonstrierte Schulterschluß mit CDU-Diederich. Der schleswig-hosteinische Sozialminister Jansen forderte die Flüchtlinge öffentlich auf, sich von ihren "sogenannten Helfern" zu distanzieren. Wo Flüchtlinge sich nicht mehr einfach wehrlos hin- und herschubsen lassen, sondern den Zusammenhang von staatlichem Rassismus und faschistischem Terror offensiv benennen und die staatliche Asylpolitik aktiv durchkreuzen, müssen dahinter "Kräfte am Werk (sein), denen es nicht darum geht, die Asylbewerber zu schützen", sondern "den Staat vorzuführen" und ihm "eine Gegengewalt entgegenzusetzen". (Welt, 13.11.)

Mit Griff in die Mottenkiste bewährter antikommunistischer Klischees werden die Flüchtlinge vorzugsweise als Opfer solcher Machenschaften gezeichnet. Die Leitung der Nordelbischen Kirche wandte sich in einer "ungewöhnlich scharfen" Erklärung gegen UnterstützerInnen, die "eigene politische Ziele auf Kosten der Menschen verfolgen". (Welt, 14.11.) Auch die taz entblödet sich nicht, in dieses Konzert einzustimmen: Wo Diederich den UnterstützerInnen der Flüchtlinge vorwirft, sie wollten aus der Situation der Asylbewerber "nur Publicity schlagen", gesteht ihnen die taz einen "PR-Erfolg" zu und zieht schon in der Überschrift ihres entsprechenden Kommentars das Fazit: "Jeder, nun auch die Autonomen, kocht mit der Ausländerfrage sein Süppchen". (taz, 7.11.91)

Die mit geballter Medienmacht vorgetragene Kampagne verfolgt das Ziel, die Flüchtlinge von denjenigen zu trennen, die ihnen bislang die wirksamste praktische Unterstützung geleistet haben (so Jansens Distanzierungsforderung). Andernfalls jede humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in die Nähe von moralisch verwerflichem Eigennutz und politisch gefährlichem Linksradikalismus zu rücken. Damit soll ein übermächtiger Distanzierungsdruck gegen die wenigen fortschrittlichen Kirchengemeinden und HelferInnen, die sich der staatlichen Vollstreckung in den Weg stellen, erzeugt werden.

Es gibt kein Schreckgespenst, das nicht zum Beleg der Gefährlichkeit der Unterstützergruppen herangezogen wird: Natürlich konnten "die Sicherheitsbehörden mehrerer norddeutscher Landeshauptstädte" Verbindungen zur Hamburger Hafenstraße "nicht ausschließen"; ein Sprecher der Grünen in Kiel machte für Springers "Hamburger Abendblatt" den Kronzeugen, daß es Überlegungen gegeben habe, die Flüchtlinge in der Hafenstraße einzuquartieren. (HA, 6.11.) Und in der "Welt" (14.11.) wird der Nachdruck einer Erklärung der Flüchtlinge im "Angehörigeninfo" zum Beweis dafür, daß "zwischen den weiterhin in Norderstedt ausharrenden Asylbewerbern, der linken autonomen Szene und dem RAF-Umfeld offensichtlich wesentlich engere Beziehungen (bestehen) als bisher angenommen wurde".

Der an den Norderstedter Flüchtlingen hochgekochte Propagandafeldzug beschränkt sich keineswegs auf diesen Einzelfall. Seine Vorreiter bilden - mit nahezu täglichen Artikeln und Stellungnahmen - die Springer-Staatsschutzschreiber und ihre Vertrauensleute in den verschiedenen Verfassungsschutzämtern und Ministerien. In der "Welt" wurde bereits die erste Gegendemonstration von Linken in Hoyerswerda als

"militante ‚Antifa`-Ausschreitungen" abgehandelt, mit denen "die linksextremistische Seite die Situation anzuheizen versucht". Die Linke habe die "Besetzung des Themas Flüchtlinge/Asyl ... seit mindestens fünf bis sechs Jahren zielstrebig verfolgt". Im markanten Unterschied zu den "bislang relativ diffus auftretenden, mehr mit Primitiv-Parolen als durchdachter Kampfpropaganda operierenden Zusammenrottungen" der Rechtsextremen zeichne die militante Linke "sich durch intelligentes taktisches wie strategisches Kalkül, raffinierte Anschlagsplanung, hohen Organisationsgrad und virulentes Schrifttum" aus. Als warnendes Beispiel verweist die "Welt" auf "klar durchdachte Aktionsstrategien der terroristischen revolutionären Zellen", deren Anschläge wieder und wieder aufgezählt werden. (21.10. und 6.11.)

Die Botschaft ist unmißverständlich: Wer Linke und Autonome in Aktionsbündnissen duldet oder sich womöglich gemeinsam mit ihnen gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr setzt, macht sich zum Handlanger und nützlichen Idioten für verkappte Terroristen; vom Protest gegen staatliche Abschiebepraxis führt eine gerade Linie zum Knieschuß und Bombenanschlag.

Die Ausrichtung der Sicherheitsapparate auf das neu-alte Feindbild "Linke" - angesichts der unübersehbaren Welle faschistischen Terrors und der tatsächlichen Schwäche linken Widerstands - ist die zweite übergreifende Zielrichtung der Kampagne. Ganz besonders gilt das für die Ex-DDR, wo offenbar befürchtet wird, daß die antifaschistische Schulung bei den "verunsicherten Sicherheitskräften" vielleicht doch noch nicht völlig vergessen ist.

Im Hintergrund für die Hetzkampagne steht die Erwartung, daß rassistische Anschläge auf Ausländer und Jugendhäuser "Gegengewalt unter linksorientierten Jugendlichen in der Ex-DDR" erzeugen. "Die Linken bilden immer öfter Schutzgruppen, um die rechte Gewalt von ihren Häusern, aber auch von Ausländern abzuhalten", wird die "düstere Zukunftsperspektive" des Extremismusexperten im Gemeinsamen Kriminalamt der Ex-DDR zitiert. (WamS, 13.10.)

Weitere düstere Prophezeiungen sollen die Durchschlagskraft der Kampagne steigern: Speziell in Berlin stelle die von Autonomen angestrebte "Zusammenarbeit mit den extrem gewalttätigen ‚ausländischen Jugendbanden`" eine besondere Gefahr dar, die zu "beträchtlichen Straßenkampfeskalationen" führen würde. Der neue Hamburger VS-Chef Uhrlau kündigt bereits die im nächsten Jahr bevorstehenden Wahlkandidaturen der Nazis als neue Kristallisationspunkte an, an denen sich "der Links- und der Rechtsextremismus in den alten und neuen Bundesländern gegenseitig hochschaukeln" würden. Generell, so die "Welt", seien "bewaffnete Konfrontationen zwischen Rechts- und Linksextremisten bei der derzeitigen Lageentwicklung nicht mehr auszuschließen". Der Schußwaffengebrauch, wie er bei Rechten jetzt aufgetreten sei, werde in der linksextremistischen Szene bereits seit Mitte der achtziger Jahre diskutiert. (Welt, 21.10., 4., 6. und 15.11.91)

Die Gleichsetzung von links und rechts, Angegriffenen und Angreifern (wobei die ersteren dank größerer Weitsicht und "Virulenz" als die eigentlich gefährlicheren zu bekämpfen sind) läßt sich in der Praxis der Polizeieinsätze der letzten Wochen nachvollziehen. Die antirassistischen Demonstranten in Hoyerswerda trafen nicht auf die "unterbezahlten und überforderten" ehemaligen Vopos, die den Nazihorden zugeschaut hatten, sondern auf die bekannten knüppelschwingenden BGS-Truppen, die sich keine Gelegenheit zur Provokation entgehen ließen. Am 4.11. knüppelte die Polizei in Kreuzberg eine Demo von Autonomen und Ausländergruppen auseinander, die gegen ein Republikanertreffen protestierten. Am 9.11., dem 53. Jahrestag der Reichspogromnacht, konnten "Ausschreitungen zwischen ausländischen und deutschen Studenten erst durch Warnschüsse beendet werden". (HA, 11.10.)

Am selben Tag schützten in Halle 1600 Polizisten, großteils aus den alten Bundesländern, eine gerichtlich abgesegnete Demonstration von einigen hundert Nazis. Das "Hamburger Abendblatt" zeichnet ein Bild linken Straßenterrors: "Vermeintliche Rechtsradikale - weil sie kurzgeschorene Haare haben - werden geprügelt und niedergestochen." Später, auf dem Bahnhofsvorplatz, "treffen Linke und Rechte zusammen und schlagen aufeinander ein. Die Polizei ist nach kurzer Zeit massiv vorgefahren, kann die Meute auseinandertreiben und einkesseln." (HA, 11.10.) 234 Personen werden festgenommen, Anzeigen wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Widerstand gegen die Staatsgewalt sind angekündigt. Eine Aufschlüsselung nach politischer Richtung zu vermeiden, gehört offensichtlich zur polizeilichen Strategie.

Während pressewirksam immer mal wieder einige Skins festgenommen und gelegentlich auch verurteilt werden (in Brandenburg z.B. liegt die höchste ausgesprochene Strafe bei sage und schreibe sechs Monaten auf Bewährung), steuern Staat und Rechtspresse auf eine Kriminalisierung linken antirassistischen Widerstands zu, die sich an den BRD-üblichen Sätzen für Autonome und "Terroristenfreunde" orientieren soll.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

12. Theorien über Rassismus Eine Vorstellung neuerer Texte

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:46

Die Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Rassismus bedarf spätestens seit den Geschehnissen der letzten Monate keiner weiteren Begründung mehr. Teil dieser Auseinandersetzung muß auch die theoretische Fundierung der Debatte sein. Zur Erleichterung des Einstiegs in die Theorie des Rassismus stellen wir auf diesen Seiten eine Reihe neuerer Texte von u.a. amerikanischen, britischen, deutschen, französischen und Schweizer AutorInnen vor. Unsere Textauswahl enthält Publikationen zur Geschichte des Rassismus über die Jahrtausende hin bis zum heutigen Tage; unterschiedliche Analyseansätze mit teils marxistischem Anspruch, teils von einem feministischen Ansatz her; einen Beitrag zur Kritik der "sozialarbeiterischen" Täter-gleich-Opfer-Lo gik, und schließlich eine Untersuchung populärer, größerenteils Jugendliteratur aus den letzten hundert Jahren, die zur Herausbildung bzw. Stärkung weißen Dominanzgefühls und -verhaltens beigetragen haben.

Imanuel Geiss: Geschichte des Rassismus

Imanuel Geiss, Autor der 1988 erstmals veröffentlichten Geschichte des Rassismus, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen. Er publizierte u.a. zu Aspekten des Ersten Weltkriegs und zur Dekolonisation.

Rassismus definiert Geiss in seiner umfassenden Einleitung als "Glaube an (wie auch immer definierte) angeblich nicht oder nur langfristig veränderbare ‚Rassen', die mit bestimmten Charaktereigenschaften verknüpft und höchstens durch biologische Prozesse der ‚Rassen'-Vermischung zu verändern seien. Zu den zentralen Eigenschaften von ‚Rassen' gehöre ihr Status als ‚überlegene' und ‚unterlegene' ‚Rassen'." Tatsächlich gebe es "tiefgreifende Unterschiede zwischen verschiedenen Menschengruppen", die vom Rassismus jedoch verabsolutiert und mißbraucht würden. Mit der Leugnung der Unterschiede sei allerdings auch niemandem gedient.

Zwar sei der Rassismus seit der europäischen Expansion in Übersee entstanden, es existierten jedoch "proto-rassistische Dispositionen" - Fremdenfeindlichkeit, Ethnozentrik, Verachtung Niedrigstehender, Standes- und Kastenunterschiede, Blut-Mystik - bereits runde anderthalbtausend Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung. Geiss führt dementsprechend seine Geschichte des Rassismus vom indischen Kastenwesen über die spanische Reconquista und die Vertreibung der Juden aus Spanien bis zum amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, bevor er "Formierung und Aufstieg des Rassismus" in der Zeit zwischen industrieller Revolution und erstem Weltkrieg darstellt, den Rassismus der Zwischenkriegszeit mit den Brennpunkten Südafrika und Algerien beschreibt und schließlich zur "Zuspitzung des Rassismus in Deutschland: Vom ‚Griff nach der Weltmacht' zum ‚Holocaust'" gelangt. Vom Rassismus der Gegenwart, Gegenstand des letzten Kapitels seiner Schrift, hatte Geiss schon einleitend gesagt, er sei als ein Kernübel der Menschheit "noch heute Ursache vieler Konflikte in und zwischen Völkern und Staaten".

Als extremste Formen des Rassismus bezeichnet Geiss "Auschwitz für den Rassenhaß und Apartheid für die Rassendiskriminierung", die stets "Ausgangs- und Orientierungspunkt" blieben. Seine Geschichte des Rassismus ist dementsprechend zugleich eine Geschichte ausgewählter Aspekte des europäischen Kolonialismus einerseits, und der jüdischen Geschichte von ihren Anfängen bis zur Gründung Israels und dem Nahostkonflikt andererseits.

Eine vierzehnseitige Zeittafel und eine umfangreiche Bibliographie beschließen dieses grundlegende und gut lesbare Werk.

Imanuel Geiss: Geschichte des Rassismus. Frankfurt/M. (Suhrkamp = edition suhrkamp, Neue Folge Bd. 1530) 1988. 375 S., 18 DM

Albert Memmi: Rassismus

Der französische Wissenschaftler und Autor Albert Memmi setzt sich in mehreren Werken mit dem Phänomen des Rassismus speziell unter den Bedingungen des Kolonialismus auseinander.

Er hat selbst unter kolonialen Verhältnissen in Tunesien gelebt und konnte dort den Rassismus "auf Schritt und Tritt antreffen, unverhüllt und ungeschminkt". Die alltägliche Begegnung und Erfahrung mit dem Rassismus ist auch das Hauptthema seines Essays Rassismus, der in Frankreich bereits 1982 erschienen ist.

Kernpunkt seiner Analyse ist die Betonung des Unterschiedes. Anzuerkennen, daß es real existierende Unterschiede zwischen Menschen gibt, ist für Memmi zwingend notwendig. An mehreren Stellen des Textes findet sich in der einen oder anderen Version der Satz: "Der Unterschied beunruhigt". Diese Beunruhigung, die Angst vor dem Unbekannten wertet Memmi als allgemein menschlich und ambivalent. Eine Erklärung für diese Beobachtung sucht er im psychischen Bereich, im menschlichen aggressiven Charakter. Die andere Seite ist der Reiz und die Neugier auf Neues. "Drücken wir es so aus, daß wir selbst im besten Fall Licht und Schatten nicht voneinander trennen können."

Bei der Betrachtung des Unterschiedes, reflektiert er eigene Erfahrung aus den Anfängen seines eigenen linken "antikolonialistischen und antirassistischen" Engagements, in denen der Unterschied "keinen guten Namen" hatte. Als Gegenreaktion zu den Positionen der Kolonialisten, die gerade die Unterschiede zwischen Menschen hervorhoben, um damit die "natürliche Ordnung" von Ausbeutung, Unterdrückung, Herrschaft und Kolonialismus zu rechtfertigen, zog sich das fortschrittliche Lager auf die Betonung der Ähnlichkeit der Menschen zurück. Die so konstatierte Gleichartigkeit sollte den Weg, der zur politischen und gesellschaftlichen Gleichheit aller Menschen führen sollte, erleichtern. "Für die Linken andererseits war es undenkbar," formuliert Memmi seine Kritik an dieser Position, "daß man etwas anderes in Anspruch nehmen könnte, als ihnen zu gleichen: Sie hätten wohl einen freigeistigen, sozialistischen und internationalistischen Kolonisierten gewollt, aber keinen Mohammedaner, Fetischisten oder Juden!"

Er sieht aber auch die Gegenbewegung, die er als "Gegenausschlag des Pendels" bezeichnet und als "rückwärtsgerichtet" einschätzt. Gemeint ist die Überhöhung der Bedeutung des eigenen Selbst, der eigenen Identität, der historischen Wurzeln, die bisweilen - da auch in Mode gekommen - "mythische Ausmaße" annehmen kann. "Heute lautet die Parole 'black is beautiful', oder man ist stolz darauf, eine Frau, Jude oder Bretone zu sein. Dieser Stolz erscheint mir ebenso fragwürdig wie die Selbstentwertung von ehedem."

In der Hervorhebung des Unterschiedes (ob real oder empfunden) liegt nach Memmi noch nicht der Rassismus begründet - allerdings macht sich der Rassismus die Unterschiede und die menschliche Beunruhigung zunutze. Auch die Bewertung des Unterschiedes muß noch nicht rassistisch sein, wenngleich mit der Auslegung dieses Unterschiedes zum eigenen Vorteil eindeutig eine Richtung vorgegeben ist. "Man wird schließlich erst dann zum Rassist, wenn man auch den dritten Schritt tut: die Verwendung des Unterschieds gegen den anderen, mit dem Ziel, aus dieser Stigmatisierung einen Vorteil zu ziehen."

Auch wenn hier in drei Schritte gegliedert, bilden alle drei Aspekte doch ein Ganzes, das Memmi nachdrücklich am Beispiel des auf Rassismus gründenden System des Kolonialismus belegt.

Diese Betrachtungen führen Memmi letztlich zu einer Definition von Rassismus, die in ihrer Kürze und Genauigkeit als Arbeitshypothese außerordentlich brauchbar und hilfreich sein kann: "Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen."

Albert Memmi: Rassismus. Aus dem Französischen von Udo Rennert. Frankfurt a.M. (Athenäum) 1987. (Originalausg. 1982, Editions Gallimard) 227 S., 24.80 DM

Rasse - Klasse - Nation: Ambivalente Identitäten

Balibar und Wallerstein betrachten ihre Analyse als einen Beitrag zu einer umfassenderen Diskussion für eine Neubestimmung des Marxismus, mit der Hoffnung, "daß sich dieser genügend erneuern wird, um auf der Höhe der Zeit zu sein." Etienne Balibar (geb. 1942) lehrt Philosophie an der Universität von Paris-I. und ist älteren linken GenossInnen wohl noch aus den Debatten der KPF der 70er Jahre um die theoretische Neubestimmung ihrer Politik bekannt. Er hatte sich damals scharf gegen das opportunistische Kippen der programmatischen Formel von der Dikta- tur des Proletariats ausgesprochen. Mit Louis Althusser zusammen verfaßte er 1965 die

berühmt gewordene Analyse "Lire le capital". Immanuel Wallerstein (geb. 1930) lehrt als "Distinguished Professor of Sociology" an der "State University of New York" in Binghamton und ist Leiter des "Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems and Civilizations". Beide gehen in ihren Analysen von ganz unterschiedlichen Ansätzen aus. Einig sind sie sich allerdings in der Erwartung, daß der Rassismus entgegen den Prophezeiungen einer neuen universalistischen bürgerlichen Zivilität auf dem Vormarsch ist. In der Erklärung von Rassismus gehen die Analysen dann aber auseinander.

Etienne Balibar: Rassismus, Nationale Identität und Zivilität

Die Analysen Balibars bewegen sich auf einem theoretisch sehr komprimierten, einiges Abstraktionsvermögen voraussetzenden, Niveau. Vieles wird wohl zwei- oder auch dreimal gelesen werden müssen, aber die Mühe lohnt. Balibar definiert Rassismus als "ein historisches System sich ergänzender, miteinander verbundener Abgrenzungs- und Herrschaftsformen". Typologisch differenziert er Rassismus nach drei Ausprägungen: den nazistischen Antisemitismus, den kolonial-imperialistischen Rassismus und den Apartheidsrassismus, in den USA in Folge der Sklaverei. Trotzdem spricht er schließlich von Rassismus, statt von Rassismen. Die verschiedenen Rassismen, so Balibar, müßten als ein Ganzes situationsabhängig differierendes Spektrum begriffen werden. Der Rassismus habe "keine lineare, sondern eine singuläre Geschichte". Das heißt, im Rassismus zeige sich immer neu die "Präsenz der Vergangenheit". Der nazistische Rassismus sei nicht abgegolten, er wirke fort, und auch das Erbe des Kolonialismus wirke im Neo-Rassismus der Periode der Entkolonisierung weiter fort. Die Ergebnisse der Analysen Balibars lassen sich in drei Thesen zusammenfassen:

1. Die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung des Rassismus liegt im Nationalismus. Das heißt, für einen wirksamen Antirassismus bedarf es einer grundlegenden Kritik der Nation.

2. Das spezifische Thema des Neo-Rassismus ist nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die kulturelle Differenz. Das heißt, Neo-Rassismus präsentiert sich heute im zivilisierten Weltbürger, der sich abgrenzt gegen die "heillos partikularistisch primitiven" Kulturen in der sog. Dritten Welt und Osteuropa.

3. Es gibt kein objektives Klassenbewußtsein. Klassenmäßige Bewußtseinslagen stehen, weil sie sich immer konkret historisch ausprägen, stets mit rassistischen Stigmata in Konfiguration. Das heißt, Rassismus kann damit nicht nur als ein instrumentelles Mittel der Herrschenden begriffen werden.

Diese Ergebnisse sind, denke ich, für die derzeitige Diskussion der Linken jedes für sich von brisantem Interesse. Erstens könnten sie verstärkt zum Nachdenken anregen, was der derzeitige Rassismus mit der Wiedervereinigung, dem neuen Erstarken der deutschen Nation zu tun hat, Balibar bietet hierfür einen theoretischen Analyseansatz. Zweitens sind sie eine Anregung, darübernachzudenken, wieviel neo-rassistische Schubkraft sich mit dem Golfkrieg Bahn gebrochen hat, wieweit sich hier unter dem Banner der Zivilisation auch in eine ehemalige Linke hinein ein neuer Rassismus breit gemacht hat. Drittens bremst sie vorschnelle Vereinfachungen, die Lösungen für den antirassistischen Kampf in schlichter Propagierung von Klassenkampf suchen, und fordert zum genaueren Denken auf. Für eine Linke, die sich auf dem Hintergrund der Zerschlagung ihrer Klassenkampf-Perspektiven in den 60er und frühen 70er Jahren heute dem aktuellen Zusammenbruch wesentlicher materieller Eckpfeiler für ihren Antiimperialismus stellt, die um ihre Rekonstruktion auf einer inhaltlich- analytisch neuen Grundlage ringt, müssen diese Analysen Balibars als eine Vorgabe begriffen werden, an der sie nicht vorbei kommen sollte.

Immanuel Wallerstein: Rassismus als Teil der Hierarchisierung des Weltsystems

Im Vergleich mit Balibar ist Wallerstein eher der Klassiker. Er versucht in seinen Analysen immer die Erkenntnisse von Marx und Engels, den wissenschaftlichen Marxismus anzuwenden; allerdings gewissermaßen "modernisiert".

Zentraler Hintergrund für Wallerstein ist der moderne Kapitalismus in Gestalt bürgerlicher Staaten. Die Art und Weise wie der moderne Kapitalismus die Welt "ordnet", in ein System bringt, bestimmt auch die innere Ordnung der Staaten und Gesellschaften der Welt. Sei es die Hierarchisierung der Welt in erste, zweite, dritte Welt - oder in moderner Form: in Trikont und Metropolen; sei es die Herausbildung von Klassen in den einzelnen Staaten und Gesellschaften - dies alles folgt den Bedürfnissen und Anforderungen des modernen Kapitalismus.

Aus dieser Logik heraus nähert sich Wallerstein den Merkmalen moderner Gesellschaften. Seien es Rassismus, seien es Staat, Nation oder Völker, seien es Klassen, Klassenkampf oder Sexismus, alles dies leitet Wallerstein gewissermaßen aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des modernen kapitalistischen Weltsystems ab.

Wer jetzt allerdings glaubt, Wallerstein sei ein trockener Marxist alter Schule, sieht sich getäuscht. Wallerstein versteht es, ohne dogmatische Zwänge den wissenschaftlichen Marxismus anzuwenden, mit ihm zu versuchen, die Funktionsweise moderner Gesellschaften mit ihren Problemen zu analysieren. Und dies geschieht auf einem sehr hohem Abstraktionsniveau, das durchaus dem Anspruch gerecht wird, spezifische Merkmale und Funktionsweise kapitalistischer Gesellschaften zu benennen.

Für Wallerstein gehören Rassismus und Sexismus ebenso zum modernen Kapitalismus wie Lohnarbeit und Ausbeutung des Trikont. Seine Aufsätze geben sicherlich keine Antwort auf die Frage, wie im Alltag mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Sexismus umzugehen ist, aber sie sind der streitbare Versuch, sich analytisch den Phänomen von Gesellschaften im modernen Weltsystem Kapitalismus zu nähern. Ein Streit, der sich nicht nur in der Auseinandersetzung mit den Positionen Balibars lohnt.

Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Aus dem Französischen von Ilse Utz, aus dem Amerikanischen von Michael Haupt. Hamburg (Argument-Verlag) 1990 (Originalausgabe 1988, Editions La Découverte). 279 S., 28,- DM

Robert Miles: Rassismus

Robert Miles (geb. 1950) ist Assistenzprofessor am Institut für Soziologie der Universität Glasgow und leitet dort die Forschungsgruppe "Migration und Rassismus". Miles arbeitet seit über fünfzehn Jahren im Bereich der Migrationssoziologie und Rassismusforschung. Seine wichtigsten Veröffentlichungen: Racism and Migrant Labour (1982); White Man's Country: Racism in British Politics (zusammen mit Annie Phizacklea, 1984); Capitalism and Unfree Labour (1987); Racism (1989).

Die "grundlegende Zielvorstellung" des Buches, so der Autor in der Einleitung, besteht darin, "die weitere Verwendung des Begriffs ‚Rassismus' in der soziologischen Analyse exemplarisch zu verteidigen". Dies ist in doppeltem Sinn zu verstehen: Verteidigung erstens gegen die These oder Interpretation, daß der Rassismus (mit seiner vorgeblich wissenschaftlichen Hierarchie von "höheren" und "minderwertigen" Rassen) eine spezifische Ideologie aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sei, die etwa seit den zwanziger Jahren einer grundsätzlichen Kritik unterzogen wurde, und die durch die rassistisch motivierte Vernichtungspraxis des Nazismus vollends diskreditiert sei, soweit es den Bereich wissenschaftlicher Diskurse angeht. (Das wird, sofern man Rassismus in der genannten Weise definiert, von Miles nicht infrage gestellt. Er zweifelt jedoch die Definition an.)

Zweitens will Miles den Begriff des Rassismus eingrenzen gegen verschiedene Definitionen und Wortverwendungen, die aus seiner Sicht eine "Überdehnung" des Begriffs darstellen. So etwa gegen Auffassungen, die Rassismus mehr oder weniger mit anderen Erscheinungen wie Nationalismus oder Sexismus in eins setzten. Miles lehnt es außerdem ab, den Rassismusbegriff auch auf Handlungen und Verhaltensweisen anzuwenden. Nicht durch seine (gesellschaftliche) Funktion solle Rassismus definiert werden, sondern durch seinen ideologischen Gehalt.

Miles definiert Rassismus also nur als Ideologie, Einstellung, Vorstellungsrahmen. Praktische Handlungen können daraus folgen, müssen aber nicht. Zunächst erläutert der Autor seinen Schlüsselbegriff der "Rassenkonstruktion" (racialisation): Menschen werden aufgrund von äußeren, angeblich biologischen Merkmalen (eine besondere Rolle spielt die Hautfarbe) in unterschiedlichen "Rassen" aufgeteilt. Diesen werden in deterministischer Weise bestimmte Eigenschaften zugeordnet, die ihnen quasi naturgegeben und unwandelbar innewohnen - wobei die "fremde Rasse" oft, aber nicht unbedingt und ausschließlich - mit negativen Attributen versehen wird. Die Kennzeichnung des Anderen impliziert laut Miles zugleich eine Definition der eigenen Identität, als Gegensatz des Anderen. (Die Kennzeichnung anderer als "minderwertig" impliziert die eigene Einstufung als "höherwertig" usw.).

Die Rassenkonstruktion ist die Voraussetzung des Rassismus, aber mit diesem nicht absolut identisch. Von Rassismus will Miles sprechen, wenn der konstruierten Gruppe außer den äußeren Merkmalen (z.B. schwarz,

kraushaarig, oder schlitzäugig) negative Eigenschaften, seien sie nun angeblich biologischer oder kultureller Herkunft, zugeschrieben werden. Die "rassisch" definierte Gruppe wird als Bedrohung dargestellt, das Zusammenleben mit ihr als höchst riskant problematisiert.

Die Konstruktion von Rassen oder anderen Gruppen könnte man so gesehen als politisch-ideologisch "unschuldige" Vorstufe des Rassismus bezeichnen, da sie die Zuordnung negativer Eigenschaften, das Aufstellen einer Rassenhierarchie u.ä. nicht zwingend impliziert. Dies muß aber eingeschränkt werden: Nach Ansicht von Miles sind Rassen, ebenso wie Nationen, keine biologischen Realitäten, sondern gesellschaftliche Fiktionen. Die Kategorisierung von Menschen als "andere", "fremde" enthält somit immer von vornherein das Risiko, Ausgrenzungspraktiken zu motivieren und zu rechtfertigen, sie geradezu als naturgegeben erscheinen zu lassen.

Rassismus steht, wie Miles anhand eines knappen historischen Rückblicks zeigt, mit der Entstehung, Entwicklung und vor allem mit der Expansion des Kapitalismus in einer historischen, wechselseitigen Beziehung, ist aber nicht notwendigerweise an den Kapitalismus gebunden; er existierte auch schon in früheren Gesellschaften. Miles schildert ausführlich an konkreten Beispielen (vor allem aus dem Bereich Großbritanniens und seiner Ex-Kolonien) die Wirkungsweise rassistischer Ausgrenzungspraxis in der kapitalistischen Gesellschaft, zeigt aber auch, daß Rassismus nicht unbedingt und jederzeit nur als Funktion kapitalistischer Interessen gesehen werden muß, sondern sich auch relativ unabhängig von ihnen entwickeln oder ihnen sogar zuwiderlaufen kann.

Robert Miles: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Aus dem Englischen von Michael Haupt. Hamburg (Ar- gument-Verlag) 1991 (Originalausg. 1989). Umfangreicher bibliographischer Anhang. 191 S., 18.50 DM

Otger Autrata u.a.: Theorien über Rassismus

Die in den Theorien über Rassismus zusammengetragenen Aufsätze sind das Ergebnis einer Tübinger Veranstaltungsreihe, die im Februar 1988 zu Ende gegangen war. Die von den HerausgeberInnen, die auch OrganisatorInnen der Veranstaltungsreihe waren, skizzierten "Ausgangspunkte und Fragestellungen" halten zwei "deutlich konträre" Standpunkte der beteiligten ReferentInnen fest. Die einen sehen eine erfolgversprechende "Perspektive antirassistischer Politik" in der "Förderung von Einwandererautonomie", auch mit dem Ziel, die "selbstbewußtseinsfördernde und schützende Funktion der Einwandererkolonie" zu stärken; die anderen setzen auf "das gemeinsame Erkennen von Deutschen und Nicht-Deutschen bezüglich der negativen Auswirkungen kapitalistischer Klassenrealität auf die subjektive(n) Situation(en)" und damit auf den "gemeinsamen solidarischen Kampf der Abhängigen".

Von den unterschiedlichen Ansätzen zur Erklärung von Rassismus soll hier der politisch-ökonomische näher dargestellt werden. Nicht weil Werner Ruf, der Verfasser des Aufsatzes "Ökonomie und Rassismus" auf 20 Seiten siebenmal Marx zitiert; sondern weil in der berechtigten Entrüstung über das so brutal "falsche Bewußtsein" der Massen häufig dessen "harter und realer ökonomischer Hintergrund" vergessen wird. Ruf nähert sich den Beziehungen von Ökonomie und Rassismus historisch und belegt, daß Rassismus ein Phänomen der Moderne und des "Abendlandes" ist. Der Unterschied, der im antiken Griechenland zwischen Griechen und Barbaren gemacht wurde, hatte mit "Rasse" im diskriminierenden Sinne nichts zu tun. Im Römischen Reich konnten auch Schwarze Feldherren und sogar Kaiser werden. Im Hochmittelalter war nicht Rasse oder Nationalität, sondern "ausschließlich der Stand Kriterium für soziale Identität". Auch in den nicht-kapitalistischen Sklavenhaltergesellschaften Afrikas und im arabisch-islamischen Raum gab es Ruf zufolge keinen Rassismus. Den Antisemitismus bezeichnet er als einen "historischen Sonderfall", der "aus einem religiösen Gegensatz, verbunden mit ganz bestimmten ökonomischen Funktionszuweisungen innerhalb der abendländischen Gesellschaft" resultiere. Wenn also "der Rassismus, wie wir ihn heute kennen, erst mit dem 17. Jahrhundert entstanden ist", dann stellt sich die Frage: "Wie ergibt sich aus den spezifischen Widersprüchen der bürgerlich-kapitalistischen Ökonomie die Möglichkeit, ja Notwendigkeit von Rassismus?"

Zur Beantwortung dieser Frage greift Ruf auf die Marxsche Analyse - von der Linken vor zwei Jahrzehnten geschulten und hoffentlich nicht vergessenen - der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise zurück: "Das Kapital", dritter Band, dritter Abschnitt, dreizehntes bis fünfzehntes Kapitel: "Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate." Als eine von mehreren "entgegenwirkenden Ursachen" erkannte schon

Marx das "Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert." Erreicht wird das heute u.a. auch über die Anwerbung von "Gastarbeitern" und die Auslagerung von Produktionen in sogenannte Billiglohnländer. Der "koloniale Gesamtarbeiter" ist billiger als der im kapitalistischen Zentrum. Um den Zusammenhang von Extraprofit und Rassismus zu verdeutlichen, zitiert Ruf Peter Schmidt-Egner: "Es geht also dem Kolonisator um die ständige Erhöhung der Differenz von bezahlter und unbezahlter Arbeit,die er im Gegensatz zur Metropole primär nur durch die Verlängerung des Arbeitstages und durch die permanente Senkung der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert erreichen kann. Diese beiden Komponenten bewirken, daß der Kolonisierte zum ‚Untermenschen' degradiert werden muß; er ist im wörtlichen Sinne ‚minderwertig', weil es seine Bestimmung ist, unter dem Wert seiner Arbeitskraft zu arbeiten; er ist ‚Untermensch', weil die ‚natürliche Grenze' des Arbeitstages über ihr historisches Niveau hinaus erweitert werden muß."

Da der Rassismus nicht nur "falsches Bewußtsein" sondern auch Produkt der Kapitalverwertungsinteressen ist, wird er "nicht allein und primär durch fortschrittliche Vorurteilspädagogik zu beseitigen" sein. Für entscheidend hält Ruf, "daß ‚nationale' wie ausländische Arbeiter begreifen, daß sie alle nur Lohnarbeiter sind, ausgebeutet und gleichzeitig gegeneinander ausgespielt durch ein und dasselbe Kapitalinteresse".

Otger Autrata, Gerrit Kaschuba u.a. (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg (Argument Verlag) 1989. 173 S., 18.50 DM

Geteilter Feminismus - Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhaß

Über den "geteilten Feminismus" schreiben in den Beiträgen zur Feministischen Theorie und Praxis - Geteilter Feminismus Frauen unterschiedlicher nationaler, ethnischer und Klassenzugehörigkeit. Die vorgestellten Positionen stehen nicht für größere Bewegungen, sondern werden - dem hierzulande sehr neuen Ansatz entsprechend - von einzelnen Frauen, z.T. im Zusammenhang mit kleinen Denkschulen, vertreten.

Im Editorial des Heftes schildert die Redaktion die Schwierigkeiten der "weißen, säkularisiert christlichen, deutschen Feministinnen", sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. "Wir sind keine Schwarzen Frauen, Jüdinnen, Ausländerinnen, gehören keiner ethnisch ausgegrenzten Gruppe an. Wir versuchen einzuholen, was diese ‚anderen' Frauen über Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhaß schon seit Jahren entwickelt haben und weiterentwickeln."

Ausgehend von der Tatsache, daß es innerhalb der Frauenbewegung rassistische, antisemitische Ausgrenzungen gibt, wird die Frage aufgeworfen und zum Teil beantwortet, warum das für die Bewegung kein Thema geworden ist und sich zum "feministischen Nebenwiderspruch" entwickeln konnte: "Wenn die Frau befreit sei, hätte sich auch Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhaß erledigt."

Selbstkritisch wird festgestellt, daß im bisherigen feministischen Diskurs, und auch in diesem Heft, die Analyse vorwiegend von den "Betroffenen" selbst entwickelt worden ist, daß deutsche Feministinnen sich durch diese Anklagen getreten fühlen und so erst überhaupt beginnen darüber nachzudenken. Die Funktionalisierung der "Betroffenen" ist somit vorprogrammiert und auch der sich immer wiederholende Kräfteverschleiß, sich an der eigenen Person und Bewegung abzuarbeiten.

Zwei typische Verhaltensweisen werden beschrieben, die auf die Anklagen erfolgen: Zum Gegenangriff übergehen oder sich pauschal schuldig zu bekennen "für die Tatsache, Kinder unserer Eltern zu sein". Es kann jedoch nicht um verbale Kniefälle gehen, es muß um bewußte Verantwortung gehen. ",Betroffenheit' muß in Handeln münden."

Die Prägung der weißen Feministinnen - "wir sind potentielle Profiteurinnen und zugleich potentiell Ausgebeutete" - führt in der Frauenbewegung häufig zu einer eingeschränkten Wahrnehmung der Herrschaftsverhältnisse.

Mit diesem Heft wird der Versuch unternommen, Anstöße für eine bei uns in diesem Land überfällige Debatte zu liefern, verbunden mit der Aufforderung an alle Frauen, die analytische Arbeit schwarzer, jüdischer ausländischer Frauen endlich zur Kenntnis zu nehmen und sich damit in der eigenen wissenschaftlichen und politischen Arbeit auseinanderzusetzen.

Die Beiträge des Heftes nähern sich in unterschiedlicher Weise dem Thema: Problembeschreibungen, Reiseeindrücke, Gedichte, Fakten zur Stellung der Frauen in den herrschenden Gesetzen, Geschichte der schwarzen Frauen in Afrika und der Diaspora. Verdrängter Antisemitismus in der Frauenbewegung.

Ein zentraler theoretischer Beitrag stammt von Bell Hooks, einer schwarzen, amerikanischen Feministin, die den Mythos der "Schwesterlichkeit" zerlegt und Bedingungen für die Utopie eines gemeinsamen feministischen Kampfes entwirft. Sie setzt sich ausführlich mit dem Zusammenwirken der drei Unterdrückungsmechanismen Sexismus, Rassismus und Klassenherrschaft auseinander, die nicht linear hierarchisch aufeinander aufbauen, sondern vielfältig miteinander verflochten sind und sich gegenseitig ergänzen und häufig verstärken; Rassismus wird somit nicht mehr als Nebenwiderspruch behandelt.

"Die Infragestellung unserer Positionen, die Aufgabe unserer ideologischen Sicherheiten, der selbstverständlichen Gewißheit, qua Geschlecht auf der richtigen Seite zu sein - das könnte uns dabei helfen, unsere Selbstdefinition ohne Identifikation mit den Herrschenden zu entwickeln."

Beiträge zur Feministischen Theorie und Praxis: Geteilter Feminismus. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhaß. Hg.: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Heft 27 (1990). 184 S., 19 DM

Birgit Rommelspacher: Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften

Birgit Rommelspacher wendet sich vehement gegen den sozialarbeiterischen Versuch, Täter zu Opfern zu machen - Opfern der "Risikogesellschaft", wie das neue Modewort heißt. Die gängigen Analysen zur Attraktivität rechtsextremer Organisationen (die Autorin bezieht sich vornehmlich auf die entsprechenden Arbeiten von Heitmeyer, Funke und Leggewie, die 1989 publiziert wurden) erscheinen zwar auf den ersten Blick plausibel: "Risikoproduktion" statt "Reichtumsproduktion", "Erosion aller traditionellen Lebensformen, vor allem der Kleinfamilie" und "Individualisierungsschub" führten ihnen zufolge zu "Verletzlichkeit und Orientierungslosigkeit, die die Sehnsucht nach Halt und vorgegebener Ordnung wachsen lasse". Mit ihrem "Angebot von Sicherheit durch klare Orientierungen und feste soziale Bindungen" versprächen rechtsextreme Gruppierungen genau das, wonach das verunsicherte Inidividuum suche.

Die rechtsextreme "Ideologie der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz" wird in dieser Sichtweise, so Birgit Rommelspacher, ebenso wie der reale Gewaltakt gegen Ausländer oder Linke "zum Ausdruck unbewältigter Probleme. Der Gewinn auf Seiten des Täters und der Verlust auf Seiten des Opfers spielen keine Rolle mehr. Unter der drückenden Last der Probleme gleichen sich Täter und Opfer immer weiter an. Der Täter wird selbst zum Opfer."

Empirische Untersuchungen zum Wählerpotential der Republikaner hingegen widerlegen die These vom "Aufstand der Modernisierungsopfer": "Republikaner-Wähler und Wählerinnen verteilen sich gleichmäßig über alle Einkommensschichten. Wohnungs- und Hausbesitz ist sogar etwas überrepräsentiert. Republikaner-Sympathisanten sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufriedener als SPD-Wähler und Grüne. Sie sind sogar optimistischer als alle anderen Wähler, wenn sie die künftige wirtschaftliche Lage vorhersagen sollen." Ebensowenig wie Verarmung ist "Individualisierung" als ausschlaggebendes Motiv für rechtsextreme Orientierungen anzusehen, zeigt sich doch, daß "Jugendliche mit autoritär-nationalistischen Orientierungen sich überwiegend in für sie befriedigenden Interaktionskontexten befinden und sich sozial integriert fühlen."

Die statistische Ausdifferenzierung des rechtsextremen Wählerpotentials nach Geschlechtern läßt die Opferthese gänzlich in sich zusammenfallen. Fast zwei Drittel der Republikaner-Wähler sind Männer. Befragungen von Jugendlichen ergaben, "daß Mädchen im Vergleich zu Jungen sehr viel orientierungsloser sind, ein geringeres Selbstwertgefühl und sehr viel mehr Schwierigkeiten haben, einen sicheren Standort zu finden. Auch haben sie subjektiv wie objektiv schlechtere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Der bisherigen Logik folgend, könnte man meinen, daß diese Mädchen prädestiniert sind für rechtsextreme Einstellungen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Diese Mädchen stimmen der Äußerung ‚Ausländer raus' sehr viel weniger zu als Jungen."

Birgit Rommelspacher erkennt an, daß rechtsextreme Orientierungen auch Elemente einer "Flucht vor den Widersprüchen" enthalten, "einer Flucht in die scheinbare Sicherheit des extremen Pols." Die scheinbare Lösung der Widersprüche "durch Dominanzverhalten, durch einseitige Verfügung über andere und deren

Existenzrechte" ist zwar naheliegend, aber nicht zwingend: "Es ist ein Trugschluß, das Dominanzverhalten allein mit Spannungen und Konflikten zu erklären. Sie sind zwar notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen. In einer Gesellschaft unseren Zuschnitts werden die Menschen im Konfliktfall ständig zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert. Dabei unterstützen sich gegenseitig kulturelle Traditionen, ein expansives Wirtschaftssystem und das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen. Sie legen es nahe, der Verunsicherung durch Fremde qua Hierarchisierung aus dem Weg zu gehen. Sie unterstützen Strategien der expansiven Bemächtigung, um die eigenen Privilegien abzusichern und die eigene Position als die einzig rechtmäßige, vernünftige und normale zu behaupten."

Birgit Rommelspacher: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, H. 2/1991. Köln (Volksblatt Verlag) 1991. 18 DM

Norbert Bernhard: Tarzan und die Herrenrasse

Norbert Bernhard (geb. 1956), der schweizer Autor des (aus seiner 1983 vorgelegten Dissertation entstandenen) Buches "Tarzan und die Herrenrasse - Rassismus in der Literatur" studierte Ethnologie, Geschichte und Geografie an der Universität Bern und an der School of Oriental and African Studies, Universität London.

Bernhard lehnt die Verwendung des Rassenbegriffes ab: "Die einzige praktische Anwendungsmöglichkeit, die sich aus der Spielerei mit Rassen ergibt, ist der Rassismus", es solle daher völlig belanglos sein, ob es genetische Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen gebe oder nicht. Zwar führe das Rassenkonzept nicht unvermeidlich zu Rassenvorurteilen, liefere aber das Potential dafür in einem "kulturellen Gefüge", das es erlaube, "durch Manipulationen gesellschaftlich stimulierte Aggressivität in bestimmte Kanäle, in diesem Fall Rassenhaß, zu leiten." Rassismus sei demzufolge "ein Symptom gesellschaftlicher Intoleranz, mit Hilfe dessen, genau wie mit seinen Parallelen Kommunistenhetze und Antifeminismus, die bestehende Ordnung aufrechterhalten werden soll." Unter "Ethnozentrismus", neben "Rassismus" seiner zweiten zentralen Kategorie, versteht Bernhard "die emotionale Überzeugung, daß die eigene kulturelle Gruppe der Fremdgruppe oder den Fremdgruppen überlegen ist, und daß die kulturellen Merkmale der Fremdgruppe(n), verglichen mit denen der Eigengruppe, minderwertig sind." Rassismus und Ethnozentrismus grenzt Bernhard voneinander ab: Das eine beziehe sich "auf biologische-genetische begründete Einstellungen und Handlungen, das andere auf kulturelle". In der Praxis sei die Unterscheidung jedoch nicht immer offensichtlich; Rassisten seien in der Regel auch Ethnozentristen.

Der Einleitung, in der Bernhard sein Begriffsinstrumentarium erläutert, folgt die Auseinandersetzung mit einer Reihe von Schriftstellern aus der zweiten Hälfte des letzten und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die in Dutzenden von Werken und mit hohen Auflagen das Bild des "Farbigen" in den Kolonialgebieten nachdrücklich geprägt haben. Die meisten der von ihm vorgestellten und diskutierten Werke stammen von Schriftstellen, die seit Jahrzehnten und bis auf den heutigen Tag zum Standard der Kinder- und Jugendautoren zählen: Edgar Rice Burroughs (Tarzan), Wilhelm Busch, Henry Rider Haggard (mehr als zwei Dutzend Romane über das südliche Afrika), Rudyard Kipling, Karl May, Mark Twain, Jules Verne u.a. Autoren zumal, denen zahlreiche Nachahmer gefolgt sind und deren Werk in jeweils "angepaßter" Form (als Comic, als Kino- oder Fernsehfilm, als Video) immer neu verbreitet wird.

Bernhards Studie liegen etwa zweihundert der einschlägigen Romane zugrunde. Aus den Büchern von Burroughs, Haggard, Verne und Twaine als gleichsam Prototypen rassistischer und/oder ethnozentristischer Literatur bringt Bernhard jeweils eine Anzahl von kürzeren Auszügen und informiert knapp über den Kontext: die Person des Autors, die politischen und sozialen Zusammenhänge, die den realen Hintergrund der Romane bilden.

Bernhard hat mit seinem Werk geleistet, wozu sich allzuwenige Literatur- und Gesellschaftskritiker herbeilassen: Er untersucht, was tatsächlich und massenhaft gelesen wird, was - gerade als weitverbreitete Kinder- und Jugendliteratur - prägend auf Bewußtsein und Haltung einwirkt.

Norbert Bernhard: Tarzan und die Herrenrasse - Rassismus in der Literatur. Basel (Lenos Verlag) 1986. 191 S., 27 DM

AutorInnen: as (Wallerstein); g., Gruppe K (Memmi); js. (Autrata, Rommelspacher); K. (Geiss, Bernhard); Kt. (Miles); rh., Gruppe K (Balibar); ZF, Gruppe K (Feminist. Theorie u. Praxis)

Koordination: kla, Gruppe K und K.

13. Dokumentation: Der 9. November 1938, der 9. November 1991 und Hoyerswerda (Flugblatt von Hamburger Linken)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:13

Alle Jahre wieder kommt es im Zusammenhang mit Aktivitäten anläßlich des Jahrestages des Novemberpogroms zu Diskussionen um den Stellenwert von historischem Gedenken und dem richtigen aktuellen Bezug zu den damaligen Verbrechen. So war es im letzten Jahr der Bezug zum Fall der Mauer und dem DDR-Anschluß und 1989 der zum Kampf ums Bleiberecht für Roma und Cinti. Dieses Jahr ist der Bezug für die meisten "Ausländerfeindlichkeit", Rassismus, Bleiberecht und offene Grenzen. Da es dagegen bzw. dafür zu demonstrieren aber keines historischen Gedenktages bedarf, sondern jeder andere Zeitpunkt allemal auch der richtige wäre, wollen wir das Auseinanderklaffen zwischen dem Gedenken im Hamburger Aufruf zum 8. November und den Aussagen zum aktuellen Rassismus zum Anlaß nehmen, unsererseits zur Diskussion zu stellen, wo wir historische Bezüge zur Gegenwart sehen und wo wir Kritik am Aufruf und einigen Stellungnahmen zum Rassismus haben.

Der Hamburger Aufruf stellt einen Zusammenhang zwischen Motiven von Flüchtlingen und Fluchtgründen mit "berechtigter Angst vieler Menschen hier vor sozialem Abstieg" her. Die Unterzeichnenden meinen dann diesen Zusammenhang damit begründen zu können, daß für beides - Flucht wie Sozialabbau - dieselben kapitalistischen Verursacher verantwortlich sind. Wir halten diese Argumentation für ein äußerst bedenkliches Einfallstor hin zu einer "Ausländerbegrenzungs"- Logik - wie sie in Teilen der Linken bereits akzeptiert wird (1) - weil sie dazu beiträgt, Verständnis für TäterInnen und MittäterInnen zu wecken, wenngleich ihnen natürlich fehlgeleitetes Handeln attestiert wird. Wir finden darin einen Anklang an die These vom falsch gewendeten Antikapitalismus wieder, der Leute angeblich deswegen zu Antisemiten werden ließ, weil sie das Wucherkapital hassen und mit "dem Juden" identifizieren.

Unsere Einwände dagegen:

Die verstehende Verknüpfung von Rassismus mit sozialen Ängsten fällt zum einen auf die herrschende Propaganda herein, als gäbe es die besagte "Flüchtlingswelle" und einen kaum bewältigbaren Andrang auf deutsche Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialhilfe. Damit wird die Angstpropaganda von oben reproduziert. Zum anderen, uns wichtigeren: Selbst wenn die Angaben über Zahlen von Flüchtlingen stimmten, verbietet sich jede Argumentation, die Rassismus und soziale Ängste miteinander verknüpft und von "berechtigter Angst" hier lebender (deutscher) Menschen vor Sozialabbau spricht. Solche Argumente sind nahe daran, sich selber auf die Quotendiskussion einzulassen: Da das Boot ja irgendwann "wirklich voll" sein könnte, kein Geld mehr für Sozialhilfe da wäre, die Arbeitsplätze und Wohnungen vorrangig für die Deutschen zur Verfügung zu stehen hätten etc. Der Fehler scheint u.E. darin zu liegen, daß die VerfasserInnen des Flugblatts den Rassismus offenkundig für ein einfaches, den innergesellschaftlichen Widersprüchen immanentes, sozial bedingtes Phänomen halten. Das aber ist er überwiegend ebensowenig, wie die Existenz von "Fremden" die Ursache, der Grund für Rassismus ist. (Umgekehrt ist der Rassismus die Ursache für das, was verharmlosend Ausländerfeindlichkeit genannt wird.) Vielmehr hat der Rassismus mit dem Bekenntnis zur eigenen Nation und dem westlichem Kulturbild als sich von anderen abgrenzende und überhebende zu tun. Wir halten es deshalb für keinen Zufall, daß es nach der Wiedervereinigung, die ein Bekenntnis zur größeren deutschen Nation war und im staatstragenden Konsens aller Parteien (und vieler Linker!) vollzogen wurde, einen Schub für den Rassismus in seinen unterschiedlichen Artikulationsformen von Morden über Beifallklatschen bis zur "gesitteten" parlamentarischen Ausländerbegrenzungsdiskussion gegeben hat. Deshalb akzeptieren wir nicht nur nicht, daß es ein "Ausländerproblem" gibt, sondern wir sagen vielmehr, es gibt ein deutsches, oder auch ein Deutschen-Problem, das im Rassismus offenkundig wird.

Daraus folgt für uns, daß das Zusammenspiel von staatlicher und Parteien-Asyldiskussion mit dem ermunterten faschistischen Mob das eine Problem ist, das wir politisch zu bekämpfen haben. Aber der Aufruf reduziert den Rassismus auf Staat und Faschisten und blendet damit den für das System konstituierenden Rassismus aus, der in der Gesellschaft und bei den in ihr lebenden Menschen tagtäglich reproduziert wird, der

akzeptiert und abrufbar ist, und zwar nicht nur bei Faschisten, Banden und sozial Entwurzelten. Offenkundig glauben die Flugblatt-VerfasserInnen, daß dem Rassismus mit einigen aufklärenden Argumenten und der Lösung bestimmter sozialer Probleme beizukommen ist. Dieser Rassismus als eine Grundhaltung kümmert sich jedoch einen Dreck um Argumente, sondern er wagt sich seit einiger Zeit deswegen verstärkt an die Öffentlichkeit, weil systematisch das Klima hierfür geschaffen worden ist. Deshalb trauen sich "ganz normale Deutsche" auf einmal zu sagen, was sie immer schon dachten. In Hoyerswerda und anderswo waren eben nicht nur Faschisten und ein ihnen gegenüber untätiger Staat das Problem, sondern die Verbindung, die der ganz normale deutsche Mob mit ihnen eingegangen ist, der johlend dabeisteht und sich beteiligt. Dies läßt eine Ahnung von Faschismus nicht nur als institutionell oder parteimäßig organisiert aufkommen, sondern als gesellschaftlich akzeptiert. Darin sehen wir eine Lehre unter Bezug auf den Pogrom von 1938, die zu diskutieren wäre.

Wer also anklingen läßt, daß im derzeitigen sich austobenden Rassismus und seiner Akzeptanz bei nicht wenigen Menschen, ein verständliches, aber fehlgeleitetes Motiv mitspielt, muß dasselbe auch für den Antisemitismus und seine Verbreitung sowie für seinen öffentlich vollzogenen Pogrom am 9. November 1938 gelten lassen. Das will sicher niemand von den UnterzeichnerInnen, aber unlogisch ist es aus solcher Argumentation nicht. Damit ist ja unsererseits nicht gesagt - damit sich niemand an der falschen Stelle angepinkelt fühlt -, daß irgendjemand von den UnterzeichnerInnen auch nur irgendeine der politischen Auswirkungen von Rassismus und Antisemitismus billigt oder entschuldigen möchte. Aber wenn wir über die Bekämpfung ihrer Ursachen reden und dies zudem noch aus Anlaß des 9. November demonstrativ auf die Straße tragen, dann ist die Begründung für unseren Protest und die Diskussion in der Linken darum nichts Unwichtiges, weil sich aus ihr politisches Handeln ableiten kann. In den Bereichen von Gruppen und Leuten, die heute für Bündnisdemonstrationen gegen "Ausländerfeindlichkeit" bereit sind, ist die Auswirkung solcher fehlerhafter Rassismus-Einschätzungen bereits zu erkennen.

Zum Beispiel, wenn im Aufruf der Grünen und verschiedener linker und demokratischer Personen zur Berliner Demonstration am 9. November die "uneingeschränkte Solidarität" nur auf diejenigen Flüchtlinge beschränkt wird, die nach Artikel 16 des Grundgesetzes (politisch Verfolgte) Asyl beantragen, also auf eine kleine Minderheit der Flüchtlinge. Oder, wenn von einer "zivilen Konfliktlösung" die Rede ist, die man anstelle der mörderischen Übergriffe und der Hetze gegen Nicht- Deutsche setzen möchte. Konflikt - wörtlich übersetzt: Zusammenstoß - kann da doch nur meinen, daß es zwei Seiten gibt, die Probleme miteinander haben, und die, statt sich die Köpfe einzuschlagen, ihre Probleme lieber zivil lösen sollten. Anders gefragt: Sollen sich also Flüchtlinge (nur die, die nach Artikel 16 GG hierherkommen?) und deutsche Schläger an einen Tisch setzen? Dem Berliner Aufruf liegt bereits die Anerkennung eines "Ausländerproblems" zugrunde. Das sah auch der Bundestagsabgeordnete Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne), als er im Deutschen Bundestag die "Ausländerpolitik" der Bundesregierung heftig kritisiert hat und zu der Konsequenz gekommen ist, in Hoyerswerda habe der Staat versagt, weil er das "von den Bürgern geforderte Maß an innerer Sicherheit" nicht garantieren konnte und damit den Faschisten "quasi zu einer Akzeptanz als Bürgerwehr verholfen hat", indem er "radikalen Gewalttätern de facto staatliche Aufgaben überläßt." Für Schulz, der eine "zivile Konfliktlösung" will, sind also nicht diese Bürger und die Faschisten das Problem, sondern die Nicht-Deutschen gefährden die "innere Sicherheit".

In diesem Konflikt gibt es nur eine Seite, die bekämpft und politisch gelöst werden muß, und das ist der deutsche Mob von Kohl über die faschistischen Banden bis zu Herrn X und Frau Y. Das schließt auf der einen Seite aus, am 8. November in Hamburg mit den Repräsentanten der Rathausparteien auf die Straße zu gehen, die sich in das Hamburger Bündnis einklinken wollten, weil diese für eine Variante rassistischer Anti-Flüchtlingspolitik stehen. Das sollte aber u.E. auch die inhaltliche Unschärfe ausschließen, die den Übergang zu Positionen der "zivilen Ausländerbegrenzung" ermöglicht, die wir und - wie wir doch zu recht annehmen - die UnterzeichnerInnen des Hamburger Aufrufs bekämpfen möchten, weil sie kompatibel zum sich offen austobenden Rassismus sind.

Uns berührt nicht der nationalistische Begriff der "Schande für Deutschland", uns interessiert nicht die Schädigung des Bildes von "den Deutschen", das den EinladerInnen für das Berliner Flugblatt Motiv war, dem "Bild vom bösen Deutschen" das vom guten entgegenzusetzen. Nicht Deutschland wurde geschändet, sondern "Nicht-Deutsche" mißhandelt, was den NS- Staat in der Vergangenheit durchaus geadelt hat. Das Bild vom bösen Deutschen und der sich darin ausdrückenden Politik ist Realität. Es muß so deutlich wie möglich

gezeichnet werden, um vor diesem Deutschland zu warnen und es zu bekämpfen, und es darf nicht verschleiert werden. Der Rassismus, der Antisemitismus, die Gewalt gegen die "Nicht-Deutschen" oder "Andersartigen", die Akzeptanz in Staat, Medien und großen Teilen der Gesellschaft, daß es ein "Ausländerproblem" gibt, das sind Ähnlichkeiten zu 1938. In der Ablehnung dieser Akzeptanz müssen wir Gemeinsamkeit entwickeln und nicht allein in der Ablehnung gewalttätiger Methoden zur Lösung eines angeblichen Problems, das von vielen, die diese Gewalt nicht wollen, dennoch als solches anerkannt wird. Nicht nur der Pogrom von 1938, die Morde, Brandschatzungen und Verschleppungen, sind daher etwas, dessen wir am 9. November zu gedenken haben, sondern auch die Erinnerung daran, daß es 1938 eine grundsätzliche Akzeptanz eines angeblichen "Judenproblems" gegeben hat - auch bei vielen Menschen und Institutionen, die sich vor der gewalttätigen Methode geekelt haben.

UnterzeichnerInnen:

Kadis Baksi, Regina Behrendt, Berthold Brunner, Friedegund Bürger, Bettina Cabus-Eich (AL), Tay Eich (AL), Peter Gerken, Corry Guttstadt, Heidi Hegen, Christina Kukielka, Tjark Kunstreich, Heiner Möller, Radi Radwan (AntiFa Harburg), Hamide Scheer, Bernd Schulz, Oliver Tolmein, Rainer Trampert, Elsa Werner, Gisela Wiese (Pax Christi), AntiFa AG, Leute aus der Vorbereitungsgruppe Weltrevolution, Mitglieder der Gruppe K

Anmerkung:

(1) Zu diesen Linken zählen wir linke Sozialdemokraten und die Grünen, die das "zu volle Boot" akzeptieren und für Kontingentierungen sowie "humane Konfliktlösungen" statt Mord und Totschlag plädieren. Dazu zählen wir die verbliebene DKP, deren Sprecherin als eine entscheidende Ursache für "Ausländerfeindlichkeit" ausgemacht hat, "daß die Folgelasten der Einwanderungswelle der vergangenen Jahre die Bevölkerung und hier vor allem die ärmeren Teile zu tragen haben." Folgerichtig müsse daher auch die "Einwanderungswelle" gestoppt werden, denn "man sollte dieses dicht besiedelte Land nicht zum Einwanderungsland erklären, nicht zuletzt und vor allem im Interesse der Ärmsten der Armen" (UZ, 18.10.91).

14. 9.11. Hamburg: Eine Demonstration

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:32

Am Vorabend des 53. Jahrestages der Reichspogromnacht demonstrierten in Hamburg ca. 5000 Menschen gegen das Vergessen und gegen den Rassismus in Deutschland. Aufgerufen hatte ein Bündnis, das von der GAL Eimsbüttel über diverse Initiativen, die VVN, die AL bis zu Teilen der Autonomen reichte. Die Gruppe K und das Auschwitzkomitee haben den offiziellen Aufruf nicht unterschrieben, die Demo aber unterstützt.

Neben unterschiedlichen Motiven für die gleiche Haltung beider Gruppen waren es vor allen Dingen zwei Punkte, die bei Mitgliedern aus beiden Gruppen zur Kritik führten: Zum einen die unhistorische Funktionalisierung der Reichspogromnacht für tagespolitische Geschehnisse und zum anderen die z.T. fragwürdigen Erklärungsansätze für den Rassismus in Deutschland. Das erstere drückte sich vor allen Dingen auf den Terminen aus, wo die Reichspogromnacht für die meisten Anwesenden kaum eine Rolle gespielt hat, auch nicht in der Verbindung zu den heutigen Ereignissen. Darüberhinaus war insbesondere bei Teilen der Autonomen und den Vertretern des "Internationalen Blocks" eine Ignoranz gegenüber den Opfern von 1938 festzustellen.

Berechtigte Ängste?!

Der zweite Punkt der Kritik bezog sich auf einige Passagen im offiziellen Aufruf. Da wird zum einen in dem relativ kurzen Aufruf erklärt, daß die Flüchtlinge aus guten Gründen hier sind, dann heißt es: "Die berechtigte Angst vieler Menschen hier vor sozialem Abstieg, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot wird von jenen propagandistisch genutzt, die für die zunehmende Verelendung der sogenannten 3. Welt genauso verantwortlich sind, wie für die Verarmung und gesellschaftliche Ausgrenzung von immer mehr Menschen hier. (...) Die Interessen der Schwächsten in dieser Gesellschaft werden gegeneinander ausgespielt." Wohlgemerkt, es geht hierbei um Erklärungsansätze für die rassistische Welle der letzten Monate. Daß in dem Aufruf dann "nur" der faschistische Mob, aber nicht der Bürgermob auftaucht, wurde kritisiert.

Leute aus dem Bündnis nahmen dies zum Anlaß, eine Erklärung zu dem offiziellen Aufruf zu verfassen, um die Kritik diskutierbar zu machen (siehe nachstehende Dokumentation). Verschiedene Personen aus der Hamburger Linken haben diese Erklärung unterschrieben und zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen.

Schärfste Zuspitzung des Klassenkampfes

Auch der vergleichsweise linke Hamburger Aufruf transportiert die gängigen Erklärungsansätze der meisten linken und vieler Bündnisaufrufe für den Rassismus in Deutschland, der auf ein überwiegend sozial bedingtes Problem reduziert wird. Neben dem katastrophalen Berliner Aufruf der GRÜNEN, der von einer Reihe linker Personen und Gruppen unterzeichnet wurde, denen mensch bisher auch mehr zugetraut hatte (siehe Artikel in diesem AK), gibt es eine Reihe weiterer schlechter Aufrufe. Nicht jeder ist dabei so platt wie der des "Internationalen Blocks" (1), die feststellen: "Die Pogrome sind Klassenkampf in schärfster Zuspitzung. Sie sind ein direkter Angriff auf die Arbeiterklasse. (...) Ursache des neuerlichen Erstarkens des Rassismus ist der offen ausgebrochene Kampf um die Vormachtstellung unter den imperialistischen Großmächten. (...) Dazu braucht der deutsche Imperialismus den Krieg nach innen. Ausdruck dessen ist der staatlich organisierte Rassismus."

Worum sich die meisten Linken herumdrücken, das ist die schlichte Feststellung, daß es gerade in Deutschland nicht ausreicht, Rassismus und Antisemitismus mit den wirklichen und unterstellten Absichten der Herrschenden zu erklären.

Zuschlechterletzt

Die Hamburger Demo zum 53. Jahrestag der Reichspogromnacht bewegte sich zwischen sozialdemokratischen Vereinnahmungsversuchen und "linksradikaler" Ignoranz der Ereignisse von 1938. Für die Propagierung der "guten Deutschen" am 9.11. war die Hamburger Demo zu links, und so fehlte sie dort zum Glück, für eine wirklich antirassistische und Lehren aus der deutschen Geschichte ziehende Demo war sie m.M.n. zu wenig links.

Bleibt noch die knapp 1000 Menschen zu erwähnen, die am 7.11. auf dem Rathausmarkt bei einer Kundgebung gegen Ausländerfeindlichkeit Bürgermeister Voscherau lauschten (2).

bs

Anmerkungen:

1) Dahinter verbergen sich in Hamburg: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD; ATIF; BWK; DIDF; DKP; Freunde des kurdischen Volkes; PDS/Kommunistische Fraktion; TKP/ML-Hareketi; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

2) Verschiedene sozialdemokratische Kräfte hatten versucht, das Bündnis dazuzukriegen, das Fußvolk für ihre Kundgebung auf dem Rathausmarkt zu stellen. Damit waren sie letztlich abgeblitzt. Bei aller Freude über das Abschiffen ihres Spaltungsversuches darf dies uns nicht den Blick dafür verstellen, was es gesamtgesellschaftlich heißt, wenn ein Bündnis aller Rathausparteien, des DGB und relevanter bürgerlicher Vereine und gesellschaftlicher Gruppen einschließlich der jüdischen Gemeinde nicht einmal 1000 Menschen auf die Beine bringt.

15. Alle gegen AusländerInnenfeindlichkeit? Betrachtungen zu den Aktionen am 9. November

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:52

Am 9. November demonstrierten im vereinigten Deutschland 150.000 Menschen in Gedenken an die Reichspogromnacht 1938 sowie gegen die Welle von Rassismus und ausländerfeindlichem Terror im heutigen Deutschland. Es war - nimmt mensch die Aktionen zum Golfkrieg aus, die einer anderen Logik folgten - die größte Mobilisierung, die von der Linken in diesem Land in den vergangenen Monaten vollbracht wurde. Es könnte ein Zeichen sein, daß dem faschistischen Geist tatsächlich etwas entgegengesetzt werden könnte. Aufgerufen hatten in der Regel antifaschistische Gruppierungen (traditionelle wie VVN und linke/autonome Antifa-Gruppen), die Restbestände der linken Organisationen, die Grünen, die PDS, sozialdemokratische Verbände (Falken/Jusos) oder von diesen bestimmte (wie Einzelgewerkschaften), Jugendverbände, verschiedene linke Organisationen von ImmigrantInnen. Die Einheit, die in den übergreifenden Bündnissen scheinbar zum Ausdruck kommt, hat es jedoch in den Aktionen selbst nicht gegeben.

An zwei Beispielen sollen hier die Schwierigkeiten, eine antirassistische Bewegung aufzubauen, beleuchtet werden.

Berlin war vom grünen Bundesvorstand als Ort einer zentralen Demonstration auserkoren worden. Die Anlage der Aktion sah vor, daß die Gestaltung und Ausrichtung fest in Hand der Grünen bleiben sollte, Westberliner Gruppen und Organisationen sich dafür hätten an der Mobilisierung beteiligen können. Die Vorgabe dafür war ein bereits vor den Bündnisverhandlungen erstellter Aufruf, unter dem eine Reihe mehr oder weniger bedeutender Unterschriften gesammelt wurde, insgesamt jedoch ein illustres Völkchen: Von der grünen Ministerin Iris Blaul über Danny Cohn-Bendit, Bernt Engelmann, Joschka Fischer (stellvertretender Ministerpräsident), Ossip Flechtheim, Stefan Hermelin, Götz George und Gregor Gysi hin zu Corny Littmann, Peggy Parnass, Waltraud Schoppe, Jürgen Trittin (noch ein Minister), Konstantin Wecker und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Vom BBU, dem Bundesverband Homosexualität, den Grünen (BV), dem Flüchtlingsrat Berlin, der Humanistischen Union, der Internationalen Liga für Menschenrechte, den Ärzten gegen Atomkrieg, dem Landesjugendring, medico international bis hin zur SPD Berlin war alles vertreten. Nur diejenigen, denen die Verfolgung gilt, die Flüchtlinge, ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen waren kaum vertreten. Der Aufruf stand unter dem Motto: "Gegen Gewalt und Fremdenhaß - Menschenrechte gelten für alle". Mit diesem fertigen Aufruf und einer RednerInnenliste in der Hinterhand wurde die Berliner Linke eingeladen, sich an der Mobilisierung zu beteiligen. Der erste Dissens ergab sich am Aufruftext. Die Mehrzahl der an den Bündnistreffen beteiligten Gruppen kritisierte die im Aufruf enthaltene Forderung nach einer "humanen Asyl- und Einwanderungspolitik". Darin wurde nicht unschwer die grüne und linkssozialdemokratische Linie der Einwanderungsgesetze mit Quotierung erkannt. Dagegen stand die Forderung nach "Bleiberecht" und "Offenen Grenzen". Am Aufruf war jedoch nichts mehr zu machen und so entstand ein zweiter, ein "Bündnisaufruf". (Außerhalb der eben genannten Punkte gab es zwischen beiden keine sonderlichen Unterschiede.) Der zweite Dissens brach an der Frage der Redner auf. Vom Bündnis wurde gefordert, auf der Kundgebung nur ausländische BürgerInnen, Flüchtlinge und AsylbewerberInnen sprechen zu lassen. Den Grünen/AL schwebte auch hier ein Konzept vor, daß vor allem den besseren Teil Deutschlands berücksichtigen sollte. Es war schon von zwei Demonstrationen die Rede, bis dann doch die Grünen/AL einlenkten: auf der Kundgebung redeten überwiegend Menschen aus dem "Betroffenenspektrum". Die Kundgebung selbst war links bis linksradikal und mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen auch von der Mobilisierung her ein Erfolg.

In Hamburg lag die Initiative und schwerpunktmäßige Vorbereitung der Aktion bei dem politischen Spektrum, das das Bündnis zur Vereinigungsfeier am 3. Oktober gebildet hatte (VVN, DKP, autonome Gruppen, AL, PDS/Linke Liste). Es gelang in den Bündnisverhandlungen ein relativ breites Spektrum dazu zu gewinnen, u.a. die GEW, die GAL, den Landesjugendring, Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände, die Falken, Evangelische und Katholische Jugend. Auch hier spielte innerhalb der Bündnisverhandlungen die Frage der Forderung nach "Bleiberecht" und "Offenen Grenzen" eine wichtige Rolle. Die GAL scherte aus den Vorbereitungen aus, weil sie diese Forderungen nicht unterstützen will. Von der Linken her wird dies aber

umgekehrt auch zur Scheidelinie erhoben. Die GAL sprang auf eine kurzfristig vom Senat initiierte Veranstaltung am Vortage auf. (Wobei sie dann dennoch zur Demonstration aufrief, einzelne Gruppen aus der GAL sowie Bezirksverbände sich auch an der Mobilisierung beteiligten.) Die SPD verabschiedete sich, weil ihr die Verknüpfung der Geschichte mit der Gegenwart in Form des Ausgangspunkts der Demonstration ("Platz der jüdischen Deportierten") mit dem Endpunkt(Ausländerbehörde) "zu eng" war. VertreterInnen des GAL-Landesvorstandes und der Fraktion fanden sich dann zusammen mit den Vorsitzenden von SPD, FDP und CDU und ihren Fraktionen auf einem Aufruf wieder: "Hamburg gegen Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit". Innerhalb des Bündnisses selbst traten wiederum auch zwischen den linken Veranstaltern Widersprüche auf (siehe hierzu nebenstehende Dokumentation), die gerade eben noch überbrückt werden konnten. Mit 5.000 TeilnehmerInnen waren die VeranstalterInnen zwar zufrieden, im Vergleich zu anderen Städten (Kiel, Frankfurt, Saarbrücken, Köln, Berlin) war es jedoch eher ein Ergebnis an der unteren Grenze. Da hilft auch der Vergleich nicht viel, daß zur Senatsansprache auf dem Rathausmarkt lediglich einige hundert kamen.

Von allen linken Organisationen wurde an diesem 9. November die Parallele zwischen 1933/38 und 1991 hergestellt. Wenn diese Aussage ernst gemeint ist, dann wäre es also höchste Zeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, das gesellschaftliche Klima entscheidend zu ändern. Ein breites Bündnis gegen AusländerInnenfeindlichkeit und rassistischen Terror wäre herzustellen. Wäre dies mit dem umschrieben, was die GAL erreicht hat? Wohl kaum, denn wer wollte ernsthaft mit Jürgen Echternach (CDU-Landesvorsitzender) gegen Rechtsradikalismus demonstrieren? Und wer wollte ernsthaft zusammen mit Henning Voscherau für die Verteidigung des Rechts auf Asyl streiten?

Dennoch, der von den linken Gruppierungen eingeschlagene Weg, die Forderung nach "Offenen Grenzen" zur Scheidelinie in der Mobilisierung gegen den faschistischen Terror zu machen, steht den Notwendigkeiten entgegen. Es ist ein Unterschied, ob in dieser Gesellschaft "nur" darüber diskutiert würde, ob den Flüchtlingsströmen mit einer kontingentierten Einwanderungspolitik begegnet werden soll, oder ob Zuflucht suchende Menschen von faschistischen Schlägertrupps aus dem Land gejagt werden. Wieder anders würde es sich mit der Forderung nach "Bleiberecht" handeln. Dieses ist sicherlich eine unabdingbare Voraussetzung, den Schutz zu organisieren. Richtig ist sicherlich, daß es einen Zusammenhang zwischen der von den herrschenden politischen Kräften angeheizten Diskussion um das Asylrecht und die "Flüchtlingswelle" einerseits und dem offenen Ausbruch der Gewalt gibt. Dennoch wäre die Beeinflussung des gesellschaftlichen Klimas in Richtung für eine Akzeptanz der in dieses Land kommenden Menschen eine vordringliche Aufgabe. Wenn sich linke Politik darauf beschränkt, beispielsweise in Hamburg die 5.000 Linksalternativen zu mobilisieren und den Rest als rassistische Volksgemeinschaft rechts liegen läßt (wie dies auch in dieser Ausgabe des ak an anderer Stelle vertreten wird), dann hat nicht nur die Linke, sondern auch der Antifaschismus verloren.

Das alles spricht nicht gegen eine scharfe Polemik gegen alle Halbheiten und Heucheleien. Selbstverständlich muß die SPD wegen ihrer Politik zum Asylrecht angegriffen werden. Selbstverständlich ist Henning Voscherau nicht der geeignete Sprecher auf einer Kundgebung zur Verteidigung des Rechts auf Asyl. Und selbstverständlich muß auch dem unverschämten Versuch führender SPD- Politiker entgegengewirkt werden, von oben her das Thema "Schutz der ausländischen MitbürgerInnen" zu besetzen, während gleichzeitig an Plänen für Sammellager und massenhafte Abschiebung gearbeitet wird. Dennoch wird man, will man wirklich etwas gegen den Naziterror erreichen, mit Menschen demonstrieren und agieren müssen, die die Forderung nach "Offenen Grenzen" nicht unterstützen.

Die Antwort mancher Teile der Linken auf die ungeheuer schwere Aufgabe, die jetzt auf die demokratischen Teile der Gesellschaft zukommt, ist das Wegtauchen in Abgrenzung. Der Wettstreit, wer die richtigsten Inhalte hat, wer die besten Parolen, wird nicht mehr dazu genutzt, ihre Brauchbarkeit für die Verbreitung der richtigen Ansichten zu testen, sondern dient fast ausschließlich zur Abgrenzung untereinander. Ein erster Schritt wäre, sich die eigene Hilfslosigkeit gegenüber der Welle faschistischen Terrors einzugestehen. Die Linke hat dem gegenwärtig kaum etwas entgegenzusetzen. Und dann neu überlegen, was wir selbst können und was nur mit anderen zusammen; welche Inhalte wir verbreiten wollen und welche Inhalte mit anderen zusammen tragbar wären.

Damit ist zugegebenerweise noch keine der gestellten Fragen beantwortet. Aber ich befürchte, daß wenn nicht ernsthaft an die Prüfung gegangen wird, wird die Linke sich in den nächsten Jahren nur noch darin gefallen

können, daß sie immer schon Recht hatte in ihrer Einschätzung, daß alles seinen nationalistisch/reaktionären Kurs geht. (q.e.d)

he., Hamburg

16. Mach dir mal "nen schönen Nachmittag, geh" zur Demo! Die Großdemonstration gegen Fremdenhaß in Berlin

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:56

Mehr als 50.000 Menschen haben am 9.11. in Berlin ein Zeichen gesetzt. "Ein Zeichen gegen Fremdenhaß" titelt die taz am 11.11. und beschreibt die Ziele der Demonstration als "gegen Haß und Gleichgültigkeit" gerichtet und "für mehr Verständnis und für eine Weltoffenheit, die die Menschen der Welt nicht ausschließt aus Deutschland".

Am 9.11. in Berlin waren - neben dem immigrantischen Spektrum - wirklich alle gutmeinenden Deutschen auf der Straße, von der SPD über GRÜNE/AL, PDS, Bürgerrechtsbewegungen, GewerkschaftlerInnen, ImmigrantInnenorganisationen und Teilen des autonomen Spektrums. Die FR weiß: "Von den Parteien hatten alle außer der CDU (wegen Teilnahme der PDS) aufgerufen." (11.11.91) Der herrschende Konsens nach Hoyerswerda ist eben ausländerfreundlich.

Für die antirassistische und antifaschistische Linke wird es nicht genügen, einfach die Köpfe zu zählen, und einen Schritt in die richtige Richtung zu konstatieren, weil es gegen "Fremdenhaß" ging. Auf Aufruftexte zu Demonstrationen wird zwar wenig gegeben, ein Blick in die entsprechenden Papiere ist aber aufschlußreich für alle, die mehr über die Intentionen der VeranstalterInnen wissen wollen. Über die Beweggründe der TeilnehmerInnen an solchen Großveranstaltungen dagegen, kann nur spekuliert werden. Möglicherweise unterschiedliche politische Vorstellungen vieler DemonstrantInnen haben im Gegensatz zu den Verlautbarungen der AufruferInnen keinerlei Einfluß auf den in der Öffentlichkeit rezipierten Charakter der Veranstaltung.

In Berlin gab es, was von der Presse nur am Rande vermerkt wurde, eigentlich drei Demonstrationen, die gemeinsame Abschlußkundgebung konnte erst in letzter Minute vereinbart werden. Das AL- und SPD-Spektrum rief "Gegen Gewalt und Fremdenhaß" auf, ein Berliner Bündnis aus PDS, Friedensinis und kleineren linken Organisationen mobilisierte "Gegen Rassismus und Fremdenhaß", das antifaschistische Aktionsbündnis Moabit betitelte seinen Aufruf mit "Kein Vergessen! Kein Vergeben!", Autonome und Antifaschistische Gruppen forderten "Keine neuen Pogrome! Schaut nicht länger weg!"

Gegen Gewalt und Fremdenhaß ...

Dies ist das Motto des am weitesten verbreiteten Aufrufs, der vom AL/GRÜNEN-Spektrum initiiert und von der SPD und UnterschriftstellerInnen aus Kunst und Kultur mitgetragen wurde. Die AufruferInnen wollten mit ihrer Demo am 9.11. zeigen, "daß eine demokratische Mehrheit für ein friedliches Zusammenleben mit Menschen aus anderen Nationen eintritt". Was da so freundlich daherkommt, läuft nicht etwa auf die Forderung nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle hinaus, Forderungen, die wenigstens AL und Grüne offiziell noch im Programm haben. Stattdessen stellt sich der gesamte Aufruftext des "anderen Deutschlands", wie sich dieses Spektrum selber gerne nennt, völlig in den rassistischen Konsens jener deutschen Mehrheit, die dem "Ausländerproblem" nicht mit Brandbomben und Baseballschlägern beikommen will, sondern auf den demokratischen Rechtsstaat als zivile Konfliktlösungsinstanz eingeschworen ist. Geworben wird für eine "Politik der Toleranz und der zivilen Konfliktlösung", eine Formulierung, die jeden Menschen anderer Hautfarbe oder Kultur zum geduldeten Problem (Toleranz heißt Duldsamkeit!) erklärt, das einer Lösung zugeführt werden muß. Über das Bestehen eines Konflikts sind sie sich also einig mit den Fascho-Skins; lediglich die Lösung stellen sie sich weniger mörderisch vor: "Wir treten ein für eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik". Was darunter zu verstehen ist, steht täglich in der Zeitung: GRÜNE und SPD fordern ein Einwanderungsgesetz, mit dem schon an der Grenze die Tüchtigen sortiert werden können. Diejenigen, die bei der Auswahl nach Quoten durchfallen oder wegen demokratischer Elendsverwaltung in ihrem Heimatland keinen Anspruch auf politisches Asyl nachweisen können, sollen nach sechs Wochen abgeschoben werden - human versteht sich.

Die wenigen schließlich, die hierbleiben dürfen, werden eingemeindet in die multikulturelle Gesellschaft, in der sie sich freilich bewähren müssen: "Wir sehen in kultureller Vielfalt eine Bereicherung. Auch deshalb gilt

ausländischen Bürgerinnen unsere Solidarität" Die verhaltene Drohung gegen alle, die "uns" nicht als Pizzabäcker oder VolkstänzerInnen kulturell bereichern, sondern womöglich arm und arbeitslos zur Last fallen, schwingt überdeutlich mit.

Reaktionen

Dieser Aufruf hat dem Bündnis bezeichnenderweise kein schnelles Ende beschert. Allein das taktische Verhalten der AL, die fast bis zuletzt den Schein aufrechterhalten hatte, es gäbe eine Bundeskoordination, der die Berliner UnterstützerInnen verpflichtet seien, weshalb am Konzept der Demo von Berliner Gruppen keine Änderungen vorgenommen werden dürften, hatte zum "Bruch" geführt. Auf den letzten Drücker (14 Tage vor dem Demo-Termin) hatte sich das Berliner Bündnis selbständig gemacht und den Aufruf zu einer zweiten Demonstration herausgebracht, die zeitgleich mit der AL/ SPD-Demonstration stattfinden sollte. Die Abschlußkundgebung der Berliner Demo wurde für 15 Uhr auf dem Monbijou-Park angesetzt, AL und SPD wollten ihre Demonstration mit einer Kundgebung um 15.30 Uhr im Lustgarten beenden. Beide Plätze liegen nahe beieinander im Zentrum Berlins, ein deutliches Angebot des Berliner Bündnisses, bis zuletzt weiterzuverhandeln. Und so geschah es. Am 6.11. konnte das ND erleichtert melden: "Nach vielen internen Querelen siegte in Berlin die Vernunft."

Gegen Rassismus und Fremdenhaß

Unter diesem Motto stand der Aufruf des Berliner Bündnisses, in dem zwar im Gegensatz zum AL/SPD-Aufruf ein paar Forderungen untergebracht waren (Bleiberecht für alle, keine Kasernierung von Flüchtlingen, keine weiteren Abschiebungen), dafür aber kein Wort der Kritik oder gar Abgrenzung von der "Konkurrenz"- Demo. Das Berliner Bündnis formuliert die Probleme stärker aus ostdeutscher Sicht. Die konkreten Opfer von rassistischen Überfällen erscheinen als quasi notwendiges Produkt von Asyldebatte und verfehlter Wirtschaftspolitik. Die Motivation der Täter ist ihnen das hilflose Umsichschlagen verwirrter Menschen. Die Gegenstrategie ist entsprechend eine Mischung aus sozialen Kämpfen und antifaschistischer Aktion: "Demonstrationen für den Erhalt von Arbeitsstellen sind genauso wie die Aktion gegen das Wirken der Faschisten Schritte gegen die Resignation und die Verzweiflung". Als Erklärungsansatz für rassistische Gewalttaten wird mit der unsäglichen Sündenbocktheorie aufgewartet, die in jedem Täter zuerst das Opfer der Verhältnisse sieht. "Rund 10 Millionen Menschen sind inzwischen von den Teilhabemöglichkeiten der BRD-Gesellschaft ausgeschlossen. Dies bedeutet vor allem auch die Durchsetzung des Existenzkampfes und des Konkurrenzdenkens bei der Mehrheit der Bevölkerung. Damit schließt sich der Kreis: Die Flüchtlinge müssen für die katastrophale Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung herhalten. Statt die realen Probleme der Menschen zu lösen, wird somit von deren Ursachen abgelenkt." Schlimm genug, daß nahegelegt wird, die "von Teilnahmemöglichkeiten ausgeschlossenen" Deutschen könnten gar nicht anders, als vorgesetzte "Sündenböcke" einfach totzuschlagen. Daß mit dem Verweis auf die Deutschen, die noch ganz andere Seiten aufziehen könnten, die zusammengeschlagenen AusländerInnen dazu benutzt werden, um der Forderung nach einer gerechten Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr Gewicht zu verleihen, zeugt von einem Politikverständnis, das nur noch ein Ziel kennt: Die konstruktive Mitarbeit bei der Lösung der großen nationalen Aufgaben in diesem Deutschland.

9. November - da war doch mal was

Der 9.11. ist nicht irgendein Datum, sondern der Jahrestag, an dem vor 53 Jahren unter beifälliger Zustimmung und häufig auch aktiver Teilnahme großer Teile der Bevölkerung zum landesweiten Pogrom gegen die Juden und Jüdinnen geschritten wurde, der das Fanal zur fast vollständigen Vernichtung der europäischen Juden werden sollte. Es war aber auch der Tag, an dem 1989 die DDR die Grenzen öffnete und das Wir-sind-das-Volk-Volk sich wieder ungebremst an die Traditionen dreier Reiche anschließen konnte. Ein Tag also, der zweifach für deutsche Kontinuität steht und gerade von AntirassistInnen und AntifaschistInnen fordert, sich im Wissen um deutsche Geschichte außerhalb des nationalen Konsenses des vierten Reichs zu stellen. Im AL/SPD-Aufruf heißt es dazu verwundert: "Zwei Jahre nach Öffnung der Mauer sind wir entsetzt über den Ausbruch des deutschen Rassismus ..." Der Auftakt zum Völkermord an den Jüdinnen und Juden taucht weiter unten gerade mal in Gedankenstrichen auf: "Daran wollen wir gerade am 9. November - 1938 brannten an diesem Tage die Synagogen, wurden JüdInnen verhaftet - erinnern". Im Aufruf des Berliner Bündnisses steht völlig unvermittelt etwas über "Pogrome gegen Deutsche jüdischen Glaubens". Das Antifaschistische Aktionsbündnis Moabit erinnert daran, daß vom Bahnhof an der Putlitzbrücke aus "mehrere

Zehntausende von Menschen in die Vernichtungslager abtransportiert wurden". Daß diese "Menschen" Juden waren, getraut man sich schon gar nicht mehr auszusprechen. 1991 pressen sich deutsche Linke zur Erinnerung an die Judenvernichtung gerade noch einen Nebensatz ab, wie um einer lästigen Pflicht nachzukommen. Die einen verwischen gezielt jeden Zusammenhang zwischen 1938 und 1989, die anderen transformieren ausgerechnet am Jahrestag ihrer endgültigen Verbannung aus dem deutschen "Volk" Juden zu schlichten Angehörigen einer Religionsgemeinschaft, zu "Deutschen jüdischen Glaubens", die Dritten erinnern zwar ausführlicher an den faschistischen Pogrom und seine Folgen, vermeiden es aber, die Opfer beim Namen zu nennen. Es scheint sich auch bei linken Gruppen die stillschweigende Übereinkunft durchzusetzen, nicht mehr allzuviel Aufwand mit diesem unangenehmen Stück Geschichte zu betreiben, um nicht an den gefürchteten "Rand der Gesellschaft" zu geraten.

Die Linken

Elegant aus der Affäre gezogen haben sich das Antifaschistische Aktionsbündnis Moabit und ein Bündnis von Autonomen und Antifaschistischen Gruppen. Das Moabiter AntiFa-Bündnis veranstaltete unabhängig vom Großprojekt am Vormittag des 9.11. wieder eine antifaschistische Demonstration zum Jahrestag der "Reichskristallnacht", zu der auch Autonome und Antifaschistische Gruppen aufriefen. Die kurze Demo endete gegen Mittag mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die ermordeten Berliner Juden auf der Putlitzbrücke. Durch einen ganz unwahrscheinlichen Zufall war ausgerechnet um 12.30 Uhr die Putlitzbrücke Ausgangspunkt für die Westberliner Marschsäule der Demonstration des Berliner Bündnis, ein Umstand, gegen den die Moabiter sich nicht nur nicht gewehrt hatten: Alle TeilnehmerInnen am antifaschistischen Gedenkmarsch reihten sich in die zweite, größere Demo in Richtung Lustgarten ein. Der moralische Vorteil liegt auf der Hand, sie müssen sich nicht nachsagen lassen, sie hätten die Großdemonstration offen unterstützt. Welchen verheerenden Eindruck solcher Opportunismus hinterlassen kann, war in der FR vom 11.11.91 nachzulesen: "Selbst eine Gruppe von 'Autonomen' ist friedlich mitgelaufen, als hätten sie sich seit jeher dieser liberalen und linken Szene zugehörig gefühlt".

So waren zu guter letzt alle "in das solidarische Wir-Gefühl einbezogen" (ebd.), nach dem Motto "Mach dir mal 'nen schönen Nachmittag, geh' zur Demo" (ebd.).

jw./Westberlin, Gruppe K

17. Dokumentation. DKP-Sprecherin Helga Rosenberg zur Asylpolitik

Vom besonderen Interesse des deutschen Arbeiters

Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis; DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:16

Was lange währt, wird nicht gut. Während die rassistischen Übergriffe auf Asylsuchende, AussiedlerInnen und ArbeitsimmigrantInnen in brutaler Weise zunehmen, wurde in der DKP von der Parteisprecherin Helga Rosenberg mit einer Stellungnahme zur Asylpolitik ein Testballon losgelassen, der offenkundig die Stimmungslage der Partei für eine Interessenpolitik erkunden soll, die sich nicht mehr von einer nationalistisch-populistischen Position unterscheidet.

Die Stellungnahme "DKP-Sprecherin zur Asylpolitik" wurde in der "UZ" vom 18.10.91 auf Seite 1 abgedruckt, zugleich wurde sie an die DKP-Büros als Stellungnahme der DKP gesandt.

Ein solcher Vorstoß, der in der jüngeren Geschichte der DKP eher als "Ausrutscher" irgendwelcher Ortsgruppen hingenommen worden wäre, fußt allerdings auf historischen Wurzeln der "alten" Arbeiterbewegung, in deren Tradition sich die Gruppe Rosenberg/Brenner/Nordbayern der DKP stellt und auf dieser Basis um Mehrheiten in der DKP ringt: Das politische Programm der DKP orientiert auf eine Interessenvertretung der "Ärmsten der Armen" im vereinfachten Bild einer 2/3-Gesellschaft mit einer primären Orientierung auf die Wahlen, die den Rassismus innerhalb der Arbeiterklasse weitgehend unberücksichtigt läßt.

So wird in der Erklärung von DKP-Sprecherin Rosenberg in haarsträubender Weise in der Beschreibung des sozialen Elends durch die "Kosten der Asylpolitik" mit den sozialen Schichten kokettiert, die als eine der Hauptzielgruppen der DKP gelten: den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern usw., weil gerade diesen Gruppen mit großen sozialen Problemen die angeblich "einfachen" Lösungen angeboten werden.

Die Stellungnahme der Sprecherin Rosenberg zur Asylpolitik führt die Ursachen und Folgen der "ausländerfeindlichen Stimmung" gleichermaßen in undifferenzierter Weise auf soziale Unterschiede zurück. So wird von einer "irregeführten" Minderheit von Jugendlichen gesprochen, die, weil ohne Zukunftsperspektive, sich zu brutalen Übergriffen verleiten lassen.

"Irregeführt" scheint hier die DKP, denn daß es sich bei Rassismus um ein gesellschaftliches Phänomen handelt, das in einer kapitalistischen Gesellschaft je nach Stärke der Kollision egoistischer Einzelinteressen offen ausgetragen wird, war auch mal eine Grunderkenntnis der kommunistischen Bewegung, die sich immerhin mit der Parteigründung das nicht einfache Ziel gesetzt hatte, Bewußtsein über objektive gesellschaftliche Zusammenhänge in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen, um das "falsche" Bewußtsein der Arbeiterklasse zu überwinden. Das drückte sich z.B. in dem Leitgedanken "Der Internationalismus muß durch die Partei in die Arbeiterklasse getragen werden" aus. Wer aber ständig und ungebrochen an das gemeinsame Interesse der gesamten Arbeiterklasse appelliert, verwechselt objektives Interesse (den Konkurrenzkampf unter den Lohnabhängigen auf den Weltmärkten zu überwinden) mit dem realen Bewußtsein, das die gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugen (objektiv gegebene Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander). So muß die DKP notgedrungen, wie auch andere Kräfte, bei einer Manipulationstheorie landen, die einen staatlich und vom Großkapital organisierten Rassismus entdeckt, der die Arbeiterklasse spalten soll.

Helga Rosenberg stellt fest: "Aber auch die ausländerfeindliche Stimmung unter weiten Teilen der Bevölkerung nimmt zu", um sogleich Rücksicht auf das "gesunde Volksempfinden" zu nehmen, denn "die Kosten der Sozialpolitik, die Folgelasten der Einwanderungswellen der vergangenen Jahre haben die arbeitende Bevölkerung und hier vor allem die ärmeren Teile zu tragen."

Dies ist der Hauptstrang einer Argumentation, die die Gefährdung des Lebensstandards (des deutschen Lohnarbeiters und Sozialhilfeempfängers) durch Zuzug von ImmigrantInnen in den Mittelpunkt stellt und somit auch die Angst in genau diese Richtung entwickelt. Die DKP proklamiert damit den Arbeits- und Wohnungsmarkt als "ihren" Besitzstand, so daß folgerichtig ein Bleiberecht hierzulande nur derjenige haben

sollte, der "jahrelang seine Haut zu Markte getragen hat, Knochenarbeit geleistet hat, ausgebeutet worden ist ...". Nur ihm und seiner Familie sollen deutsche Rechte zustehen. Daß dann festgestellt wird, dieses Land sei eh zu dicht besiedelt (!), so daß es im eigenen Interesse der Flüchtlinge läge, hier gar nicht erst aufzukreuzen, damit sich die Situation der Ärmsten der Armen nicht noch weiter verschlechtere, ist zynisch.

Die Forderung der DKP-Sprecherin nach einer "gerechten Weltwirtschaftsordnung" als "Ziel" der "DKP-Asylpolitik", mit der die Flüchtlingsströme und die Verarmung ganzer Erdteile aufgehalten werden soll, ist in diesem Zusammenhang nur als scheinheilig zu bezeichnen: Sie wird den aktuellen Konkurrenzbedingungen geopfert, die einem begrenzten Staatsvolk den Lebensstandard sichern sollen, der der Weltmarktposition der BRD angemessen ist. Würde die DKP die Forderung nach einer "gerechten Weltwirtschaftsordnung" ernst nehmen, müßte sie z.B. in der Forderung nach "Bleiberecht für alle" verdeutlichen, daß letztendlich politisch bestimmt ist, ob aus Einwanderung in die BRD ein soziales Problem wird.

Wer den "Wohlstandspakt" der BRD verteidigt mit der fadenscheinigen Begründung, man wolle im Interesse der Arbeiterklasse keine Verzichtspolitik betreiben, will die Arbeiterklasse nicht damit konfrontieren, daß eine veränderte Weltwirtschaftsordnung, die vor allem der Überwindung der Hungersnot dient, ohne Transfers aus den reichen Industrienationen zu den Ländern, die schon lange aus der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgeschieden sind, nicht zu haben ist. Jede/r kann wohl erahnen, welche gewaltigen, ja revolutionären Veränderungen sich politisch - und bezogen auf die BRD-Normen von Lebensstandard und Lebensqualität - vollziehen müßten, um eine grundsätzlich andere Logik des Wirtschaftens und des Warenaustausches durchzusetzen.

Die Reaktionen auf die Stellungnahme der DKP-Sprecherin Rosenberg sollen parteiintern einigermaßen heftig sein. Den folgenden Ausgaben der "UZ" ist dies mit Ausnahme eines Beitrags von Peter Gingold nicht anzumerken. Eine neue Stellungnahme des Parteivorstands ist in Arbeit. Mit Konsequenzen für die DKP-Sprecherin Rosenberg scheint nicht zu rechnen. Zu sehr prägt noch das gemeinsame Verständnis von der Interessenpolitik den Zusammenhalt der DKP.

Regina Behrendt

Die Autorin hat schon im November 1989 im "ak" am DKP-Programm Bottrop den Chauvinismus und Rassismus in der DKP thematisiert: Damals sollten nach dem Willen der DKP/Bottrop Aussiedler nicht in Bottrop untergebracht werden.

Dokumentation

DKP Bremen zum Ausgang der Bürgerschaftswahl:

"Der Wahlerfolg der DVU ist ein alarmierendes Signal. Es wäre unserer Meinung nach allerdings eine Fehleinschätzung, wenn man die Wählerinnen und Wähler dieser Partei wie auch die der Republikaner undifferenziert als Neonazis einordnen würde. Viele von ihnen, insbesondere Arbeiterinnen und Arbeiter sowie junge Wählerinnen und Wähler haben offenbar aus Protest diesen rechtsradikalen Parteien die Stimme gegeben.

Soziale Probleme wie die anhaltende und in Bremen und Bremerhaven nach wie vor besonders hohe Arbeitslosigkeit, und nicht zuletzt die sich weiter verschärfende Wohnungsnot bilden den Hintergrund dafür.

Wenn der Mangel an bezahlbaren Wohnungen es vor allem jungen Arbeiterfamilien immer schwerer macht, ein ordentliches Dach über dem Kopf zu finden, zugleich aber sogenannten deutschstämmigen Aussiedlern bevorzugt Wohnraum vermittelt wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn rechtsradikale Demagogen Stimmen kassieren können.

Wenn der Rechtsruck in Bremen und Bremerhaven gestoppt werden soll, dann müssen energisch die sozialen und kommunalen Probleme angegangen werden, die die einfachen Menschen bedrücken ..." (UZ, 4.10.91)

Dokumentation

Helga Rosenberg: DKP-Sprecherin zur Asylpolitik

Wohnheime werden angezündet, Kinder schwer verletzt und Menschen bedroht. Eine irregeführte Minderheit, vor allem Jugendliche - und die meisten von ihnen aus den alten Bundesländern -, viele ohne

Zukunftsperspektive, nutzt die vermeintliche Gunst der Stunde für brutale Übergriffe gegen ausländische Bürger unseres Landes.

Aber auch die ausländerfeindliche Stimmung unter weiten Teilen der Bevölkerung nimmt zu.

Eine Ursache dafür liegt sicher darin, daß die Folgelasten der Einwanderungswelle der vergangen Jahre die Bevölkerung und hier vor allem die ärmeren Teile zu tragen haben. Sie bekommen keine Wohnung, sie zahlen immer höhere Steuern und Abgaben und leiden unter dem Lohnabbau, den die Unternehmen durch ein größeres Angebot von "billigen" Arbeitskräften betreiben. (...)

Die Erklärung der Bundesrepublik zum Einwanderungsland - viele Linke und Demokraten fallen auf diese Verschleierung der ökonomischen Interessen des Kapitals herein -, löst keine der Ursachen für Ausländerfeindlichkeit und Verarmung.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden an keiner Stelle unseren humanistischen Anspruch auf Ausländerfreundlichkeit, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle hier lebenden Ausländerinnen aufgeben oder infragestellen.

Wer in diesem Land jahrelang seine Haut zu Markte getragen hat, Knochenarbeit geleistet hat, ausgebeutet worden ist, muß alle Rechte deutscher Staatsbürger wahrnehmen dürfen.

Dazu gehört selbstverständlich auch, daß Kinder und Frauen in Deutschland leben können.

Ansonsten sollte man dieses dicht besiedelte Land nicht zum Einwanderungsland erklären, nicht zuletzt und vor allem im Interesse der Ärmsten der Armen.

Dies ist eine Forderung gerade auch im Interesse jener Asylbewerber, Aussiedler usw., die am schlimmsten davon betroffen wären. Ihre Situation würde sich weiter drastisch verschlechtern.

Es ist nicht die Sorge der DKP, administrative Lösungen vorzuschlagen, zum Beispiel die Verschärfung der Grenzkontrollen etc. (...) (UZ, 18.10.91)

18. Keinen Fußbreit den Faschisten! Stadionverbot für ausländerfeindliche Parolen bei St. Pauli

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:10

Nach der letzten Vereinsversammlung des FC St.Pauli werden ausländerfeindliche Parolen und Aktionen im Stadion am Millerntor geahndet. Nach einem einstimmig gefaßten Beschluß werden derartige Aktivitäten mit Stadionverbot belegt. Wie kam dieser Beschluß zustande, was war passiert?

Für viele Fußballfans, genauer gesagt für Fans aus dem linken und alternativen Spektrum, war und ist der FC St.Pauli auch über Hamburg hinaus etwas anderes als andere Vereine im bezahlten Fußball der BRD. Sei es die Atmosphäre am Millerntor, der angebliche familiäre Charakter des Vereins oder das Fehlen von ausländerfeindlichen Sprüchen und Parolen im Stadion.

Doch auch im letzten Punkt hat den FC St.Pauli die Realität anscheinend eingeholt. Beim Heimspiel am 4. 10. kam es zu einer Schlägerei zwischen einem türkischen und anderen Fans. Der türkische Fan wollte Bier holen, stellte sich an und hörte, wie eine Gruppe von ca. zehn Leuten immer wieder rief: "Ausländer raus". Da er sich im Stadion bis zu diesem Zeitpunkt sicher fühlte, rief er "Nazis raus!", doch als ihn die anderen attackierten, kam ihm niemand zu Hilfe. Er wurde zusammengeschlagen und anschließend noch von der Polizei stundenlang festgehalten. Die meisten der anwesenden Fans erfuhren diesen Vorfall erst aus den Medien, wenn überhaupt.

Der nächste Schritt

Aber Senol, der türkische Fan, und seine Freunde nahmen den Anspruch von St.Pauli und seinen Fans ernst, anders zu sein, als die übrigen Vereine und Fans. In einem Protestbrief an das Präsidium schilderte Senol nicht nur den Vorfall, sondern wies auch daraufhin, daß die Gruppe, die die Parolen rief und ihn angriff, mit ihren ausländerfeindlichen Attacken schon öfters aufgefallen und auch bekannt sei.

Daher forderte er vom Präsidium: "1. Stadionverbot für diese Gruppe, da sie das friedliche Fußballspielen gefährden. 2. Die Ordner müssen eindeutigere Anweisungen erhalten, schon bei rassistischen Parolen wie `Ausländer raus' einzugreifen und die Betreffenden aus dem Stadion zu schmeißen."

Senol, blieb nicht allein. Das Volkshaus der Türkei verfaßte ebenfalls eine Stellungnahme zu dem Vorfall: "Wir vom Volkshaus der Türkei sind hier in diesem Stadtviertel verankert. Viele von uns gehen seit Jahren Woche für Woche bei Wind und Wetter ins Wilhelm-Koch-Stadion. Wir sind St.Pauli-Fans, weil wir mehr damit verbinden als `nur Fußball'. Die bunte Mischung von Menschen, von Hafenstraße bis Volkshaus, die den FC bei den Spielen unterstützt und zujubelt, müßte eigentlich die Solidarität untereinander fördern." Doch es blieb nicht bei den moralischen Appellen.

In der Stellungnahme des Volkshauses wurde auch an einen Aufruf von Fans und Spielern des FC erinnert. "Für viele Fans des FC St.Pauli ist die Toleranzschwelle dort überschritten, wo nationalistische und rassistische und neonazistische Parolen, Fahnen und Transparente `Unterstützung' ausdrücken sollen. Diese Art von `Unterstützung' werden wir auch weiterhin nicht zulassen."

Aber am 4.10. war mensch von diesem selbstgesetzten Anspruch weit entfernt, seine Umsetzung seitens der türkischen Fans zu Recht eingeklagt.

Die Reaktionen

St.Pauli wäre nicht St.Pauli, wenn es hierauf nicht Reaktionen gegeben hätte. So wurde nach zähen Diskussionen im Volkshaus der Türkei beschlossen, zusammen mit deutschen Fans gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit im Stadion aktiv zu werden. Zusammen mit der Fan Initiative St.Pauli Hamburg (FISH) e.V. wurde ein Antrag in die Vereinsversammlung am 28.10. eingebracht. Nach heftiger, kurzer Debatte wurde er einstimmig angenommen. Danach wird eine Kommission aus Fans und Verantwortlichen des Vereins gebildet, die den Auftrag hat, eine Stadionordnung zu erstellen. In dieser sollen Passi enthalten sein, nach denen ausländerfeindliche Parolen ausdrücklich verboten sind und mit Stadionverbot belegt werden.

Dieser Beschluß wurde unter großem Beifall beim letzten Heimspiel ebenso präsentiert wie die Gründe, die zu seiner Befassung geführt haben. Darüberhinaus wurden von deutschen und türkischen Fans sowie Vereinsvertretern Transparente ins Stadion getragen, die zum aktiven Handeln gegen Ausländerfeinde jeglicher Couleur aufriefen. Auch dies ist nicht gerade Alltag in den Fußballstadien der BRD.

Sicherlich kann mensch gegen derartiges vorbringen, alles nur Symbolik, wo bleiben die Taten. Aber wie soll es zu aktivem Handeln gegen die zunehmende Intoleranz und den militanten Ausländerhaß kommen ohne so ein bewußtes Zeichensetzen?

"Die Menschen sollen sich bei uns wohlfühlen, egal woher sie kommen und welcher Hautfarbe sie sind.", heißt es in einer Stellungnahme des Vereinspräsidiums gegen Ausländerhetze. Dem ist nichts hinzuzufügen - außer, daß dieser Satz auch außerhalb des Stadions in die Tat umgesetzt werden muß!

as

19. Die bisherigen Verbote von Nazigruppen

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:45

Angesichts der jetzt neu aufkommenden Diskussion um repressive Maßnahmen gegen Nazis scheint es sinnvoll, sich mit den bisher ausgesprochenen Verboten zu beschäftigen.

Anders als in der ehemaligen DDR, wo das generelle Betätigungsverbot für Nazigruppen erst im Zuge der Vereinigung aufgehoben wurde, gab es seit Gründung der ehemaligen BRD immer wieder die Diskussion um den Spielraum, den Nazi- Gruppierungen haben sollen und dürfen, und ab wann sie verboten werden.

Mit dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei 1951 und dem dabei gefällten Urteil wurde nicht nur der Spielraum für rechtsradikale Politik im Nachkriegsdeutschland definiert, sondern es wurde auch der Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geprägt, der in der Nachfolge des SRP-Verbots dann das Verbot der KPD (ebenfalls 1951 verboten, drei Tage nach der SRP, 1956 durch den Bundesgerichtshof bestätigt) begründete. In Nachfolge des SRP-Verbotes wurde wenig später auch der Bund Nationaler Studenten (BNS) verboten, aus dessen Mitgliedern später Teile der NPD-Funktionäre rekrutiert wurden. Das Verbot der SRP wurde u.a. damit begründet, daß sie sich in ihrer Programmatik nicht von der Vorstellungswelt der NSDAP unterscheide, erhebliche personelle Kontinuität beinhalte, keine innerparteiliche Demokratie habe, etc.

Die 1964 als Sammlungsbewegung gegründete NPD stand mehrfach kurz vor einem Verbot; insbesondere ihre Schlägertruppe (der Ordner-Dienst), der mehrfach durch äußerst brutale Übergriffe bis hin zum Schußwaffengebrauch von sich reden machte, gab der Forderung nach einem Verbot der NPD Ende der 60er Jahre immer neue Nahrung. Die NPD löste, um dieser Konsequenz zu entgehen, den Ordnerdienst auf.

Mit dem Niedergang der NPD nach den Bundestagswahlen 1969 war dann die Diskussion um das Verbot scheinbar überflüssig geworden.

Im wesentlichen waren es also zwei Gründe, mit denen Verbote gegen rechts begründet wurden: Eine zu große Verwandtschaft zum historischen Nazismus (wobei zu große Verwandtschaft natürlich definiert ist durch das gesellschaftliche Kräfteverhältnis) zum einen, zum anderen die Herausbildung eigener gewalttätiger Strukturen.

Rock gegen rechts

Erst Ende der 70er Jahre, als die ersten neuen NS-Gruppierungen (Kühnens ANS etc.) auftauchten, deren Verflechtungen mit der NPD immer offensichtlicher wurden und auch die NPD selbst in Wahlkämpfen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (aber auch darüber hinaus) durch provokative Aufmärsche, unverhüllt rassistische (teilweise sogar per Urteil als volksverhetzend gekennzeichnete) Propaganda und organisierte Schlägerbanden von sich reden machte, wurde die Forderung nach einem Verbot der NPD von der demokratischen Öffentlichkeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Obwohl bis zu 100.000 Menschen für dieses Verbot auf die Straße gingen, konnte das Verbot der NPD nicht durchgesetzt werden. Zwar konnte die NPD sich damals fast nirgendwo ungestört versammeln, doch konnte sie sicher sein, daß sie jede gerichtliche Auseinandersetzung zu ihren Gunsten würde entscheiden können. "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" war diejenige Parole, die die typische Situation des antifaschistischen Kampfs Ende der 70er Jahre kennzeichnete.

Verbote von NS-Gruppen

Verboten wurde damals und in den darauffolgenden Jahren aber auch und immer mehr; den Anfang machte ein Prozeß gegen die Wehrsportgruppe Rohwer, eine Gruppe aus 5 Neonazis aus Wiking-Jugend, NPD und Kühnen-Anhängern (incl. Kühnen selbst), die im Zusammenhang mit einem Überfall auf niederländische Soldaten auf dem Nato-Übungsgelände Bergen-Hohne zu teilweise längeren Haftstrafen verurteilt wurden. Der politische Hintergrund der Gruppe, die nahezu identisch war mit Teilen der Führung der Kühnentruppe ANS, spielte im Prozeß eine untergeordnete Rolle, im Urteil kam er überhaupt nicht zur Sprache.

Verboten wurde ebenfalls die Wehrsportgruppe Hoffmann (1980), deren Mitglieder mehrere Morde verübt hatten und deren Verwicklung in das Oktoberfest-Attentat von München 1980 bis heute nicht aufgedeckt ist (immerhin war der mutmaßliche Attentäter in engem Kontakt zu WSG-Chef Hoffmann und dessen Tübinger

Ableger Heinzmann). Auch bei diesem Verbot wurde nicht die neonazistische Propaganda herangezogen, sondern die Bereitschaft der Gruppe, Gewalt auszuüben, bzw. neudeutsch: das Gewaltmonopol des Staates durch den Aufbau eigener militanter Strukturen zu durchbrechen.

Ähnliches führte auch zum Verbot der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit - VSBD/PdA (1982) unter Friedhelm Busse, einem der heute führenden Köpfe der FAP. Auch die VSBD wurde nicht wegen ihrer politischen Programmatik, sprich ihres Neonazismus verboten, sondern aufgrund mehrerer Banküberfälle und Morde. Die spektakulärste Aktion war eine Schießerei in München, als VSBD-Kader sich ihrer Festnahme durch einen Schußwechsel entziehen wollten. Busse, den sie zuvor besucht hatten, ging straffrei aus.

1983 folgte das Verbot der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aufbau (ANS/NA) unter Michael Kühnen, das ausdrücklich das Verbot der Bildung von Nachfolgeorganisationen einschloß.

Spätestens bei diesem Verbot aber entfachte sich unter bürgerlichen Kräften eine Debatte um das Opportunitätsprinzip, d.h. um die Frage, ob ein Verbot wirklich mehr nütze als schade, indem es die Anhänger radikalisiere. In der Tat wurden zwar die Gruppierungen verboten, weder aber ihre Repräsentanten vor Gericht gestellt (wenige Ausnahmen - Kühnen z.B. - ausgenommen), noch die offensichtliche Weiterexistenz der verbotenen ANS/NA unterbunden.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde nach dem Verbot der ANS/NA darauf verzichtet, die von Kühnen und Co. in aller Öffentlichkeit als Nachfolgeorganisation auserkorene Freiheitliche Arbeiterpartei FAP zu verbieten.

Seit 1983/84 können sich die offenen Neonazis in der FAP in aller Öffentlichkeit organisieren. Der noch Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre existierende Skandal, daß im Nachkriegsdeutschland sich eine Gruppierung in aller unverhüllt positiv zum Nationalsozialismus bekennen kann, war keiner mehr.

Interessant dabei ist, daß mit ganz wenigen Ausnahmen so gut wie kein Neonazi wegen nazistischer Propaganda, des Verwendens der Symbole verbotener Partien (SS-Zeichen, Hakenkreuze, SA-Uniformen etc.) oder Volksverhetzung verurteilt wurde.

Nur einmal, 1989, wurde noch einmal ein Naziverein verboten: die Nationale Sammlung (abgekürzt: NS), mit der Kühnen im hessischen Landtagswahlkampf kandidieren wollte. Als wesentliche Träger dieser Gruppe traten der ehemals aus der DDR in die BRD gekommene Nazi Sonntag sowie Werner Reisz in Erscheinung, der auch heute noch im Geschäft ist. Sonntag wurde im Mai 91 in Dresden durch Mörder aus Zuhälterkreisen erschossen, nachdem er in Darmstadt selbst Loddel im Milieu gewesen war, nach seiner Rückkehr nach Dresden dort aber mit Strafexpeditionen gegen Bordelle den Saubermann mimte. Innenminister Zimmermanns damalige Begründung: "Sie schädigt mit ihrem öffentlichen Bekenntnis zum Neonazismus das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland".

Wesentliches "Argument" für das Nicht-Verbot der FAP (die jederzeit hätte verboten werden können und die jetzt wohl schon ein Gewohnheitsrecht auf Legalität beanspruchen könnte, wie im übrigen auch die "Neue Front" in Bielefeld) war, daß die bisherigen Verbote nicht verhindert hätten, daß es einen organisierten Nazisumpf gebe. Dieser sei aber klein und bei Existenz einer nicht verbotenen Organisation besser zu kontrollieren.

Das Ergebnis dieser Politik ist deutlich: Trotz erheblicher Differenzen innerhalb der FAP und ihrer Aufspaltung in mehrere Gruppen wie Nationale Front, Nationale Alternative etc. bildet sie insbesondere in der ehemaligen DDR einen quasilegalen Rahmen für alle Nazi-Aktivitäten.

ES., Hamburg

20. VS "entdeckt" zwei kriminelle Nazibanden. Kommen nun Verbote?

Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:44

Offenbar effektiv zeitlich abgestimmt auf den Jahrestag der Reichspogromnacht am 9.11. wartete der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutzes, Werthebach, in einem Interview in der "Welt am Sonntag" vom 10.11.91 (und als Nachricht in allen zentralen Sendungen am 9.11. abends ausgestrahlt) mit nahezu "sensationellen Enthüllungen" auf. Man habe zwei "rechtsterroristische Vereinigungen" aufgespürt. Der Generalbundesanwalt habe bereits entsprechende Ermittlungen eingeleitet. Nein, so Werthebach mit Blickrichtung auf Kritiker des VS, man sei nicht auf dem rechten Auge blind; der VS sei "intensiv tätig", um solche Aktivitäten rechtzeitig aufzudecken, auch unter Einsatz aller nachrichtendienstlicher Mittel: "Wir versuchen auch, V-Leute bei den Skinheads und in die gesamte rechtsextremistische Szene einzuschleusen." Man habe nach den derzeitigen Erkenntnissen allerdings noch keine ernsthaften Hinweise für eine "zentrale Steuerung" der rechtsextremistischen Aktionen.

Verfassungsschutz gegen Nazis

Nun - ganz so sensationell wie diese Äußerung Werthebachs dargestellt wurde, ist sie in der Tat nicht, wird doch seit Wochen immer wieder darüber diskutiert, daß nun endlich entschiedener gegen Rechts vorgegangen werden müsse. Und insbesondere wird in dieser Debatte eine Ausweitung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes gefordert. Insbesondere wird nicht nur die mangelnde Ausbildung, Bezahlung und Motivation der Polizei beklagt, sondern speziell die zügige Verabschiedung der entsprechenden Gesetze in den fünf neuen Ländern eingefordert.

So beschloß schon Ende September der Innensenator Hamburgs, Hackmann, nunmehr die Skinhead-Szene durch den VS observieren zu lassen. Anfang Oktober erklärte Werthebach in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung (9.10.91), man wolle nunmehr verstärkt "Quellen (in der Skinhead-Szene) werben", nachdem die Skinheads mittlerweile "Bestandteile des Neonazismus" geworden seien. Die in allen VS-Berichten 1990 genannte Zahl von etwa 3.000 Skins, von denen etwa 250 dem neonazistischen Umfeld zuzurechnen seien, wurde in diesem Interview voll dem Neonazismus zugeschlagen. Für die ehemalige DDR geht Werthebach von ebenfalls 3.000 rechtsradikalen Skins aus. Insgesamt bezeichnet Werthebach die Zahlen, die vom gemeinsamen Landeskriminalamt in Berlin genannt wurde, für zu gering. Dort war man von 2.000 organisierten Rechtsradikalen und einem rechtsorientierten Gewaltpotential von etwa 10.000 bis 15.000 Personen ausgegangen. Auch in Schleswig-Holstein wurde von Innenminister Bull der Einsatz "nachrichtendienstlicher Mittel" gegen den harten Kern der etwa 200 Skinheads in Schleswig-Holstein angekündigt. Ähnliche Maßnahmen der Verfassungsschutzämter gibt es mittlerweile auch in Baden-Württemberg und Bayern; Nordrhein-Westfalen befand sich Mitte Oktober "in der Schlußphase der Prüfung". Aber auch hier kommt VS-Chef Baumann zu der Einschätzung, daß die etwa 1.000 NRW-Skins, von denen er 200 bis 300 als rechtsextremistisch motiviert einschätzt, zunehmend "verfestigte rechtsextremistische Gewaltbereitschaft" offenbaren. Zur Erinnerung: Als übereinstimmende Zahl aller rechtsextremistischen Skins in der alten BRD wurden in den etwa September herausgegebenen VS-Berichten übereinstimmend etwa 250 für die ganze BRD genannt, eine Zahl, die jetzt allein in NRW erreicht wird.

Eine ähnliche Ausrichtung, wie sie die VS-Ämter demonstrieren, findet auch im Bereich der Staatsanwälte statt, die z.B. in NRW vom Justizminister auf zügige Ermittlung und Ahndung vergattert wurden. Auf einer Tagung in Magdeburg verabredeten die Generalstaatsanwälte der neuen Länder ein härteres Vorgehen gegen Rechtsradikale, eine bessere Koordination mit der Polizei, sowie die Ausschreibung von Belohnungen zur Ermittlung von rechten Straftätern. In Schleswig-Holstein wurde ein Sonderdezernat zur Verfolgung ausländerfeindlicher Gewalttaten eingerichtet. Auch das Bundeskriminalamt fordert ein "Frühwarnsystem" gegen "rechtsextremistische Gewalttäter" usw. usf.

Insbesondere in der Diskussion ist dabei eine Verschärfung des Tatbestands des Landfriedensbruchs sowie eine Ausweitung der Gründe für Untersuchungshaft auf Wiederholungsgefahr, d.h. daß ein rechtsradikaler Schläger bei der zweiten Körperverletzung in U-Haft genommen werden kann und soll, wenn eine Haftstrafe in einem Verfahren anzunehmen ist.

Ergänzt werden soll dieses Programm der Härte gegen Rechts durch flankierende Maßnahmen, mit denen "Rädelsführer isoliert" werden sollen.

Wer sind die Täter ?

In den verschiedenen Erklärungsansätzen für die Welle rassistischer Gewalt spielen unterschiedliche Theorien über die Täter eine wichtige Rolle. Eine genaue Aufstellunge, aus welchem sozialen und politischen Umfeld die Täter wirklich kommen, steht bis jetzt aber noch aus.

Mittlerweile sind eine ganze Reihe von Tätern erwischt worden. Zumindest für die Attentäter von Hünxe ist bekannt, daß sie Kontakte zur FAP gehabt haben. Auch die Täter von Zittau (Sachsen), die eine Kindergruppe aus Tschernobyl überfallen hatten (Himmelfahrt 1991) und dabei mindestens eine Person schwer verletzt hatten, gehörten zum rechtsradikalen Umfeld, diesmal der REPs. Sie wurden zu bis zu 15 Monaten ohne Bewährung wegen schwerem Landfriedensbruch, Volksverhetzung und des Tragens verfassungsfeindlicher Symbole verurteilt.

In Sachen Jorge Gomondai, der im April 91 in Dresden in der Straßenbahn ermordet worden war, wird eine Anklage gegen drei Beteiligte vorbereitet; der Umfang der Anklage ist aber noch unklar, da der Tathergang nicht völlig geklärt werden könne - vielleicht sei Gomondai selbst aus der Straßenbahn gesprungen ...

Allein im Regierungsbezirk Dresden liefen bis Mitte Oktober 56 Ermittlungsverfahren gegen 138 Rechtsradikale. Die ersten 12 Anklagen gegen Neonazis in Hoyerswerda sind erhoben worden. Etwa 30 weitere Anklagen sind noch in Vorbereitung.

In München wurde eine organisierte Gruppe von sechs Skins festgenommen, die aus der ehemaligen DDR gekommen waren. Gegen sie laufen Ermittlungen wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (darunter fällt die Verbreitung der Auschwitz-Lüge). Die sechs klebten Plakate des Deutsch-Kanadiers Ernst Zündel ("Wir suchen Kämpfer") und waren auf dem Weg zu einem 25jährigen Münchner Neonazi mit Büro in der Herzog-Heinrich-Straße, der sich als Nachfolger Kühnens sieht und gegen den selbst Ermittlungsverfahren wegen der "Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" (d.h. Nazi-Propaganda) läuft.

In Lübeck sind acht Skins wegen schwerem Landfriedensbruch und Sachbeschädigung angeklagt, die am 28. September ein Flüchtlingsheim in Haffkrug (Ostsee) angegriffen hatten.

In Kiel wurden sechs Skins beim Angriff auf ein Heim festgenommen (3.11.91).

In Sachsen wurden bei einer Razzia der Sonderkommission "Rex" am 17.10.91 (Rechtsextremismus) in 42 Wohnungen umfangreiche Waffenarsenale und neonazistisches Propagandamaterial beschlagnahmt worden. Gegen einige der Nazis sollte Haftbefehl beantragt werden. Die Gruppe wird u.a. beschuldigt, ausländische Händler bedroht, ihre Verkaufsstände zerstört sowie Bargeld gestohlen zu haben. Offen wird mittlerweile davon gesprochen, daß Nazis auf Wochenmärkten und bei vietnamesischen Zigarettenhändlern "Schutzgelder" erpressen. Speziell in diesem Fall handelt es sich um eine fest organisierte Gruppe.

Ebenfalls am 10.11. wurden in Greifswald 26 rechtsradikale Jugendliche festgenommen, die ein von 10 Jugendlichen bewohntes Haus angriffen.

Auch wenn zur Zeit noch nur wenig über die tatsächlichen Täter bekannt ist, handelt es sich bei ihnen überwiegend nicht um den spontan ausrastenden Rassisten, sondern um Leute, die oft schon lange in eindeutig rechsradikalem Umfeld tätig waren.

Die jetzt anstehenden Prozesse könnten dazu einiges an Erkenntnissen über die organisierenden Strukturen für die rassistischen und nazistischen Überfälle und Mordanschläge bringen.

Kriminelle Vereinigungen

Leider wird Werthebach in seinem Interview nicht deutlicher, welche zwei kriminellen Banden er meint, gegen die ermittelt würde. Ganz aktuell ist sein Hinweis auch nicht, denn die sächsische Razzia war ja schon 3 Wochen her. Und ebenfalls Mitte Oktober wurde bekannt, daß die Bundesanwaltschaft gegen zwei rechtsradikale Gruppen ermittle. Dabei handele es sich in einem Falle um mehrere Personen in Leipzig, "die für Übergriffe auf Flüchtlings- und Ausländerwohnheime Schießübungen planten, vorbereiteten und

durchführten" (FR, 12.10.91), sowie eine Gruppe, die verdächtigt wird, einen Anschlag auf einen Staatsschutzbeamten vorbereitet zu haben. Ob es sich dabei um die Gruppen handelt, die als Ableger des "Ku-Klux-Klan" ihr Unwesen treiben und die ebenfalls in Verbindung mit zentralen Ermittlungen gebracht werden, ist allerdings unklar. Diese Ku-Klux-Klan- Gruppen waren im hessischen Herford (April 91) und im brandenburgischen Königs Wusterhausen (September 91) bei Treffen aufgefallen. In Herford sollen bei einer Hitlergeburtstagsfeier dabei über 200 Skins anwesend gewesen sein. Weitere Gruppen des KKK soll es im Rhein- Mein-Gebiet, Bayern, Berlin und Brandenburg geben.

Unklar ist auch, ob die Bundesanwaltschaft sich für die Ermittlungen für zuständig erklären wird, ist sie doch nur bei einer "terroristischen Vereinigung" nach 129a zuständig, nicht bei einer "kriminellen Vereinigung". Gegen eine Gruppe von Tierschützern hat sie in der Vergangenheit zwar die Ermittlungen schon mal an sich gezogen, aber ob sie sich gegen Rechts dazu wird durchringen können, scheint mehr als fraglich.

Und in der Tat scheint fraglich, ob das Konstrukt der kriminellen und terroristischen Vereinigung überhaupt in der Verfolgung rechtsradikaler Umtriebe tauglich ist. Ein Blick auf die Vergangenheit der Verfolgung von Neonazis zeigt, daß in keinem Verfahren der politische Zusammenhang der Täter zur kriminellen Vereinigung erklärt wurde, sondern jeweils die konkreten Täter flugs entweder zu Einzeltätern erklärt wurden, oder - wenn es denn gar nicht zu vermeiden war - lediglich die unmittelbar Tatbeteiligten zu einer kriminellen Bande erklärt wurden, wobei dann die jeweilige Nazigruppe als solche aus der juristischen Verantwortung entlassen wurde.

Das letzte Beispiel für dieses Vorgehens stellt u.a. der FAP-Landesverband in Niedersachsen dar. Nachdem einer der Zöglinge des FAP-Vorsitzenden Polacek in der Silvesternacht 90/91 einen Bundeswehrsoldaten ermordet hatte, wurde anfangs die FAP selbst ins Blickfeld genommen. Mittlerweile ist der zweite Tatbeteiligte wieder auf freiem Fuß und nur gegen den unmittelbaren Täter wird der Prozeß vorbereitet. Ziehvater Polacek, selbst ursprünglich wegen Mordversuch angeklagt (er ging mit einer Axt auf AntifaschistInnen los), wurde verurteilt und des Landes verwiesen (er ist Österreicher). Eine Auflösung seines Anwesens, das selbst nach eigenem Bekenntnis zur Herausbildung militanter Nazikader diente, wurde in Niedersachsen nie in Erwägung gezogen.

Organisierte Nazi-Gruppen bleiben unbehelligt ?

Alle die markigen Ankündigungen bleiben sichtbar folgenlos in Bezug auf die organisierten Nazigruppen. Obwohl wohl mittlerweile nahezu alle ihre Mitglieder mehrfach festgenommen worden sind und jederzeit wegen Wiederholungsgefahr aus dem Verkehr gezogen werden könnten, bleiben sie auf freiem Fuß und ihre Gruppierungen unbehelligt. Dies trifft u.a. auf die "Hallesche Deutsche Jugend" zu, die seit Monaten mehrere Häuser in Halle besetzt hält und zu befestigten Zentren ausgebaut hat. Als ein Sonderkommando nach einem Brandanschlag in Halle die Häuser durchsuchte, wurden Waffen aus den Beständen der Roten Armee gefunden. Nahezu jedes Wochenende reisen bis zu 100 Nazis an, von denen ein Teil im polierten Westauto so gar nicht in das Bild der orientierungslosen Jugend paßt. Ein großer Teil der Halle'schen Anschläge, Überfälle auf Ausländer und ausländische Restaurants bucht die Polizei auf das Konto der Häuser in der Kammstraße.

Trotz alledem meinte noch Ende Oktober der sozialdemokratische Dezernent für Jugend und Soziales in Halle: "Es gibt noch keine Anzeichen für organisierten Rechtsradikalismus" (Berliner Zeitung, 22.10.91) und verhinderte (!) eine für Ende September geplante Räumung. Inzwischen wird vermutet, daß die HDJ, wie sich der Haufen nennt, engste Kontakte zur Nationalistischen Front unterhält, einer wesentlich in Bielefeld beheimateten NS-Gruppe, die sich zunehmend nach Ostdeutschland orientiert.

Eben dieses Nazizentrum wurde zum gemeinsamen Ziel einer von der NPD angemeldeten, von allen Nazigruppen aber unterstützten Demonstration ausgerechnet am 9.11. Nach Presseberichten demonstrierten etwa 400 Neonazis, geschützt von etwa 2.000 Polizeibeamten, durch Halle, während etwa 2.000 Antifaschisten ihren Protest kund taten. Auf Nazi-Seite war neben NPD u.a. vertreten: die FAP, die am Morgen des 9.11. in Leipzig ihre Kundgebung nicht durchführen durfte und nach Halle weitergefahren war; die Nationale Liste aus Hamburg unter Christian Worch, die in ihrem Mobilisierungsschreiben ausdrücklich darauf hinwies, daß die Kameraden von der NPD diese Demonstration als "offen für das ganze rechte Spektrum" erklärt hätten; die Deutsche Alternative, d.h. der Kühnen-Flügel der NS-Bewegung in der ehemaligen DDR, usw. Bei Personenkontrollen, die die Polizei vornahm, wurden umfangreiche Waffen wie Baseballschläger, Wurfsterne etc. eingesammelt.

An ein Verbot des Nazi-Aufmarsches dachte offensichtlich niemand und bei den Auseinandersetzungen, die der Provokation folgten, hielten sich Presseberichten zufolge die Polizeikräfte an strikte Parität: Die etwa 240 Festnahmen verteilten sich nahezu gleichmäßig auf Nazis und Gegendemonstranten.

Tatsächlich ist bei allen in der Öffentlichkeit vorgebrachten Überlegungen, nunmehr repressiv gegen rassistische und nazistische Straftäter vorzugehen, bislang nichts zu hören von Überlegungen, die organisierenden und propagandistischen Zentren rechtsaußen ins Blickfeld zu nehmen. Weder die Gruppen, die aus der noch von Kühnen gegründeten Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front hervorgegangen sind (inclusive einer sich offen Kaderorganisation SA nennenden Aktion, noch die schon erwähnte Deutsche Alternative mit Gruppen in Dresden, Cottbus, Berlin und Rostock, noch die FAP, noch Nationale Offensive (aus der FAP hervorgegangen), noch Nationalistische Front, geschweige denn die Republikaner sind bislang von den Behörden behelligt worden. Auf dem bayerischen Landesparteitag bot Schönhuber seine Partei lautstark den Naziskins als politische Heimat an: "Diese jungen deutschen Menschen darf man nicht kriminalisieren, man muß mit ihnen reden, reden, reden." Und - in gewollter Anspielung auf seine SS-Vergangenheit, der er sich bekanntermaßen ständig rühmt - :"Auch ich war einmal sehr jung und sehr heißblütig". Aber mit Rechtsextremismus habe das nichts zu tun, und - wer die REPs so bezeichne, werde in Zukunft angezeigt.

ES, Hamburg

21. Geringfügige Anklage und milde Urteile. Rassistischer Terror gegen Flüchtlinge bleibt ungestraft

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:41

Nach der Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) hat es seit dem 1. Januar 1991 in der Bundesrepublik 1331 Straftaten gegen AusländerInnen und AsylbewerberIn- nen gegeben, davon 255 Brandanschläge gegen Ausländerwohnheime und Asylunterkünfte und 130 Angriffe gegen Menschen.(1) Zur Zeit sind 432 Verfahren mit rechtsextremistischem oder ausländerfeindlichem Hintergrund anhängig. In drei Fällen handelt es sich um versuchten Mord oder versuchten Totschlag. Desweiteren werden als Straftaten genannt: gemeinschaftlicher schwerer Raub, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Brandstiftung, Volksverhetzung, Bedrohung und Landfriedensbruch.(2)

Die Aufzählung des BKA verharmlost schon durch die Wortwahl: Brandanschläge auf Wohnunterkünfte sind auch immer Angriffe auf Leben und Gesundheit der Menschen, die da wohnen. Die Verharmlosung findet ihre Fortsetzung in den aufgezählten Straf-tatbeständen. Nicht nur die Brandanschläge auf Wohnheime sind versuchter Mord, auch die Überfalle auf die Wohnheime sind es, mindestens jedoch sind sie versuchter Totschlag, wenn man die dabei mitgeführten Waffen und waffenähnlichen Gegenstände betrachtet. Oft wird nach den Tätern nur sehr halbherzig gefahndet. Wenn es zu Festnahmen kommt, werden die meisten wieder freigelassen.

Wenig Ermittlungen und Verfahren

In Hoyerswerda ermittelt die Staatsanwaltschaft Dresden gegen 46 Beschuldigte. Drei der Täter, die als Rädelsführer bezeichnet werden, befinden sich in Haft. Die Ermittlungsverfahren werden alle wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen geführt. Ob auch wegen Volksverhetzung angeklagt wird, wird noch geprüft.(3) Gegen 19 Täter ist inzwischen Anklage erhoben worden. Ein weiterer Täter wurde im Zusammenhang mit den Ermittlungen inhaftiert.(9) Vierzehn Ermittlungsverfahren wurden inzwischen eingestellt.(11)

In Hamburg wurde eine Gruppe von Skinheads, die mehrfach an einem Flüchtlingswohnheim vorbeigefahren ist, überprüft. Holzknüppel, eine Gaspistole und ein Schlagring wurden dabei sichergestellt. Gegen den Besitzer des Schlagrings wird wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz ermittelt.(4)

Gegen die drei für die FAP tätigen Skinheads, die den Brandanschlag in Hünxe verübt haben, bei dem zwei Kinder lebensgefährliche Verbrennungen erlitten haben, wird wegen zweifachen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung ermittelt. Gegen die Täter ist Haftbefehl erlassen worden.(5)

Im Regierungsbezirk Dresden laufen z.Z. 56 Strafverfahren wegen rechtsextremistischer Taten. Von den 136 bekannten Tätern sitzen 17 in U-Haft.(6) Unklar bleibt, inwieweit der Personenkreis mit dem identisch ist, gegen den wegen Hoyerswerda ermittelt wird.

Im Mordfall Jorge Gomondai wurde der Hauptverdächtige gegen Kaution freigelassen. Der Mosambikaner war am Ostersonntag in Dresden von Rechtsradikalen aus einer fahrenden Straßenbahn geworfen worden.(6) Wegen Brandanschlägen gegen osthessische Flüchtlingsheime wurden in Fulda zwei 19jährige festgenommen.(7)

Haftbefehl wegen schweren Raubes ist gegen vier Rechtsradikale in Chemnitz erlassen worden. Sie hatten einen Verkaufsstand ausländischer Händler überfallen und ausgeraubt.(7)

In Reinbek sind zwei Männer nach einem Angriff auf ein Flüchtlingswohnheim festgenommen worden.(7)

Fünf Skinheads, die in Trier zwei Männer niedergeschlagen haben, die sich schützend vor zwei Farbige gestellt hatten, sind festgenommen worden und sollen dem Haftrichter vorgeführt werden.(8)

Zwei Männer, die in Hochheim zwei Italiener zusammengeschlagen haben, sind in Untersuchungshaft genommen worden.(1)

In Bremen wurden drei Männer wegen eines Anschlages auf ein Flüchtlingsheim in Haft genommen.(9)

In Lübeck müssen sich acht Skinheads wegen schwerem Landfriedensbruch und Sachbeschädigung vor Gericht verantworten. Sie hatten ein Flüchtlingsheim in Haffkrug angegriffen.(10)

Die beiden Männer, die in Hamburg-Wandsbek einen Brandanschlag auf ein Wohnheim verübt haben und in Untersuchungshaft sitzen, werden wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes in fünf Fällen angeklagt.(11) In dem Haus, in dem sie das Feuer legten, leben 200 Menschen.

In Zittau standen acht rechtsradikale Skinheads vor Gericht. Sie hatten am 10. Mai ein Ferienheim überfallen, in dem Kinder aus Tschernobyl untergebracht waren. Ein Betreuer wurde schwer verletzt. Drei der Angeklagten sind Mitglieder der Republikaner. Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch, Volksverhetzung und Verwendung nationalsozialistischer Symbole. Einem der Angeklagten wurde zusätzlich fahrlässige Körperverletzung vorgeworfen. Der Staatsanwalt forderte Strafen bis zu zwei Jahren und drei Monaten.(12) Die Verurteilung erfolgte wegen Landfriedensbruchs im schweren Fall in Tateinheit mit Körperverletzung und Volksverhetzung. Zwei der Angeklagten wurden wegen schwerer Körperverletzung verurteilt. Die Haftstrafen von maximal 15 Monaten sind teilweise zur Bewährung ausgesetzt.

In Metternich kamen drei Männer, die ein Flüchtlingswohnheim angegriffen haben, mit Geldstrafen (eineinhalb Monatsgehälter) wegen Landfriedensbruchs davon.(13)

Wegen eines Anschlages auf ein Flüchtlingsheim in Bentheim sind fünf Männer zunächst festgenommen und nach Rücksprache mit dem ermittelndem Staatsanwalt bis zum Prozeß wieder freigelassen worden.

Kein Verfolgungsinteresse?

Erschreckend angesichts der Vielzahl und Brutalität der rassistischen Anschläge ist die mangelnde Aktivität der Ermittlungsbehörden. In vielen Fällen werden die Ermittlungsverfahren schlampig oder gar nicht durchgeführt. Flüchtlinge berichten, daß sie bei der Polizei auf Ablehnung stoßen oder ihre Anzeige nur unwillig aufgenommen wird. Die Betroffenen werden nicht ernst genommen, wenn sie die Polizei rufen, weil sie sich bedroht fühlen, die notwendigen Ermittlungen vor Ort nach einem Überfall werden oft gar nicht erst vorgenommen. So konnten die Täter von Zittau nach dem Überfall den Tatort unbehelligt verlassen, nicht einmal ihre Personalien wurden aufgenommen. Erst Tage später wurde der Vorfall an die Staatsanwaltschaft weiter gegeben.

Im Zittauer Verfahren wurde vom Vorsitzenden Richter betont, daß das Urteil eine "generalpräventive Wirkung" haben solle. Gleichzeitig erklärte er, dieses sei kein politischer Prozeß. Vielleicht darf die Verteidigung deshalb von einer "entarteten Männertagsfeier" sprechen, wenn sie den Überfall auf die Kinder meint. Die Mitgliedschaft bei den Republikanern von drei der Angeklagten wird aus dem Verfahren herausgelassen. Statt dessen bescheinigt man einem Angeklagten eine "Minderbegabung an der Grenze zur Debilität". Das Urteil liegt unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Das höchste Strafmaß ist 15 Monate, einige Strafen werden zur Bewährung ausgesetzt.

Das in der Öffentlichkeit wenig bekannten Verfahren in Metternich, das jetzt das Verfahren mit der "generalpräventiven Wirkung" für die folgenden Verfahren gewesen sein soll, wirkt mehr wie ein Freibrief für Rassismus denn als deutliches Beispiel dafür, daß Überfälle auf AusländerInnen nicht geduldet werden.

ga.

Anmerkungen:

1) nach Frankfurter Rundschau (FR) 25.10.91

2) nach Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.10.91

3) nach Süddeutsche Zeitung 2.10.91

4) nach Hamburger Abendblatt (HA) 8.10.91

5) nach TAZ 8.10.91

6) nach TAZ 12.10.91

7) nach FR 19.10.91

8) nach TAZ 23.10.91

9) nach HA 26.10.91

10) nach FR 26.10.91

11) nach TAZ 6.11.91

12) nach FR 7.11.91

13) nach Taz 9.11.91

14) nach Taz 12.11.91

15) nach FR 13.11.91

22. Antifaschistischer Ratschlag in Dresden. Versuche einer Ost-West-Annäherung in der Antifa-Arbeit

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:23

"Für die Nazis ist es ein Krieg, der mit menschenverachtender Gewalt geführt wird, um erneut zur Macht zu gelangen. Wir wissen, daß die Faschisten keine Lösungen für die drängenden Probleme der Menschen haben. Nach ihrer letzten Herrschaft lag Europa in Trümmern ..."(1)

Der erste antifaschistische Ratschlag, auf dem AktivistInnen antifaschistischer Gruppen aus Ost- und West Erfahrungen und Informationen austauschten, fand vom 1.-3. 11. in Dresden statt. Menschen aus annähernd 75 Gruppen und Organisationen mit völlig unterschiedlicher Organisierung und politischer Alltagsarbeit aus Rostock, Berlin, Bochum, Leipzig, Weimar, Aschaffenburg, Frankfurt, Hamburg, Dresden, Nürnberg diskutierten antifaschistischen Selbstschutz, die Durchdringung breitester gesellschaftlicher Gruppierungen mit neurechter Ideologie, Zusammenarbeit antifaschistischer und antirassistischer Initiativen, über das Schlußkommunique der Ministerkonferenz "über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa" und vieles mehr.

Es blieb nicht aus, daß einzelne West-Gruppierungen versuchten, den Ratschlag zur Rekrutierung neuer Leute und zur "Profilierung" als einzig wahre AntifaschistInnen zu instrumentalisieren. Die SAG, die im Sommer dieses Jahres mit ihrem Vorstoß einer zentralen Demonstration in Dresden auf einem bundesweiten Treffen sich eine eindeutige Absage aller anwesenden Antifa-Gruppen eingeholt hatte, versäumte es nicht, mit radikalen Schaufensterreden die Ansätze einer Ost-West-Annäherung - die Betonung liegt auf Annäherung - mit ihrem "

HauRuck-wir-wissen-es-besser-Vorgehen" zu ersticken. "Es fehlen uns die entscheidenden Tausend, die den Stein ins Rollen bringen können. Aber diese Tausend stehen unter Führung von VL, Bündnis 90, PDS, unabhängigen und autonomen Antifas oder der Kirche - und warten. ... Es ist das A und O der Einheitsfrontpolitik, Führungen relevanter Organisationen, die für uns erreichbar sind, auch gegen ihren Willen in die Aktion hineinzubringen." (2)

Mit dieser Haltung, zitiert aus einem internen Papier der SAG, in dem sich einige SAGlerInnen "kritisch" mit ihrer Führung auseinandersetzen, mobilisierten sie aus ihren Gruppen in mehreren Städten nach Dresden, wo sie sehr zum Frust der noch anwesenden Leute aus Ost und West das Abschlußplenum am Sonntag dominierten.

Überhaupt zeigte sich auch schon auf der Veranstaltung am Freitagabend, daß Gruppen wie SAG und Linkswende, statt einer Diskussion, allein die Verbreitung von Parolen und "Einheitsfrontpolitik" üben wollten. Aus gutem Grunde hatten die Berliner und Dresdener Vorbereitungsgruppen für den Ratschlag diskutiert, keinerlei Resolutionen, Erklärungen oder andere Beschlußfassungen in die Versammlung einzubringen, sondern Platz und Raum für dringend notwendige Debatten und Möglichkeiten des Kennenlernens schaffen zu wollen. Ärgerlich nur, daß in den Plenen so wenig davon rüber kam.

Bedürfnis nach Infos und Erfahrungsaustausch

In den Arbeitsgruppen und in den vorbereiteten Beiträgen für die Veranstaltung am Freitagabend und das Eröffnungsplenum am Samstag dominierte dann aber stärker das Bedürfnis nach Information und Diskussion über die unterschiedlichen Ansätze antifaschistischer Praxis: Sozialarbeit gegen Neofaschismus, Selbstschutz oder Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei, aktueller Stand in der Asylrechtsdebatte, konkrete Probleme in den Flüchtlings-Initiativen, wenn z. B. von Abschiebungen bedrohte Menschen versteckt werden müssen, der alltägliche und doch fast aussichtslose Kampf um einen gesicherten Aufenthaltsstatus.

Ebenso standen zur Debatte die Erfahrungen mit dem staatlich verordneten Antifaschismus in der DDR, Berichte über faschistische Organisierung in der DDR zu Beginn der 80er Jahre und die Überwachung und Behinderung autonomer antifaschistischer Arbeit durch die Stasi, weiterhin die fortschreitende Organisierung neofaschistischer Kräfte nach dem Fall der Mauer (Kühnens Arbeitsplan Ost), einer eigenen Frauen-Antifa-Organisierung, Erfahrungen mit Zeitungen, Infoläden und regionalen Bündnissen.

Es darf wohl ein wenig verwundern, welch gemischtes Spektrum da in Dresden zusammengekommen ist. Alte antifaschistische KämpferInnen, die die "gemeinsamen Anstrengungen aller Demokraten" erreichen wollen und absolute Gewaltfreiheit zum obersten Gebot für sich erklärten, sehr viele Hochschul-Antifa-Gruppen, PDS, das in Dresden neugegründete Friedensforum, einzelne Personen aus VL, Demokratie Jetzt, vom Flüchtlingsrat Berlin, der Roma-UnterstützerInnengruppe aus Bochum, autonome Antifas aus Hamburg, Nürnberg, Frankfurt, Berlin (Ost und West), einzelne GewerkschafterInnen bis hin zur Dresdener Ausländerbeauftragten. Diese hatte nach der Filmvorführung über die NSDAP/AO-Connection in der BRD und die Arbeitsweise der FAP Mühe, ihre Vorstellungen von der Einbeziehung jugendlicher Neonazis in die Begrünung von Trabantenstädten à la Dresden-Gorbitz (einer der Fascho-Hochburgen in Dresden) als Erfolg zu verkaufen.

Die Beteiligung aus der ehemaligen DDR wurde von den Vorbereitungsgruppen als gering bewertet, dafür beschloß die AG Vernetzung, für den südlichen Teil (Dresden, Leipzig, Weimar, Halle, ...) ein regionales Antifa-Treffen vorzubereiten, Adressen und Informationen stärker auszutauschen.

Schwierigkeiten der Praxis

Für einiges Hin und Her - auch wegen der unterschiedlichen Zusammensetzung auf diesem Ratschlag - sorgten die zwei Überfälle auf das Kulturzentrum "Scheune" in der Dresdener Neustadt. Nach dem ersten Überfall entbrannte eine scharfe pro und contra Debatte über eine Protestdemo, und bei dem zweiten Überfall verrammelten Mitarbeiter der "Scheune" die Tür, so daß einige Antifas drinnen eingesperrt waren, während einige wenige draußen die geballte Aggression der etwa 30 Faschos abbekamen: zwei Verletzte und eingeschlagene Scheiben an einem Bus von Frankfurter Antifas.

Als Teilnehmende an der Vorbereitung bin ich versucht, zu sagen, daß dieses Hick-Hack auch unsere Schuld war, genauso wie wir der SAG zu wenig entgegengetreten sind. Aber dummerweise weiß ich auch, wie schwierig der Prozeß der Vorbereitung gewesen ist, da sich bis zum Schluß erstens unterschiedliche Konzepte gegenübergestanden haben, nämlich einmal der Erfahrungsaustausch innerhalb aktiver Antifa-Zusammenhänge und zum Anderen dem Einbeziehen einer möglichst großen und breiten Öffentlichkeit, und zweitens, aus unterschiedlichen Gruppen kommend, wir uns z. T. auch erst kennenlernen mußten. Dabei wurden inhaltliche Debatten mit dem Hinweis, auf dem Ratschlag zu diskutieren, oft außen vor gelassen.

Nichtsdestotrotz können die positiven Seiten des Ratschlags ein erster Schritt für eine weitere Zusammenarbeit sein. In der Berliner Vorbereitungsgruppe wurde nach dem Ratschlag diskutiert, einen Reader mit den Einleitungsbeiträgen aus den AGs und weiterem Informationsmaterial zusammenzustellen.

Kim, Berlin

Anmerkungen

1) aus dem Beitrag der Berliner Vorbereitungsgruppe auf dem Abschlußplenum

2) aus "Für eine kämpferische Aktionseinheit gegen Neonazis in Ostdeutschland", Papier der SAG

23. Faschistenaufmarsch am 9.11. Kopfloses Haudrauf. Anmerkungen zu Halle

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:34

Was bis zur Wiedervereinigung von BRD-Justizbehörden aus Sorge um das deutsche "Ansehen" im Ausland zweifellos verboten worden wäre und zum Protest zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen geführt hätte - was bis vor zwei Jahren von der Mehrheit dieser Gesellschaft noch für unvorstellbar gehalten worden wäre - am 53. Jahrestag der Reichspogromnacht, zwei Jahre nach der Wiedervereinigung, fand es statt:

In der ehemaligen DDR-Stadt Halle (350.000 EinwohnerInnen) führten mit Genehmigung deutscher Behörden Nazis ungestört und medienwirksam eine Demonstration durch. Die hallesche Justizbehörde hatte den ursprünglich von der Polizei verbotenen Faschistenaufmarsch genehmigt, und folgte damit der Klage des NPD-Landesverbandes Thüringen. Dessen Vorsitzender, Thomas Dienel, (ehemals mittlerer FDJ- und "Nationale Front"-Funktionär) hatte die Veranstaltung in taktischer Zurückhaltung als "Gedenken an den Tag des Mauerfalls und die friedliche Revolution in Mitteldeutschland" angemeldet.

Der Nazi-Aufmarsch

Zu den etwa 400 sattsam bekannte Parolen grölenden Nazis -über zwei Stunden lang waren sie unter Polizeischutz durch Halle gezogen - gesellten sich gegen Abend noch 200 FAP-Anhänger, die aus Leipzig angereist waren. (1) Die Polizei hatte dort einen von der Stadt untersagten Fackelzug aufgelöst.

Der bundesweit bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch hatte den Aufmarsch in Halle bereits im Vorfeld mit den faschistischen Demonstrationen von Dresden (15. Juni 91) und Bayreuth (17. August 91) auf eine Stufe gestellt, zu denen jeweils über 2.000 Nazis angereist waren. Diese "Qualität", die am 9. November hinsichtlich der Teilnehmerzahlen nicht eingehalten werden konnte, schlug sich allerdings in der Anwesenheit prominenter Faschoführer nieder: neben Worch selbst (NL Hamburg) auch Gottfried Küssel (VAPO Österreich), Heinz Reisz (FAP/NS Langen), Friedhelm Busse (FAP-Bundesvorsitzender), Ewald Althans (AVÖ München/FAP) sowie überraschenderweise der Hitler-Apologet David Irving aus England.

X-mal wurde der "Hitler-Gruß" gezeigt, ohne daß die Polizei eingriff, und - Schwerpunkt war der Bezug auf 1938 - wiederholt war die Rede vom "sogenannten Synagogenbrand". Nach Beendigung der Kundgebung zog sich die Führerriege zur Pressekonferenz in ein von Nazis zur Festung ausgebautes Haus in der Kammstraße zurück (2) (Eigentümer des Hauses ist der Magistrat von Halle). Kamerateams aus Japan, Frankreich, England und den USA durften dort filmen und Fragen stellen.

Die antifaschistische Gegendemonstration

Innerhalb kürzester Zeit hatten AntifaschistInnen aus Halle (autonome Antifa-Aktion, VL und PDS) in Zusammenarbeit mit westdeutschen Antifas eine Gegendemonstration für denselben Tag organisiert. Etwa 2.000 Menschen, vorwiegend aus dem HausbesetzerInnenumfeld der neuen Bundesländer, folgten einem schwarz-roten Transparent, worauf - gar nichts zu lesen stand. Dies erwies sich leider als symptomatisch für den weiteren Verlauf der Demonstration. Auch die wenigen PDSlerInnen und Bürgerbewegten am Ende des Zugs hatten außer einzelnen Kerzen und einer Parteifahne inhaltlich nicht mehr zu bieten. Außer einem Redebeitrag zum 9. November 1938 und einem weiteren zur Person des Nazi-Anmelders Dienel von der Vorbereitungsgruppe aus Halle bestimmten platte Parolen wie "Nieder mit der Nazi-Pest in Ost und West" oder gar "Wir haben Euch was mitgebracht: Haß, Haß, Haß!" die Message. Antirassismus oder auch die aktuelle Pogromstimmung gegen Flüchtlinge hierzulande waren kein Thema. Diesbezügliche Parolen aus dem Lautsprecherwagen wurden nicht einmal aufgegriffen.

Insgesamt war die Stimmung nicht die einer dem Anlaß - Jahrestag der Pogrome und Naziaufmarsch in derselben Stadt - gemäßen antifaschistischen politischen Demonstration, sondern entsprach eher einer männlich dominierten, alkoholseligen und kraftprotzenden Haudrauf-Kultur. Auch im Detail kam die antifaschistische Misere zum Ausdruck, als ein Demonstrant die Information aus dem Lautsprecherwagen, Thomas Dienel sei u.a. auch Vorsitzender der "Deutschen Sex Liga" gewesen, mit dem nicht zu überhörenden Ausruf "schwule Sau" kommentierte, was keinesfalls auf Empörung stieß.

Die Abschlußkundgebung am Marktplatz verlief entgegen allen Erwartungen ohne Zwischenfälle. Nicht zuletzt deshalb, weil auf der gegenüberliegenden Seite der Marktkirche nicht plangemäß die Faschisten ihre Kundgebung abhielten, sondern stattdessen ca. 200 PazifistInnen und GewerkschafterInnen sich "gegen Gewalt" aussprachen.

Anschließend zog das Gros der DemonstrantInnen zur Jüdischen Gemeinde in Halle, die um 16.30 Uhr auf dem angrenzenden Friedhof eine Gedenkstunde zur Reichspogromnacht angekündigt hatte. Aus FAP-Kreisen war dazu aufgerufen worden, diese Veranstaltung zu stören, so daß ein antifaschistischer Schutzgürtel rund um den Friedhof sinnvoll erschien. Daß nach einiger Zeit unmittelbar neben dem Jüdischen Friedhof ein Baucontainer in Brand gesteckt wurde (am Jahrestag der Synagogenbrände) war ein weiteres Paradebeispiel für die Geschichtslosigkeit mancher "Antifas". Bezeichnenderweise waren es ausschließlich Frauen, die aus umliegenden Häusern Wasser holten, um das Feuer zu löschen. Zumindest kam es an diesem Ort zu keinen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die ebenfalls zum Schutz der jüdischen Einrichtungen anwesend war. Noch während der Kranzniederlegung auf dem Friedhof verbreitete sich die Nachricht, daß sich die Faschisten dorthin bewegten. Statt zu überlegen, wie der Schutz der Gedenkenden in dieser Situation am besten gewährleistet werden könne, zogen die Allermeisten laut johlend und nicht gerade nüchtern den Nazis entgegen. Unmittelbar danach stürzten sich, Augenzeugenberichten zufolge, etwa 150 Antifas auf einen Skinhead in der Straßenbahn, "zermatschten" diesem das Gesicht und brachen anschließend in Siegesgeschrei aus. Daß faschistischer Straßenterror nicht durch Appelle an Vernunft und Gewaltlosigkeit beendet werden kann und deshalb ernstgemeinter Antifaschismus notwendig auch militantes Vorgehen beinhaltet, ist eine Sache. Eine andere Sache und zum Teil erschreckend ist das völlig unreflektierte Draufschlagen als Selbstzweck unter dem Motto "Nur ein toter Fascho ist ein guter Fascho".

Der taktische Erfolg der Polizei

"Daß es am Sonnabend schließlich doch nicht so schlimm kam wie befürchtet, lag (...)" an der "bemerkenswert professionellen Arbeit" der Polizei, so der Berliner Tagesspiegel. In der Tat ging nach allen bisherigen Informationen die Rechnung der Polizei am 9. November in Halle auf. Alle fünf Zufahrtsstraßen nach Halle waren durch Vorkontrollen abgeriegelt; alle Autos mit mehr als einer InsassIn und ortsfremdem Kennzeichen wurden durchsucht. So konnten bereits im Vorfeld alle DemoteilnehmerInnen - ganz egal ob Nazi oder Antifa - abgefilmt werden, teilweise wurden auch Personalien festgestellt und waffenähnliche Gegenstände beschlagnahmt. Die Absicht der Polizei, einen Zusammenstoß der beiden Demonstrationen durch massive Präsenz (angeblich 1.600 Bullen plus schweres Gerät vom BGS) und durch die räumliche Trennung der beiden Routen zu verhindern, wurde bis nach Einbruch der Dunkelheit durchgesetzt. Auch der anschließende Zusammenprall zwischen Antifas und Faschisten muß den Intentionen der Staatsmacht entsprochen haben, da die permanente Überwachung beider Gruppen es leicht ermöglicht hätte, ihn zu verhindern. 234 Festnahmen und verhältnismäßig wenige Verletzte sind aus polizeilicher Sicht denn auch ein hervorragendes Ergebnis: Die Polizei hat ihren lädierten Ruf als Ordnungsmacht in den Ost-Bundesländern aufgebessert und erscheint als verläßlicher Garant für die Sicherheit der "Bürgerinnen und Bürger" vor "Links- und Rechtsextremisten". Die "Meinungsfreiheit", solange sie sich "friedlich" äußert, bleibt gewährleistet durch den Staat, der sich als neutrale, übergeordnete Instanz präsentiert. Eine antifaschistische Linke sollte es dem Staat in Zukunft besonders im Hinblick auf die Gleichsetzung von "rechts- und linksextremen jugendlichen Randalierern" nicht so leicht machen.

Resumee

Insgesamt betrachten wir die Antifa-Demo von Halle als politische Niederlage.

Es ist nicht gelungen (und es war wohl auch gar nicht der Anspruch der meisten anwesenden AntifaschistInnen), den 9. November als einen "besonderen Tag" zu vermitteln, an dem historische Verantwortung und offensive militante Aktion gegeneinanderstehen. Jede zerbrochene Fensterscheibe und jeder brennende Baucontainer, sowie jede über Verteidigungsmaßnahmen hinausgehende Massenschlägerei wecken zwangsläufig Assoziationen zu 1938, und zwar ganz egal, welche politische Absicht hinter der konkreten Aktion steht.

Anstatt einer politisch durchdachten - und das hätte im heutigen Kontext auch heißen müssen: klar antirassistischen - linken Alternative zu den staatstragenden "Courage-gegen-Haß" - Veranstaltungen an

diesem 9. November war die Antifa-Demonstration von Halle eher eine Demonstration von radikalem Un-Bewußtsein. Selbstverständlich ist die erhöhte Militanzbereitschaft gerade solcher Antifas, die in den östlichen Bundesländern leben, und selbst permanent faschistischer Gewalt ausgesetzt sind, nur allzu nachvollziehbar; doch dies wird das politische und strategische Fundament, das der Antifa-Bewegung bisher fehlt, nicht ersetzen können.

Antifa-Kommission Altötting

Anmerkungen

1) Nach Angaben der Polizei waren es insgesamt 800.

2) In diesem Zusammenhang ist es schwer verständlich, wenn es im Demo-Aufruf heißt: "Auch faschistische Parteien und Organisationen konnten sich bisher in unserer Stadt (...) nicht etablieren."

24. Friede in Kambodscha - oder neuer Weg in die "Killing fields"?

Rubrik: Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:57

Nach vierjährigen Verhandlungen wurde am 24. Oktober in Paris von den vier kambodschanischen Konfliktparteien ein Friedensvertrag für Kambodscha unterzeichnet. Der Generalsekretär der UNO sowie, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die ASEAN-Staaten und Australien, Brunei, Indien, Japan, Kanada, Laos, Vietnam und Jugoslawien, insgesamt 18 Staaten, traten als internationale Garanten dieses neue Friedens auf.

"Die neue Weltordnung" werde nun "in Kambodscha den Frieden installieren", erklärte Francois Mitterand zu Beginn der Konferenz. Und die UNO will sich das auch etwas kosten lassen. Anfang November traf as erste UN-Vorauskommando von 270 Mann in Kambodscha ein. Insgesamt sollen bis zu 10.000 UNO-Blauhelme und noch einmal 10.000 UNO-Beamte nach Kambodscha kommen. Die Kosten dafür werden zwischen drei und 15 Mrd. DM veranschlagt. Die UNO soll den Waffenstillstand garantieren und die Abrüstung der Armeepotentiale auf 30% überwachen, sie soll weitgehende Regierungs-und Verwaltungsvollmachten übernehmen. 1993 soll dann nach allgemeinen Wahlen Kambodscha wieder eine nationale Regierungsverantwortung erhalten. Im Januar 1992 tritt in Japan eine Nachfolgekonferenz über die Wiederaufbauhilfe Kambodschas zusammen. In Paris mahnte der UNO-Generalsekretär zur schnellen Hilfe. Es könne keinen dauerhaften Frieden geben, wenn das kambodschanische Volk im Elend leben müsse.

Es ist natürlich pure Heuchelei, wenn heute die Großmächte und die regionalen Kräfte wie die ASEAN-Staaten und auch Vietnam nach zehnjährigem Kolonialkrieg und nochmal 20-jährigem Bürgerkrieg in der Rolle der Biedermänner und Friedensstifter für Kambodscha schlüpfen.

"Die Kambodschaner werden der Welt beweisen müssen, daß es dieses Experiment wert war, und daß sie in der Lage sind, eine friedliche, demokratische Nation zu regieren. Haben sie damit Erfolg, werden auch sie zu denen gehören, die sagen, daß die UNO ähnliche Wunder auch in anderen Teilen der Erde vollbringen sollte."

Ein sogenannter Debatten-Beitrag in der taz aus Anlaß der Pariser Friedenskonferenz.

Kaum ein Konflikt ist derartig von Machtinteressen der Großmächte beeinflußt worden wie der in Kambodscha. Kaum ein Volk hat derartig darunter zu leiden gehabt, wie die Kambodschaner bis zum heutigen Tage.

Die Franzosen verwalteten das Land nahezu 100 Jahre als Kolonie, dann kamen Thailand und Japan als Besatzer an die Reihe. Es folgten die Briten, die das Land erneut in französische Kolonialherrschaft übergaben. Nach dem zehnjährigen Kolonialkrieg folgten die US-Amerikaner, die 1969 mit der Bombardierung Kambodschas begannen und deren Marionette Lon Nol 1970 bis zum Sturz durch die Roten Khmer 1975 in der Regierung saß. Vietnam und die Sowjetunion paktierten mit den Roten Khmer bis zum Krieg gegen sie 1978. China blieb bis heute konsequent bei der Unterstützung Pol Pots und hat Waffen und Munition geliefert, die für etliche weitere Kriegsjahre reichen sollen. Auf 200 Mio. DM jährlich wird diese Hilfe eingeschätzt. Bis auf die übrigen realsozialistischen Länder und Indien blieben die westlichen Staaten und die gesamte UNO dabei, die Regierung Pol Pots, unter der bis zu einem Drittel der Bevölkerung umgekommen war, auch nach dem Sturz als legitime Regierung Kambodschas anzuerkennen.

Jede Form der Hilfe wurde Kambodscha verweigert. Die USA leisteten ihrem ehemaligen Kriegsgegner gegen den gemeinsamen Feind, dem "vietnamesischen Marionetten-Regime" logistische und finanzielle Hilfe von rund 20 Mio. Dollar jährlich, die erst 1990 eingestellt wurde. Die 350.000 kambodschanischen Flüchtlinge in Thailand wurden nicht unter UNO-Hoheit gestellt, ein Drittel der Lager gilt als Rekrutierungs- und Stationierungsfeld der Widerstandsfraktionen. Thailand tauschte dafür in China die Zusicherung ein, daß China keine Widerstandsbewegung oder die KP in Thailand unterstützen werde. Die Amerikaner bauten Straßen nach Kambodscha, damit die Roten Khmer darüber ihren Diamanten-Handel mit geschätzten 50 Mio. DM Gewinn pro Jahr und den Teakholzhandel abwickeln können. Dort bauten sie auch vier Krankenhäuser auf, während die Mehrheit der Kambodschaner den strikten Wirtschaftsboykott zu spüren bekam. In Kambodscha, einst blühende Reisschüssel der Region, herschen heute Hunger und Elend.

Lediglich rund 60 private Hilfsorganisationen - darunter auch zumindest eine US-amerikanische, die Adoptivkinder aufkauft - kümmern sich um das Elend in dem Land, das heute zu den zehn ärmsten der Erde zählt. Bei sechs bis sieben Millionen EinwohnerInnen werden rund 500.000 Malariafälle, 50.000 Tuberkulosekranke gezählt. Andere Krankheiten, wie die Lepra, sind zahllos. Zu 30.000 Kriegskrüppeln, die nicht versorgt werden können, kommen monatlich einige weitere Hundert hinzu, denn Kambodscha ist von Minen übersät.

Der Friedensschluß in der jetzigen Situation kam erst zustande, nachdem die Sowjetunion und Vietnam bankrott waren und ihren Übergang in die neue Weltordnung betrieben. Die Sowjetunion, die bis dato 80% des Staatshaushaltes getragen hatte, strich die Hälfte und stellte ihre Hilfen weitgehend ein. Vietnam, das bis heute eine ähnliche internationale Behandlung wie Kambodscha genießt, strich ebenfalls sein Hilfe. Die beiden letzten Bruderstaaten betrieben die Aussöhnung mit dem Westen und mit China, was in Kambodscha hieß, die Aussöhnung mit den Roten Khmer zu verlangen. Lange Zeit hatte die kambodschanische Regierung verlangt, die Führungskräfte der Roten Khmer vor ein internationales Tribunal zu stellen. Erst das Einlenken in dieser Frage und die Erlaubnis für die Roten Khmer, wieder in Pnom Penh einzuziehen, brachte den Friedensschluß von Paris letztendlich zustande.

Schlußstrich? Neue Chance?

Bei aller Anklage gegen die Heuchelei der Weltmächte als neue Friedensstifter läßt sich nicht übersehen, daß diesem Land nichts sehnlicher zu wünschen war, als eine Beendigung dieses Krieges, auch wenn sich der Einfluß der sogenannten Widerstandsparteien und somit auch der Krieg - selbst nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen - auf einige Grenzregionen beschränkte. Es ist von ca. 10% des Landes die Rede, die die drei Widerstandsparteien beherrschen. Natürlich ist es besser, wenn der US-Botschafter, der bis 1975 das US-Kriegsregime in Kambodscha führte, und dann mit eingerollter Kriegsflagge abzog, damit sie an anderer Stelle wieder aufgepflanzt werden konnte, heute unter der Flagge eines Hotelbetriebs in Pnom Penh wieder auftaucht.

Vermutlich sogar mit und ganz sicher ohne wirtschaftliche Hilfe aus der Sowjetunion und Vietnam hätte das Land gar keine Überlebenschance und muß somit den Anschluß an die neue Weltordnung suchen. Mit Jubel sei der erste Hilfskonvoi der UNO empfangen worden, der Anfang August nach Öffnung der thailändischen Grenze von Bangkok kommend Pnom Penh erreichte, berichtete die Presse.

"Abermals eine Stunde Null" für Kambodscha, meinte die "Frankfurter Allgemeine", "Schlußstrich unter zwanzig Jahre Krieg", titelte die "taz" zum Abschluß des Friedensvertrages. Doch welche Chance hat das Land? Es werde "eine der schwierigsten Aufgaben des Friedensprozesses (...) sein, allmählich eine zivile Gesellschaft aufzubauen, die überhaupt zu nicht-gewaltsamer Konfliktaustragung fähig ist", schrieb Jutta Lietsch für die "taz". Eine neue zivile Gesellschaft? Alle internationalen Starthilfen und Kredite, die dieses Land vielleicht bekommen wird, wird Kambodscha teuer zurückzahlen müssen. Auf das Wunder, daß die neue Weltordnung und der Kapitalismus ausgerechnet in einem der ärmsten Länder dieser Welt - vielleicht aus schlechtem Gewissen - nun eine neue zivile Ordnung in der dritten Welt schaffen will, wird man wohl vergeblich warten müssen.

Die internationale Wirtschaft wird zwar nun in Kambodscha einziehen, und man beeilt sich, als erste die Kontakte aufzubauen. Es wird auch Investitionen und Kredite für den Aufbau einer neuen Infra-und Wirtschaftsstruktur geben, aber diese Struktur und die Abzahlungen der "Leistungen" wird auch der alten Lebensgrundlage in Kambodscha den Boden entziehen und eine neues "ziviles" Elend hervorbringen.

"Die Kambodschaner werden die Lasten mittragen", meinte da schon ehrlicher Elizabeth Becker in der "taz". Doch warum in drei Teufels Namen frau dann gleichzeitig den Weltmächten bescheinigen muß, daß sie nun "ihren Willen bewiesen (hätten), für einen kambodschanischen Frieden ihr Prestige aufs Spiel zu setzen," und es nun an der Reihe der Kambodschaner sei, zu beweisen, daß sie es wert wären (s. Kasten), werden wir hoffentlich niemals begreifen lernen.

Kein Krieg mehr in Kambodscha?

Schlimmer noch, das jetzige Friedensabkommen könnte den Kern eines neuen kriegerischen und barbarischen Machtkampfes in sich tragen. Mit dem neuen Frieden kehren auch die Mörder von einst nach

Pnom Penh zurück. Sie erhalten zwar nur zwei von zwölf Stimmen im Nationalrat, aber auch eine Art Vetorecht. Wie üblich, gibt es offiziell bei diesem Abkommen keinen Sieger oder nur Sieger auf allen Seiten. Regierungschef Hun Sen wird zwar nun von den Roten Khmer nicht mehr als "Marionette Vietnams" sondern mit "Exzellenz" tituliert, dafür hat seine Regierung, die immerhin 90% des Landes beherrschte, die internationale Entmachtung bzw. eine Machtteilung akzeptieren müssen. Es heißt, daß die erste Garde der immer noch intakten alten Führungsstruktur der Roten Khmer nach Peking ins Exil gehen wird. Es sei ein abgemachtes Zugeständnis, schrieb die "FAZ", daß Pol Pot, sein Schwager und ehemaliger Außenminister Ieng Sary und der für seine Grausamkeit berüchtigte Ta Mok nicht zurückkehren würden. Im Nationalrat werden sie durch den Vier-Sterne-General Son Sen, ein Parteimitglied der ersten Stunde und ihren "Chefideologen" Khieu Samphan vertreten. Sie träten nun für "liberale Demokratie und Pluralismus" ein und würden "den Kapitalismus akzeptieren", erklärte Samphan.

Die Regierung Hun Sen, die sich, solange es ging, einer "Aussöhnung" mit den Roten Khmer widersetzte und schließlich erfolgreich die vollständige Entwaffnung ihrer Truppen verhinderte, erklärte dazu: "Wenn sich das Problem der Khmer Rouge erneut stellt, sind wir jedenfalls nicht dafür verantwortlich." In Paris erklärte der französische Außenminister Dumas dazu: Es sei besser, die Roten Khmer "in den Friedensprozeß (...) einzubinden, als sie bewaffnet an der Grenze zu haben. ‚Nie wieder' werde es ‚eine Rückkehr zu Praktiken der Vergangenheit geben'." Auch die westlichen Länder versuchen nun, ihre Hände dafür in Unschuld zu waschen, angeblich soll die Einbeziehung der Roten Khmer eine unverzichtbare Forderung Pekings gewesen sein, der man hätte Rechnung tragen müssen.

"Die Wiedervereinigung hat Kambodscha nur Nachteile gebracht"

Das erklärte Lyda Sisowath, die sogenannte "rote" Cousine Sihanouks. Die BRD hat stramm der Regierung Hun-Sen jede diplomatische Anerkennung und Wirtschaftshilfe verweigert, weil sie ja als eine Marionette Vietnams eingestuft wurde. Das hinderte die BRD allerdings keineswegs daran, in Vietnam selbst eine Botschaft zu unterhalten.

Mit der sog. Wiedervereinigung übernahm die BRD das Botschaftsgebäude der DDR, was sie nun bald besetzen will. Gleichzeitig hat sie mitten in den Friedensverhandlungen erst einmal sämtliche Hilfsprojekte der alten DDR gestrichen und z.B. die sechs Ärzte aus Pnom Penhs Krankenhaus "17. April" zurückgeholt.

Es sei bizarr, versuchte es der kirchliche Entwicklungshelfer Klein in Pnom Penh zu erklären: "Man muß sich einmal vorstellen, daß 1948 im Parlamentarischen Rat Leute wie Goebbels oder Eichmann gesessen hätten, um über die neue Bundesrepublik zu debattieren. So etwas passiert jetzt hier." Die Unterstützung der Roten Khmer und ihre jetzige Einbeziehung hält sogar die "FAZ" nicht gerade für ein "Ruhmesblatt" des Westens. Doch welche Basis haben die Roten Khmer nach ihren Massakern heute im Lande? Die CIA schätzt ihr Wahlpotential auf bis zu 30%. Angeblich soll es eine Geheimrede von Pol Pot geben, der nicht auf eine Mehrheit bei den kommenden Wahlen, aber immerhin auf eine Machtbeteiligung hofft, und ansonsten den Aufbau der eigenen Struktur und das Abwarten auf die Entwicklung der Widersprüche empfiehlt. Die Roten Khmer sollen heute zwar nur einige Grenzregionen militärisch beherrschen können, hätten sich aber nach dem Abzug der Vietnamesen wieder eine landesweit funktionierende Struktur aufbauen können.

Auch wenn der neue Präsident Sihanouk erklärt, daß seines Erachtens die Roten Khmer keine neue Schreckensherrschaft errichten wollten, schließt kaum jemand diese Gefahr aus. Um dies zu verstehen, muß man sich die Probleme und das Agieren der derzeitigen Regierung anschauen. Nach vier guten Jahren für Kambodscha habe sich nun die Korruption in den letzten beiden Notjahren durchgesetzt, heißt es. Über die Regierungspartei, die sich bis vor kurzem streng zum Marxismus-Leninismus bekannte, und nun nach dem letzten Parteitag zu freier Wirtschaft und Parteienpluralismus, sagte der ungarische Botschafter: "Dieses ist die antikommunistischste KP, die mir je begegnet ist. Sie hat ein kapitalistisches Wirtschaftssystem eingeführt, und die einzige Ideologie, die sie besitzt, heißt: Überleben." Das funktioniert folgendermaßen: In Pnom Penh gibt es trotz des internationalen Wirtschafts- und Finanzboykotts volle "Schaufenster" und alle westlichen Waren vorausgesetzt man hat das Geld, zu kaufen. Es gibt in Pnom Penh rund 200 Dollarmillionäre. Da die Regierung nicht einmal die 300.000 Dollar an Devisen aufbringen kann, um einen kleinen Tanker mit Öl anlanden zu lassen, beauftragt sie damit die Handelsmillionäre. Dies sind in der Regel Chinesen, die über internationale Beziehungen die Kredite und Waren beschaffen. Sie erhalten dafür staatliche Konzessionen für

die Ausfuhren kambodschanischer Waren, was ihnen, an den kambodschanischen Verhältnissen gemessen gewaltige Gewinne einbringt.

Die 200.000 einfachen Staatsbeamten bzw. das Militär erhalten Löhne, mit denen sie gar nicht überleben können. Also nutzt der kleine Beamte seine Machtmöglichkeiten zur Gehaltsergänzung, Militärs beteiligen sich sogar an Überfällen, die dann anderen, etwa den Roten Khmer, angelastet werden; große Staatsbeamte beherrschen Handel und Produktion. Dieses System, das man wohl überall in der 3. Welt beobachten kann, wird umso drastischer und brutaler, je katastrophaler die wirtschaftliche Lage ist. Das ist selbstverständlich auch ein Boden, auf dem die Roten Khmer, neben dem Staat die einzige Kraft im Lande mit einer intakten Struktur, ihre Chancen besitzen. Auch wenn niemand weiß, wie sich die Dinge konkret in Kambodscha entwickeln werden.

Unsere Aufgabe dürfte es sein, deutlich zu machen, daß die Ursachen dafür nicht einem vergeblichen Barbarentum der Kambodschaner in die Schuhe geschoben werden können, sondern daß der Hauptverursacher wieder einmal die sogenannte zivilisierte Welt ist, die sich heute gern als weltweiter "Friedensstifter" darstellt und uns das ganze als eine "neue, friedliche Weltordnung" verkaufen will, wo sie für die Störungen und Krisen nicht verantwortlich sein soll.

HH

Quellen:

Auf die einzelnen Quellenhinweise wird hier verzichtet. Es wurde verwendet die Zeitungsberichterstattung aus FR, FAZ, taz, ND, Spiegel, Hamburger Abendblatt, schweizerischer Vorwärts und das Dritte Welt-Magazin 11/12, 1990.

Geschichte

1863 "Freundschaftsvertrag" zwischen Frankreich und dem König der Khmer.

1884 Kambodscha wird franz. Kolonie.

1941 Besetzung durch Japan und Thailand.

1945 Am 12.3. proklamiert König Norodom Sihanouk die Unabhängigkeit und annulliert sämtliche Verträge mit Frankreich.

1945 im September Kapitulation der japanischen Truppen, Besetzung Pnom Penhs durch britische Truppen.

1946 Einverleibung Kambodschas (und Indochinas) in die französische Union, Beginn des Indochina-Krieges.

1954 Die Genfer Indochina-Konferenz beendet den Krieg und gewährt Kambodscha die staatliche Unabhängigkeit.

1955 Ministerpräsident Norodom Sihanouk (Sohn des Königs) übernimmt die Macht, seit 1960 auch Staatspräsident.

1970 Vom CIA geleiteter Staatsstreich des Generals Lon Nol. Sihanouk geht ins Exil nach Peking, Beginn des Kampfes der Roten Khmer.

1975 Nach der Niederlage der USA in Vietnam ziehen die Roten Khmer am 17.4.75 siegreich in Pnom Penh ein, Sihanouks Rückkehr aus dem Pekinger Exil.

Die erste Maßnahme der Roten Khmer war die Evakuierung der Zwei-Millionen-Stadt, um sie vor der Bombardierung der USA zu schützen, wie es hieß. Der sogenannte Steinzeitkommunismus kostete von 1975 bis 1979 nach unterschiedlichen Schätzungen 500.000 bis einem Drittel von 6 bis 7 Mio. Khmer das Leben.

1976 Beginn von Grenzstreitigkeiten und eines verlustreichen Krieges zwischen Vietnam und Kambodscha.

1978 Vietnamesische Truppen und Exilkambodschaner rücken in Kambodscha vor.

1979 7. Januar: Vietnamesische Truppen erobern Pnom Penh, Flucht der Regierung Pol Pot. Eine vereinigte Nationale Front zur Rettung Kambodschas übernimmt die Macht. 200.000 vietnamesische Soldaten sind in Kambodscha stationiert. Beginn des Dschungelkrieges in Kambodscha.

17.2. bis 5.3.: Chinesische Grenzoffensive und Strafexpedition gegen Vietnam und anschließender Rückzug.

Oktober 1979: Die UNO erkennt die Regierung Pol Pot als rechtmäßig an und verhängt einen Wirtschaftsboykott.

1982 Bildung einer Exilregierung unter Einschluß der Roten Khmer unter Norodom Sihanouk.

1984/85 Militärische Festigung der Positionen der Regierung in Pnom Penh.

Chronik der Verhandlungen

1987 Am 2. Dezember treffen sich in Frankreich erstmals Sihanouk und der kambodschanische Premierminister Hun Sen.

1988 Am 25.7.88 erstes Treffen der vier Bürgerkriegsparteien in Bogor in Indonesien.

1989 Am 5. April kündigt Vietnam den Abzug seiner Truppen aus Kambodscha innerhalb von sechs Monaten an.

Am 2. Mai stimmen Sihanouk und Hun Sen bei einem Treffen in Djakarta der Einberufung einer internationalen Konferenz zu.

Die internationale Konferenz vom 30.7. bis 30.8. unter französischer und indonesischer Schirmherrschaft scheitert. Die kambodschanische Regierung will die Roten Khmer nicht in eine Übergangsregierung aufnehmen.

Am 26.9. verlassen die letzten vietnamesischen Truppen Vietnam.

1990 Wende in der US-Politik: die USA erklären am 18.7., ihre Unterstützung für die Widerstandskoalition zu beenden.

Die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates schlagen Grundzüge eines Friedensplans vor.

Vereinbarung über die Bildung eines Nationalrates für Kambodscha in Djakarta am 9.9., in dem paritätisch je sechs Vertreter der Regierung in Pnom Penh und je zwei der drei Widerstandsparteien vertreten sein sollen.

1991 Am 1. Mai erste Vereinbarung eines Waffenstillstands.

Am 2. bis 4. Juni verständigen sich Hun Sen und Sihanouk auf die Funktionen des Nationalrates, Sihanouk soll den Vorsitz erhalten. Die Roten Khmer verkünden den Bruch des Waffenstillstands.

Auf einem Treffen in Pattaya in Thailand (23. bis 26.6.) beschließt der Nationalrat erneut einen Waffenstillstand.

Auf dem Treffen in Peking vom 16. bis 18. Juli wird Sihanouk zum Vorsitzenden bestimmt, nachdem er seine Funktionen in der Widerstandskoalition niedergelegt hat.

Am 23.10. in Paris unterzeichnen die vier Bürgerkriegsparteien ein Abkommen, das einen von den Vereinten Nationen kontrollierten Waffenstillstand, den Abbau der Truppen um 70% und 1993 Wahlen in Kambodscha unter UN-Kontrolle vorsieht.

25. Die Dialogpolitik der Guerilla in Guatemala

Hintergründe, Geschichte und aktuelle Positionen (Teil 2)

Rubrik: Guatemala; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/guat2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:guat2

Kürzlich gelang es den Guerillaeinheiten der "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG), in einer koordinierten Aktion die Provinz Escuintla lahmzulegen. Um die gleichnahmige Stadt Escuintla, 56km südlich der Hauptstadt gelegen, wurde ein Belagerungsring gezogen und fünf Stadtteile sowie zwei lokale Radios besetzt. Diese Aktion im wirtschaftlichen Herzen des Landes (Produktion von Agrarexportgütern) demonstrierte eindrucksvoll die erhöhte militärische Schlagkraft der URNG. (1)

Vor der vierten Gesprächsrunde zwischen Regierung und Befreiungsbewegung (México D.F., 20.-24. September 1991), dürfte Regierung und Armee endgültig klargeworden sein, daß sich die Guerilla nicht aus Schwäche an den Verhandlungstisch setzte. Diese Runde brachte keine konkreten Ergebnisse, dennoch wurde die Fortsetzung der Unterredungen vereinbart.

Wir berichteten in ak 334, vom 23.9.91, über die Entwicklung und Politik der politisch-militärischen Organisationen Guatemalas. Wir verwiesen besonders auf deren Fähigkeit, aus schweren Rückschlägen (1967 und erneut 1982-1987) zu lernen und trotz allgegenwärtiger Militärpräsenz sowohl die Guerillaeinheiten als auch die Massenbewegung wieder aufzubauen.

Im nachfolgenden Artikel fassen wir - auf der Basis der jeweiligen politischen und militärischen Kräfteverhältnisse - die Inhalte und Ergebnisse der bisherigen Gesprächsrunden zwischen Regierung und Guerilla zusammen. Wir gehen auch auf den "Nationalen Dialog" ein, der unter Federführung der "Nationalen Versöhnungskommission" (CNR) zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften Guatemalas vorangetrieben wird.

Die guatemaltekische Guerilla hat, beginnend im Jahre 1987, das politische und militärische Kräfteverhältnis schrittweise zu ihren Gunsten verschoben. Die URNG erholte sich von den Niederlagen, die sie seit 1982 erlitten hatte und die sie zwangen, um das bloße Überleben als revolutionäre Strömung zu kämpfen. Sie konnte jedoch bis heute die strategische Offensive nicht an sich reißen, befreit sich aber zunehmend aus der Defensivposition und gewinnt die taktische Initiative. (2)

Im militärischen Bereich ist der Wendepunkt recht genau festzumachen: Die gescheiterte Armeeoffensive "Fin de ano", die im September 1987 begann und bis zum März 1988 andauerte. Die Armee griff mit ihrem bislang größten Truppenaufgebot (11.000 Soldaten) die Guerillaeinheiten des EGP im Hochland des Quiché (Ixildreieck) und im Dschungeltiefland des Quiché und Huehuetenangos an. Das Ziel: mit ununterbrochenen Boden- und Luftangriffen sollten die Hauptkontingente des Guerillaheers der Armen (EGP) aus ihrem traditionellen Rückzugsgebiet vertrieben und zerschlagen werden. Die Armee, die im Laufe der Offensive die Hälfte ihrer Kampftruppen einsetzte, versuchte damit die militärische Hauptkraft der URNG zu vernichten und die volle Kontrolle über ein schwer zugängliches Gebiet zurückzugewinnen. Obwohl der Großangriff entgegen der ursprünglichen Planung um drei Monate verlängert wurde, mußten sich die Regierungsstreitkräfte ohne einen klaren Erfolg zurückziehen. Dabei hat die Armee nach Angaben der URNG 1400 Tote und Verwundete, darunter 42 Offiziere hinnehmen müssen. (3)

Neben der Zerschlagung der EGP-Guerillaeinheiten setzte sich die Armee zum Ziel, etwa 15.000 bis 20.000 Menschen -unbewaffnete Zivilbevölkerung - einzufangen. Diese waren 1981/1982 vor den Armeemassakern in die unzugänglichen Berg- und Dschungelregionen geflüchtet und hatten sich seither in mehreren großen Gebieten in "Geheimen Widerstandsdörfern" (CPR) organisiert. Als einzige Bevölkerungsgruppe Guatemalas leben sie außerhalb staatlicher Kontrolle. Diese gut organisierten indianischen Campesinos, mehrheitlich der Ethnie der Ixiles zugehörig, gelten in den Augen der Militärs als soziale Basis der "Guerillaarmee der Armen" (EGP). Sicherlich ist die landwirtschaftliche Produktion dieser Menschen für die Logistik der Guerilla von unschätzbarer Bedeutung. Das weiß auch die Armee. Deshalb richtete sich ihre Hauptanstrengung darauf, ihre Maisaussaat zu verhindern und die bescheidenen Hütten und Felder zu zerstören, um so die Guerilla mit ihrer sozialen Basis buchstäblich auszuhungern. Es gibt erschütternde Zeugnisse über das Wüten der Armee, die wirklich alles einäscherte, was für die erneut Fliehenden noch von irgendeinem Nutzen hätte sein können.

Ab Februar 1988 schleuste die Armee etwa 5000 Menschen aus den "Geheimen Widerstandsdörfern" durch das Umerziehungslager Xemamatzé (Nebaj). Sie wurden im Laufe der Offensive eingefangen oder gaben auf, weil ihnen, erneut auf der Flucht, jegliche Überlebensgrundlagen fehlten. Das Gros der Bewohnerinnen der "Geheimen Widerstandsdörfer" konnte sich jedoch, mehrere Monate herumirrend, weiterhin dem Zugriff der Armee entziehen. (4)

Die erfolglose Offensive führte in der Armee zu Auseinandersetzungen zwischen Kommandeuren aus Konfliktgebieten, die sich als "Offiziere der Berge" bezeichnen, und der obersten Militärführung. Die "Offiziere der Berge" warfen dem Generalstab vor, daß es Mängel in Planung und Koordination der Operationen gegeben habe und daß die Versorgung der Kampftruppen aufgrund der Korruption hoher Offiziere schlecht sei. Die Armeeführung sei unfähig, den Krieg gegen die Guerilla zu gewinnen. Diese Widersprüche mündeten in demonstrative Putschversuche im Mai 1988 und Mai 1989.

Anfang 1989 gelang es der Befreiungsbewegung, ihre geographische Einkreisung zu sprengen und in den Provinzen San Marcos, Chimaltenango und Quiché neue Operationsgebiete zu erschließen. Im Verlauf des Jahres 1989 und 1990 wurden weitere Kriegsfronten eröffnet, wobei die Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen in der Hauptstadt und in Depart- ments wie Escuintla, die für die Agrarproduktion wichtig sind, besondere Bedeutung haben. Auch die Qualität der Aktionen hat sich verändert. 1986 fielen - nach Angaben der Aufständischen - 663 Regierungssoldaten (Tote und Verwundete). Bei den durchschnittlich 1,5 Aktionen pro Tag handelte es sich hauptsächlich um bewaffnete Propaganda, zum Beispiel die Besetzung von Straßenabschnitten. 1989 nahm sowohl die Anzahl der Guerilla-Attacken (insgesamt 1680, durchschnittlich 5 pro Tag), als auch deren Schlagkraft zu. 1989 wurden 2370 Soldaten verwundet oder getötet. Während die Propagandaaktionen der URNG weiter andauern greift sie nun immer häufiger feste Armeestützpunkte an. Einige Armeestellungen, vor allem im Quiché, werden regelrecht belagert. Der Einsatz von Luftabwehrkräften, die Aktivität in dichtbesiedelten Gebieten und die Aktionen der Stadtguerilla durchkreuzten die Armeestrategie, die jahrelang darauf beruhte, die Existenz von nennenswerten politisch-militärischen Organisationen überhaupt zu leugnen. Mittlerweile ist die URNG wieder ein ernstzunehmender militärischer Faktor. Die Zahl ihrer Kampftruppen wird derzeit auf etwa 3500 Personen geschätzt. (5)

Die gewachsene Stärke der "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" sollte jedoch auch nicht überbewertet werden. Die Revolutionäre Guatemalas sind sowohl militärisch als auch politisch wesentlich schwächer, als die Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN) im benachbarten El Salvador. So hat die FMLN etwa 10.000 Guerillas. Darüberhinaus ist der herrschende Block aus Armee und Großgrundbesitzern in Guatemala monolithischer und noch reaktionärer als jener in El Salvador. Das heißt, daß die URNG von einer beträchtlich ungünstigeren Ausgangsposition aus in die Verhandlungen mit Regierung und Armee geht als die FMLN.

Einmischung von BRD und USA

Die USA und ihre europäischen Verbündeten boten besonders ab 1986 alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auf, um die Regierung Guatemalas ebenso zu stabilisieren wie schon das Regime in El Salvador. Die geringere militärische Schlagkraft der URNG ermöglichte es ihnen, den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf wirtschaftliche und politische Maßnahmen zu legen. Die USA vervielfachten ihre Wirtschaftshilfe (1984: 20, 23 Mio US-Dollar; 1986: 121,97 Mio US-Dollar; 1990: 160,89 Mio US-Dollar). Sie engagierten sich aber zunehmend auch militärisch, um ihrem unter Druck geratenden Verbündeten zur Seite zu springen. So nahmen sie nach nahezu zehnjähriger Pause die offizielle Militärhilfe wieder auf (1986: 5,36 Mio US-Dollar; 1988: 9 Mio US-Dollar; 1990: 2,89 Mio US-Dollar) und lieferten Waffen und Ersatzteile für Helikopter. Im Jahre 1988 konnte Guatemalas Armee 20.000 M-16 Sturmgewehre im Wert von 13,8 Mio US-Dollar in den USA kaufen. Die US-Armee griff sogar unterstützend in Kampfhandlungen ein. So flogen in den Jahren 1988 und 1989 US-Piloten mit "Chinook CH-47" Hubschraubern mehrmals guatemaltekische Spezialeinheiten in die abgelegenen Kriegszonen des Quiché. An zivil-militä- rischen Programmen, die im konfliktiven Departement Chimaltenango durchgeführt wurden, nahmen US-Armeeärzte und US-Piloten teil. Schließlich leiteten 45 US-Armee-Ingenieure den Bau einer militär-strategisch wichtigen Straße um den Atitlán-See (Departement Sololá), ebenfalls eine Guerillahochburg. (6) Dazu kommen noch die Anti-Drogen- Kampagnen, wobei Agenten der US-Behörde DEA vor Ort beteiligt sind. Unter anderem versprühen sie von Hubschraubern aus hochgiftige Herbizide, besonders in den Departaments San Marcos und Petén - Gebiete mit hoher Guerillaaktivität.

Während sich die USA neben der Wirtschaftshilfe um militärische Operationen in Konfliktgebieten kümmern, legte die BRD neben Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung (seit 1986 jährlich zwischen 50 und 60 Mio DM) ihren Schwerpunkt auf die Professionalisierung der Repression in den Städten. 1986 trieb der damalige Innenstaatssekretär Spranger (CSU) unter Umgehung der zuständigen parlamentarischen Gremien die Gewährung von Polizeihilfe (10,615 Mio DM) an die übel beleumundete Nationalpolizei Guatemalas (12.000 Beamte) voran. Die Kontakte waren zwischen Josef Thesing, Leiter des "Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung", Architekt der CDU-Mittelamerika-Politik und vorher in Guatemala jahrelang an der Privatuniversität Landivar tätig, und dessen altem Freund Juan José Rodil Peralta - damals Innenminister Guatemalas - eingefädelt worden. Letztlich stimmten auch die in Sachen Mittelamerika maßgeblichen SPD-Politiker wie H.-J. Wischnewski der Polizeihilfe zu. Die BRD schickte im Februar 1987 55 geländegängige Funkstreifenwagen des Typs Mercedes Benz, 5 Polizeibusse, mehrere Funkgeräte und 60 BMW-Motorräder, um die "Nationalpolizei zu professionalisieren", wie es hieß. Von 1987 bis 1989 hielten sich 23 Angehörige der Nationalpolizei Guatemalas (PN) in der BRD auf, die in der Polizeiführungsakademie Hiltrup sowie bei verschiedenen Länderpolizeien ausgebildet wurden. Im August 1987 wurde der Polizeihauptkommissar Hugo Christen nach Guatemala-Stadt entsandt, der drei Jahre lang die Ausbildungshilfe vor Ort abwickelte und an der Polizeischule unterrichtete. Nach eigenen Angaben übernahm er auch die Koordination mit den Polizeihilfen aus den USA, Venezuela, Mexiko und Spanien. "Eigentlich sollte Guatemala selber einen Koordinator stellen, aber die Lateinamerikaner sind zu so etwas nicht in der Lage. Da habe ich das gemacht." (7)

Mittlerweile wurde die Polizeihilfe klammheimlich eingestellt und die restliche 1 Mio DM wird wohl vorerst nicht mehr ausgezahlt. Der Grund: die erneut zunehmenden Menschenrechtsverletzungen der Repressionsapparate lassen sich nicht mehr länger totschweigen. 1990 wurden insgesamt 659 Zivilpersonen ermordet, 98 "verschwanden". Internationales Aufsehen erregten vier Massaker, vor allem jenes vom 2.12.1990 in Santiago de Atitlán, als die Armee in eine friedliche Demonstration schoß und 14 indianische Campesinos tötete und 16 verletzte. Die Nationalpolizei hat sich, was zu erwarten war, mitnichten zu einer "demokratischen Institution" verwandelt, obgleich Polizeihauptkommissar Hugo Christen unter anderem die Ausbildungspläne der westdeutschen Polizeischulen mitbrachte und akkurat ins Spanische übersetzen ließ. Sie ist korrupt, mordet und foltert wie ehedem und läßt sich - peinlich für die BRD-Geldgeber - auch noch dabei erwischen. In jüngster Zeit ist sie besonders ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil Polizeiangehörige regelmäßig Straßenkinder mißhandeln und einige nachweislich totschlugen. (8)

Die erste Verhandlungsrunde (Madrid 1987)

Trotz der harten Verfolgung legaler Basisbewegungen und trotz internationaler Hilfe für das Regime konnte die Befreiungsbewegung nicht nur im militärischen, sondern auch im politischen und diplomatischen Bereich ihre Position ausbauen. Ihren ersten Vorschlägen zu direkten Verhandlungen zwischen Guerilla und Regierung (Mai 1986) konnte die Regierung noch ausweichen. Die bis dato politisch weitgehend isolierte und in der Öffentlichkeit totgeschwiegene Guerilla gewann aber durch diese Initiative innenpolitisch an Glaubwürdigkeit. Sie lehnte die mit großen Versprechungen angetretene Zivilregierung zunächst nicht pauschal ab, sondern nahm sie vielmehr beim Wort und drängte sie zur Realisierung ihrer Versprechungen (Frieden; sozialer Aufschwung; Schluß mit Menschenrechtsverletzungen). Es zeigte sich bereits nach wenigen Monaten, daß die christdemokratische Regierung dazu weder willens noch in der Lage war. Darauf konzentrierte die URNG ihre Propaganda und warf der Regierung stets den Widerspruch zwischen ihren Versprechungen und ihrem Handeln vor. Die Befreiungsbewegung begann um unmittelbare soziale und politische Forderungen ihre Bündnispolitik zu entfalten, mit dem Ziel, ein ablehnendes gesellschaftliches Klima gegen die gewählte Regierung zu erzeugen.

Der internationale Druck nach Abschluß des Esquipulas II-Friedensvertrages durch die Präsidenten Mittelamerikas (August 1987) führte dazu, daß sich die Regierung Guatemalas vom 7.-10. Oktober 1987 zu offiziellen Gesprächen mit der Guerilla treffen mußte. Damit erkannte die gewählte Regierung die Aufständischen de facto erstmals als politisch relevante Kraft an. Vorher hatte der Präsident erfolgreich alle Dialogangebote der Guerilla sabotiert, unter anderem ihren offenen Brief vom 25. 10. 1986 oder ihren Vorschlag vom Juli 1987. Sein Standpunkt, "ein Dialog mit der Guerilla ist absurd", deckte sich mit der Position der Streitkräfte: "Das Militär unterstützt keinen Dialog mit den Aufständischen", so der Verteidigungsminister. (9) Die Gespräche in Madrid brachten für die URNG einen Durchbruch. Erstmals gaben sich deren führende

Persönlichkeiten der Öffentlichkeit zu erkennen. So entpuppte sich der gewandte Verhandlungsleiter Gaspar Ilom, Chef der ORPA, als Rodrigo Asturias, Sohn des Literaturnobelpreisträgers Miguel Angel Asturias. Die Rebellendelegation war hochrangig und zu verbindlichen Entscheidungen befugt. Die Regierungsdelegation, drei Zivilisten und vier Militärs, war lediglich mit Leuten aus der zweiten Reihe bestückt. Die wichtigste Figur war sicherlich der CDU-Freund, Innenminister Juan José Rodil Peralta, der als "Berater" der Regierungsdelegation in Madrid weilte. Die Regierungsdelegation hatte keinerlei Kompetenzen, konkrete Entschließungen zu unterzeichnen. So beschränkten sich in Madrid beide Parteien auf die Darstellung ihrer Standpunkte. Die Regierung beharrte auf der Waffenabgabe der URNG und bot dafür eine Amnestie an. Die Befreiungsbewegung lehnte dies ab und betonte ihrerseits, daß der Ursprung des bewaffneten Kampfes in den strukturellen Mißständen des Landes liege. Sie forderte eine wirkliche Demokratisierung des Landes, die Auflösung der paramilitärischen Zivilpatrouillien (PAC), die Einrichtung entmilitarisierter Zonen, das Ende der Menschenrechtsverletzungen und die Umstrukturierung und Säuberung der Streitkräfte. In einem knappen und nichtssagenden, von beiden Seiten unterzeichneten Kommuniqué bezeichnete man das "Verhandlungsklima als zufriedenstellend" und bedankte sich bei der spanischen Regierung für die Gastfreundschaft.

Obwohl das Treffen keinerlei konkrete Ergebnisse zeitigte, war das bloße Zustandekommen ein erster wichtiger Teilsieg für die URNG. Die günstige internationale Konstellation ermöglichte der Guerilla, erstmals ihre internationale politische Isolierung aufzubrechen und zu verdeutlichen, daß im Land ein bewaffneter Konflikt existiert, der nur mit politischen Mitteln gelöst werden kann. (10) Die Armee zeigte auf ihre Weise, was sie von Verhandlungen hielt: Sie begann nahezu zeitgleich mit den Gesprächen von Madrid die eingangs geschilderte Großoffensive "Fin de ano", um die Aufständischen militärisch zu besiegen.

Die "Nationale Versöhnungskommission" (CRN)

Neben dem Treffen von Madrid hatte das Esquipulas II-Abkommen für Guatemala auch innenpolitische Konsequenzen. So mußte der christdemokratische Präsident Cerezo aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen entgegen seinem Willen eine unabhängig arbeitende "Nationale Versöhnungskommission" (CRN) einsetzen. Nach monatelangen Verzögerungen bildete sich dieses Gremium aus Regierungsvertretern, Oppositionspolitikern, "ehrbaren Persönlichkeiten" und Vertretern der Kirche. Den Vorsitz übernahm Bischof Rodolfo Toruno Quezada. Die "Nationale Versöhnungskommission" hatte den Auftrag, einen "Nationalen Dialog" zu organisieren, mit dem Ziel, alle politischen und gesellschaftlich relevanten Kräfte an einen Tisch zu bringen. Die Versöhnungskommission und besonders dessen Vorsitzender Bischof kristallisierten sich zunehmend als wichtige Kraft heraus, welche die Verhandlungsforderung der Guerilla unterstützend aufgriff. So traf die URNG trotz Querschüssen aus Regierung und Armee verschiedene Male mit Delegationen der "Nationalen Versöhnungskommission" zusammen, um über eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts zu beraten. Damit hatte die URNG erstmals die Möglichkeit, demokratischen Kreisen in direkten Gesprächen ihre Vorstellungen zu erläutern. Sie machte innen- und außenpolitisch weiter an Terrain gut und konnte schrittweise gesellschaftlichen Druck gegen Regierung und Armee aufbauen, die sich weiteren Gesprächen verweigerten.

Die "Nationale Versöhnungskommission" berief schließlich im März 1989 einen "Nationalen Dialog" ein, den die Regierung nach Kräften zu verhindern und zu boykottieren versucht hatte. In 15 Arbeitsausschüssen, die über mehrere Monate verteilt Arbeits- und Plenarsitzungen durchführten, wurde die nationale Lage diskutiert und zu den jeweiligen Themen Stellungnahmen verfaßt. Diese hatten keinerlei bindende Wirkung. Dennoch hatte der "Nationale Dialog" für die Volksbewegung und die demokratische Opposition eine wichtige Funktion: viele viele Tabuthemen (z. B. Menschenrechtsverletzungen; Militarisierung des Landes; Lage der Flüchtlinge; Agrarreform) wurden in diesem Rahmen überhaupt das erste Mal öffentlich und breit diskutiert; die Regierung war nur als eine Kraft unter anderen beteiligt; die Teilnahme von oppositionellen Gruppen wie GAM, CUC, CDHG, RUOG und Vertretern der Flüchtlinge in Mexiko wurde gegen den Willen der Regierung durchgesetzt; die kämpferische Campesinoorganisation CUC, bis dahin als "subversive Organisation" in den Untergrund gedrängt, konnte wieder legal agieren.

Die lebhafte Debatte außerhalb des Parlaments bewies, daß die Wahlen nicht, wie von den Christdemokraten behauptet, die Lösung der Probleme auf den Weg gebracht hatten. Die Beteiligung der Volksorganisationen, seien sie legal oder ohne juristische Zulassung wie der CUC, belegte deren Legitimität als Interessensvertreterinnen der Massen. Die gemeinsamen Debatten führten auch zum Abbau von Berührungsängsten zwischen Kirche, beruflichen Interessensverbänden und konsequenten

Volksorganisationen. Die Linke konnte in diesem Rahmen einen legalen Raum in der öffentlichen innenpolitischen Debatte erkämpfen und Anfänge einer Allianz aufbauen, die sich gegen Aufstandsbekämpfung und Krieg richtet. Einschränkend muß gesagt werden, daß die Großgrundbesitzer mit ihren Organen CACIF und UNAGRO und die Armee sich weigerten, teilzunehmen. Sie verhinderten auch die aktive Partizipation der URNG, die Bereitschaft signalisiert hatte. (11) Den Ultrarechten, besonders den "Offizieren der Berge", ging der Gesprächsprozeß bereits viel zu weit. Es gelang ihnen, dieses Diskussionsforum teilweise wieder zu blockieren. Nach anonymen Todesdrohungen und Attentaten mußten die Vertreter der Exilorganisationen RUOG und CDHG das Land wieder verlassen. Vertreter der Flüchtlinge wurden ermordet.

Der "Nationale Dialog"

Die Guerilla griff das Scheitern dieses Gesprächsansatzes klug auf. In einer Erklärung, die am 30. September 1989 in der Presse Guatemalas als bezahlte Anzeige veröffentlicht wurde, machte sie die repressive Regierungspolitik für das Scheitern des "Nationalen Dialogs" in seiner bisherigen Form verantwortlich. Sie verwies auf die Zunahme der militärischen Kämpfe und auf die soziale und wirtschaftliche Misere des Landes und erklärte sich bereit, an einer politischen Lösung der genannten Probleme mitzuarbeiten. Dazu müsse zuerst die repressive staatliche Struktur geändert werden. Die Regierung sei jedoch nicht zu den dazu erforderlichen Verhandlungen mit der Guerilla bereit. "Angesichts dieser Haltung hält die Generalkommandantur der URNG es für nötig, einen Gesprächs- und Dialogprozeß mit allen Kräften: politischen Parteien, Volksorganisationen, Kirchen, Unternehmern und ehrenhaften Militärs zu beginnen. So soll eine wirkliche Alternative geschaffen werden." Während die genannten Kräfte weitgehend positiv auf das Angebot reagierten, versuchten Regierung und Armee auszuweichen, indem sie die Guerilla für die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen im Land verantwortlich machten. Deshalb sei die URNG kein Gesprächspartner. Die Guerilla reagierte erneut geschickt, wies diese Beschuldigungen in einem Kommuniqué vom 6.11.1989 als offensichtlich unbegründet zurück und wiederholte ihr Gesprächsangebot. Sie schlug weiter vor, daß "die Nationale Versöhnungskommission oder die Katholische Kirche sich als Vermittler einschalten, um gemeinsam Zeit und Ort für eine erste Sitzung zu vereinbaren".

Diese Bemühungen gipfelten schließlich im Treffen von Oslo (26.-30. März 1990), das auf Initiative des Lutherischen Weltbundes und der norwegischen Regierung zustande gekommen war. Dort führten die Delegationen der URNG und der Nationalen Versöhnungskommission Gespräche mit dem "ausdrücklichen Ziel, friedliche Lösungen für die Probleme des Landes mit politischen Mitteln zu finden". Dabei konnte die Nationale Versöhnungskommission unter dem Vorsitz Jorge Serrano Elias auf die Unterstützung von Regierung und Armee verweisen. Beide Seiten waren befugt Entscheidungen zu treffen und eventuelle Bedingungen zu akzeptieren. Die Gespräche endeten mit konkreten Ergebnissen, die in der gemeinsamen Erklärung vom 30. März 1990 festgehalten wurden. Es wurde vereinbart,

- eine politische Lösung des internen bewaffneten Konfliktes zu finden;

- ein Kalendarium für Gespräche zwischen URNG und den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren wurde erstellt;

- die Nationale Versöhnungskommission wurde als Schlichtungsinstanz beauftragt, mit der Befugnis, Initiativen einzuleiten;

- der UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar wurde als Gewährsmann für die Einhaltung der Abkommen akzeptiert;

- direkte Verhandlungen zwischen Guerilla und Regierung sollten vorbereitet werden. (12)

Diese Vereinbarung wurde von allen Seiten als für Guatemala wichtigstes politisches Ereignis der letzten Jahre gewertet. Es stellte den bis zu diesem Zeitpunkt größten politischen Erfolg der Guerilla dar. Deren Initiativen wurden aufgrund ihres gewachsenen innenpolitischen Gewichts und aufgrund einer favorablen internationalen Konstellation zugunsten von Verhandlungen aufgenommen.

1990: Politischer Durchbruch für die Guerilla

Zwei Ereignisse, die erfolgreiche Offensive der salvadorianischen Guerilla vom November 1989 und die Wahlniederlage der Sandinisten (Februar 1990) begünstigten den "Nationalen Dialog" zwischen der URNG und den verschiedenen politischen und sozialen Sektoren Guatemalas. Einerseits verdeutlichten die Attacken der FMLN den herrschenden Klassen in den Regionen sowie den US-Strategen, daß sich ihre Wunschvorstellung, die physische Vernichtung der Befreiungsbewegungen, nicht realisieren läßt. Andererseits bewiesen die nicaraguanischen Revolutionäre, daß sie Wahlergebnisse auch im Falle der eigenen Niederlage hinzunehmen bereit waren. Die USA, die jahrelang auf die physische Auslöschung der Befreiungsbewegungen Mittelamerikas setzten, begannen, das befreundete Regime zu Gesprächen zu drängen. So verfaßten sie kritische Menschenrechtsberichte (US-Botschafter Thomas Strook, Februar 1990), wichtige Figuren des State Department wie Bernard Aronson beglückwünschten URNG und CNR zu den Vereinbarungen von Oslo etc.

Unter diesen Umständen traf sich die Befreiungsbewegung mit den gesellschaftlichen Kräften Guatemalas zu Gesprächen, die jeweils streng vertraulich waren. Die erste Runde fand vom 27.5.1990 bis 1.6.1990 in El Escorial (Spanien) statt. Unter Leitung der "Nationalen Versöhnungskommission" trafen sich drei Mitglieder der Guerillaführung (Pablo Monsanto (FAHR), Gaspar Ilom (ORPA) und Carlos González (PGT)) mit den Vertretern aller wichtigen Parteien Guatemalas, eingeschlossen die noch regierenden Christdemokraten und die ultrarechte MLN. Im Auftrag des UNO-Generalsekretärs nahm Francesec Vendrell als Beobachter teil. Am 1. Juni wurde ein gemeinsames Dokument vorgestellt, die "Vereinbarung von El Escorial". Beide Seiten bekräftigten darin die Ergebnisse von Oslo und verpflichteten sich, zur friedlichen Konfliktlösung beizutragen. Darüberhinaus wurde "die Notwendigkeit von Revisionen und Reformen der Institutionen anerkannt" und eine Verfassungsreform angestrebt, um "die Verbesserung der funktionalen und partizipativen Demokratie zu erreichen". Die Parteien versicherten, "für eine verfassungsgebende Versammlung im Jahre 1991 einzutreten, an der die URNG teilnehmen kann". (13) Die URNG versprach ihrerseits, den beginnenden Wahlkampf der Parteien nicht zu stören, die Wirtschaftssabotage ein halbes Jahr lang einzustellen und ihre Aktionen auf rein militärische Ziele zu beschränken.

Das Abkommen, ein Minimalprogramm zur Demokratisierung des Landes, bedeutete einen weiteren wichtigen Punktsieg für die Guerilla. Erstmals gaben die politischen Parteien - eingeschlossen die ultrarechten Strömungen - zu, daß die Demokratisierung des Landes ohne die Beteiligung der Befreiungsbewegung nicht durchführbar ist. Neben der Einbeziehung der UNO und dem Wohlwollen aus den USA war besonders die Anwesenheit der ultrarechten Parteien wichtig, vor allem der eng mit den Todesschwadronen verflochtenen MLN. Denn ihre Unterschrift unter das Dokument dürfte, so die Vermutung, Differenzierungsprozesse in der Armee in Gang setzen, welche weiterhin jegliche Verhandlungen mit der bewaffneten Linken ablehnte.

Nach wiederholtem Zögern - einige Sektoren wollten das Gespräch verweigern - trafen sich dann die Vertreter der Oligarchie (CACIF) und die Guerilla vom 31.8.1990 bis 1.9.1990 in Ottawa (Canada). Das wichtigste war dabei die Tatsache, daß das Treffen überhaupt stattfand. Nach zwei Tagen gab es keine gemeinsame Erklärung, sondern zwei getrennte Kommuniqués mit unverbindlichen Statements, jedes für sich nichtssagend. (14)

In der Folge traf sich die Guerilla noch mit Kirchenvertretern (Quito/Ecuador, 24. bis 26.9.1990), mit Vertretern der Basis- und Gewerkschaftsbewegung (Metepec, Puebla/Mexiko, 23. bis 25.10.1990) und Selbständigen (Atlixco, Puebla/Mexico, 27. bis 28.10.1990). An diesen Gesprächen nahmen jeweils mehrere Guerillakommandanten, die wichtigsten Repräsentanten der jeweiligen Bevölkerungsschichten und der UNO-Beobachter Francesec Vendrell teil. Die jeweiligen gemeinsamen Kommuniqués bekräftigten die Verhandlungsergebnisse von Oslo. (15)

1991: Direkte Gespräche mit der Regierung

Die Taktik der Guerilla, mit dieser Gesprächsserie Druck auf Regierung und Armee auszuüben, damit diese direkten Unterredungen zustimmten, ging voll auf. Der "Nationale Dialog" und die Zusammenarbeit mit der "Nationalen Versöhnungskommsission" durchbrachen die politische Isolation der Guerilla endgültig. In den vergangenen Jahren war sie nur ein militärischer Störfaktor, der in entlegenen Bergregionen in Schach gehalten werden konnte. Nun ist die URNG eine politische und militärische Kraft von landesweiter Bedeutung, gegen deren Veto eine erfolgreiche Arbeit der Regierung nicht mehr möglich ist.

Dies zwang die Regierung, einem direkten Dialog mit der Befreiungsbewegung zuzustimmen, dessen erste Runde vom 24.4. bis 26.4.1991 in México D.F. stattfand. Das Procedere: streng vertrauliche Unterredungen auf höchster Ebene unter Vermittlung der "Nationalen Versöhnungskommission" und unter Aufsicht des UNO-Beobachters Francesec Vendrell. Auf Seiten der Guerilla nahmen die vier führenden Kommandanten teil. Der Regierungsdelegation gehörten höchste Regierungsbeamte und fünf wichtige Vertreter der Armee an, darunter der stellvertretende Chef des Generalstabs und der Kommandant der Militärzone 22, Playa Grande (Quiché), einer der konfliktreichsten Zonen überhaupt. Die dreitägigen Unterredungen mündeten im "Abkommen von Mexiko". (16) Dessen erster Teil schreibt sehr detailliert den formalen Rahmen für künftige Gespräche fest, die sich an den bereits erprobten Gepflogenheiten orientieren. Das Ziel: politische Abkommen, sowie deren Umsetzung und internationale Verifikation, die zu einem dauerhaften Frieden führen. Die Unterzeichner verpflichteten sich auch, die Gespräche nicht einseitig abzubrechen. Neben dem Verhandlungsziel "Frieden mit politischen Mitteln" und den Formalia einigte man sich auf eine Tagesordnung, die elf Punkte umfaßt:

1) Demokratie und Menschenrechte

2) Stärkung der Zivilmacht und Definition der Rolle der Militärs in einer demokratischen Gesellschaft

3) Identität und Rechte der indianischen Ethnien

4) Verfassungsreform und Wahlsystem

5) Soziale und wirtschaftliche Aspekte

6) Landfrage

7) Rücksiedlung der Kriegsvertriebenen

8) Eingliederung der URNG in das politische Leben

9) Definitiver Waffenstillstand

10) Plan, um die erzielten Übereinkommen auszuführen, zu erfüllen und zu überprüfen

11) Friedensvertrag und Demobilisierung.

Diese Tagesordnung soll in Nachfolgetreffen abgearbeitet werden. Das "Abkommen von Mexiko" wurde von allen Beobachtern als großer Erfolg gewertet, da alle Punkte behandelt werden sollen, welche die Ursache für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes waren. Regierung und Armee mußten von ihrer alten Position Abstand nehmen, die besagte, daß sie lediglich über die Waffenniederlegung der Befreiungsbewegung reden wollten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß lediglich die Gesprächsthemen festgelegt wurden, jedoch kein zeitlicher Fahrplan.

Die Friedenseuphorie erhielt bereits beim zweiten Treffen, das vom 17. bis 22. Juni in Cuernavaca (Mexiko) stattfand, einen mächtigen Dämpfer. Die Gespräche auf höchster Ebene erbrachten nämlich über den Punkt "Demokratisierung und Menschenrechte" kein greifbares Ergebnis. Einzelheiten über den Diskussionsverlauf wurden nicht bekannt. Indessen verstärkte die Armee ihre Operationen im Land und die Repression gegen die legalen Basisorganisationen nahm zu. In der dritten Gesprächsrunde (Querétaro/Mexiko, 22. bis 25.7.1991), die erneut auf höchster Ebene stattfand, wurde dieser Punkt wieder aufgegriffen. Es kam zu einer Vereinbarung über den Punkt "Demokratisierung". Der Punkt Menschenrechte wurde erneut vertagt. Im "Abkommen von Querétaro" wird in sehr allgemeingehaltenen Feststellungen - es wurden weder konkrete Durchführungsbestimmungen noch zeitliche Fristen festgelegt - betont, daß "in Guatemala Maßnahmen notwendig sind, welche die Entwicklung der Demokratisierung im Politischen, Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen sichern". Verfassungsreformen seien nötig, um "die funktionale und partizipative Demokratie" zu verbessern. Dazu seien die Weiterentwicklung der staatlichen Institutionen, die Unterordnung des Militärs unter die zivile Macht, der unbedingte Respekt der Menschenrechte etc. wichtig. (17) Damit wurde, was wiederum alle Beobachter als Erfolg einschätzten, ein allgemeiner Rahmen für die Demokratisierung des Landes festgelegt auf den sich auch die Militärs einließen.

Es bleibt jedoch unklar, wie diese Punkte umgesetzt werden sollen. Darüberhinaus nimmt trotz dieser Vereinbarungen im konkreten politischen Alltag Guatemalas die Verfolgung derjenigen zu, welche

demokratische Rechte praktisch in Anspruch nehmen. Dabei erstreckt sich der Terror mittlerweile auch verstärkt auf ausländische Presseleute. So wurde eine Woche nach der Runde von Querétaro der britische Staatsbürger Ansong Yong, Reporter der "Financial Times", ermordet. Einen Monat später mußten die Nachrichtenagenturen "Notimex" und "Reuter" ihre Büros nach einem Bombenanschlag und Todesdrohungen schließen; am 26. August wurde Jorge Dardon, Korrespondent eines US-Radios, ermordet.

In diesem Klima endete die bislang letzte Gesprächsrunde zwischen Regierung und Befreiungsbewegung (México D.F., 20. bis 24. September 1991) ergebnislos. Zum Thema "Menschenrechte" konnte bisher nicht einmal ein allgemeingehaltener Formelkompromiß ohne konkrete Ausführungsbestimmungen gefunden werden. Dies zeigt sehr deutlich, daß die Verhandlungen noch in einer Anfangsphase sind. Es muß sich auch erst noch herausstellen, ob die Mächtigen Guatemalas überhaupt willens sind, den papierenen Vereinbarungen praktische Schritte folgen zu lassen. Das Ende des Krieges und der Beginn einer wirklichen Demokratisierung, die sich auch auf soziale und wirtschaftliche Aspekte erstreckt, sind noch weit entfernt. Die Tatsache aber, daß sich die Guerilla überhaupt auf diese Gespräche mit der Regierung eingelassen hat, hat sie nicht, wie hierzulande teilweise befürchtet, geschwächt, sondern gestärkt.

Al., Nürnberg (Oktober 1991)

Anmerkungen

1) Bei dieser Operation vom 30. August 1991 mußte die Armee 39 Tote und Verwundete hinnehmen. Bei weiteren Angriffen in anderen Landesteilen schoß die URNG unter anderem in Tziajá (Quiché) einen Hubschrauber ab, wobei drei Offiziere starben. Alle Angaben nach: CERIGUA Nr. 202, Bonn 10. September 1991, S.1

2) Diese Einschätzung datiert vom August 1989 und stammt von der URNG selbst. Sie ist im Wesenskern nach wie vor gültig, wenngleich die URNG seither weiter an militärischer Schlagkraft und politischer Stärke gewann. Siehe: Comandancia General de la URNG, Grundlegender Überblick über die militärische Situation in Guatemala von 1986 bis 1989, Bonn August 1989, S. 6

3) Inforpress Centroamericana, Guatemala 18. 2. 1988

4) Siehe: Guatemaltekische Kirche im Exil/Informationsstelle Guatemala/medico international (Hrsg.), Aufstandsbekämpfung in Guatemala - Demokratisierung als Waffe der Militärs, Stuttgart 1991; Testimonio del IXCAN, in: Jusicia y Paz, La Paz que se proclama, México D.F. März 1988, S. 13-16

5) Angaben zur Stärke der Guerilla: Inforpress Centroamericana, Guatemala, 24.8.1989, S. 11f; Inforpress Centroamericana, Guatemala, 2.8.1990; Noticias de Guatemala, México D.F., Nr. 168, September 1989, S. 10ff; CERIGUA Nr. 140, Bonn 29.5.1990, S. 2; URNG, vgl. Anm. 2)

6) Offizielle Zahlen zur US-Wirtschafts- und Militärhilfe: Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg. Lateinamerika: Analysen, Daten, Dokumentation 14, Hamburg Juli 1990, S. 75; andere Quellen geben etwas niedrigere Zahlen an: Inforpress Centroamericana, Guatemala 23. 4. 1987, S. 2; Zur direkten Einmischung der USA: Alicia Letona, Estados Unidos - La ayuda militar a Guatemala, in: Otra Guatemala Nr. 9, México D.F. 1989, S. 9ff

7) Alle Angaben nach: medico report 13, Am besten rede ich mal frei von der Leber weg - Über die Polizeihilfe für Guatemala, Frankfurt/M. Januar 1991

8) Alle Angaben nach: Comisión de Derechos Humanos de Guatemala (CDHG), Boletin Internacional Nr. 59, México D.F. Januar 1991, S. 2f; 1988 waren es 434 Ermordete (1987: 427), 99 "Verschwundene" (1987: 112) und 3 Massaker (1987: 0); Angaben nach: CDHG, Boletin International Nr. 30, México D.F. Januar 1988 ; CDHG, Boletin Internacional Nr. 41, México D.F. Januar 1989 ; Siehe auch: Frankfurter Rundschau vom 11. 6. 1991

9) Siehe: Lateinamerika-Nachrichten Nr. 155, Berlin Januar 1987: Guatemala - Präsident gegen Dialog mit der Guerilla, S. 8-11; Eine Dokumentation verschiedener Dialogangebote der URNG findet sich im Originaltext in: Ricardo Córdova Marcias/Raúl Benitez Manaut, La paz en Centroamérica: Expediente de documnentos fundamentales, 1979-1989, México D.F. 1989, S. 178-197

10) Zu den Verhandlungen von Madrid: Informationsstelle Guatemala (Hg), Guatemala: Texte zum politisch-militärischen Kampf der URNG und zu ihrem Sender "La voz popular", Zürich, Mai 1989, S. 23ff; Iosu Perales, Guatemala Insurrecta, Madrid 1990, S. 103ff; Comunicado Conjunto de la reunión celebrada entre el gobierno de Guatemala y la URNG, in: Ricardo Córdova Marcias/Raúl Benitez Manaut, a.a.O., S. 189

11) Siehe: Noticias de Guatemala Nr. 162, México D.F./Guatemala März 1989; Informationsstelle Guatemala (Hg), Bericht über eine Delegationsreise zur Beobachtung des Nationalen Dialogs und Begleitung der Menschenrechtsorganisation CDHG in Guatemala vom 18.-25. Juni 1989, Bonn 1989, S. 3-7

12) Der vollständige Text ist abgedruckt in: Inforpress Centroamericana Nr. 881, Acuerdo básico para la búsceda de la paz, Guatemala 5.April 1990, S. 15

13) Acuerdo de El Escorial, in: CERIGUA Nr. 141, Bonn 5. 06.1990, S.1; Inforpress Centroamericana Nr. 896, Guatemala 02. 08. 1990, S. 10

14) Die Texte sind abgedruckt in: Inforpress Centroamericana Nr. 916, Guatemala 13. 12. 1990, S. 2

15) Die Texte sind abgedruckt in: Inforpress Centroamericana Nr. 916, a.a.O., S. 3ff

16) Das Abkommen von México D.F., in: CERIGUA Nr. 184, Bonn 30. April 1991, S. 1f

17) Siehe: Acuerdo de Querétaro, Querétaro/Mexiko, 25.7.1991; CERIGUA Nr. 197, Bonn 30. 7. 1991, S.1f

13) Acuerdo de El Escorial, in: CERIGUA Nr. 141, Bonn 5. 06.1990, S.1; Inforpress Centroamericana Nr. 896, Guatemala 02. 08. 1990, S. 10

14) Die Texte sind abgedruckt in: Inforpress Centroamericana Nr. 916, Guatemala 13. 12. 1990, S. 2

15) Die Texte sind abgedruckt in: Inforpress Centroamericana Nr. 916, a.a.O., S. 3ff

16) Das Abkommen von México D.F., in: CERIGUA Nr. 184, Bonn 30. April 1991, S. 1f

17) Siehe: Acuerdo de Querétaro, Querétaro/Mexiko, 25.7.1991; CERIGUA Nr. 197, Bonn 30. 7. 1991, S.1f

Zum Weiterlesen - einige Literaturhinweise

In gewöhnlich gut sortierten Buchhandlungen müßte es möglich sein, folgende Bücher zu beschaffen, die eine weitere Annäherung an die Problematik Guatemalas ermöglichen. Dabei seien zunächst einige Romane von Miguel Angel Asturias (1899-1974) genannt. In seiner eigenwilligen und bildhaften Sprache erzählt der Autor vom Leben auf Bananenplantagen, im indianischen Hochland, von Diktatoren und Streikvorbereitungen. Er schuf ein sprachgewaltiges Kunstwerk, das zurecht auch als politische Anklage gelesen wird. Der LAMUV-Verlag (Göttingen), eine gute Adresse für Bücher über den Trikont, legte 1990 eine Neuauflage der "Bananentrilogie" vor, für die der Autor 1967 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet wurde.

- Miguel Angel Asturias, Sturm, LAMUV-Verlag 1990 (16,80 DM)

- ders., Der grüne Papst, LAMUV-Verlag 1990 (19,80 DM)

- ders., Die Augen der Begrabenen, LAMUV-Verlag (29,80 DM)

- ders., Die Maismenschen, LAMUV-Verlag 1983

Ein kleiner aber sehr feiner linker Verlag in der Schweiz, der Rotpunktverlag (Zürich), veröffentlichte neben anderen mittelamerikanischen Spitzenautoren auch zwei Bücher von Asturias, die zentrale Themen behandeln: "Der Herr Präsident", Rotpunktverlag (1984), der in den zwanziger Jahren entstandene erste Roman Asturias, behandelt das Thema Lateinamerikas - die Figur des Diktators. Vorbild war die 22 Jahre währende Tyrannei unter Estrada Cabrera. Die Erzählungen, die unter dem Titel "Weekend in Guatemala" (Rotpunktverlag 1983) veröffentlicht wurden, verursachten bei ihrem Erscheinen 1958 einen Skandal. Der Autor hatte sich erdreistet, einen dichten, unverschlüsselten und poetischen Bericht über die blutigen Ereignisse rund um den CIA-gesteuerten Sturz der demokratischen Regierung Arbenz (1954) zu veröffentlichen. Der Sohn des Nobelpreisträgers, Rodrigo Asturias, führt übrigens unter dem Pseudonym Gaspar Ilom die Guerillabewegung ORPA (Organisation des Volkes in Waffen) an.

Neben den allesamt sehr lesenswerten Büchern von Asturias kann ich das Tagebuch von Mario Payeras empfehlen, das ebenfalls vom Rotpunktverlag (Zürich 1985) herausgegeben wurde. Hier erzählt Mario Payeras, einer der Mitbegründer des "Guerillaheers der Armen" (EPG), im Stile des Bolivianischen Tagebuchs von Che Guevara, die Geschichte dieser Guerillagruppe. In beeindruckender Dichte schildert der Autor die Vorbereitungen und die ersten Monate und Jahre der EPG. Ständige Flucht, Überlebenmüssen im Urwald, Abgeschnittensein und die ersten Kontakte mit den Campesinos. Ein Glossar, s/w-Photos und ein zusammenfassender Aufsatz runden diesen autobiographischen Bericht ab.

Als einziges Sachbuch möchte ich auf eine Schrift der Guatemaltekischen Kirche im Exil (IGE) hinweisen, die jüngst unter dem Titel: "Aufstandsbekämpfung in Guatemala - Demokratisierung als Waffe der Militärs" (Schmetterling Verlag 1991, 26,- DM) auch in der BRD erschien. Hier wird eine Einführung in die Strategie der Aufstandsbekämpfung in Guatemala vorgelegt, die mit vielen Zeugnissen, Beispielen und Karten aus dem Norden des Quiché belegt ist. Für Fachleute ist das sehr interessant und informativ. Für Menschen, die wenig über Guatemala wissen, fehlt eine umfassende Einleitung der deutschen HerausgeberInnen. Diese müßte die Untersuchung in einen breiteren Kontext stellen und für die Leserschaft einige wichtige Rahmenbedingungen skizzieren, deren Kenntnis nicht vorausgesetzt werden kann. Das Buch ist aber insofern konkurrenzlos, als es seit mehreren Jahren im deutschsprachigen Raum kein aktuelles Sachbuch zu diesem Land gibt.

Al., Nürnberg

26. Die EG auf dem Weg zur Politischen Union. Teil 1: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:24

Nach der Auflösung der bipolaren Nachkriegsordnung, der deutschen Einheit und dem Zerfall der Sowjetunion geht es um die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa einerseits und ihr Verhältnis zu Osteuropa und der Sowjetunion andererseits. Während in Osteuropa und der Sowjetunion ein Prozeß der Desintegration, des Zerfalls und der Herausbildung neuer Nationen vor dem Hintergrund marktwirtschaftlicher Transformationen im Gange ist, setzt sich in Westeuropa der Prozeß der Integration fort. Das erst kürzlich geschlossene Abkommen zwischen den 12 EG-Staaten mit den 7 Ländern der EFTA zu einer riesigen Freihandelszone zu den Bedingungen der EG-Standards verweist ebenso auf die fortschreitende Integration wie die Bereitschaft der BRD, nach der deutschen Einheit nunmehr die Politische Union der EG als ein föderatives Staatenbündnis zu forcieren. Kanzler Kohl weiß, daß die Gegnerschaft gegen ein noch mächtigeres Großdeutschland nur durch die Bereitschaft der BRD, sich im EG-Rahmen noch enger einzubinden, gedämpft werden kann.

Mit dem Ziel der Politischen Union verfolgt die BRD ihre eigenen hegemonialen Interessen. Es waren Kohl und Genscher, die ein politisches Junktim zwischen der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit einheitlicher Währung und einer gemeinsamen Zentralbank, einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), einer einheitlichen Innen- und Rechtspolitik (Asyl- und Einwanderungsrecht, Euro-Polizei, Anti- Terror- und Drogenbekämpfung, gemeinsame Grenzkontrollen usw.) und einer Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments (EP) herstellten.

Auf dem kommenden EG-Gipfel im niederländischen Maastricht (9./10. Dezember 1991) sollen die bestehenden EG- Verträge bezüglich der Schaffung einer Politischen Union fortgeschrieben werden. Gemessen an den Zielen der BRD wird es zum Teil erhebliche Abstriche geben, denn nach wie vor bestehen in den unterschiedlichen Politikfeldern zum Teil unüberbrückbare Interessensgegensätze und Widersprüche. Dennoch wird Maastricht, nach der ersten Revision der Römischen Verträge der 6er EWG in der "Einheitlichen Europäischen Akte" (EEA) 1985, einen weiteren Baustein im Zuge der EG-Integration bilden.

Im folgenden wird sich genauer mit einem wichtigen Teil der EG-Integration, der "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) befaßt. Hierbei geht es nicht nur um die Differenzen und unterschiedlichen Interessen innerhalb der EG, sondern es werden auch die Beziehungen zu den USA tangiert.

Die gemeinsame EG-Außenpolitik

Seit den EG-Gipfeln von Dublin (April 1990) und Rom (Dezember 1990) bekundeten die Regierungschefs der 12 EG-Staaten die Absicht, die GASP voranzubringen und beauftragten ihre Außenminister, für Maastricht einen unterschriftsreifen Vertragsentwurf vorzulegen.

Bezüglich der gemeinsamen Außenpolitik arbeiten die 12 Staaten im Rahmen der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) enger zusammen, jedoch gilt das Prinzip der Einstimmigkeit bzw. im Umkehrschluß das Vetorecht. So können sich die Außenminister immer nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen. Sowohl anläßlich des Golfkriegs, erst recht jedoch hinsichtlich des aktuellen Jugoslawien-Konflikts werden die Grenzen der gemeinsamen EG-Außenpolitik deutlich; so konnte sich beispielsweise die BRD in der Frage des Umfangs der kürzlich verhängten Sanktionen gegen Serbien nicht durchsetzen und mußte Abstriche hinnehmen.

Bislang wurde die BRD von der überwiegenden Mehrheit der übrigen EG-Staaten in der Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zurückgepfiffen. Dabei spielt nicht nur die Frage des Zeitpunkts der Anerkennung eine Rolle, sondern auch unterschiedliche Einschätzungen über die Folgewirkungen. Dissens unter den EG-Staaten ist nicht, daß Jugoslawien in seiner bisherigen Form so nicht mehr existieren wird; aber die Außenminister der Niederlande und Großbritanniens befürchten wohl nicht zu Unrecht, daß die jetzige Anerkennung die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Serben und Kroaten noch weiter zuspitzen würden.

Sie favorisieren eine politische Lösung im Rahmen eines konföderativen Staatenbundes in Jugoslawien, an deren Ende die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens stehen könnte, während die BRD den umgekehrten Weg bevorzugt: auf Basis der Anerkennung politische Verhandlungen bis hin zum Einsatz von Friedenstruppen unter UN-Fahne.

Am Jugoslawien-Konflikt zeigt sich, wie weit die EG insgesamt noch von einer gemeinsamen Außenpolitik entfernt und wie schwierig es ist, die unterschiedlichen außenpolitischen Interessen unter einen Hut zu bringen.

Inzwischen liegt ein niederländischer Vertragsentwurf bezüglich einer gemeinsamen Außenpolitik, die die bisherige EPZ ablösen soll, vor. Demnach sollen die zwölf Regierungschefs "gemeinsame Leitlinien" vorgeben, die ihre Außenminister dann umzusetzen haben. Die außenpolitischen Bereiche mit EG-Kompetenz umfassen den KSZE-Prozeß, die Beziehungen zur Sowjetunion und Osteuropa, zum Mittelmeerraum, den Nahen Osten, die Rüstungsexporte und ihre Kontrolle, die Abrüstung und die Einrichtung einer "europäischen Rüstungsagentur", die als potentielle "Gemeinsame Aktionen" genannt werden.

Neu an dem Vorschlag ist, daß in diesen definierten Bereichen künftig das Prinzip der "qualifizierten Mehrheiten" gelten und das Einstimmigkeitsprinzip ablösen soll. Acht oder neun Stimmen wären erforderlich, um gemeinsame außenpolitische Schritte zu vereinbaren. Gegen diesen Entwurf gibt es prinzipielle Einwände von Großbritannien, weil es die nationalstaatliche Souveränität tangiere; aber auch Dänemark und Portugal fürchten, untergebuttert zu werden.

Eine Einigung in Maastricht ist dennoch denkbar, wenn sich die 12 Regierungschefs auf jene außenpolitischen Bereiche einigen, in denen auch Großbritannien bereit ist, mitzuziehen. Dies würde jedoch im konkreten Fall Jugoslawien bedeuten, daß dieser Bereich ausgeklammert bliebe und weiterhin langwierige Konsultationen erfordert.

Die WEU als Kern der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft"?

Hinsichtlich einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik konnten sich die EG-Staaten bislang nicht auf einen Konsens verständigen, zumal in diesen Fragen auch das Verhältnis zur NATO und damit den USA berührt wird.

Der Präsident der EG-Kommission, Jaques Delors, schlug im Frühjahr dieses Jahres die Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe der EG vor; diesen Vorschlag griffen Großbritannien und Italien in ihrer gemeinsamen Initiative auf, stießen damit jedoch auf Ablehnung der übrigen EG- Staaten.

Im Oktober schließlich kam es zu einem deutsch-französischen Vorstoß für eine "europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität". Kohl und Mitterand kündigten über die bereits bestehende deutsch-französische Brigade von 5.000 Soldaten hinaus die Bildung eines gemeinsamen Armeekorps von 20.000 Soldaten mit Sitz in Straßbourg an, der anderen EG-Mitgliedsstaaten offenstehe.

Darüber hinaus plädieren sie für den Ausbau der "Westeuropäischen Union" (WEU) als Kern einer "verteidigungspolitischen Identität" der EG mit "organischen Beziehungen" zwischen beiden Institutionen; dabei soll die WEU für einen späteren Beitritt der EG-Länder Griechenland und Dänemark ebenso offen sein wie für die NATO-Staaten Türkei, Island und Norwegen. Irland oder Schweden könnte ein Beobachterstatus eingeräumt werden.

Die Crux der WEU ist ihr Verhältnis zur EG und zur NATO. Die deutsch-französische Initiative schlug hierfür "komplementäre Strukturen" der WEU vor. Der Sitz der WEU solle von London nach Brüssel verlegt werden, der einzurichtende Planungs- und Koordinierungsstab der WEU müsse eng mit der NATO zusammenwirken.

Auf militärischem Gebiet soll es keine besonderen WEU-Streitkräfte geben; selbst die deutsche Division als Teil des gemeinsamen Korps mit Frankreich verbleibt im Zuständigkeitsbereich der NATO. Nur in enger Abstimmung mit der NATO und unter bestimmten Umständen sollen die NATO-Streitkräfte einem speziellen WEU-Kommando unterstellt werden. Im Bereich der Logistik, der Aufklärung und des Transportes will die WEU ohnehin sehr eng kooperieren.

Die Vorteile des deutsch-französischen Vorstoßes gegenüber der britisch-italienischen Initiative liegen nach Ansicht Kohl`s und Mitterand`s in der präziseren politischen Einordnung und Einbettung im Dreieck

EG-NATO-WEU; die ausdrückliche politische und militärische Komplementarität der WEU zur NATO ermöglicht sowohl den USA die Zustimmung zur "europäischen Identität", da auch Frankreich die NATO als das entscheidende politische Gremium der gemeinsamen europäischen Sicherheit akzeptiert. Umgekehrt ist aus der Sicht Frankreichs und der BRD ein möglicher erster Schritt in Richtung einer "europäischen Verteidigungsgemeinschaft" im Rahmen der EG getan.

Überhaupt nicht angesprochen wird im deutsch-französischen Vorschlag die Frage der britischen und französischen Atomwaffen. Die BRD scheint derzeit bereit zu sein, hier keine schlafenden Hunde zu wecken, was ihre eigenen lang gehegten Ambitionen anbetrifft. Stillschweigend akzeptiert die BRD, auch gebunden an die "2-plus-4"-Vereinbarungen, ohne Atomwaffen auskommen zu müssen und die atomare Verfügungsgewalt der beiden westeuropäischen Atommächte zu respektieren.

Dennoch bleibt der deutsch-französische Vorschlag selbst unter den WEU-Mitgliedsländern umstritten. Auf der Konferenz der neun Außenminister der WEU- Staaten wurden zwei Einwände vorgebracht. Zum einen lehnt Großbritannien die Umwandlung der WEU als Organ der EG ausdrücklich ab. Zusammen mit den Niederlanden halten sie die "europäische Option" weitgehend für überflüssig und die NATO als gemeinsame Klammer für vollkommen ausreichend. Die Briten wiesen außerdem auf die "komplementären Strukturen" hin: hier würden unnütze Doppelstrukturen aufgebaut, die in Konkurrenz zur NATO stehen könnten.

Ein zweiter Einwand, wiederum von den Briten eingebracht, betrifft das viel weiter reichende Operationsgebiet der WEU. Dies wird zwar im Prinzip begrüßt - siehe der britisch-italienische Vorschlag einer Eingreiftruppe - könne aber negative Rückwirkungen auf die Beziehungen zu den USA haben.

Denkbar wäre eine Einigung analog der Währungsunion: Ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten", in dem jene Staaten, die sich an der WEU beteiligen wollen, dies auch können und andere, die dies nicht wollen (Großbritannien) oder können (z.B. Irland wegen seines Neutralitätsstatus) außen vor bleiben, ohne die militärische Integration zu behindern.

Das Trio NATO-EG-WEU

Die genannte deutsch-französische Initiative erfolgte in enger Abstimmung und Konsultation mit den USA, wie die Urheber selbst einräumen. Tatsächlich berührt die GASP unmittelbar das euro-atlantische Verhältnis, um das auch im Rahmen der NATO heftig gestritten wurde. Mehr noch: die künftigen euro-atlantischen Beziehungen haben die Diskussionen in der NATO weitgehend bestimmt.

Auf dem NATO-Gipfel in Rom (7./8. November 1991) konnte ein Kompromiß gefunden werden. Frankreich stimmte dem NATO-Kommunique zu, in dem das transatlantische Bündnis "als das wesentliche Forum" sicherheitspolitischer Zusammenarbeit beschrieben wird; in diesem Zusammenhang wird die (reduzierte) Präsenz US-amerikanischer Streitkräfte und luftgestützter Atomwaffen in Westeuropa ausdrücklich "als wesentliches politisches und militärisches Bindeglied" gewürdigt.

Frankreich erkennt den "operativen Zusammenhang, den wir jetzt haben und von dem unsere Verteidigung abhängt", ausdrücklich an - im Gegenzug billigten die USA die "Aussicht auf eine Wiederbelebung der WEU sowohl als Teil des europäischen Einigungsprozesses als auch als Mittel, den europäischen Pfeiler der Allianz zu stärken" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.91).

Damit haben die USA der EG faktisch grünes Licht für ihre eigenen Ambitionen, die bekanntlich nicht von allen geteilt werden, gegeben, sofern sie sich an die Spielregel, die NATO als das entscheidende sicherheitspolitische Instrumentarium zu akzeptieren, halten.

Einen weiteren Hintergrund der US- amerikanischen wie französischen Kompromißbereitschaft wird nur hinter vorgehaltener Hand benannt: das größere, hegemoniale Deutschland. Von zwei Seiten her, den USA und den übrigen EG-Ländern, wollen sich die führenden kapitalistischen Staaten auch vor dem "Risiko Deutschland" absichern, in dem es in diesen doppelten Strukturen eingebunden bleibt.

Die NATO auf der Suche ihrer Existenzberechtigung

Überhaupt sollte der römische NATO- Gipfel ein "neues Kapitel" in ihrer Geschichte aufschlagen, nachdem ihr gemeinsamer Kitt, die "Bedrohung aus dem Osten", abhanden gekommen ist. Die Auflösung der bipolaren Nachkriegsordnung, des Warschauer Paktes, der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Osteuropa, die

deutsche Einheit, die Abrüstungs-Abkommen im atomaren Bereich (START) und konventionellen Bereich (VKSE), die neue Rolle der KSZE als loses politisches Forum aller inzwischen 38 Staaten Europas (einschließlich Kanadas und den USA), neue Formen der Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Sowjetunion sowie die westeuropäischen Integrationsprozesse stecken den aktuellen Rahmen ab, in dem die NATO ihr Plätzchen sucht, nachdem ihr altes Feindbild entschwunden ist.

1. Abrüstung

Im September dieses Jahres ergriff US- Präsident Bush eine neue Abrüstungsinitiative, die die Nukleare Planungsgruppe der NATO im Oktober absegnete. Im Bereich der strategischen Atomwaffen schlug Bush eine weitere Reduzierung der landgestützten Atomwaffen vor, die vor allem ein Abspecken der sowjetischen Potentiale beinhaltet, während die see- und luftgestützten strategischen Arsenale, in denen die USA traditionell überlegen sind, weitgehend ausgespart bleiben.

Auf dem europäischen Kontinent sieht die Bush-Initiative einen vollständigen Abbau der taktischen atomaren Kurzstreckenwaffen vor, ebenso sollen die luftgestützten Systeme reduziert werden. Somit behalten sich die USA in Westeuropa die vor allem in Großbritannien stationierten Atomwaffen-Bomber als Rest-Abschreckungspotential vor. Auch Großbritannien und Frankreich fanden sich erstmals bereit, über ihre Atomwaffenarsenale zu verhandeln.

Im Bereich der konventionellen Waffen besteht bereits ein fertig ausgehandeltes Abkommen zwischen allen 22 Staaten der NATO und des aufgelösten Warschauer Paktes, die Wiener VKSE-Vereinbarung. Sie wurde vor gut einem Jahr auf dem Pariser KSZE-Gipfel verabschiedet, jedoch haben bislang erst fünf Staaten (Kanada, Dänemark, Ungarn, die CSFR und die BRD) dieses Abkommen völkerrechtlich verbindlich ratifiziert.

Angesichts des politischen Zerfalls der Sowjetunion droht die VKSE-Vereinbarung zu scheitern. Für die französische Regierung ist die Vertragsgrundlage entfallen, so daß sie das Abkommen nicht mehr unterzeichnen wird. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Lage in der Sowjetunion: die Wiener Vereinbarungen sahen u.a. den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Osteuropa vor.

Während dieser Punkt weitgehend von der Sowjetunion erfüllt worden ist und eingehalten werden wird, schaut es bezüglich der konventionellen Abrüstung in der Sowjetunion anders aus. Im VKSE-Vertrag verpflichtet sich die Sowjetunion nämlich zu genau quantifizierten Abrüstungsschritten in präzise definierten Regionen, die auch international verifizierbar sind. Die diversen Unabhängigkeitserklärungen und Loslösungsprozesse aus der Union der Sowjetrepubliken produzieren Probleme, die das Abkommen in seiner Substanz gefährden.

Damit steht nicht nur das jetzige VKSE-Abkommen auf dem Spiel, sondern auch die vereinbarte Folgevereinbarung ("VKSE-1 a"); vor allem die BRD, die sich aufgrund der "2-plus-4"-Vereinbarungen verpflichtet hatte, ihre Bundeswehr auf 370.000 Soldaten zu reduzieren, drängte auf Nachfolgeverhandlungen mit dem Ziel des Abbaus konventioneller Streitkräfte auch in anderen Regionen. Inzwischen steht fest, daß die USA, Frankreich und Großbritannien kein Interesse an Nachfolgevereinbarungen haben, so lange der fortschreitende Desintegrationsprozeß in Osteuropa und in der Sowjetunion sowie seine Folgeprobleme noch gar nicht klar abzuschätzen sind. An die Stelle der alten "Bedrohung aus dem Osten" sind also neue Unwägbarkeiten getreten, die von der NATO als Argument dafür herhalten müssen, den Abrüstungsprozeß in Europa zunächst einmal zu stornieren.

2. Statt Bedrohungs- nun die Risikogemeinschaft

Bereits auf dem Londoner NATO-Gipfel im vergangenen Jahr haben die 16 Staaten ihren bisherigen gemeinsamen Kitt ihres Zweckverbundes, die "Bedrohung aus dem Osten", offiziell beerdigt und den osteuropäischen Staaten sowie der Sowjetunion die "Hände zur Freundschaft" und zur Zusammenarbeit ausgestreckt.

In Rom nun sollte ein neues Strategiekonzept verabschiedet werden. Tatsächlich benannte der Rom-Gipfel in seinem Abschluß-Kommunique eine neue "Skala von Risiken": sie reicht von der unwägbaren Lage in der Sowjetunion und des Problems der Kontrolle der dortigen Atomwaffen, den politischen Instabilitäten in Osteuropa, ethnischen Konflikten, Migrationsbewegungen bis hin zu neuen Nord-Süd-Konflikten an der NATO-Südflanke und dem Nahen Osten. Auch die drohende Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen in Ländern und Regionen der Dritten Welt wird als künftiges Risiko angesehen.

Großes Kopfzerbrechen bereitet den NATO-Staaten insbesondere die weitere Entwicklung der Sowjetunion; ihre Lage wird als "unübersichtlich", von einigen NATO-Ländern gar als "explosiv" eingestuft. Trotz der Zusicherung Gorbatschows, die Atomwaffen seien jederzeit unter zentraler Kontrolle, traut die NATO dem Frieden nicht so recht und begründet mit der Existenz eines atomaren Bedrohungs-Restrisikos ihre eigene atomare Abschreckung in Europa.

3. Die NATO und Osteuropa/Sowjetunion

Anfang Oktober schlugen die Außenminister der USA und der BRD ihr in Rom verabschiedetes "Liaison-Konzept" vor. Damit soll die Kooperation zwischen NATO und Osteuropa/der Sowjetunion im Rahmen eines "Nordatlantischen Kooperationsrates" sowie regelmäßiger Außenministertreffen institutionalisiert werden. Vor allem sollen die Beziehungen insbesondere zu den NATO-beitrittswilligen Ländern wie Polen, der CSFR und Ungarn ebenso ausgebaut werden wie zu Bulgarien, Rumänien, den drei baltischen Staaten und der Sowjetunion.

An diesem Punkt treten verschiedene innerimperialistische Widersprüche auf. Zum einen konnte sich die BRD nicht mit der Forderung nach einer langfristig angelegten finanziellen Hilfe für die Sowjetunion durchsetzen, denn alle übrigen NATO-Staaten plädieren mehr für Zurückhaltung und Abwarten angesichts der nur schwer einzuschätzenden weiteren Entwicklung der Sowjetunion und ihrer Republiken. Die NATO vollzog damit nur das, was zuvor bereits die G-7-Staaten signalisierten. Erst müsse klar und konkret erkennbar sein, welche einzelnen Schritte die Sowjetunion und die Republiken, ob im gemeinsamen Verbund oder nicht, in Richtung Marktwirtschaft unternehmen. Hungerhilfen ja - aber darüber hinaus gibt es seitens der westlichen Kreditgeber keine größeren finanziellen Anstrengungen.

Zweitens stieß der "Nordatlantische Kooperationsrat" auf wenig Gegenliebe nicht nur bei den Franzosen; sie befürchten, daß diese institutionalisierte Form der Kooperation im Rahmen der NATO ein Konkurrenzunternehmen gegenüber der KSZE werden könnte. Zwar bekräftigte die NATO, den Ausbau der KSZE-Strukturen zu unterstützen, tatsächlich handelt es sich aber um Parallelinstitutionen, die hier installiert werden.

Offensichtlich ist alles im Fluß und weitgehend unbestimmt, denn unklar bleibt, welche Institution für welche Aufgaben verantwortlich sein soll, wie die Arbeitsteilung zwischen KSZE und NATO- Kooperationsrat aussieht usw. Nur in einem Punkt war man sich in Rom einig: Eine Aufnahme osteuropäischer Staaten in die NATO kommt weiterhin nicht in Betracht.

4. Die neue NATO-Strategie

In Rom wurde die bisher geltende NATO-Strategie aus den sechziger Jahren, bekannt als "flexible Response" und festgehalten im Geheimdokument "MC 14/3", im militärischen Dokument über die "massive retaliation" (massive Vergeltung) und politisch durch den "Harmel-Bericht" aus dem Jahre 1967 über Sicherheit und Entspannung, durch eine neue abgelöst.

Die neue verteidigungspolitische Triade der NATO besteht fortan aus dem klassischen "Erhalt der Verteidigungsfähigkeit", ergänzt durch politische Zielsetzungen des Dialogs und der Kooperationen.

Oberstes NATO-Ziel bleibe die territoriale Unversehrtheit und das Primat, einen potentiellen Angreifer "möglichst weit vorne aufzuhalten" (sog. Vorneverteidigung). Die Präsenz US-amerikanischer Streitkräfte und substrategischer Atomwaffen in Form luftgestützter, flexibler Einheiten werden als "wesentliches politisches und militärisches Bindeglied" zwischen Westeuropa und den USA angesehen, denn nach wie vor böten die US- Atomwaffen die "oberste Garantie" für die Sicherheit der NATO-Verbündeten.

Dem gegenüber werden den britischen und französischen Kernwaffen "eigenständige Abschreckungsfunktionen" zugebilligt. Was den bisher möglichen Ersteinsatz von Atomwaffen anbetrifft, scheiterten die USA und Großbritannien an der vorgeschlagenen Formel der "last resort"- Option, des Atomwaffeneinsatzes als "letztem Mittel", an französischem Widerstand, da Frankreich sich in keiner Weise verbindlich vorschreiben lassen will, wann und wie es eventuell zu Atomwaffen greift.

Hinsichtlich der atomaren Strategie beschloß die NATO in Rom also den Kampf gegen Windmühlenflügel; alles bleibt beim Alten, wenn auch die atomare Abschreckungsfunktion auf niedrigerem Level aufrechterhalten

bleiben soll. In der Praxis spielt das Fortschreiben der alten atomaren Strategie fortan keine Rolle, da schlicht das alte Feindbild abhanden gekommen ist. Politisch von Bedeutung bleibt hingegen die Anerkennung der faktisch führenden militärstrategischen Rolle der USA und ihrer Integration im euro-atlantischen Bündnis.

Von größerer Bedeutung sind die Aussagen über die künftige Rolle der konventionellen NATO-Streitkräfte, deren Umfang und Struktur sich verändern und deren Aufgaben bereits auf dem NATO-Gipfel vom Februar präziser definiert wurden. Danach werden die NATO-Streitkräfte in drei Kategorien unterschieden: den Reaktionsverbänden, die einen "begrenzten Angriff" abfangen sollen, den Hauptverteidigungsstreitkräften, die das Gros der NATO-Potentiale bilden und momentan ohne konkretes Bedrohungsszenario auskommen müssen und den "Verstärkungskräften", die in andere Regionen entsand werden können und auch als Schnelle Eingreiftruppen unter britischem Oberbefehl firmieren - allerdings ohne französische Beteiligung.

Als "Strategie" und zuvor angekündigten "großen Wurf" kann dies alles nicht bezeichnet werden, zumal ein "größerer Konflikt" auf dem europäischen Kontinent als derzeit höchst "unwahrscheinlich" veranschlagt wird. Im wesentlichen konservieren diese Aussagen den alten NATO-Konsens unter neuen geostrategischen Bedingungen, während es über die neuen "Risiken" noch keinen NATO-Konsens gibt: Die im römischen Abschlußkommunique genannte Verbreiterung von Raketen und Massenvernichtungswaffen und Krisenherden nicht nur in Osteuropa und der Sowjetunion, sondern vor allem in Regionen der Dritten Welt. Für letztere fühlt sich die Institution der NATO nach wie vor als nicht zuständig, sondern wird sich - wie im Falle der Irak-Intervention - über die Vereinten Nationen bzw. außerhalb der NATO verständigen.

Insgesamt tragen die NATO-Kompromisse die Handschrift des Übergangs. Der letzte Irak-Krieg hat gezeigt, daß nur die USA zu einer eigenständigen, militärischen Großmachtpolitik fähig ist. Die Entwicklungen in Westeuropa verweisen darauf, daß die USA immer weniger, die EG-Staaten aber noch nicht den militärischen Großmachtstatus besitzen. Dem entspricht auch der durchaus brüchige NATO-Konsens.

D./Westberlin

Im zweiten Teil wird auf die Währungsunion, die EG-"Innenpolitik" und den "Europäischen Wirtschaftsraum" (EWR) näher eingegangen.

27. Georgien 1991: Eingeklemmt zwischen "Monarchie" und "Theokratie"

Rubrik: Nationalismus; Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:19

Am 9.4.1991 hat die ehemalige Sowjetrepublik Georgien ihre Unabhängigkeit erklärt. Schon Monate zuvor, vor allem aber nach dem Abbruch sämtlicher Beziehungen zur Unionsregierung in Moskau hatte sich die wirtschaftliche Lage in Georgien dramatisch verschlechtert. Hinzu kommt, daß sich das Land durch den diktatorischen Regierungsstil des derzeitigen Präsidenten Gamsachurdia mittlerweile am Rande eines Bürgerkriegs befindet. Die Opposition ruft zum Sturz Gamsachurdias auf, und dieser antwortet mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Einsatz der Nationalgarde.

Bereits in AK 332 berichteten wir über Geschichte und Nationalitätenkonflikte in Georgien. Im folgenden Bericht geht es um Hintergründe der Spaltung der georgischen Nationalbewegung und um Ursachen der gegenwärtigen bürgerkriegsähnlichen Situation.

Am 9.4.1989 wurde eine Großdemonstration in Tbilisi für die Unabhängigkeit Georgiens und gegen die Sezessionswünsche der Abchasen (die eine Angliederung Abchasiens an die russische Republik fordern) von Truppen des sowjetischen Innenministeriums blutig zerschlagen. Seitdem ist der Loslösungsprozeß Georgiens aus der Union nicht mehr aufzuhalten. Wo anfangs die georgische Bevölkerung mit der Nationalbewegung und ihrer Forderung nach mehr Selbstbestimmung oder gar Unabhängigkeit lediglich sympathisierte, gibt es nach dem 9.4.89 außer der KP keine relevante Gruppierung mehr, die für den Verbleib in der Union eintritt.

Obwohl bis heute nicht restlos geklärt ist, ob der Befehl zum Truppeneinsatz nun aus Moskau oder aus Tbilisi kam, ist die georgische KP seit dem 9.4.89 in völligen Mißkredit geraten. Sie verlor bis Ende 1990 mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder. Im Frühjahr 1990 wurden der Komsomol, die Betriebspartei- und die Parteigewerkschaftsorganisationen aufgelöst. Sogar der georgische KGB erklärte, daß er in Zukunft alle staatlichen Entscheidungen unterstützen würde, die der Unabhängigkeit Georgiens dienten. Der ideologische Druck auf das noch bis Oktober 1990 von der KP beherrschte Parlament wurde so stark, daß es im März 1990 eine Unabhängigkeitserklärung verabschiedete, in der die Okkupation Georgiens durch die Rote Armee 1921 verurteilt und der Unionsvertrag von 1921 als für Georgien null und nichtig bezeichnet wurde.

Die Nationalbewegung

Die georgische Nationalbewegung, deren einziger gemeinsamer Nenner die Opposition zur KP und die Forderung nach Austritt aus der UdSSR ist, besteht aus einer Vielzahl kleiner Organisationen, die im Klima der Liberalisierung nach 1987 gegründet wurden und wenigen größeren Organisationen, die von einer ehemaligen Dissidentenriege geführt werden, die ihr hohes Ansehen bei der Bevölkerung einer z.T. 30jährigen Opposition (so u.a. bei Swiad Gamsachurdia) gegen die KP verdanken. Unter dem Eindruck der Ereignisse vom 9.4.89 wurde im August 1989 die Zersplitterung der Nationalbewegung durch den Zusammenschluß in einem "Oberkomitee der nationalen Rettung" überwunden.

Die relevanten und politisch tonangebenden Organisationen in diesem Bündnis sind folgende:

- Die Nationaldemokratische Partei (NDP) ist mit ca. 8000 Mitgliedern die stärkste Organisation. Sie lehnt jede Beteiligung an offiziellen sowjetischen Institutionen, auch an Wahlen ab und plädiert für Generalstreik und zivilen Ungehorsam als Mittel, um die Unabhängigkeit zu erzwingen. Die NDP steht für den Flügel der georgischen Nationalbewegung, der zwar auf Integrität des georgischen Territoriums beharrt, aber die bestehenden Autonomien der nationalen Minderheiten zu respektieren verspricht. Im Programm fordert die Nationaldemokratische Partei die Errichtung einer Art Theokratie, das heißt, für die georgische Kirche wird eine führende Rolle eingefordert.

- Die "Gesellschaft des heiligen Ilja des Gerechten" und die "Helsinki-Union" werden von dem derzeitigen Präsidenten Gamsachurdia in Personalunion geführt. Der Name der "Gesellschaft" geht auf den adeligen georgischen Schriftsteller Ilja Tschavtschavadze aus dem 19. Jahrhundert zurück, der als Agitator gegen die vom georgischen Adel bekämpften dürftigen Sozialreformen im Zarenreich auftrat.

Die Helsinki-Union verfügt über ein voluminöses Wirtschaftsprogramm für ein unabhängiges Georgien, dessen Autor ein bei der Weltbank beschäftigter Georgier ist. Er empfiehlt für Georgien eine marktwirtschaftliche Roßkur nach dem Vorbild Polens. Beide Organisationen zeichnen sich durch äußerst straffe innere Strukturen (Fraktionsverbot) aus.

Die Einheit der georgischen Opposition war nur von kurzer Dauer, da Differenzen über den Umgang mit den nationalen Minderheiten und über das Verhältnis zu den anstehenden Wahlen zum Obersten Sowjet Georgiens bald zum Bruch führten. Im November 1989 organisierte Gamsachurdia mit dem Flügel, der eine Integration der nationalen Minderheiten in die georgische Nationalbewegung strikt ablehnt, eine Demonstrationsfahrt von 50.000 Georgiern von Tbilisi nach Cchinvali, um den Anspruch Georgiens auf südossetisches Territorium vor Ort zu bekräftigen. Während dessen liefen die bewaffneten Auseinandersetzungen in Südossetien bereits auf Hochtouren. Zum Glück wurden die Demonstranten an der Grenze von Miliz und Militär gestoppt und zurückverfrachtet.

Diese Provokation und Gamsachurdias Entscheidung für die Teilnahme Georgiens an den Wahlen zum Obersten Sowjet führten dazu, daß sich der Boykottflügel der Nationalbewegung um die NDP zum "Nationalen Forum" zusammenschloß und Gamsachurdia mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen das Wahlbündnis "Runder Tisch - Freies Georgien" gründete.

Der "Runde Tisch" vereinigte die zweifellos reaktionärsten Teile der Nationalbewegung. Zu ihm stießen auch die "Monarchisten", die im Bündnis immerhin die zweitstärkste Organisation darstellen. Sie zeichnen sich durch Mitgliedsverbot für Frauen und den Wunsch nach Restauration der um 1800 abgeschafften georgischen Monarchie aus. Völlig unklar ist dabei, auf welche Dynastie sich bezogen wird, denn zu diesem Zeitpunkt existierte Georgien nicht als territoriale und politische Einheit, sondern bestand aus mehreren Fürstentümern, die im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts dem Zarenreich gewaltsam einverleibt wurden. Dennoch wurde ein angeblich rechtmäßiger Thronfolger vergangenes Jahr von einer georgischen Regierungkommission in Spanien ausfindig gemacht. Der potentielle Thronanwärter lehnte die ihm angebotene Krone allerdings ab. Er ist Autorennfahrer und versprach der Delegation beim Abschied, demnächst einmal Georgien zu besuchen.

Die Wahlen 1990

Nachdem die KP-Regierung den Wahltermin immer wieder erfolgreich hinausgeschoben hatte, zwang ihr der "Runde Tisch" durch einen gut organisierten Eisenbahnerstreik einen endgültigen Termin im Oktober 1990 auf. Bereits im Wahlkampf machte Gamsachurdia den nationalen Minderheiten deutlich, was ihnen im "freien Georgien" blühen würde. Sicherheit im georgischen Staatsverband garantierte er ihnen nur, soweit sie die Interessen des georgischen Volkes nicht verletzten, und vor gemischten Ehen warnte er mit den Worten, sie seien "eine Bedrohung für das Überleben der georgischen Nation".

Bei einer Wahlbeteiligung von 67% erzielte der "Runde Tisch" 54%, die KP knapp 30%. Alle anderen Gruppierungen scheiterten an der 4%-Hürde. Der Achtungserfolg der KP beruht übrigens darauf, daß die nationalen Minderheiten, soweit sie nicht - wie die Südosseten - die Wahl boykottierten, angesichts des bedrohlich erscheinenden nationalistischen Lagers der KP ihre Stimme gaben. In der autonomen Republik Adscharien wurde sie mit 56% stärkste Partei. Der "Runde Tisch" bekam hier nur 24% der Stimmen. Zudem stellte sich die KP mit einem betont nationalen Programm und mit der Warnung vor der Verwilderung der politischen Sitten (Anschläge auf gegnerische Parteibüros und ein Attentat auf den NDP-Vorsitzenden Tschanturia) als Garant von Ruhe und Ordnung dar. In ihrem Wahlmanifest gab sie sich samtweich: "Wir stehen für die Idee eines konstruktiven Realismus. Die georgische Kommunistische Partei stellt ihre Plattform anderen konstruktiven Ideen nicht entgegen. Wir sind bereit, gegenseitig akzeptable Kompromisse mit den meisten radikalen Positionen zu suchen, soweit sie unseren gemeinsamen Zielen, der Stabilisierung der sozialpolitischen Situation, dem Funktionieren der Wirtschaft und der Vermeidung von Anarchie und Chaos nicht widersprechen." Ganz im Sinne der Perestroika beginnt ihr Wirtschaftsprogramm mit einem längeren Traktat über das Zurücktreten des Klassenkampfes angesichts der globalen Menschheitsprobleme.

Der Wahlerfolg des "Runden Tisches" relativiert sich durch die Tatsache, daß der Boykottflügel der Nationalbewegung, das "Nationale Forum", im September 1990 inoffizielle Wahlen zu einem Nationalkongreß abhielt. Das Projekt erwies sich allerdings als eine politische Fehlkalkulation. Zur Wahl stellten sich sowieso nur die Parteien des Boykottflügels, allen voran die NDP, und statt der erhofften Beteiligung der

Bevölkerungsmehrheit gingen nur knapp 50% zu den Urnen. Obwohl der "Nationalkongreß" staatspolitisch bedeutungslos blieb, ist er bis heute die einzig ernstzunehmende Opposition gegen die Regierung Gamsachurdias. Sympathien, aber nur wegen seiner Boykotthaltung, genießt der "Nationalkongreß" bei Mchedroni, einer paramilitärischen Schlägertruppe, die bereits bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in Abchasien und Südossetien auftrat.

Das Profil der Regierung Gamsachurdias

Nachdem Gamsachurdia mit den Stimmen der KP im November 1990 zum Parlamentsvorsitzenden gewählt wurde, folgte eine ganze Kette repressiver und rassistischer Gesetze, die eine Eskalation der Konflikte mit den Minderheiten wie mit der außerparlamentarischen Opposition vorprogrammierten:

- Abschaffung der Autonomie Südossetiens am 11.12.90;

- ein Gesetz über die kommunale Verwaltung unterstellt die Raions (kleinste Verwaltungseinheit) einem Präfekten, der von Gamsachurdia persönlich ernannt wird und der mit quasi diktatorischen politischen und wirtschaftlichen Vollmachten "seinen" Raion wie ein Vizekönig regiert;

- ein Gesetzesprojekt über das Verkaufsverbot von Boden an sogenannte Nichtgeorgier. Wer im Sinne dieses Projektes georgischer Staatsbürger ist, wird derzeit bewußt unklar gelassen. Es wurde allerdings schon eine Version in die Öffentlichkeit lanciert: Nur wer Ahnen nachweisen kann, die bereits vor 1801 in Georgien lebten, soll georgischer Staatsbürger werden können. Abgesehen davon, daß wohl kaum jemand diesen Nachweis wird exakt führen können, dient das Lancieren nur dem Schüren des georgischen Nationalismus. Bitterer Ernst werden solche Projekte, wenn ernsthaft erwogen wird, daß Minderheiten (Armenier, Russen, Aserbaidschaner) sämtliche politischen und Besitzrechte verlieren sollen. Um jede Art von Eigentumserwerb durch sogenannte Nichtgeorgier bis zur gesetzlichen Regelung der Staatsbürgerschaft zu verhindern, bleiben Kolchosen und Staatsbetriebe bis zum Staatsbürgerschaftsgesetz von jeder Privatisierung ausgeschlossen;

- eine ganze Reihe von Publikationen, die nicht auf Regierungslinie liegen, mußten ihr Erscheinen einstellen oder in Nachbarrepubliken gedruckt werden. Zu den Medien hat die Opposition keinen Zugang. Die Presse ist einer rigorosen Zensur unterworfen.

Das unionsweite Referendum vom März 1991, in dem die Unionsregierung in Moskau über den Erhalt der UdSSR abstimmen ließ, wurde von Georgien boykottiert. Dafür fand im April 1991 bei 95%iger Wahlbeteiligung ein Referendum zur Frage der Unabhängigkeit in Georgien statt, bei dem sich nahezu 99% für den Unionsaustritt aussprachen. Tatsächlich scheinen Drohungen Gamsachurdias im Vorfeld des Referendums, nur ein klares Votum seitens der Minderheiten für ein unabhängiges Georgien rechtfertige die Erlangung der georgischen Staatsbürgerschaft, gefruchtet zu haben.

Ganz ähnlich ist die Direktwahl vom 14.4.1991 einzuschätzen, wo 86% für Gamsachurdia als Präsidenten stimmten. Auch für Sympathisanten der Opposition ist er augenscheinlich, trotz aller Kritik, der geeignete Repräsentant des Übergangs in die Unabhängigkeit. Die politische Atmosphäre im ersten Jahr der Regierung Gamsachurdia ist geprägt von einem lächerlichen Personenkult um den Präsidenten. Seine mittlerweile eingebürgerte Bezeichnung als "Führer" oder "Vater der Nation" weckt Assoziationen mit dem Stalinkult und wird von der regierungstreuen Presse mit der täglichen Abbildung des "Führers" auf den Titelseiten begleitet. Politische Gegner werden in Anlehnung an die Rhetorik Gamsachurdias wahlweise als Banditen, KGB-Agenten oder Kriminelle bezeichnet.

Ein Teil der Ex-KP-Funktionäre, dem früh genug der Absprung ins nationalistische Lager gelungen ist, exekutiert heute für Gamsachurdia die politische Macht. Der KGB, umbenannt in "Abteilung für nationale Sicherheit", wird vom früheren KGB-Chef Chatiaschvili geleitet, der heute politische Gegner als "KGB-Agenten" bezeichnet.

Der stellvertretende Parlamentsvorsitzende ist der ehemalige Zensor der Hauptverwaltung für Literatur, Akakii Asantiani.

Konflikte in Adscharien und Südossetien

Die repressive Linie gegenüber der außerparlamentarischen Opposition wird durch ein Wechselspiel von Drohungen und halben Zugeständnissen in der Nationalitätenpolitik begleitet.

Nachdem in Adscharien im Frühjahr 1991 Gerüchte umgingen, Gamsachurdia wolle die Autonomie der adscharischen Republik abschaffen, kam es am 22.4.1991 in Batum, der Hauptstadt Adschariens, zu Demonstrationen von Tausenden von Arbeitern, die durch das Abspielen der Hymnen der UdSSR und der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien zeigten, was sie gegenüber der Politik des "Runden Tisches" zu verteidigen haben. Eine zentrale Rolle spielt in der Verteidigung der Autonomie der Protest gegen die Christianisierungskampagne der Regierung in Tbilisi, unter deren zentralem Slogan "Für ein christliches und unabhängiges Georgien" wurden bereits eine Reihe von Moscheen in Kirchen umgewandelt.

Gamsachurdia erklärte, ein Referendum über die Autonomiefrage abhalten zu wollen und beschimpfte die Demonstranten gleichzeitig als "Agenten des Kreml". Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet Adschariens erhielt der "Runde Tisch" 40% aller Parlamentssitze, die KP nur 13%. Gegenüber dem Pro-Autonomie-Block (KP, Wahlblock Adscharien und Unabhängige) im Parlament befindet sich der "Runde Tisch" zwar in der Minderheit, hat aber im Vergleich zu den Wahlen vom letzten Oktober bedeutend Terrain auf Kosten der KP gewonnen. Mit 40% hat ein großer Teil der Bevölkerung diesmal die Wahlen boykottiert. Das schlechte Abschneiden der KP ist offensichtlich eine Quittung für ihre loyale Haltung gegenüber Gamsachurdia.

In Südossetien setzt der "Runde Tisch" eindeutig auf die Politik der Eskalation. Die Aggression gegen die Osseten wird u.a. damit begründet, daß die Sympathie der Osseten für die Bolschewiki bereits 1921 zur Sowjetisierung beigetragen habe. Tatsächlich war die südossetische Minderheit damals ein festes Standbein der Bolschewiken im menschewistischen Georgien, und die 1920 erfolgte Vertreibung von 20.000 Südosseten durch die knüppelharte Aufstandsbekämpfung der georgischen Armee scheint sich heute - nach 70 Jahren - zu wiederholen. Jedenfalls war die Beziehung zwischen Georgien und Südossetien in den vergangenen 70 Jahren nie spannungsfrei, und die heute erhobene Forderung nach Vereinigung mit Nordossetien in der RSFSR wurde auch 1925 schon laut. Neben dem Assimilationsdruck, dem sich die Südosseten nicht erst seit der Regierung Gamsachurdia ausgesetzt sehen, spielt auch die soziale und ökonomische Benachteiligung dieses Berggebietes durch die Industrie- und Landwirtschaftspolitik der Planungsorgane in Tbilisi eine Rolle.

Als Truppen des georgischen Innenministeriums, die seit 1989 in Südossetien präsent sind und sich dort Dauerscharmützel mit bewaffneten Anhängern der südossetischen Volksfront liefern, dem Dekret Gamsachurdias über die Aufhebung der Autonomie Südossetiens militant Nachdruck verschafften, rief der Bezirkssowjet in Cchinvali Moskau um Hilfe. Die Truppen des sowjetischen Innenministeriums brachten zwar keine Konfliktberuhigung, vereitelten aber das Ziel der Regierung in Tbilisi, das Gebiet unter ihre Kontrolle zu bekommen. Seit Februar 1991 sind sämtliche Kraftwerksleitungen und seit Sommer alle Versorgungstransporte nach Südossetien eingestellt. Die katastrophale Versorgungssituation führte zur Flucht der Osseten nach Norden und der Georgier nach Süden. Cchinvali hat bereits die Hälfte seiner Einwohner eingebüßt. Da abzusehen ist, daß in Kürze die Truppen des Unionsinnenministeriums abgezogen werden, spricht alles dafür, daß die Regierung Gamsachurdia durch ein "Südossetien ohne Osseten" unumkehrbare Fakten schaffen wird.

Am Rande des Bürgerkrieges

Am 15.8.91 wurde Tschanturia, Vorsitzender der NDP und Sprecher des "Nationalkongresses" verhaftet. Er ist wegen seiner deftigen Kritik dem Regime Gamsachurdias (das er mal als faschistisch, mal als stalinistisch tituliert) ein Dorn im Auge. Anlaß seiner Verhaftung war ein geplantes Gespräch mit US-Vertretern in Moskau. Obwohl er kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, rief seine Verhaftung zum erstenmal einen Eklat im Regierungslager hervor. Außenminister Chostaria und Ministerpräsident Singua, bisher loyale Parteigänger Gamsachurdias, protestierten gegen die Verhaftung und wurden entlassen. Beide wechselten schnurstracks ins Lager der außerparlamentarischen Opposition. Für diese waren die offensichtlichen Differenzen im Regierungslager ein Signal zum aktiven Widerstand. Möglicherweise spielte auch die Haltung Gamsachurdias gegenüber dem Putsch vom 19.-21.8.91 in Moskau eine Rolle für den offenen Widerstand der Opposition: Die georgische Presse ließ alle Kommuniques der Putschisten nachdrucken, Gamsachurdia verfügte die zeitweilige Verschickung der Nationalgarde zu "Übungszwecken" in den Kaukasus und verhängte ein mehrtägiges Demonstrationsverbot. Als am 26.8.91 Jelzin das Betätigungsverbot für die KPdSU erließ, langte auch Gamsachurdia zu und untersagte der KP jede politische Tätigkeit in Georgien.

Am 2.9.91 organisierte die NDP eine Demonstration von 2.000 Mitgliedern, auf der Demokratie und Reformen (Zugang der Opposition zu den Medien, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, Wirtschaftsreformen und

Privatisierung, Neuwahlen und Rücktritt Gamsachurdias) gefordert wurden. Die Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst, zahlreiche Teilnehmer durch Schüsse verletzt. Dennoch ist der Einschüchterungseffekt gering. Im Gegenteil: Der Widerstand eskaliert.

Ermutigend wirkt auf die Opposition in der "Übergangsdiktatur" der wachsende Unmut in Teilen der Bevölkerung über die sich rasant verschlechternde Versorgungslage. Immerhin lag in den letzten 15 Jahren der Lebensstandard in Georgien über dem Durchschnitt der UdSSR. Die wichtigsten Grundnahrungsmittel sind nur noch auf Bezugsschein erhältlich, und wegen ausfallender Stromlieferungen aus der RSFSR mußten die meisten größeren Industriebetriebe geschlossen werden. Bereits im Januar 1991 wurden 60.000 Arbeitslose gezählt. Der radikale Abbruch aller Beziehungen zur Unionsregierung war keineswegs begleitet von einem synchron verlaufenden Aufbau bilateraler Beziehungen mit den einzelnen Republiken.

Bis zum 6.9.91 wuchsen die Demonstrationen in Tbilisi auf mehr als 15.000 Teilnehmer an. Weil ihr die Basis in der Hauptstadt den Konsens aufgekündigt hat, karrt die Regierung nun ihre Anhänger als Gegendemonstranten aus der Provinz in die Hauptstadt. Gleich mehrere Niederlagen mußte Gamsachurdia einstecken:

- Am 15.9.91 verließen während einer Parlamentsdebatte 40 Abgeordnete aus Protest gegen die von Gamsachurdia geforderten Repressionen gegenüber der Opposition den Saal. Die 40 Abgeordneten schlossen sich der außerparlamentarischen Opposition an.

- Gleichzeitig liefen 250 Mann der Nationalgarde (die seit dem Frühjahr quasi als Embryo einer künftigen georgischen Armee aufgebaut wird) zur Opposition über.

- Der aus Verhaftungswellen in Abchasien berüchtigte Staatsanwalt Rasnadze weigerte sich, die Anordnung des Präsidenten zu einer erneuten Verhaftung Tschanturias zu befolgen.

Nachdem auch noch eine von Gamsachurdia zur Opposition geschickte Verhandlungsdelegation geschlossen zur Opposition übergelaufen war, riskierte diese einen entscheidenden Schritt und besetzte unter dem Schutz verbündeter Nationalgardisten das Fernsehzentrum der Hauptstadt. Ihr Ziel, damit auch den Widerstand in der Provinz zu wecken und neue Brüche im Regierungslager zu erzeugen, erreichte sie nicht. Der Widerstand blieb im wesentlichen auf Tbilisi beschränkt. Immer mehr Anhänger Gamsachurdias aus der Provinz und Einheiten der Nationalgarde rückten in die Hauptstadt ein, so daß die Opposition unter dem Druck einer drohenden Erstürmung das Fernsehzentrum räumte. Die mit ihr verbündeten Teile der Nationalgarde verließen Tbilisi.

Obwohl am 7. Oktober die Auseinandersetzungen erneut eskalierten, sitzt Gamsachurdia fest im Sattel. Teile der Opposition haben bereits von der Forderung nach seinem Rücktritt Abstand genommen.

Der Mythos der Nationalbewegung

Nationalbewußtsein als Voraussetzung für den heute überbordenden Nationalchauvinismus ist in Georgien - und das gilt ebenso für die beiden transkaukasischen Nachbarrepubliken - im positiven Sinne ein Produkt von 70 Jahren Sowjetmacht. Das heißt: Nationalbewußtsein ist nicht Resultat des Widerstandes gegen eine unterstellte "Russifizierung" (die es in Georgien nie ernsthaft gegeben hat) oder gar "Kolonialisierung", sondern eigenstes Resultat der sowjetischen Nationalitätenpolitik und der sogenannten "Modernisierung" (Urbanisierung, Industrialisierung, Säkularisierung) ehemals feudaler, kaum vom Kapitalismus ernsthaft berührter Randgebiete des zaristischen Kolonialreiches.

Um die Jahrhundertwende war Tbilisi eine Stadt mit russischer und armenischer Bevölkerungsmehrheit, der georgische Adel pflegte friedliche Koexistenz zur zaristischen Selbstherrschaft, die Bourgeoisie war hauptsächlich armenisch und die kleine Arbeiterklasse georgisch und armenisch. Die Bauernschaft war in hohem Maße empfänglich für die sozialdemokratische Forderung nach einer Landreform, für nationalistische Ziele aber kaum zu mobilisieren. Träger nationaler Ideologie war nur - soweit sie nicht sozialdemokratisch war - die dünne Schicht der georgischen Intelligenz.

Mit der Gründung der UdSSR 1922 entstand auch der Nationalstaat Georgien. Dies ist insofern ein Novum, da es in der Geschichte zwar zeitweise einen georgischen Einheitsstaat gegeben hat, aber keine georgische Nation.

Eine lupenrein georgische Elite steht heute an der Spitze von Staat, Wirtschaft und Bildungssektor. Angehörige anderer Nationalitäten sind darin kaum zu finden. Die national-territoriale Gliederung, den hierarchischen Aufbau der UdSSR (Union - Republik - Autonome Republik - autonomer Bezirk) und vor allem aber die Mißachtung der eigenen, der leninschen Nationalitätenpolitik haben dazu geführt, daß für viele nationale Minderheiten die Lebensbedingungen innerhalb des Territoriums der Titularnation schier unerträglich geworden sind.

Nach 1921 erfuhr Georgien eine forcierte Förderung und Ausbreitung nationalspezifischer Diskurse. Im Gefolge von Alphabetisierung und Zerschlagung der patriarchalischen Dorfstrukturen wurden georgische Sprache, Schrift, Literatur, Kunst, Geschichte etc. aus der Versenkung geholt. 1917 war die georgische Sprache nur noch in Form von Dialekten eine Umgangssprache der Landbevölkerung, während in den Städten und im Staatsapparat das Russische dominierte. Die transkaukasischen Republiken hatten seit Gründung der Union das einzigartige Recht, daß die Sprache der Titularnation auch gleichzeitig Staatssprache (damit dem Russischen als Verkehrssprache übergeordnet) ist, sieht man von der Russischen Föderation einmal ab.

Die Mythen, die die georgische Nationalbewegung um die georgische Geschichte rankt (Verherrlichung der Feudalepoche vor 1801 als Periode der Freiheit, Verklärung autoritärer Herrschaftsstrukturen von Monarchie und Klerus als originärem Wesen des georgischen Nationalcharakters) setzen sich fort in einer politisch tendenziösen und rassistischen Beschreibung der Geschichte der nationalen Minderheiten in Georgien. Es wird eine zeitliche Abfolge konstruiert, welches Volk zuerst in einem bestimmten Territorium siedelte bzw. einwanderte. Aus dieser zeitlichen Folge wird in der georgischen Geschichtssicht eine rechtlich-politische Rangfolge hergeleitet, also die Unterordnung, der geringe Rechtsstatus, letztlich sogar die kulturelle Minderwertigkeit nichtgeorgischer Bewohner der Republik abgeleitet.

Die von der Nationalbewegung in Gang gesetzte Überfremdungsphobie warnt davor, daß die Georgier im eigenen Land bald in die Minderheit geraten könnten. Die Ursache dafür sei der Kinderreichtum der muslimischen Minderheiten und die auf Zerstörung der georgischen Nation gerichtete Förderung der Einwanderung von Nichtgeorgiern durch sowjetische Stellen.

Die Nationalbewegung Georgiens, die aus zwei konkurrierenden Varianten eines nur graduell differenten Nationalchauvinismus besteht, hat es verstanden, das georgische Nationalbewußtsein zu verbinden mit einer konservativ-autoritären und rassistischen Ideologie, die ihren Nährboden in den Ereignissen vom 9.4.1989 hat. Die brutale Militärstiefelpolitik der Moskauer Zentrale hat zu dieser Verbindung das ihrige beigetragen.

AKE

28. Ungarn, CSFR, Bulgarien, Rumänien: Heimkehr nach Europa

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:05

Von Hannes Hofbauer

Die Heimkehr nach Europa. Wechselnde Funkbilder mit immer wieder derselben Bildunterschrift. Als im Mai 1989 ein Dutzend ungarische Zöllner die ersten Meter des "Eisernen Vorhangs" mit kraftvollen Zangen durchschnitten, hieß es: Heimkehr nach Europa. Als zu Weihnachten 1989 Nicolaie und Elena Ceausescu per Genickschuß zur Strecke gebracht wurden, hieß es: Heimkehr nach Europa. Als sich zwischen Oktober 1989 und August 1991 der Reihe nach die ungarische, polnische, rumänische, bulgarische, tschechische und sowjetische kommunistische Partei selbst auflösten bzw. die Bezeichnung "kommunistisch" abstreiften, hieß es jedesmal aufs neue: Heimkehr nach Europa.

40 Jahre lang, so der Tenor westeuropäischer Kommentatoren und Politiker, habe zwischen Warschau, Sofia und Budapest asiatische Despotie geherrscht. Mit der Wende des Jahres 1989 kehrte Osteuropa in die europäische Staatenfamilie zurück.

Worauf bezieht sich nun diese propagandistisch vielfach ausgeschlachtete "Heimkehr"? Wohin kehrt Osteuropa nach einer Generation Rote Armee, Kommunismus und Unfreiheit zurück? Oder anders gefragt: Woher kam es? Welchem Europa ging der Osten "verloren"? Ist das unmittelbare Nachkriegseuropa gemeint, als zwar in der Tschechoslowakei und Ungarn die Rote Armee bereits im Lande war, die Kommunisten aber noch nicht an der Macht? Als auch im übrigen Europa Hunger herrschte und je nach alliierter Zone amerikanische oder russische Erbsen von Lastkraftwagen herab verteilt wurden? Stellt diese kurze Epoche zwischen 1945 und 1948 jenes Zuhause dar, dem die Tschechen, Slowaken und Ungarn durch 40 Jahre entfremdet wurden? Wohl kaum.

Ist gar die Zeit davor gemeint, als die Faschisten zwischen Rom, Wien, Berlin, Zagreb, Bratislava und Budapest gemeinsame Sache gegen den Rest der Welt machten? Sicherlich auch nicht.

Also die 30er Jahre? Der Putschgeneral Pilsudski in Polen, Horthy in Ungarn, der autoritäre Zarismus in Bulgarien, der von den Nationalsozialisten eingesetzte König Carol II. in Rumänien, Dollfuß in Österreich, Hitler in Deutschland. Soll der Trennungsstrich, den die kommunistischen Regierungen zu jenem Jahrzehnt gemacht haben, mit der "Heim-ins-Reich"- Ideologie beseitigt werden? Auch für diese Tradition getraut sich heute wohl kaum noch jemand einzustehen.

Und die soziale Aufbruchstimmung nach dem Ersten Weltkrieg? Rätebewegungen in Estland, Petrograd, München, Wien, Budapest, Agrarkommunisten in Sofia. Begreift sich das neue Ungarn als Rückkehrer in ein Europa, das sich solchen Traditionen verpflichtet fühlt, antimonarchistisch und sozialistisch? Dieser Gedanke würde eher als Provokation empfunden werden denn als ernstgemeinte Frage.

Also der Kriegsallianz zwischen Kaiser Franz-Joseph und Kaiser Wilhelm historisch verpflichtet? Stützt sich die "Heimkehr"-These auf jene vier Jahre imperialistisches Völkermorden? Auch das - Fehlanzeige.

Bei Licht besehen, entbehrt somit die Floskel von der "Heimkehr" jeder historischen Dimension. Es existierte schlicht und einfach nicht, jenes idealisierte Europa, aus dem der Osten zwischen 1944 und 1948 gewaltsam herausgerissen wurde. Da gab es keine Menschenrechte, nichts Demokratisches oder Freies, dessen ungebrochene Tradition heute fortgesetzt werden könnte. Die immer wieder zitierte friedliche "europäische Staatenfamilie" entpuppt sich als Mythos.

Wohin der Osten heute zurückkehrt, ist in ein imperialistisches, kriegerisches, von Rassismus, Nationalismen und sozialen Gegensätzen gebeuteltes Europa. So gesehen, ist es tatsächlich eine Heimkehr, die 1989 stattgefunden hat.

Die "2. Welt", hat es sie gegeben?

Der Wiedereintritt in dieses so charakterisierte Westeuropa markiert auch das Ende der Dissoziation Osteuropas vom Weltmarkt, die freilich nie kompromißlos stattgefunden hat und die bereits in früheren Jahrzehnten immer wieder aufgebrochen wurde. Dissoziation als wissenschaftlicher Sammelbegriff für Abschottung, Isolation und Protektionismus hat einen weithin negativen Klang in den von (Neo-)Liberalen und Keynesianern dominierten Wirtschaftswissenschaften. Nur im Weltmarkt liege die Kraft, die international konkurrenzfähig mache, sagen die (Neo-)Liberalen; nur der Weltmarkt erzeuge soviel Nachfrage, daß Waren und Wohlstand für alle zur Verfügung stünden, antworten die Keynes-Jünger und wähnen sich damit in Opposition zum angebotsorientierten Liberalismus. Integration in den kapitalistischen Weltmarkt bedeutet für eine Region, daß der ökonomischen Rationalität eine stabile politische Kontrolle über die gesellschaftlichen Verhältnisse beigestellt wird. Investitionen und diverse Geschäfte finden unter gesicherten politischen Rahmenbedingungen statt. Im Falle Westeuropas hieß das Ziel nach 1945: Soziale Befriedung einer Mehrheit der Arbeiter/innen und Konsument/inn/en.

Jenseits der wirtschaftlichen Zentralräume sind Wohlstandsmodelle ökonomisch nicht leistbar. Dort desintegriert der Weltmarkt die Regionen und Kontinente, die seit Beginn des expansiven europäischen Imperialismus vor 400 Jahren peripherisiert wurden. Die alte Weisheit aus den 70 Jahren hat nach wie vor ihre Gültigkeit: Der Wohlstand in den Zentren basiert auf dem Nicht-Wohlstand, auf der Armut der Peripherie. Während also wirtschaftliche Kreisläufe unter politischer Hegemonie der Bourgeoisie das Zentrum integrieren, desintegrieren dieselben wirtschaftlichen Kreisläufe unter instabilen politischen Bedingungen die Peripherie.

Die Sowjetunion und ihre - Satelliten genannten - RGW-Partner haben Ende der 40er Jahre versucht, sich der Desintegration durch wirtschaftliche Abkoppelung zu entziehen. Sie hatten ohnedies keine andere Wahl. Dieses dissoziative Modell unterschied sich vom Entwicklungsweg desintegrierter Peripherien durch die politische Kontrolle, die der Ostblock unter der - mittlerweile aufgelösten - KPdSU über seine wirtschaftlichen Pläne besaß, oder besser gesagt: besitzen wollte. Denn gänzliche Abschottung gegenüber der Rationalität des Weltmarktes war unmöglich, was sich spätestens Ende der 60er Jahre herausstellen sollte.

1945 war ein historischer Bruch. Den Krieg beendet, konnte mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Die Strategie der Eliten im Weltmarkt hieß Integration Westeuropas und Desintegration der von der Roten Armee besetzt gehaltenen Gebiete. Erst als Reaktion darauf entwickelte die Sowjetunion ein dissoziatives ökonomisches Modell für Osteuropa. Damit sollte dem bereits vor dem Marshallplan einsetzenden Boykott des osteuropäischen Wirtschaftsraumes entgegengewirkt werden. Die vom Westen unter der Ägide der USA festgelegten COCOM-Listen verbaten ab 1947 den Export strategisch wichtiger Waren in den Osten. Was strategisch wichtig war, wurde mehrmals jährlich auf geheimen, die jeweiligen Parlamente umgehenden Sitzungen von der US-Administration neu dekretiert. Metallverarbeitende Maschinen, chemische Ausrüstung, elektrische Geräte, damals neu entwickeltes Plastik ... für all das mußte Osteuropa die verhinderten Importe substituieren, eigene Produktion an die Stelle der technologisch Fortgeschritteneren aus dem Westen setzen.

Die Alternative zur dissoziativen, auf den RGW-Markt konzentrierten Entwicklung hieß und heißt auch heute nicht Integration, sondern Desintegration in den Weltmarkt - Peripherisierung. Die wirtschaftliche Abkoppelung Osteuropas vom Weltmarkt nach 1945 war eine Reaktion auf den multilateral funktionierenden Integrationsprozeß im Westen, der gleichzeitig den Osten mit Wirtschaftsembargo belegte. So gesehen war die später unter propagandistischer Führung der UdSSR zur Ideologie erhobene Isolationspolitik ursächlich vom Westen - genauer: von der Washingtoner ERP-Verwaltung - mitverursacht. Zwar bestätigte dieses Abgekoppelt-Werden den peripheren Status der Länder Osteuropas im Weltsystem, das Abgekoppelt-Sein schien hingegen neue wirtschafts- und sozialpolitische Möglichkeiten zu eröffnen. Die damalige politische Eigenständigkeit der osteuropäischen Weltregion unterscheidet diese ganz wesentlich von anderen Peripherien des kapitalistischen Weltsystems.

Bis etwa Mitte der 60er Jahre war die Logik des Wiederaufbaus im Osten mit der westeuropäischen Wirtschaftsdynamik nicht kompatibel; vor allem deshalb, weil es der Westen war, der via Marshallplan und COCOM die Rollos herunterließ. Jeder ERP-Kredit, den die Westzone Deutschlands, Österreich, Italien etc. erhielten, war an die Auflage gebunden, damit kein Produkt herzustellen, das auf welchem Umwegen auch immer in den Osten Europas gelangen könnte.

Das Beispiel des damals in vier alliierte Zonen geteilten Österreichs, das zwischen 1948 und 1952 etwas weniger als 1 Mrd. US-Dollar an Marshallplan-Geldern erhielt, zeigt diesen Desintegrationsmechanismus

deutlich. Das westliche Bundesland Salzburg bekam - pro Kopf der Industriebeschäftigten gerechnet - zwölf Mal so viel Marshallplan-Gelder wie das von der Roten Armee besetzte Niederösterreich; auch die anderen von Westalliierten besetzten Bundesländer bekamen ein Vielfaches jener Summe aus dem ERP-Topf, die im Osten Österreichs an Krediten und Hilfe vergeben wurde. Das ehemals industrielle Kernland im Süden Wiens wurde damals vom Westen ausgehungert, für das heutige West-Ostgefälle innerhalb der Alpenrepublik legte der Marshallplan die schiefe Ebene.

Die Bindung des Marshallplanes an die COCOM-Embargobestimmungen ließ dem kommunistischen Osteuropa keine andere Alternative als eine isolationistische Politik. Im Gegensatz zur Peripherisierung à la Lateinamerika, Afrika und Asien stand die Stalinsche Dissoziation unter eigener politischer Kontrolle. Das heißt, die Sowjetunion kontrollierte den unter ihrer Führung dissoziierten Osten Europas. Innerhalb des RGW war die politische und militärische Macht aus Moskau allgegenwärtig, die wirtschaftlichen Konzepte orientierten allerdings auf die nachholende Entwicklung des einzelnen Nationalstaates. Der RGW bildete nur eine lose Klammer zwischen den Staaten - im Gegensatz zu den Europäischen Gemeinschaften, in denen die supranationale ökonomische Integration rasch voranschritt.

Im RGW-Raum herrschte das Primat der Politik. Politische Entscheidungsträger waren die kommunistischen Parteien - verantwortlich für ein Geschehen, das sie zum Großteil nicht verursacht, sondern bloß veranlaßt hatten. Zum Beispiel den Bau des vielgehaßten "Eisernen Vorhangs". Dieser wurde notwendig, als die ökonomischen Entwicklungsunterschiede zwischen West- und Osteuropa soweit auseinander zu klaffen begannen, daß Ost-Fachkräfte und Ost-Ressourcen sich unweigerlich auf den Weg Richtung Westen gemacht hätten, um dort höhere Löhne bzw. Preise zu erzielen. Der Integra- tionsmechanismus des Marshallplans heute die Vorkriegszentren nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges wiederum zu Zentren auf, während es dem Stalinschen Isolationismus nicht gelang, die bereits lange vor 1945 peripherisierten Regionen an die ökonomischen und sozialen Kapazitäten des westeuropäischen Zentralraumes heranzuführen. Der Marshallplan diente also zur Integration Westeuropas und zur Desintegration Osteuropas. Was vor dem Krieg Peripherie war, blieb auch nach dem Wiederaufbau ökonomisches Randgebiet.

Sozialismus als Projekt ökonomischer Modernisierung ist gescheitert

Der gescheiterte osteuropäische Entwicklungsweg hieß: Sozialismus als Triebfeder ökonomischer Modernisierung. Zugeschnitten war dieses von der Sowjetunion betriebene Projekt auf die vor 1945 wenig entwickelten Agrarkolonien Ungarn, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und weite Teile Polens. Böhmen und Mähren sowie der Osten Deutschlands waren von Anfang an die wirtschaftlichen Verlierer der versuchten Modernisierung. Vor allem in den böhmischen Ländern stand eine hochentwickelte Industrie, die auch im Westen konkurrenzfähig war. Der Frontlinie nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist es geschuldet, daß Prag und Brünn einem Modernisierungsprojekt zugeschlagen wurden, das seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht entsprochen hat.

Im übrigen europäischen Osten war der Realsozialismus der Versuch, den Entwicklungsvorsprung der kapitalistischen Zentrumsländer durch staatsgelenkte ökonomische Modernisierung aufzuholen und gleichzeitig die Gesellschaft sozial zu befrieden. Die in Westeuropa bereits hundert Jahre zuvor durch bürgerliche Revolutionen eingeleitete Dynamisierung der Wirtschaft sollte in Osteuropa mittels "Entwicklungsdiktaturen" imitiert werden. Das Ziel der staatsgelenkten Industrialisierung bestand darin, westlich-kapitalistische Wachstumsmuster zu kopieren. Die Dissoziation kam in dieser Strategie die Funktion eines protektionistischen Wirtschaftsförderungsinstruments zu. (Der Versuch nachholender Entwicklung war vom Bestreben gekennzeichnet, in dem kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten gehorchenden Weltsystem einige Stufen in der Staatenhierarchie nach oben zu steigen. Innerhalb der bestehenden internationalen Arbeitsteilung war dieser Versuch allerdings - unabhängig vom System der internen Verteilung, also dem Anspruch auf Sozialismus - zum Scheitern verurteilt. Ebensowenig wie die allermeisten Entwicklungsstrategien von westlich orientierten Staaten der "Dritten Welt" barg die realsozialistische Variante nachholender Entwicklung die Möglichkeit, die schon in den Jahrhunderten zuvor herausgebildeten peripheren Strukturmerkmale zu überwinden.)

Die Konzentration der Kräfte auf nationale Entwicklung innerhalb eines auf das bilaterale Tauschgeschäft ausgerichteten RGW-Raumes war überhaupt nur möglich gewesen, weil der westeuropäische Zentralraum nach 1945 mit dem eigenen Wiederaufbau so beschäftigt war, daß seine Embargopolitik gegen Osten einer

Abkoppelung gleichkam; das Zentrum dissoziierte sich nach merkantilistischem Muster in dieser Phase selbst vom Rest der Welt. Die so im Osten Europas - wie auch in der "Dritten Welt" - entstandene Atempause wurde für wirtschafts- und sozialpolitische Experimente genutzt. Agrarreform, Importsubstitution und Protektionismus ermöglichten im Osten insgesamt eine nachholende Entwicklungsphase.

Für Ungarn, Rumänien und Bulgarien bedeutete dies, daß ihre ökonomischen Funktion als Agrarkolonie nun, nach dem zweiten Weltkrieg, überwunden werden konnte - Rumänien mußte zur Erreichung dieses Status gegen sowjetische Pläne zur fortgesetzten Agrarisierung des Landes kämpfen - und daß sie mittels RGW-Hilfe einen Industrialisierungsschub erlebten. Die Anbindung an den riesigen RGW-Markt eröffnete diesen Ländern bislang unbekannte Produktionsdimensionen. Nach dem Gürtel-enger- Schnallen der 50er Jahre gelang es schließlich in den 60er Jahren in vergleichsweise bescheidenem Umfang, eine Politik der Kaufkraftentwicklung umzusetzen, die z.B. in Ungarn bis heute den Namen des zuständigen Partei- und Staatschefs trägt: Kadarismus. Finanziert sollten die dafür notwendigen Reformen mittels damals billiger Kredite aus dem Westen werden. Wie sehr man sich dabei verschätzte, zeigt die ökonomische Bankrotterklärung Ungarns, das spätestens seit 1982 als wenig hoffnungsvoller Sanierungsfall des Internationalen Währungsfonds gilt. Die Schuldenfalle war zugeschnappt.

Diese Schuldenfalle stand am Ende einer Reformpolitik, die die meisten Länder des Ostblocks in der zweiten Hälfte der 60er Jahre hoffnungsvoll begonnen hatten. Zu diesem Zeitpunkt war in Westeuropa der Wiederaufbau weitgehend abgeschlossen, daran beteiligtes Kapital ging nun international auf Anlagesuche. Geld war also damals billig zu haben, was viele Ökonomien in Osteuropa und in der "Dritten Welt" zur Aufnahme von Krediten veranlaßte. Vor allem Kadars Ungarn und Giereks Polen, später auch Rumänien, setzten auf Westkredite und planten so einen technologischen Sprung vorwärts.

Geplant war eine Reform zur Dynamisierung der bislang auf rein quantitatives Wachstum angelegten Landwirtschaft. Produktivität sollte durch die Gewährung von Unternehmensautonomie gesteigert werden. Diese große Reformwelle hatte in den einzelnen Ländern unterschiedliche Ausprägungen. In Ungarn und Polen beschränkte sie sich unter Kadar und Gierek - relativ erfolgreich - auf rein wirtschaftliche Belange, die CSSR versuchte, der wirtschaftlichen Liberalisierung eine politische folgen zu lassen, was im Fiasko der Niederschlagung des Prager Frühlings endete. Die rumänische Öffnung bewirkte weniger eine Zurückdrängung des starren administrativen Lenkungsmechanismus, als vielmehr die Einladung an ausländische Unternehmen, risikolose Fertigungen in Billiglohnsektoren durchführen zu lassen. Wie der bulgarische war auch der rumänische Modernisierungsprozeß Ende der 60er Jahre nicht so weit fortgeschritten, daß ein Übergang von einem qualitativen zu einem quantitativen Wachstum, und damit eine teilweise Lockerung der zentralen Planung sinnvoll erschien. Ganz andere Wege ging die DDR. Dort wurden 1971/72 die letzten bis dahin noch privaten Mittelbetriebe verstaatlicht. Als heimliches EG-Mitglied galten für Berlin andere Wirtschaftsgesetze als für den übrigen RGW.

Die zum guten Teil mit Westkrediten finanzierte Reform scheiterte. Das lag einerseits an der Verlockung, Geborgtes für Konsum und somit als Mittel der sozialen Befriedung einzusetzen und andererseits an der Unerreichbarkeit westlich fortgeschrittener Technologien, die durch die weiterhin bestehenden COCOM-Barrieren unzugänglich blieben. Zudem wurde selbst die einmal gekaufte Technologie wenig effizient eingesetzt. Volkswirtschaftlich teuer kamen die aufgeblähten bürokratischen Apparate, deren Desorganisation und Ziellosigkeit auf die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft zunehmend kafkaesk wirkten. Wirtschaftliche Substanz kosteten den osteuropäischen Ökonomien die geänderten Terms of Trade mit der Sowjetunion. Das - vorübergehende - Ansteigen des Welterdölpreises Anfang der 70er Jahre veranlaßte mit einiger Verspätung auch die UdSSR, ihr auf Transferrubelbasis getauschtes Öl im Verhältnis zu den Industrieprodukten aus Polen, der CSSR, der DDR und Ungarn zu verteuern. Es war nicht ihre ökonomische Macht, die ihr das erlaubte, sondern ihre militärische. Für Osteuropa, das einen überwiegenden Teil seines Außenhandels mit der Sowjetunion abwickelte, hieß das, die marode sowjetische Ökonomie indirekt mitzufinanzieren. Jeder Dollar und jede DM, die als kreditiertes Geld in die Verbesserung der Industrieproduktion investiert wurden, verloren im fertigen Produkt - auf dem Weg Richtung Moskau, Kiew oder Wladiwostok - an Wert. Bei seinen Handelsbeziehungen mit dem Westen wiederum sah sich Osteuropa, das dorthin großteils Rohstoffe und Halbfertigprodukte exportierte sowie von dort technologisch hochwertig verarbeitete Produkte importierte, ebenfalls mit verschlechterten Austauschbedingungen konfrontiert. Doppeltes Minus also für die osteuropäischen Wirtschaften: Teure ausländische Rohstoffe aus der Sowjetunion, billige inländische

Rohstoffe und Fertigwaren in den EG-Raum, der zudem mittels Importbarrieren für eine Reihe verarbeiteter Produkte die Zollschranken herunterließ.

Endsieg ohne Krieg

Der Schuldendienst wog schwerer und schwerer, neu aufgenommene Kredite verteuerten sich ab Anfang der 80er Jahre, als Ronald Reagans "militärischer Keynesianismus" in großem Stil Nachfrage in den USA stimulierte. Aufrüstungsprogramme dienten als staatliche Nachfrageinstrumente, die zur Budget- und Zahlungsbilanzsanierung erhöhten Zinsen holten auf dem Welt-Geldmarkt vagabundierende Dollar zurück und veranlaßten europäisches und japanisches Kapital zur - gutverzinsten - Anlage in den USA. Als viele Investitionen wie Seifenblasen zerplatzten, flüchtete das Kapital in die Spekulation. Diese "Expansion in die Zeit" trug weiter zur Verteuerung der Kredite bei, was Staaten wie Mexiko, Argentinien, Brasilien und Polen Anfang der 80er Jahre de facto in die Zahlungsunfähigkeit trieb. Mit 21 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden steht Ungarn 1991 an der Spitze der europäischen Schuldnerländer, wenn man die Verschuldung pro Kopf berechnet. 65% der jährlichen Exporteinnahmen müssen für Zinszahlungen und Amortisationen aufgewendet werden. Bulgarien verbraucht gar 77% seiner Exporterlöse dafür, Polen 71%, die CSFR 25%. In Rumänien, das zwischen 1981 und 1989 durch Ceausescus drakonische Wirtschafts- und Sozialpolitik einen 10 Mrd.-Dollar Schuldenberg abbaute, sind es bloß 10%, Tendenz stark steigend. Wohl kaum eine Zahl gibt die osteuropäische Krise drastischer wieder als dieser für 1990 von den OECD-Gremien geschätzte Finanzindikator.

Doch Reagans Aufrüstungsprogramme hatten noch weitgehendere Auswirkungen auf die Sowjetunion und damit auch auf Osteuropa. Durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa sowie durch das fortgesetzte Forschen am Weltraum-Schutzschild "Star Wars" gelang es dem Westen unter der Führung der USA, die einzige militärisch Paroli bietende Kraft, nämlich die Sowjetunion, totzurüsten. Zu viel Energie, Kapital und Exporterlöse hatte der Osten in ein militärisches Projekt gesteckt, das Anfang der 80er Jahre gescheitert war. Nichts hatten die sowjetischen Generäle den punktgenau zielenden neuen Mittelstreckenraketen entgegenzusetzen, eine zweite Kubakrise - erneutes Aufstellen von Mittelstreckenraketen in der Karibik - konnten sie sich auch nicht leisten, dem Star Wars-Programm standen sie hilflos gegenüber.

Endsieg ohne Krieg!, jubelte man - nicht ganz zu Unrecht - in den USA und Westeuropa. Gorbatschow kapitulierte und wurde so zum Liebkind der westlichen Öffentlichkeit. Und die osteuropäischen Länder? Sie waren Teil jenes Stalinschen "cordon sanitaire", der 45 Jahre nach Jalta die Zonengrenze wechselte. US-Präsident George Bush verständigte sich darüber mit Gorbatschow vor Malta im Jahre 1989. Damit wurde die Sowjetunion - spät, aber doch - zur Verliererin des Zweiten Weltkrieges. Dieses "Jalta II", wie es Henry Kissinger nannte, war der Startschuß zur geopolitischen Neuordnung der Welt, zur Freigabe Osteuropas aus dem sowjetischen Einflußbereich, zur "Heimkehr" der Länder jenseits des "Eisernen Vorhangs" nach Europa; ja zur Zerschlagung der Sowjetunion selbst.

Über die nicht geführte, aber gewonnene militärische Konfrontation zum ideologischen Triumph der kapitalistischen Verwertungslogik. Es ist eine politische Ironie, daß der - vermeintliche - Endsieg des Kapitalismus zeitgleich mit einer seiner tiefsten Krisen seit 1945 zusammenfällt, die ihn vor das zyklisch wiederkehrende Strukturproblem übersättigter Märkte im Zentrum und nachfrageunfähiger Peripherien stellt. Die Öffnung Osteuropas - solange sie unkriegerisch vor sich geht - kann diese Strukturkrise nicht lösen. Ein Krieg könnte die Absatzkrise beseitigen; und gerade dahin besteht die akute Gefährlichkeit der heutigen innereuropäischen Spannungen.

Dieser Text ist eine stark überarbeitete Fassung eines Beitrages aus: Delagina, Hofbauer, Komlosy, Melinz, Zimmermann: Ungarn im Umbruch. Wien, (Verlag für Gesellschaftskritik) 1991, 22,- DM

29. Selbstbestimmung, oder was sonst?

Rubrik: Diskussion um Selbstbestimmungsrecht; Polen; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:51

Jw. und Be. (beide von der ehem. KB-Minderheit, jetzt Gruppe K) haben in ak 334 und 335 ihren Abscheu gegen das nationale Selbstbestimmungsrecht, die Existenz von Nationalstaaten und den Separatismus bekundet. Hier liegt aber ein nicht begriffener Widerspruch: Wer so vehement die unterschiedlichsten Separatismen verurteilt, ergreift implizit Partei für heute bestehende Nationalstaaten - ob er das nun will oder nicht. Denn der reale Gegensatz zur "bürgerlichen Kleinstaaterei" ist einstweilen nicht der proletarische Internationalismus, sondern die bürgerliche Großstaaterei.

Die Weltbevölkerung lebt heute auf ungefähr 165 Staaten verteilt. Diese Zahl meint nur die Vollmitglieder der UNO. Daneben gibt es noch ca. zwei Dutzend Gebilde, die zwar einige, aber nicht sämtliche Qualitäten eines souveränen Staates besitzen, wie etwa in Europa Liechtenstein, der Vatikan und San Marino, oder mehrere kleine Inselgruppen im Pazifik mit wenigen tausend Einwohnern. Die Weltbevölkerung ist heute praktisch zu 100% irgendeiner staatlich verfaßten Obrigkeit unterworfen.

Von den etwa 165 UN-Mitgliedern haben mindestens 30 weniger als eine Million Einwohner, und darunter sind zehn, die sogar weniger als 200.000 Menschen repräsentieren. Also "Klein-und Zwergstaaten", im Sinne der heute oft zu hörenden überheblichen Polemik gegen neue Staaten wie Estland oder Slowenien. (Estland hat über anderthalb Millionen Einwohner, Slowenien fast zwei Millionen.)

Rund 90 der UN-Staaten, also mehr als die Hälfte, existierten bei Gründung der UNO 1945 noch nicht. Anders gesagt: die Zahl der Staaten hat sich in knapp einem halben Jahrhundert mehr als verdoppelt, was weltgeschichtlich vermutlich einmalig ist. Dieser "Staatenboom" ist fast ausschließlich das Produkt des Entkolonialisierungsprozesses, der in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre einsetzte. Die seit 1945 neu entstandenen Staaten liegen fast ausschließlich in Afrika, Südostasien sowie in der Karibik. In Afrika existierten bei Ende des Zweiten Weltkriegs von heute über 50 Staaten erst drei.

Jahrhundert der Nationalstaaten

Nur wenige Staaten sind in den letzten fünfzig Jahren durch Fusion mit anderen verschwunden. An erster Stelle wäre da der Anschluß der DDR an die BRD, Südvietnams an Nordvietnam sowie die Vereinigung der beiden jemenitischen Staaten, demnächst vielleicht auch der beiden Korea, zu nennen. In diesen drei oder vier Fällen wurde für die Bekämpfung des Nationalstaatsprinzips eigentlich wenig gewonnen, auch wenn rein rechnerisch die Zahl der Staaten dadurch gesenkt wurde. Es gibt wahrscheinlich unter den rund 90 Staaten, die seit 1945 neu entstanden, nur gerade zwei, die durch Fusion bestehender staatlicher Gebilde entstanden, ohne daß es sich einfach um eine "Wiedervereinigung" handelte. Diese zwei Ausnahmen sind Tansania und die Vereinigten Arabischen Emirate. Auf der anderen Seite sind etliche Versuche, Staaten miteinander zu vereinigen, schon nach kurzer Zeit gescheitert, besonders im arabischen Raum.

Offensichtlich leben wir in einem Jahrhundert der Nationalstaaten, und ihre Zahl wird in absehbarer Zeit eher noch etwas zunehmen, statt zu sinken. Bisher war die Zunahme von Nationalstaaten (seit 1945) praktisch ausschließlich unmittelbares Resultat der Entkolonialisierung. Es gab zwar in vielen Staaten separatistische Bewegungen, was oft jahrelange bewaffnete Konflikte verursachte, aber wohl nur eine einzige Staatsgründung erfolgte auf diese Weise, Bangladesch. Daß bestehende Staaten sich tatsächlich auflösen und eine größere Zahl neuer entsteht (UdSSR, Jugoslawien) ist eine qualitativ neue Erscheinung.

Daß weitere Staaten Europas einem vergleichbaren Zerfall zum Opfer fallen könnten, scheint aber eher unwahrscheinlich. Abgesehen von der tschechoslowakischen Föderation gibt es dafür nirgendwo durchsetzungsfähige Anzeichen, und dort ist es der ärmere Landesteil, wo zur Zeit der Separatismus eine gewisse Konjunktur hat. Für die bisherigen Sezessionen in der UdSSR und Jugoslawien ist aber gerade typisch, daß dort die wirtschaftlich besser gestellten Regionen als erste Sonderwege einschlugen, was durchaus logisch und nicht einmal unbedingt "unvernünftig" ist. So scheint in der CSFR der Vorschlag von Präsident Havel, ein Referendum über die Staatsform durchzuführen, der kürzeste Weg gewesen zu sein, die slowakischen Sezessionisten sehr kleinlaut werden zu lassen. Separatismus scheint dort eher ein Druckmittel im Verteilungskampf als eine attraktive Option zu sein.

"Erfolgreiche" Sezessionen und neue Staatsgründungen wird es in den kommenden Jahren vermutlich am ehesten auf dem afrikanischen Kontinent geben. Die Gründung der dortigen Staaten erfolgte durchgängig in den Grenzen, die die Kolonialmächte gezogen hatten. Bekanntermaßen waren diese Grenzen erstens das Ergebnis zwischenimperialistischer Machtkämpfe, zweitens aber auch kolonialer Herrschaftsstrategien. Einerseits wurden Stämme und Völker bewußt durch Grenzen aufgesplittert. Auf der anderen Seite wurden Menschen ganz unterschiedlicher Kulturen, Religionen, ethnischer Zugehörigkeit, oft mit historischen Konflikten schon belastet, in einer Kolonie "zusammengesperrt", um sich gegenseitig in Schach zu halten und der Kolonialmacht eine ideale Schiedsrichterrolle zu verschaffen.

Viele der so vom Imperialismus konditionierten afrikanischen Nationalstaaten, darunter ausgerechnet (und wohl nicht zufällig) einige der allerärmsten, sind seit Jahren oder Jahrzehnten von bewaffneten Konflikten belastet, die sich als ethnisch und/oder religiös motivierte oder gefärbte darstellen. In vielen dieser Fälle wäre, geht man von realistischen Alternativen statt von abstrakten linksradikalen Utopien aus, eine Trennung wahrscheinlich ein geringeres Übel als weitere Jahrzehnte Bürgerkrieg, die überhaupt kein Entrinnen aus dem Teufelskreis der Armut zulassen würden.

Die europäische Landkarte

In Europa begann die Bildung von Nationalstaaten in England, Frankreich und Spanien. Ein Blick auf die Landkarte um 1400 zeigt, daß es damals allein in Europa mehr Staaten gab als die UNO heute Mitglieder hat. Viele davon mit geringen Ausmaßen, höchst kompliziert ineinander verschachtelt, oder aus mehreren isolierten Kleinterritorien bestehend, die zum Teil vom Gebiet anderer Staaten umgeben waren.

Der allgemeine Haupttrend in Europa bis fast ans Ende des 19. Jh. bestand in territorialer Konzentration: Die Gesamtzahl der Staaten sank, und es entstanden immer größere Gebilde, die mit zunehmendem Potential militärisch, ökonomisch und diplomatisch miteinander konkurrierten oder kooperierten - häufig mit fliegendem Wechsel der Allianzen. Typisch war, daß viele Kriege mit ganz anderen Koalitionen endeten, als zu Beginn bestanden hatten.

So verdichtete sich in fast permanentem Kampf der Flickenteppich europäischer Kleinstaaten allmählich zum Gefüge heutiger Nationalstaaten. Dieser Prozeß verlief zeitlich sehr gegeneinander versetzt. Den Schluß bildeten Deutschland und Italien, die ihre staatliche Einheit erst zwischen 1860 und 1871 vollendeten.

Von der Nationalstaatsbildung durch die allmähliche Vereinigung vieler souveräner Kleinstaaten mit gemeinsamer Sprache und "völkischer Identität" ist die Nationalstaatsbildung im Kampf gegen koloniale Abhängigkeit zu unterscheiden. In diesen Fällen folgte die nationalstaatliche Unabhängigkeit unmittelbar auf eine längere Zeit der "Fremdherrschaft"; es kam in der Regel gar nicht erst zur Zwischenetappe der Bildung von konkurrierenden Kleinstaaten gleicher Nationalität. Das trifft vor allem für die Staaten zu, die im Verlauf des 19. Jh. im bewaffneten Kampf gegen die osmanisch-türkische Zentralmacht entstanden. Der griechische Nationalstaat wurde 1830 gegründet; Serbien, Montenegro und Rumänien erreichten 1878 ihre volle Anerkennung als souveräne Staaten durch die Großmächte; Bulgarien folgte 1908 und Albanien 1912. Abgesehen von Albanien hatten die anderen genannten Nationen schon im Verlauf des 19. Jh. Formen halbstaatlicher Autonomie in Abhängigkeit vom Osmanischen Reich erreicht, aber zunächst nur auf einem Teil der Gebiete, die sie jeweils für sich beanspruchten. So existierte beispielsweise ein autonomes Fürstentum Serbien unter osmanischer Oberhoheit schon seit 1817, aber auf weniger als einem Viertel seines heutigen Territoriums. Daraus ergaben sich weitere Aufstände und Kriege zwecks Gebietserweiterung.

Der Erste Weltkrieg ließ neben dem Osmanischen Reich, das aber ohnehin schon in Europa kaum noch präsent war, auch die "Vielvölkerstaaten" Österreich-Ungarn und Rußland kollabieren. Während jenes sich in seine nationalen Bestandteile auflöste, konnten die Bolschewiki mit einigen Ausnahmen weitgehend die Vorkriegsgrenzen des Zarenreichs wiederherstellen. Auf dem Gebiet der Habsburger Monarchie entstanden als neue Nationalstaaten die Tschechoslowakei, Jugoslawien (durch Zusammenschluß der Kroaten und Slowenen mit Serbien und Montenegro), sowie Österreich und Ungarn. Aus dem Bestand des Zarenreichs wurden Finnland, Estland, Lettland und Litauen zu souveränen Staaten. (Andere Gründungsversuche, wie z.B. die Republiken Armenien und Georgien, wurden von den Bolschewiki liquidiert.) Polen, das im 18. Jh. zwischen Rußland, Preußen und Habsburg aufgeteilt worden war, wurde als Nationalstaat wiederhergestellt.

Die heutigen Staaten Ost- und Südeuropas sind also ausnahmslos durch Sezessionsakte entstanden. Gleiches gilt aber auch für etliche andere europäische Staaten. Die Niederlande entstanden durch einen achtzigjährigen "Freiheitskampf" gegen spanische Oberherrschaft im 16. und 17. Jh. Von den Niederlanden spaltete sich wiederum Belgien 1830 nach einem Aufstand ab. Die Schweiz begann sich seit Ende des 13. Jh. mehr und mehr der Zugehörigkeit zum ersten deutschen Kaiserreich zu entziehen und wurde im Friedensschluß nach dem 30jährigen Krieg schließlich als souveräner Staat international anerkannt. Irland wurde nach jahrhundertelangem Widerstand und mehreren Aufständen gegen England in den zwanziger Jahren selbständig. Norwegen trennte sich 1905 von der schwedischen Krone.

Das Recht des Staats auf seine Untertanen

Eine Nation oder, allgemeiner gesagt, eine Gruppe von Menschen, die durch Sezession einen eigenen Staat anstrebt, setzt sich in ein antagonistisches Verhältnis zu einem bestehenden Staat, dessen Teil sie bis dahin war. Nur in diesem Kontext ist über das Selbstbestimmungsrecht zu sprechen: als Recht einer Gruppe gegenüber einem bestehenden Staat, dem sie untertan ist. Wer ihr dieses Recht bestreitet, ordnet faktisch das Recht des bestehenden Staates auf kompletten Erhalt seiner Untertanen und seines Territoriums als höherwertig ein.

Der allgemeine, prinzipiell richtige, aber unter den gegebenen Verhältnissen irreale Diskurs über das Verwerfliche von Staaten und Nationen schlechthin hilft da überhaupt nicht weiter. Wer Sezessionen so pauschal verdammt wie jw. und Be., müßte sagen, ob er beispielsweise die Schweiz lieber als Teil Deutschlands sehen würde. Wer Lenins Position zum Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes verurteilt, wie es jw. tut, müßte sagen, ob er die Landkarte von 1914 "vernünftiger" findet, als die Polen noch Untertanen dreier verschiedener Staaten waren, des deutschen Kaisers, der Habsburger Monarchie und des Zaren. Die "Kleinstaaterei", über die sich unsere Antinationalisten empören, darf man nicht primär am Ideal einer Welt ohne Grenzen und Nationalismen messen, denn eine solche Welt existiert noch nicht und ist auch nicht in Sicht, stellt also für keine Gruppe eine praktische Option dar. Messen muß man die "Kleinstaaterei" vor allem an den real existierenden Staaten. Der Separatismus bewegt sich zwar in der Logik der Nationalstaatlichkeit, aber er bringt diese nicht hervor.

Die generelle Polemik, wie sie insbesondere jw. gegen das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Lostrennung geführt hat, ist - zwar nicht ihrer Absicht, wohl aber ihrer Logik nach - eine Verteidigung des Status quo, des Bestands der bestehenden Staaten. Das ist, weiter gedacht, ein gar nicht aushaltbarer Widerspruch: 1918 hätte jw. gegen die Trennung der Kroaten und Slowenen von Habsburg, gegen die Bildung des jugoslawischen Nationalstaats argumentieren müssen. Heute verteidigt er diesen Nationalstaat gegen die separatistischen Bestrebungen der Kroaten und Slowenen. Läuft das nicht letztlich auf die konservative Moral hinaus, daß das jeweils Alte immer ein bißchen besser ist als das Neue?

Die unvernünftigen Polen

Jw. hält dem historischen Streben der Polen und Ukrainer - gemeint ist: zur Zeit Lenins - nach eigenen Staaten entgegen: "Die offensichtliche Unvernunft, Territorien abzuzirkeln und mit `eigener' Gewalt auszustatten, zu beherrschen, springt in solchen Fällen unvermittelt ins Auge. Denn eingetauscht wird lediglich eine Form von staatlicher Herrschaft, ausgeübt von der `unterdrückenden' Nation (hier Großrußland), durch eine andere, ausgeübt von polnischen, ukrainischen Herrschern." - Das wird in vielen Fällen wohl so sein. Aber ein russischer oder deutscher Sozialist, der den "seinem" Zaren oder Kaiser untertanen Polen erklärt hätte, ihr Streben nach einem eigenen Staat sei unvernünftig, wäre insoweit von einem bürgerlichen Chauvinisten schwer zu unterscheiden gewesen. Das macht auch einen wesentlichen Unterschied zwischen Lenin und Luxemburg in dieser Frage aus. Als Russe mußte er das Recht der Polen auf Lostrennung von Rußland anerkennen. Als Polin und Jüdin konnte sie argumentieren, daß es besser wäre, von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen.

Selbstverständlich ist nicht gesagt, daß eine Lostrennung mit einer Demokratisierung der Herrschaftsverhältnisse einhergeht. Andererseits ist auch dem abstrakten, sich auf unterschiedliche Realitäten gar nicht erst einlassenden Verdikt von jw. nicht zuzustimmen, daß Lostrennung immer nur "vom Regen in die Traufe" führt. Für die Nordamerikaner war die Trennung von der englischen Krone durchaus ein politischer Fortschritt, ebenso für die Tschechen und Slowaken die Trennung von der Habsburger Monarchie. Ähnliches

gilt beispielsweise für die Trennung der Niederländer von Spanien, die Trennung der Schweizer vom Deutschen Reich.

Wo eine Lostrennung hinführt, läßt sich in der Regel schwer voraussagen. Sicher ist aber umgekehrt dies: Wenn ein Staat versucht, eine nach Lostrennung strebende Gruppe wider ihren Willen unter seiner Herrschaft zu behalten, so wird dies früher oder später immer mit einer Reduzierung der politischen Demokratie im ganzen betreffenden Staat und mit einer entsprechenden Deformierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden sein. Ein auf Unterwerfung von Völkern beruhendes Imperium wie das zaristische Rußland, wie Österreich-Ungarn, oder wie das Osmanische Reich war auf bestimmte Herrschaftsstrukturen angewiesen und reproduzierte diese zwangsläufig. Diese Herrschaftsverhältnisse wiederum bedingten sich wechselseitig mit einer relativen Rückständigkeit der Produktionsverhältnisse. Indem die Sozialisten die Rolle einer Avantgarde im Kampf um Demokratie anstrebten, mußten sie den imperialen Charakter dieser Staaten angreifen. Zugleich verursachte jede national motivierte Revolte oder erfolgreiche Lostrennung eine Schwächung der Zentralmacht, führte also näher an deren Sturz heran. Das scheinen mir die zentralen Gedanken in Lenins Argumentation für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts zu sein. Für Lenin stand immer die Frage im Vordergrund, wie die reaktionäre Macht zu erschüttern, wie Bündnispartner zu finden, wie an die Revolution heranzukommen wäre. Das unterscheidet ihn tatsächlich prinzipiell von seinen heutigen "linksradikalen" Kritikern.

Lenin als Totengräber der Sowjetunion

Lenin habe, schreibt jw., "das Proletariat geopfert". Nämlich: "Die erschreckendste Konsequenz der leninschen Theorie ist der Ausverkauf des proletarischen Internationalismus zugunsten der Aufsplitterung der internationalen Arbeiterbewegung in nationale Einzelproletariate." - Jw. verkennt, daß nicht Lenin mit seinen Thesen zum Selbstbestimmungsrecht diese Aufsplitterung herbeigeführt hat, sondern daß diese tatsächlich vorhanden war und ist. Lenins Intention war es gerade, mit dieser vorgefundenen Aufsplitterung so sinnvoll wie möglich umzugehen, um so letztlich auch ihrer Überwindung näherzukommen, statt sie durch eine falsche Politik mehr als unvermeidlich zu verschärfen.

In der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1917 ging das Zarenreich als kolonialistisch gebildeter, gewaltsam-diktatorisch zusammengehaltener Vielvölkerstaat zugrunde. Es gab kaum eine Volksgruppe, die nicht ihre staatliche Souveränität proklamierte und sich zu deren Verteidigung bewaffnete. Eine historische Leistung der Bolschewiki bestand darin, den faktisch bereits zerfallenen Vielvölkerstaat in neuer Form, als Union der Sowjetrepubliken, weitgehend wiederherzustellen. Die Bolschewiki schreckten dabei vor Gewalt in Einzelfällen nicht zurück (z.B. Ukraine, Kaukasus-Republiken). Insgesamt betrachtet bestand aber die neue Qualität der UdSSR darin, daß sie sich zur Freiwilligkeit des Zusammenschlusses und zur Gleichberechtigung der beteiligten Völker bekannte und gerade daraus politische Legitimation - nicht gegenüber den imperialistischen Staaten, sondern gegenüber den Völkern des ehemaligen Zarenreichs - gewann.

Man muß wohl sagen, daß die prinzipielle Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts durch die KPdSU eine entscheidende politische Voraussetzung war, um den Bürgerkrieg zu gewinnen und die Union zu stabilisieren. Jw., der die ihm "vorschwebende" Alternative aber lieber nicht zu erkennen gibt, sieht die Sache völlig anders. Seiner Meinung nach widerlegt der Zerfall der UdSSR zweifelsfrei Lenins Position zum Selbstbestimmungsrecht. Er scheint zu glauben, daß die Auflösung der Sowjetunion in neue Nationalstaaten das Ergebnis der Tatsache ist, daß Lenin für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts war. Es handelt sich um den gleichen Irrtum wie in dem schon zitierten Satz, wo jw. die nationale Spaltung des Proletariats als "Konsequenz der Leninschen Theorie" darstellt. Soll das nun heißen, daß die Völker der UdSSR gar nicht auf den Gedanken gekommen wären, sich 1989-91 plötzlich für souverän zu erklären, wenn ihnen Lenin nicht vor über siebzig Jahren dies Recht zugesprochen hätte? Oder soll es heißen, daß der sowjetische Staat schon einen Weg gefunden hätte, dem separatistischen Spuk mit repressiven Mitteln rechtzeitig den Garaus zu machen, sofern ihm Lenins Theorie dabei nicht im Wege gewesen wäre? Wo liegt denn zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts die praktische Alternative, wenn man nicht von internationalistischen Utopien, sondern von der Realität der Welt 1917 oder heute ausgeht? Aber wahrscheinlich würde jw. darauf antworten, daß ihn die praktischen Schlußfolgerungen seiner Gedanken nicht interessieren.

Deutscher Lostrennungsdruck

Hr., ebenfalls von der Gruppe K, hat in ak 334 einen ganz anderen Zugang zum Thema gewählt. Das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Völker stellt er nicht prinzipiell in Frage. Während jw. (und abgeschwächt anscheinend auch Be.) das Selbstbestimmungsrecht generell bestreiten, aber es in einigen Ausnahmefällen "aus humanitären Gründen" tolerieren wollen, scheint Hr. das Selbstbestimmungsrecht generell anzuerkennen und nur ausnahmsweise zu bestreiten.

Das führt er am Beispiel Jugoslawiens aus. Allerdings tut er das als Agitator, der künstlich das Blickfeld verengt, um leichter eine ohnehin schon feststehende Meinung transportieren zu können. Anders als Sab. (auch Gruppe K), die in ihren Artikeln zu Jugoslawien stets alle Aspekte der Konfliktentwicklung berücksichtigte (zuletzt in ak 324, 328 und 333), reduziert Hr. die Sache auf den Gegensatz Kroatien- Serbien und betrachtet diesen fast ausschließlich aus dem speziellen Blickwinkel des "antideutschen" Diskurses. Die für den Artikel ausgewählten Fotos bringen es auf den Punkt: Kohl und Tudjman, Hitler und Pavelic. "Alte Freunde", lautet die Bildunterschrift. Da ist dann eigentlich schon alles klar und jedes weitere Wort überflüssig. Der "linksradikale" Hang, kompliziertere Zusammenhänge zu primitivisieren, ist nicht zu übersehen.

"Deutschland hat frühzeitig auf Slowenien und Kroatien gesetzt und statt zu vermitteln oder zu schlichten, wie es die Hauptlinie der EG-Intervention war, Partei ergriffen und den Konflikt dadurch bewußt angeheizt." (Hr.) Nicht nur habe die Bundesregierung ihnen Hoffnung auf baldige Anerkennung gemacht, sondern es habe sogar einen "massiven deutschen Lostrennungsdruck" auf die beiden Republiken gegeben. Es folgt eine lange Aufzählung von Ereignissen und Äußerungen, die diese These untermauern sollen.

Diese Liste hat aber einen entscheidenden Schönheitsfehler: Nur ein einziger Vorgang, den Hr. erwähnt, liegt tatsächlich vor der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens, die am 26. Juni erfolgte. Es ist dies ein Besuch des slowenischen Präsidenten Kucan - übrigens kein nationalistischer Fanatiker, sondern ein eher maßvoller Mann, der noch als KP-Politiker von der slowenischen Bevölkerung in sein Amt gewählt wurde - in der BRD, im April dieses Jahres. Daß Herrn Kucan bei dieser Gelegenheit von irgendwem die diplomatische Anerkennung in Aussicht gestellt worden sei, daß man ihn gar zur Lostrennung gedrängt habe, behauptet auch Hr. nicht.

Wer behauptet, Kroatien und Slowenien seien von maßgeblichen deutschen Politikern ermutigt worden, ihre Unabhängigkeit zu erklären, wird den Beweis schuldig bleiben müssen. Offiziell hat die BRD bis zum 26. Juni den Kurs der EG und der USA mitgetragen, der darin bestand, die jugoslawischen Republiken ganz massiv zum Erhalt der Föderation zu drängen, u.a. mit dem erpresserischen Hinweis, daß nur dann mit finanzieller Hilfe zu rechnen sei. Das Exempel der drei baltischen Republiken, die sich im Frühjahr 1990 als Staaten konstituierten, aber vor dem August-Putsch dieses Jahres von keinem Staat der Welt anerkannt wurden, hatte den kroatischen und slowenischen Politikern sicher klargemacht, daß sie mit der Unabhängigkeitserklärung einen schweren Weg antreten würden.

"Jugoslawische Lösung"

Wahr ist, daß die Bundesregierung nach dem 26. Juni, genauer gesagt erst nach dem Angriff der Bundesarmee auf die slowenischen Grenzstationen, am entschiedensten für eine Anerkennung der beiden Republiken eintrat, allerdings immer mit der Einschränkung, keinen Alleingang zu unternehmen. Wieso das den Krieg angeheizt haben soll, ist schwer einzusehen, außer man meint, daß das ganze Problem durch eine totale Isolierung und eine schnelle Kapitulation Sloweniens und Kroatiens am besten zu lösen gewesen wäre. Das scheint in der Tat die Erwartung der EG-Mehrheit gewesen zu sein. Denn daß beim Stand der Konflikte eine "jugoslawische Lösung" (Hr.) nicht mehr durch Vermittlung, sondern allenfalls durch einen militärischen Sieg der Bundesarmee zu erzwingen war, müßte den EG-Politikern klar gewesen sein.

Die Erwartung, daß die Armee nach dem 26. Juni schnell "Ordnung schaffen" würde, und daß man dann von einer neuen Ausgangsbasis aus die jugoslawischen Verhältnisse in EG-Hände nehmen könnte, war auch durchaus realistisch. Was Hr. als Vermittlungsversuche der EG-Mehrheit bezeichnet, war in Wirklichkeit der Versuch, der Bundesarmee und Serbien immer wieder zeitlichen Aufschub zu verschaffen, um ihre militärischen Positionen zu verbessern.

Inzwischen sind alle zusammenhängenden Gebiete Kroatiens, in denen Serben die Mehrheit bilden, unter Kontrolle der Armee und serbischer Milizen (das Gebiet südlich von Zagreb, und das Gebiet um Knin, das zwischen Bosnien und der dalmatinischen Küste liegt und schon vor dem 26. Juni fest unter serbischer

Kontrolle war). Gekämpft wird ausschließlich noch in Gebieten, wo Serben nur als Minderheit leben oder wo es kaum Serben gibt (das äußerste Ostslawonien; Westslawonien um Pakrac; Dubrovnik und andere Gegenden der süddalmatinischen Küste).

Somit könnte jetzt die Idee einer "Friedenstruppe" zum Tragen kommen, die Hr. zu Unrecht als spezielles Steckenpferd bundesdeutscher Politiker einordnet. Es scheint, daß diese Idee erstmals vom französischen Präsidenten Mitterand ins Spiel gebracht wurde. Der allgemeine Konsens in der EG, und das schließt alle Äußerungen deutscher Regierungspolitiker ein, besagt, daß eine "Friedenstruppe" nur mit Zustimmung aller Seiten nach Jugoslawien geschickt werden könne. Also nur mit Zustimmung Serbiens und der jugoslawischen Zentralregierung. Beide würden aber erst zustimmen, nachdem sie ihre wesentlichen Kriegsziele in Kroatien erreicht haben. Andererseits würde die kroatische Regierung nur zustimmen, wenn ihre militärische, wirtschaftliche und diplomatische Situation sich aussichtslos zuspitzt. Insofern war die Funktion einer "Friedenstruppe" von Anfang an definiert: Stabilisierung der Situation auf Grundlage der Kriegserfolge der Bundesarmee und Serbiens.

Die eben genannten Voraussetzungen auf beiden Seiten sind inzwischen im Wesentlichen geschaffen. Die Beschwörungen der deutschen Bundesregierung, daß gewaltsame Veränderungen der innerjugoslawischen Grenzen nicht anerkannt würden, was auch Eingang in EG-Texte gefunden hat, haben demgegenüber einen sehr geringen Wert. Kroatien wird wahrscheinlich erhebliche Gebiete verlieren, und zwar nicht ausschließlich solche, in denen es vor dem Krieg eine serbische Mehrheit gab.

Parteinahme für das Großserbien-Projekt

Die EG ist Serbien sehr weit entgegengekommen, indem sie bei ihren "Friedensvorschlägen" die Forderung fallen ließ, die Rechte der serbischen Bevölkerung in Kroatien mit einer für ganz Jugoslawien einheitlichen Regelung zu verbinden. Das hätte bedeutet, daß auch über die Autonomie der Albaner, Ungarn und Muslim in Serbien in gleicher Weise gesprochen werden müßte wie über die Serben in Kroatien. Dies nicht zu tun, kommt einer einseitigen Parteinahme für die großserbischen Politiker gleich, die mit Mehrheiten argumentieren, wo es ihrem Projekt günstig ist, die sich auf die Geschichte berufen, wo es keine serbische Mehrheit gibt, und die notfalls auch ganz ohne Argument die Herrschaft über Nicht-Serben beanspruchen.

In der serbischen Provinz Vojvodina ist der ungarische Bevölkerungsanteil (über 20%) größer als der serbische Anteil in Kroatien (15%). In acht Bezirken der Provinz sind die Ungarn in der Mehrheit oder bilden die größte Volksgruppe. Im Gebiet von Novi Pazar an der Grenze zu Montenegro rechnet sich die Mehrheit der Bewohner dreier Bezirke (etwa 200.000 Menschen) zur muslimischen Volksgruppe und hat kürzlich mit einer Volksabstimmung ihre Forderung nach Autonomie bekräftigt. Die serbische Provinz Kosovo hat mit Ausnahme eines einzigen Bezirks albanische Mehrheiten von mindestens 75 %. Ferner gibt es, als Folge von Abtretungen nach dem Ersten Weltkrieg, zwei südostserbische Bezirke, in denen die Mehrheit bulgarischer Nationalität ist.

Die "Vermittlungspolitik" der EG hat bisher ignoriert, daß das größte Problem der Zukunft gar nicht in Kroatien, sondern in Bosnien-Herzegowina liegt. Die dortigen Gebiete mit serbischer Mehrheit sind erheblich größer als die in Kroatien und zerstückeln das Territorium der Republik total. Ohne diese Gebiete, die sich autonom erklärt haben und faktisch der Kontrolle der Republiksregierung bereits entzogen sind, würden auch die serbischen Pläne in Kroatien in der Luft hängen.

Serbien und Kroatien haben ja nur im Bereich der Vojvodina und Ostslawoniens eine recht kurze gemeinsame Grenze, und die Gebiete mit serbischer Mehrheit sind dort spärlich. Die serbische Bevölkerung in Kroatien geht im Wesentlichen auf Fluchtbewegungen während der türkischen Expansion (14.-16. Jh.) und auf die Ansiedlungspolitik Habsburgs zur Schaffung einer "Wehrgrenze" zurück. So leben Serben auf beiden Seiten der kroatisch-bosnischen Grenze, ohne territoriale Verbindung mit dem "Mutterland". Zum großserbischen Projekt gehört erstens die Zusammenfassung dieser Gebiete (die dann allerdings eine bosnisch-muslimische Enklave von vier Bezirken umschließen oder einschließen würden), und zweitens die Herstellung eines "Korridors" zur Republik Serbien, was nur ginge, wenn entweder das ganze kroatische Slawonien unterworfen werden könnte (was nicht sehr aussichtsreich erscheint), oder wenn zwei bis vier Bezirke mit muslimischer Mehrheit im Nordosten Bosniens angeschlossen werden könnten.

Eine Zerstückelung von Bosnien-Herzegowina scheint nicht mehr ausgeschlossen. Die Bezirke der Republik, in denen die Muslim die Bevölkerungsmehrheit bilden, machen nur knapp ein Drittel ihrer Gesamtfläche aus,

auch wenn der muslimische Bevölkerungsanteil in der Republik bei fast 45% liegt. Neben den schon erwähnten Gebieten im Nordwesten Bosniens gibt es auch im Süden und Südosten der Republik mehrere Bezirke mit serbischer Mehrheit. Neun Bezirke der Herzegowina (an Süddalmatien angrenzend) haben kroatische Mehrheiten. Außerdem sind nach traditioneller Ansicht großkroatischer Ideologen - und die gibt es auch in der Regierungspartei HDZ, wenngleich zur Zeit nicht öffentlich tonangebend - die Muslim Bosniens und der Herzegowina ohnehin nicht-katholische Kroaten.

Diese These, wie auch vergleichbare auf serbischer Seite, sind in wesentlichen Teilen, wenn auch keinesfalls in den jeweiligen chauvinistischen und expansionistischen Schlußfolgerungen, durchaus plausibel. Es läßt sich tatsächlich begründen, daß Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro mehrheitlich von Menschen gleicher ursprünglicher "Volkszugehörigkeit" bewohnt werden, wie auch die weitgehend gemeinsame Sprache in diesen vier Republiken zeigt. Die Unterschiede liegen im Bereich der Geschichte, die sich schon relativ bald nach der Einwanderung dieser slawischen Stämme im 7. Jh. total auseinanderentwickelte, entsprechend der Linie "Rom-Byzanz", "Westeuropa-Osteuropa". Sie liegen ferner im Bereich der Religion (Serbien und Montenegro sind orthodox, wie übrigens auch Makedonien) und, was damit eng verbunden ist, in der Verwendung unterschiedlicher Schriften.

Insofern geht der Versuch, in besinnungsloser Übertragung des "antideutschen" Diskurses auf völlig andere Problemkreise das Schimpfwort "völkisch" auf die jugoslawischen Gegensätze und speziell die kroatische Politik anzuwenden, daneben. Eher handelt es sich um bis zur Feindseligkeit hochgekochte Widersprüche, gegenseitige Verletzungen und Überheblichkeiten kultureller und historischer Art unter "Stammverwandten", im Prinzip vielleicht mit dem alten Gegensatz Bayern-Norddeutsche zu vergleichen.

Linker Chauvinismus

Überhaupt muß in diesem Zusammenhang vor einem linken Chauvinismus gewarnt werden, der "antideutsch" daherkommt und von daher glaubt, sich in der Beurteilung anderer Völker fast alles herausnehmen zu dürfen. So spricht jw. vom Zerfall der UdSSR "in trostlose Volksgemeinschaften, deren einziger Lebensinhalt neben dem Abschlachten von `Unterdrückern' und anderen fremdrassigen Volksschädlingen im Aufstellen von Zollhäuschen und dem Drucken von Banknoten der eigenen Währung zu bestehen scheint."

Es ist schon erstaunlich und erschreckend, wenn ein Autor, der zuvor auf zwei Zeitungsseiten sachlich und kenntnisreich Lenins Position zum Selbstbestimmungsrecht und deren Hintergründe referiert hat - daß er sie dann verurteilt, ist eine andere Sache -, wenn so ein Autor sich zum Schluß seines Artikels zu einem derart primitiven Wutgeschrei hinreißen läßt. Die Menschen, über die er dort spricht, sind im Prinzip die gleichen, denen heute Nazis und ähnliches Gesindel die Scheiben einwerfen. (Etwa die Hälfte der "Asylbewerber" kommen zur Zeit aus Jugoslawien, davon die Mehrheit aus Kroatien).

Daß die Völker Jugoslawiens und der UdSSR kaum mehr im Kopf haben als sich gegenseitig abzuschlachten und ihre eigenen Briefmarken herauszubringen, wird man an jedem normalen deutschen Stammtisch zu hören kriegen. Außerhalb der FAZ, die aber am deutschen Stammtisch wenig gelesen wird, prägt nicht Sympathie für die "tapferen Kroaten" (allenfalls für das "schöne alte Dubrovnik") die Volksstimmung, sondern chauvinistische Überheblichkeit gegenüber allen Beteiligten dieser menschlichen und politischen Tragödie. Da bräuchten Linke nicht unbedingt auch noch mit den Wölfen zu heulen.

Als ab 1960 die meisten europäischen Kolonien in Afrika "in die Unabhängigkeit entlassen" wurden, kam es in etlichen der neuen Staaten erst einmal zu blutigen Kämpfen zwischen Stämmen, Gruppen unterschiedlicher Religion und Kultur, ethnisch fundierten Clans usw., teilweise von imperialistischen Interessengruppen geschürt (z.B. Kongo, Nigeria), teilweise aber wohl auch ohne äußeren Anschub. In der deutschen Öffentlichkeit wurde das überwiegend chauvinistisch verarbeitet: Nun zeige sich, daß diese Leute für die Unabhängigkeit noch gar nicht reif seien.

Das Gerede über die Vorgänge in der Sowjetunion und Jugoslawien hat einen ähnlichen Charakter. Selbstverständlich verlaufen Zusammenbrüche und Umbrüche von dieser historischen Qualität nicht ohne eine Übergangszeit, die auch von bewaffneten Konfrontationen, Grausamkeiten, Irrationalismen geprägt ist. Die UdSSR ist auch nicht anders entstanden. Das taugt im konkreten Fall kaum etwas zu einer Beurteilung, die nicht in Oberflächlichkeiten und Häme steckenbleibt, nach der jämmerlichen Devise "Das haben sie nun davon!".

Verglichen mit anderen epochalen Umbrüchen in der Geschichte verläuft der Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften bisher insgesamt erstaunlich unblutig und "zivilisiert". Daß Völker andere "abschlachten", was ein zutreffendes Wort für die deutsche Judenvernichtung oder auch für die türkischen Massaker an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs ist, kommt derzeit überhaupt nicht vor. Exzessiv geführte Konflikte, wie etwa die Vertreibung der Osseten aus Georgien oder der Kleinkrieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, sind bisher die Ausnahme, keineswegs die Regel. Selbst der Krieg in Kroatien wird, wenn die zugänglichen Informationen nicht täuschen, immer noch mit einer beiderseitigen Zurückhaltung geführt, keineswegs als totaler Vernichtungskrieg. (Die deutsche Luftwaffe hat 1941, als der kurze Krieg gegen Jugoslawien militärisch schon gewonnen war, bei der Bombardierung Belgrads an einem Tag mehr Menschen getötet, als jetzt in vier Monaten "Bürgerkrieg" umgekommen sind.)

Tatsächlich kann selbstverständlich niemand verläßliche Prognosen über die weitere Entwicklung abgeben. Aber die leichtfertige Art, mit der manche Linke (außer den "Linksradikalen" gern auch mal Sozialdemokraten) jetzt schon über das "gegenseitige Abschlachten" lamentieren, zeigt doch, daß man von vornherein den Völkern dort nicht zutraut, ihre Konflikte auch auf andere Weise zu lösen. Das eben drückt Chauvinismus aus, der in Deutschland ja traditionell nicht so sehr darin besteht, daß man von den Deutschen viel, sondern daß man von anderen Völkern gar nichts hält.

Auch der Hohn von jw. über die eigenen Zollhäuschen und Banknoten weist in diese Richtung. Wenn auf den britischen Kanalinseln jedes kleine Eiland, auch wenn es nur 150 Einwohner hat, eigene Briefmarken produziert und seltsame eigene Gesetze verabschiedet, dann kann das als folkloristische Kuriosität gelten. Was in der UdSSR und in Jugoslawien passiert, ist hingegen eine Tragödie, die kaum damit zu begründen ist, daß die Leute übergeschnappt sind und unbedingt eigene Souveränitätssymbole sehen wollen. Dort handelt es sich darum, daß der Zentralstaat tatsächlich zusammengebrochen ist, daß insbesondere die Wirtschaft und die Finanzpolitik nicht mehr auf der zentralen Ebene funktioniert, sondern von unten her neu organisiert werden muß. Es handelt sich außerdem darum, daß die vom Zentralstaat produzierte Währung ihren Charakter als Zahlungsmittel weitgehend verloren hat und daß die Gesellschaft auf die Stufe des Warentausches zurückgeworfen ist.

Wenn beispielsweise Serbien (schon Monate vor der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens) seine Finanzprobleme dadurch abzuwälzen versucht, daß es hemmungslos die Notenpresse bedient, womit es eine Stabilisierung des Dinar und des Geldverkehrs im Land total unmöglich macht, dann wird die Schaffung einer separaten Währung und die Errichtung von Zollschranken tatsächlich zum bitteren Zwang. "Bitter" deshalb, weil sich von vornherein ausrechnen ließ, daß die Umstellung den Wirtschaften Sloweniens und Kroatiens noch einmal enorme Verluste verursachen würde, selbst wenn nicht noch der Krieg hinzugekommen wäre. Statt daraus zu schlußfolgern, daß Slowenen und Kroaten eben verrückt sein müssen, sich trotzdem auf so etwas einzulassen, sollte man begreifen, daß ihre Lage - und die aller anderen Völker Jugoslawiens nicht weniger - tatsächlich äußerst verzweifelt ist. Verzweifelt nicht primär deshalb, weil die Leute in einen "nationalistischen Taumel" geraten sind, sondern weil das Land wirtschaftlich-finanziell zugrunde gerichtet und das bisherige Gesellschaftssystem zusammengebrochen ist. Da sollten Ursachen und Wirkungen nicht miteinander verwechselt oder vertauscht werden.

Kt.

30. Geheimer Waffenexport nach Israel. Ein "branchenüblicher Vorgang"

Rubrik: Geheimdienste; Rüstungsexport; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:21

Angeblich ohne Wissen der für die Genehmigung von Kriegswaffenausfuhren zuständigen Instanzen wollte der Bundesnachrichtendienst (BND) "Kettenfahrzeuge mit Panzerung", Brückenlegepanzer und Container mit Ersatzteilen - sämtlich sowjetisches Material aus den Beständen der aufgelösten Nationalen Volksarmee - über den Hamburger Hafen nach Israel leiten. Deklariert war die Waffenlieferung als "Landmaschinenfracht". Zwei nichtsahnende oder uninformierte Wasserschutzpolizisten entdeckten am 25.10. die nur mit Planen bedeckten Panzer, die zuvor unbeanstandet alle (potentiellen) Kontrollen passiert hatten, kurz vor ihrer Verschiffung im Hamburger Freihafen.

Das Verteidigungsministerium ließ über Regierungssprecher Schäfer am 4.11. bekanntgeben, ein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz liege nicht vor, da das Material "schon mengenmäßig nicht für militärische Auseinandersetzungen geeignet sei". (1) Die aufgefundenen NVA- Waffen seien für "wehrtechnische Tests" in Israel bestimmt, da dessen arabische Nachbarländer, Syrien vor allem, mit modernen sowjetischen Waffen ausgerüstet seien. Im übrigen handele sich um einen üblichen Austausch zwischen befreundeten Ländern und deren Geheimdiensten, den es in der Vergangenheit auch schon mit anderen Staaten gegeben habe - kurz: ein "branchenübliches Vorgehen." (2)

Ein nicht-befaßter Ausschuß

Aufmerksamkeit erregte allerdings in Schäfers abwiegelnder Erklärung seine Anmerkung, ein geheim tagender Unterausschuß des Bonner Kabinetts sei "nicht mit dieser Angelegenheit befaßt" gewesen. (3) Die am 29.10. vom Bundesministerium für Verteidigung eingeleitete Untersuchung erbrachte ein recht dürftiges Ergebnis: "Aufgrund einer ersten Überprüfung ergibt sich, daß auf Wunsch des BND eine begrenzte Anzahl von Wehrmaterial dem BND zum Zwecke eines Austausches von Informationen und Material mit Israel zur Verfügung gestellt wurde. Die Leitung des BMVg war über diese Aktion nicht informiert. Durch Weisung ist sichergestellt, daß sich ein solches Verhalten nicht wiederholen kann." (4)

Am 30.10. veröffentlichte das Verteidigungsministerium eine Liste des für Israel bestimmten "wehrtechnischen Materials": Zwei Stabs- und Verbindungsfahrzeuge, drei LKW-Mehrzweckfahrzeuge, ein Wartungsfahrzeug für Flugabwehrsysteme, vier Transportfahrzeuge für Pionierbrückenelemente, ein Luftraumüberwachungsradar auf Kettenfahrgestell, ein Flugzielerfassungs- und Verfolgungsradar auf Kettenfahrgestell, eine Transport-und Starteinrichtung für Flugabwehrraketen auf Kettenfahrgestell (NATO-Bezeichnung: SA 6), zwei Flugabwehrsysteme - vierrohrig mit Zielverfolgungsradar auf Kettenfahrzeugen (Typ ZSU 23/4), drei Abschußgestelle für Radarstörkörper, ein Radarstörkörperwerfer, zwei Ersatzteilpakete.

Das Material stammte sämtlich aus den Beständen der NVA. Nicht allein die Bundeswehr war von den Ergebnissen der Untersuchung dieser aus der Sowjetunion stammenden Ausrüstung angetan; bis zum Oktober 91 hatten 27 Staaten Interesse an den NVA-Beständen angemeldet. (5)

Israel stand nicht auf dieser Liste, obwohl der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Admiral Dieter Wellershoff schon im November 90 vom BND über das Interesse Israels an der technischen Auswertung von sowjetischen Militärgerät aus den NVA-Lagern informiert worden war. (6) Die Kontakte zwischen BND und Mossad sollen nach einem gemeinsamen Bericht des Verteidigungsministeriums und des BND vom 3. November 1991 seit dem sog. Sechs-Tage-Krieg 1967 im Bereich der Auswertung fremden Wehrmaterials sehr eng gewesen sein. Der israelische Geheimdienst habe bei der Auswertung von Beutematerial "außergewöhnliche Fähigkeiten" entwickelt. Nutznießer dieser Fähigkeiten war unter anderen auch die Bundeswehr, die über den BND allerneueste Informationen über sowjetische Rüstungsprodukte erhielt. Israel habe über viele Jahre unentgeltlich wichtiges Gerät an Bundeswehr und BND zur eigenen technischen Auswertung abgegeben. Im Geiste einer "fairen Zusammenarbeit", heißt es in dem Bericht, sei es gerechtfertigt erschienen, der im Zusammenhang mit der Golfkrise von Israel geäußerten Bitte um Überlassung von NVA- Material zu entsprechen, "zumal es Teilhabe an deren Ergebnissen zusicherte, die auch für unsere NATO-Partner von Bedeutung waren."

Offensichtlich wurde das israelische Anliegen vom BND in einer Wunschliste zusammengestellt und dann in einer Koordinierungsausschußsitzung zwischen BND und BMVg vom 19.10.90 dem BMVg vorgetragen. (7) Am 5.11.90 legte der Vorsitzende der Koordinationsgruppe, Brigadegeneral Georg Bautzmann eine "Orientierung für die Auswahl des Geräts und die Haltung gegenüber Israel" vor. In dieser seit langem eingespielten Kontakt- bzw. Koordinierungsgruppe zwischen BND und BMVg wird auch der Schlüssel der Verantwortung für die Affäre gesucht, die "auf der Arbeits-", das heißt Referatsleiterebene von Fall zu Fall zusammenarbeitet. In diesem unteren Kreis soll beschlossen worden sein, die Lieferung nach Israel "auf dem kleinen Dienstweg" zu bewerkstelligen. (8)

Kooperation von Verteidigungs- ministerium und BND

Die bisher der Öffentlichkeit nicht bekannte Kooperation zwischen BMVg und BND im Bereich der Rüstungstechnik geht auf eine Rahmenvereinbarung mit dem Kanzleramt vom September 1979 zurück. Der BND ist mit seinen (offiziell) 7.000 MitarbeiterInnen für die "nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung" zuständig, wozu auch die Sammlung von "Erkenntnissen" aus den Bereichen Militär und Rüstungstechnik, soweit sie für bundesdeutsche "Verteidigungs"interessen von Belang sind, gehört. Die Grauzonen der BND-Aktivitäten sind folglich immens. Zur Verbesserung der Arbeit im Bereich Rüstungstechnik wurde 1986 ein Erlaß im Wehrressort verabschiedet, der den Verfahrensablauf bei Anfragen nach wehrtechnischem Material regelt und mit dem die Einrichtung einer "Koordinierungsgruppe" auf Arbeitsebene bestimmt wurde. Vom BMVg delegiert, gehören dieser Koordinierungsgruppe Vertreter von Heer, Luftwaffe und Marine, der Rüstungsabteilung und des Führungsstabes der Streitkräfte an. (9) Unklar ist, wem diese Gruppierung untersteht oder wem sie berichten muß. Aus ihrer Tätigkeit sind bislang erst zwei Fälle bekannt geworden. In Kooperation mit der Kontaktgruppe zum BMVg wurden im April/Mai 1986 Unterstützungsleistungen vorgenommen, um einen Materialtransport für den Antragsteller BND mit Zielort Pakistan durchzuführen. Geliefert wurde eine komplette militärische Aufklärungseinrichtung, mit der Erkenntnisse über Afghanistan und die UdSSR gesammelt werden sollten, die der BND bisher nur gefiltert über den CIA bekommen hatte. Beantragt wurde die Lieferung durch das "Amt für Militärkunde", ein Produkt der gemeinsamen Arbeit von BND und BMVg. Ein ähnlicher Transport ging im gleichen Jahr in die Türkei. (10)

Der Koordinationsausschuß entscheide, heißt es im Bericht von BMVg und BND, im Einzelfall über die Abgabe von Material, "sofern es sich nicht um Mengen außergewöhnlichen Umfangs oder um Großgerät handelt". Vorbereitet würden die Entscheidungen vom Abteilungsleiter im Führungsstab und dem Chef der Unterabteilung des BND; die Abteilung "Militärpolitik und Führung" werde "beteiligt". Diese Abteilung leitet jetzt Generalmajor Manfred Eisele; im Februar war ihr Chef noch der heutige Generalinspekteur Klaus Naumann. (11)

Offensichtlich wurde also das israelische Anliegen vom BND in der Koordinierungsausschußsitzung vom 19.10.90 den offiziellen Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums vorgetragen und somit entscheidenden Stellen im BMVg bekannt. (12)

Unabhängig hiervon befaßte sich der Bundessicherheitsrat am 27.2.91 mit den israelischen Wünschen nach sowjetischen Flugabwehrsystemen und äußerte grundlegende Bedenken gegen die Lieferung von Panzern und des Flugabwehrsystems SA-6. (13)

Am 12.3. wurde der Chef des Führungsstabes beauftragt, der israelischen Botschaft die Ablehnung mitzuteilen, auch das Verteidigungsministerium sei davon unterrichtet worden.

Der Staatssekretär im BMVg, Pfahl, hatte "bei Gesprächen und Besprechungen in allgemeiner Form" erfahren, daß weiteres Material der ehemaligen NVA von Verbündeten und Partnerländern angefordert worden sei und forderte beim Generalinspekteur der Bundeswehr eine Aufstellung über diese Anforderungen an. Die ihm übergebene Aufstellung befand Pfahl für unzureichend (14) und bestimmte am 1.6., daß "ohne Zustimmung der politischen Leitung keine Abgaben von fremdem Wehrmaterial mehr durchzuführen sind." Am 8.7. beauftragte Pfahl den Generalinspekteur mit der Koordination und behielt sich weiterhin die Entscheidung über die Abgaben von Großgerät und Abgaben in außergewöhnlichem Umfang vor. (15)

Mossad zu Besuch bei der Bundeswehr

Dennoch wurde von der Bundeswehr bis zum 8.10.91 das - später in Hamburg "entdeckte" - Material in der Wehrtechnischen Dienststelle in Meppen "zusammengeführt". Am 8.10. besichtigte eine Gruppe von Vertretern des BND und des israelischen Geheimdienstes Mossad das Material. "Zwischen dem BND und der israelischen Seite wird vereinbart, daß Israel die Verpackung mit eigenem Personal durchführt, die Kosten für den Gesamttransport trägt und die Verschiffung der Lieferung ab Freihafen Hamburg übernimmt." (16) Der BND verpflichtete sich, für den Landtransport in den Freihafen Hamburg zu sorgen "und für dessen ordnungsgemäße Durchführung zu sorgen." Doch ordnungsgemäß verlief der Transport eben nicht: Weder wird die notwendige Genehmigung zum Transport von Kriegswaffen bei den zuständigen Stellen eingeholt noch die für die Ausfuhr erforderliche Exportgenehmigung für Kriegswaffen vom Bundesamt für Wirtschaft.

BMVg und BND argumentieren in ihrem gemeinsamen Bericht, daß für diesen Vorgang die Grundsatzvereinbarung mit dem BMVg vom 3.2.88 zur Anwendung käme. In dieser Vereinbarung heißt es, daß der BND für die Beschaffung von Waffenanlagen aus dem Bereich des Warschauer Pakts zur technischen Auswertung zuständig ist. "Da hierbei der BND auch den Transport nach Deutschland regelt, ging man auch jetzt im konkreten Fall davon aus, daß der Abtransport ins Ausland entsprechend - also vom BND organisiert - durchgeführt wird." (17)

Für Israel wäre die Kenntnis der Funktionsweise der erwünschten Abwehr- und Unterstützungssysteme sowjetischer Herkunft für das Aufspüren von etwaigen Schwachstellen in der eigenen Luftverteidigung sehr wertvoll. Ebenfalls könnten aus den Ergebnissen der Untersuchung Hinweise für die eigene künftige Waffentechnologie und Kriegsplanung abgeleitet werden.

Unklar ist bisher, ob es dem Mossad und dem israelischen Militär nur um die Untersuchung des Materials ging oder ob es nach erfolgter Untersuchung an die proisraelische Miliz in Südlibanon, die auch mit sowjetischen Beutegeräten ausgerüstet ist, weitergegeben werden sollte. (18)

Business as usual

Die Zusammenarbeit einschließlich der Lieferung von Waffensystemen an die Geheimdienste befreundeter Länder sei, informierte Regierungssprecher Schäfer die Presse, ein "branchenüblicher Vorgang". Eine "Gesamtübersicht" des gelieferten Materials, die Stoltenberg nachzureichen versprach, liegt bisher nicht vor. Eingestanden wurde bisher nur vom BMVg, daß Kriegsgerät der aufgelösten NVA schon mehrfach vor der jetzt geplatzten Aktion an Israel abgegeben worden ist. Wie oft dies geschehen ist und um welches Material es sich handelt, konnte Stoltenberg am 6.11. jedoch wiederum nicht sagen. Die Parlamentarische Kontrollkommission - offiziell für die Überprüfung der geheimdienstlichen Tätigkeiten zuständig - sah sich nicht zum ersten Mal übergangen. Vorsitzender Wilfried Penner (SPD) und andere Mitglieder der im geheimen tagenden Kommission beklagten, daß dem Ausschuß meist nur vorgelegt werde, was die Geheimdienste von sich aus preiszugeben bereit seien. Gefordert wurde eine Verstärkung der Kontrolle der Geheimdienste und der Befugnisse der PKK mit Hilfe eines Gesetzes. (19)

Im Verlauf der Erörterung des "Panzer-Skandals" wurde bekannt, daß neben den während des bzw. nach dem Golfkrieg offiziell gelieferten ABC-Spürpanzern aus NVA-Beständen schon Mitte Oktober zwei Schiff-Schiff-Flugkörper zu Testzwecken an die israelischen Streitkräfte geliefert wurden. Eine der Raketen wurde von der Bundesmarine auf einer Fahrt ins Mittelmeer an Israel abgegeben, die andere per Luftfracht geliefert. Die Raketen seien auf keiner Liste verzeichnet, die dem Verteidigungsausschuß bisher bekannt sei, sagte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Walter Kolbow. (20)

Auch soll Israel im vergangenen Jahr Material aus Beständen der NVA erhalten haben, und auch damals soll der Bundessicherheitsrat über diese Lieferung, darunter das hochmoderne MiG-29-Radar, nicht informiert worden sein. (21)

Die Zusammenarbeit mit Israel auf wehrtechnischem Gebiet solle grundsätzlich fortgesetzt werden. Aber, räumte Regierungssprecher Vogel ein, die Zustimmung der politischen Leitung und, im Fall von Kriegsgerät, des Bundessicherheitsrats sei erforderlich. (28)

Eine wirksame Bestrafung der Verantwortlichen für den versuchten Waffenschmuggel ist nicht zu erwarten. Lediglich ein Bußgeld könnte fällig werden, da mit der Deklarierung der Waffen als "Landmaschinenfracht" die Transportbestimmungen nicht eingehalten worden sind. Vorerst wird jedoch sogar bestritten, daß es sich um

einen Kriegswaffenexport gehandelt hat. Zuerst sollen kompetente Experten, zum Beispiel der Staatsanwaltschaft, der Bundeswehr, des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, prüfen, inwieweit das fragliche Material unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fällt. (23) Zwar erklärte das Auswärtige Amt, die Lieferung von Material aus Beständen der aufgelösten NVA hätte wie jeder andere Transport vom Bundessicherheitsrat, einem Geheimausschuß des Bundeskabinetts, genehmigt werden müssen. (24) Willi Wimmer, christdemokratischer Staatssekretär im BMVg, erklärte jedoch: Es habe sich bei der beabsichtigten Lieferung von Waffen an Israel nicht um einen Waffenexport in ein Krisengebiet gehandelt, sondern um eine zwischen Israel und der Bundesrepublik gängige Form der wehrtechnischen Zusammenarbeit. (25) Auch Lutz Stavenhagen hob hervor, daß es nicht um Waffenexport, sondern "um wehrtechnische Zusammenarbeit mit einem Land geht, das uns ebenfalls bisher sehr viele Waffen geliefert hat." (26) Die an der Lieferung beteiligten Personen hätten sich "keineswegs gesetzwidrig" verhalten. Sie seien davon ausgegangen, daß die "leihweise Überlassung von Gerät in jeweils geringer Anzahl, dessen Einsatz in Gefechtshandlungen ausgeschlossen schien", nicht unter den Beschluß des Sicherheitsrates vom 27.2.91 falle und auch die Weisungen von Pfahl für sie in diesem Fall nicht bindend seien. Im Gegenteil sei der BND zu derartigen Tarnungsmaßnahmen gesetzlich befugt gewesen, weil es sich um keine "Ausfuhr im üblichen Sinne" gehandelt habe, weshalb der BND auch das Bundesamt für Wirtschaft nicht habe informieren müssen. Eine Verletzung außenwirtschaftlicher Bestimmungen wurde vom Wehrressort, gestützt vom Justizministerium, gleichfalls abgestritten. (27)

Weshalb also die ganze Aufregung?

Ra., Bremen

Anmerkungen

1) Welt, 29.10.91

2) SZ, 29.10.91

3) ebd., 30.10.91

4) a.a.O.

5) vgl. Bericht zu NVA 1991

6) Welt am Sonntag, 3.11.91

7) SZ, 31.10.91

8) Welt, 30.10.91

9) SZ, 31.10.91

10) taz, 1.11.91

11) SZ, 7.11.91

12) a.a.O., 31.10.91

13) Welt, 2.11.91

14) Welt am Sonntag, 3.11.91

15) SZ, 7.11.91

16) Welt am Sonntag, 3.11.91

17) ebd.

18) Henkel in Hamburger Morgenpost, 30.10.91

19) SZ, 31.10.91

20) Welt, 7.11.91

21) a.a.O., 8.11.1991

22) Bremer Nachrichten; dpa, 1.11.91

23) Welt, 30.10.91

24) Hamburger Abendblatt, 30.10.91

25) taz, 31.10.91

26) ebd.

27) a.a.O., 7.11.91

Weltweites Interesse an NVA-Waffen

Nach Darstellung des Staatssekretärs vom Verteidigungsministerium, Dr. Ottfried Henning, haben bisher siebenundzwanzig Staaten Interesse an Waffen und sonstigem Material aus den Beständen der aufgelösten Nationalen Volksarmee gezeigt: die NATO-Partnerländer USA, Türkei, Griechenland und Frankreich; die Nicht-NATO-Partnerländer Finnland, Schweden, Schweiz, Österreich und Malta; die mitteleuropäischen Staaten UdSSR, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien; die außereuropäischen Länder Uruguay, Nigeria, Ecuador, Ägypten, Thailand, Algerien, Indien, Indonesien, Südkorea, Madagaskar, Pakistan, Peru und Singapur. (Israel wurde in dieser Auflistung nicht genannt.)

Geliefert wurden nach Angaben von Henning alle Kategorien von Heeres-, Luftwaffen- und Marinematerial einschließlich der sog. Treaty Limited Equipments (TLE), d.h. solchen Gerätes, für das der VKSE-Vertrag Begrenzungen vorsieht (Panzer, Schützenpanzer, Artilleriegeschütze, Kampfhubschrauber und -flugzeuge). Während der Golfkrise hätten die USA, Frankreich, Griechenland und die Türkei Waffen und Ausrüstungsgegenstände aus NVA-Beständen erhalten; mit Finnland und Uruguay seien Kaufverträge abgeschlossen worden. Nicht-NATO- Staaten hätten mit Ausnahme von Ägypten, das unentgeltlich dreißig ABC-Spürpanzer bekam, kein Material erhalten.

31. Rache für Nürnberg. Überlegungen anläßlich des Mauerschützenprozesses

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:30

Seit dem 2.9.91 wird in Berlin gegen vier ehemalige DDR-Grenzsoldaten wegen des Vorwurfs, im Februar 1989 den Ost- Berliner Chris Gueffroy an der Berliner Mauer erschossen zu haben, verhandelt.

In den ersten Verhandlungstagen war alles geboten, was einen zünftigen Sen- sationsprozeß ausmacht: Schluchzende Grenzsoldaten, eine betroffene und bestochene Märtyrermutter, moralische Empörung über die Schmutz-Journaille, die den ehrlichen Rechtsfindungswillen verhöhnt und ein Staranwalt, der wahrscheinlich im Sold des Burdakonzerns steht, dessen Ost-Blätter Super! und super-illu am lautesten die Verurteilung seines Mandanten fordern. Eine spannende und unter die Haut gehende Gerichts-soap-opera. Inzwischen ist die Beweisaufnahme abgeschlossen, und das Urteil steht so gut wie fest. Einem "rechtlichen Hinweis" des vorsitzenden Richters ist zu entnehmen, daß die Bestrafung der Angeklagten wegen Totschlags bzw. versuchten Totschlags in einem minderschweren Fall in Betracht gezogen wird (taz, 10.10.). Das Ergebnis also, das es allen recht macht. Die da lamentieren, die Kleinen hänge man und die großen ließe man laufen, können beruhigt sein, sie werden nicht hängen, sondern mit Bewährungsstrafen davonkommen. Die da den Großen an den Kragen wollen, seien versichert: Lautet das Berliner Urteil gegen die Schützen auf Totschlag (ob schwer oder minderschwer hat nur mit dem Strafmaß zu tun), dann ist auch Handhabe gegen die "Anstifter" gegeben. Vom Staatsratsvorsitzenden bis hinunter zum Vorgesetzten des jeweils einschlägigen Grenzschutzkommandos kann dann jeder zur Verantwortung gezogen werden, der am DDR-Grenzgesetz oder dessen Vollzug beteiligt gewesen ist. Die Aufstockung der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft in Berlin von 7 auf 60 Staatsanwälte kommt gerade rechtzeitig, um den Verdacht des Bürgerrechtlers Wolfgang Templin zu entkräften, es werde die "hartnäckige Verschleppung aller juristischen Aufklärung der ‚großen' Kriminalität aus der alten DDR" (Freitag, 13.9.91) betrieben.

Der Prozeß hat eigentlich nur einen Haken, es wird ohne gültige Rechtsgrundlage verhandelt. Ein Umstand, der alle selbstausgewiesenen Linken und BürgerrechtlerInnen auf die Barrikaden bringen müßte, geht es doch gegen ihr Heiligstes, den freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat. Bekanntlich sagen sie (mit ganz wenigen Ausnahmen) entweder gar nichts oder sie verdächtigen öffentlich den Rechtsstaat (wie z.B. Wolfgang Templin), er verhindere durch Passivität oder Hinhaltetaktik seine freiwillige Selbstdemontage.

Die bewaffnete Sicherung der Staatsgrenze

Im ND vom 3.9.91 hat der Darmstädter Jurist Axel Azzola nüchtern und prägnant dargelegt, was auch jeder vernünftige Nicht-Jurist wissen könnte: eine Verurteilung der vier Grenzer wäre Rechtsbeugung. Der Schußwaffengebrauch an der Grenze erfolgte auf Grundlage eines Grenzgesetzes, das sich von vergleichbaren Gesetzen westlicher Demokratien nicht unterscheidet. Entsprechend geht die Anklage einen Schritt weiter und wirft den Grenzsoldaten vor, "ihren Dienst nach rechtswidrigen Vorschriften durchgeführt und deshalb in strafbarer Weise einen Menschen getötet zu haben" (Azzola). Die Schuld der Soldaten soll also darin liegen, daß sie die Rechtsvorschriften eines Unrechtsystems anerkannt und gemäß dieser Vorschriften geschossen und getötet haben. Daß BRD-Recht nicht die tödlichen Folgen von DDR-Recht ohne weiteres qua Strafgesetzbuch als Mord und Totschlag aburteilen kann, wissen auch die Ankläger. Die Berliner Justizsenatorin Limbach wußte Abhilfe. Eine Strafbarkeit sei trotzdem denkbar, "weil das Grenzgesetz, das dem Soldaten in der DDR gebot, die Schußwaffe gegen jeden Flüchtenden, der die DDR verlassen wollte, einzusetzen, im Widerspruch zum Völkerrecht stand."(FR, 11.9.91) Der Staatsrechtler und Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz behauptet, "mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte habe sich der ostdeutsche Staat zu den Menschenrechten bekannt, die Freizügigkeit garantierten" (Tagesspiegel, 4.9.) Doch auch der Rückgriff auf überstaatliches Recht, das Völkerrecht verbietet sich; es hat noch keiner eine Norm gefunden, die die Grenzschutzpraktiken der DDR als völkerrechtswidrig ausgewiesen hätte. Das vielzitierte Menschenrecht auf Freizügigkeit bezieht sich seit eh und je auf die freie Wahl des Wohnsitzes innerhalb eines Staates, ein Menschenrecht auf Auswanderung gibt es nicht. Azzola verweist darauf, daß obwohl BRD und DDR Mitglieder der UN waren, "niemals von der BRD oder einem anderen Staat in der UN der Antrag gestellt wurde, die DDR wegen der Schüsse an der Mauer förmlich zu verurteilen. Auch jeder

Grenzsoldat der DDR mußte dies als Eingeständnis der Bundesregierung verstehen, daß es sich bei diesen Schüssen eben nicht um die Verletzung völkerrechtlicher Normen handelte". Letzter Rettungsanker zur Durchsetzung einer rechtsstaatlichen Verurteilung wäre sogenanntes ungeschriebenes Völkerrecht. Also ein Völkergewohnheitsrecht, dem unmißverständlich zu entnehmen ist, daß "eine Grenze jedenfalls nicht so zu sichern ist, wie dies in der DDR der Fall war" (Azzola). "Weil ungeschriebenes Völkergewohnheitsrecht nur bei einer langandauernden und unbestrittenen Staatspraxis angenommen werden kann" (Azzola), in Sachen Grenzsicherung aber mindestens die Staaten des Warschauer Vertrags eine von den westlichen Vorstellungen abweichende Praxis hatten, scheidet auch dieses Rechtskonstrukt aus. Unterstellt, die vier angeklagten Grenzer haben bevor sie schossen, die Flüchtenden angerufen und sich dann bemüht, die beiden "nur" fluchtunfähig zu schießen, wie es das DDR-Grenzgesetz vorschreibt, und nicht zu töten, dann bleibt für eine Verurteilung, die ohne Rechtsbeugung auskommen will, kein Raum.

Hauptsache, es wird verurteilt

Davon unberührt verlief der Prozeß über weite Strecken wie Verfahren gegen KZ-Schergen oder andere Nazi-Täter, in denen lediglich die individuelle Tat nachgewiesen und das Vorliegen schuldausschließender Gründe wie Verbotsirrtum und rechtfertigender Notstand geprüft werden muß. Ob jeder, der nicht oder absichtlich daneben schießt, damit rechnen mußte, eine Haftstrafe in der NVA-Strafanstalt Schwedt verbüßen zu müssen, wurde genauso Gegenstand des Prozesses, wie die Frage, ob die vier Schützen hätten wissen müssen, daß die den Schußwaf- fengebrauch legitimierende gesetzliche Grundlage Unrecht war.

Das hartnäckige Verlangen der Verteidigung, zuerst die Rechtsgrundlage, auf der überhaupt verhandelt wird, zu klären, stößt auf Ablehnung des Gerichts und den Unmut der prozeßbegleitenden Presse. "Der Prozeß um den Tod des Chris Gueffroy könnte zum schwierigen, sämtliche Prozeßbeteiligten überfordernden Colloquium über verfassungs- und völkerrechtliche Spezialfragen werden", räsoniert zum Beispiel die taz am 2.9.91 und fügt unter Mißachtung grammatikalischer Grundfragen hinzu: "Der Tod eines einzelnen Menschen könnte dabei zum puren Aufhänger verkommen für einen Gutachterkrieg, die (!) sich um die Frage einer Mutter einen Dreck scheren, wie lange und warum ihr schwer verletzter Sohn ohne erste Hilfe gelassen wurde". Damit ist die Grauzone umrissen, in der sich die prozeßbegleitenden Medien und wohl auch das Gericht bewegen. Entweder sie argumentieren mit dem DDR-Recht, dann müßten die Grenzer mit Tötungsabsicht gehandelt haben und wären so ohne weiteres strafbar (z.B. wenn der getroffene Gueffroy wirklich vorsätzlich nicht medizinisch versorgt worden wäre, wie die taz es nahelegt), oder es wird nach "höherrangigem Recht" gefragt: "Läßt sich jenseits des positiven, des gesetzten Rechts der damaligen DDR (...) eine höherwertige Rechtsnorm finden, die sozusagen den systemtreuen einzelnen im Unrechtsstaat zur Unterlassung unmenschlicher Handlungen verpflichten würde? Bestand überspitzt formuliert, eine justiziable Verpflichtung für DDR-Grenzschützer, ihr individuelles Dienstverständnis an der UNO-Menschenrechtskonvention und an den KSZE-Beschlüssen auszurichten, zu welchen ihr Staat sich formal bekannte, um sie dem Geiste (!) nach zu mißachten" (Tagesspiegel vom 3.9.). Die Versuche, den Grenzern oder ihren Vorgesetzten und damit wohl Anstiftern nachzuweisen, sie hätten in Tötungsabsicht gehandelt, oder den schwer Verletzten getötet, haben sich weitgehend zerschlagen. Zuletzt war es nur noch Götz Aly in der taz, der mit der bildzeitungsreifen Räuberpistole vom Major R. hausieren ging, "der den sterbenden Chris Gueffroy schlug und beschimpfte, ihm auf den Brustkorb sprang ... " (taz, 5.9.). Umso stärker konzentriert sich das Interesse der Geschichtsaufarbeiter auf den Unrechtsstaat DDR. Damit setzt sich für den Mauerschützenprozeß durch, was jeden Naziprozeß ausmachte: Die Rechtsgrundlage, - sofern überhaupt vorhanden - auf die die Angeklagten ihr jeweiliges Tun stützen, wird für unrecht erklärt, was durch die Herbeiziehung höherrangigen Rechts gerechtfertigt wird, und der Prozeß wird nach herrschendem BRD-Recht abgewickelt. Der Unterschied ist allerdings gewichtig: Nazi- Schergen wurden verurteilt, weil ein internationaler Gerichtshof auf völkerrechtlicher Grundlage Sonderrecht geprägt hatte, das bestimmte Praktiken des NS-Staats als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Frieden qualifiziert hatte, beim Mauerschützenprozeß übernimmt das die 23. Strafkammer in Berlin-Moabit.

Bürgerrechtler fordern den Rechtsbruch

Wie so oft in letzter Zeit, wenn sich großes tut in Deutschland, ist es ratsam, sich im linksliberalen bzw. demokratischen Lager umzutun. Nicht weil mit Kritik am Projekt Deutschland aus dieser Ecke zu rechnen ist, sondern weil gerade von dort entscheidende Vorarbeiten zur Herstellung des neuen demokratischen Konsenses stammen. So ist es auch kein Wunder, daß die Interessengemeinschaft der Freunde des

Grundgesetzes aus taz, Bündnis 90, Grüne etc. die Bedeutung des Mauerschützenprozesses für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte gleich erkannt hat. Der Ruf nach Verurteilungen aus diesem Spektrum ist nicht nur lauter und deutlicher als aus dem liberal-konservativen, die mitgelieferten Begründungen geben darüber hinaus einen guten Eindruck davon, was vom deutschen Rechtsstaat zukünftig zu erwarten sein wird.

Götz Aly und die individuelle Schuld

Von den Linken oder Halblinken ist es besonders Götz Aly in der taz, der zwischen Anwendung von DDR-Recht und "höherrangigem" Recht schwankend, auf die Verteidiger der vier Grenzer eindrischt und mit der Parole "Schuld ist immer individuell" für die Fortsetzung des Prozesses eintritt und nur bemängelt, das "derzeit nicht die Falschen auf der Anklagebank" sitzen, sondern "es sitzen zu wenige dort" (taz, 20.9.). Aly, der grundsätzlich zur Anwendung von DDR-Recht tendiert und dabei darauf spekuliert, daß die gelten- de Norm, das Grenzgesetz, die Tötung Gueffroys nicht legitimiert, stellt sich mit seinem kategorischen "Schuld ist immer individuell" außerhalb der geltenden Strafrechtsdogmatik. Denn der individuelle Schuldvorwurf kann nur erhoben werden, wenn eine gesetzliche Norm ein bestimmtes Tun ausdrücklich unter Strafe stellt. Im Fall der Anwendung des Gewaltmonopols durch Staatsdiener verhält es sich spiegelverkehrt: Hier ermächtigen Gesetze die bewaffneten Organe ausdrücklich zu Handlungen - bis hin zur Tötung - die allen anderen Staatsbürgern verboten sind. Indem Aly gezielt moralische Schuld, die er in jeder Tötungshandlung sieht, mit Schuld im Sinne des Strafrechts vermischt, dokumentiert er nicht nur tiefes Unverständnis gegenüber jeder Form von Rechtsstaatlichkeit, er begibt sich damit auch in die Regionen des überpositiven Rechts. Das, was Aly fordert, nämlich, daß der Rechtsstaat "pragmatisch-tastend, oft sich widersprechend der Frage nach der individuellen Schuld Einzelner im totalitären System nachgeht" (taz, 11. 11.), beschreibt präzise die Verabschiedung des Formalrechts durch die Anmaßung eines Staates, die Praktiken eines anderen als Unrecht zu individualisieren.

Friedrich Schorlemmer und die seelische Befreiung

Im September dieses Jahres war Friedrich Schorlemmer, Pfarrer und DDR-Bürgerrechtler in den Verdacht geraten, mit seinem Vorschlag eines politischen Tribunals über die DDR-Vergangenheit und die verantwortlichen Funktionäre, die gerichtliche Aufarbeitung mit dazugehöriger Verurteilung aller Verantwortlichen hintertreiben zu wollen. Die von der FR am 29.10.91 nachgereichte Dokumentation des Schorlemmer-Vorschlags entlastet den Kirchenmann: Natürlich geht es auch ihm um die strafrechtliche Verurteilung von Mauermördern und Drahtziehern: "Natürlich sind die Grenzsoldaten haftbar zu machen, denn sie haben nicht in Notwehr gehandelt. Und die Erschießung eines Menschen, der lediglich in den anderen Teil Deutschlands will, bleibt ein Verbrechen. Wer es anordnet, ist ein Verbrecher. Und wer Rechtsgrundlagen dafür geschaffen oder nur geduldet hat, ist im strafrechtlichen und moralischen Sinn verantwortlich für den Tod Chris Gueffroys und aller anderen." Die Bedeutung des politischen Tribunals liegt also "nur neben den juristischen Prozessen". Schorlemmer sieht die moralisch erhebende Kraft seines Tribunals darin, daß es "besser seelisch befreiende Funktion wahrnehmen (könne), als es durch Musterprozesse gegen einzelne möglich ist." Wer also nicht oder noch nicht rechtskräftig verurteilt worden ist, wird zu Befragungen genötigt, "zu denen die Träger des Systems auf allen Ebenen einzubestellen (!) bzw. einzuladen sind".

Wolfgang Ullmann und die Rechtserneuerung

So richtig grundsätzlich und weit über östliche Bürgerrechtsbewegungen hinaus stilbildend wurde der Chef-Demokrat der "sanften Revolution" Wolfgang Ullmann in einem Grundsatzartikel im "Freitag" (13.9.91). Unter der Überschrift "Königsprozeß oder Nürnberger Tribunal?" plädiert er für eine Maximallösung im Umgang mit der DDR-Vergangenheit, die den Vorzug hat, in ihrer bestechenden Deutlichkeit ein wenig Licht in das Denken von Leuten zu werfen, die dem Staat mit "höherrangigem Recht" zur Hilfe eilen wollen, wo seine eigenen Rechtsgrundsätze versagen. Ullmann verwirft den Begriff Regierungskriminalität, den er durch Staatskriminalität ersetzt wissen will. "Wollen wir unter der Devise der Regierungskriminalität weiter versuchen, individuelle Vergehen strafrechtlich zu fassen oder wollen wir uns angesichts der nicht zu leugnenden Phänomene der Staatskriminalität entschließen, die neuen Dimensionen von Rechtssprechung aufzunehmen, die eine ethisch-politisch verwüstete Gesellschaft erwartet?" Die neuen Dimensionen heißen "Nürnberger Tribunal", und wer eine Wiederholung von Nürnberg will, braucht ein dem Nationalsozialismus vergleichbares Regime. Man erinnere sich, die Hauptanklagepunkte im Nürnberger Prozeß waren "Verbrechen gegen den Frieden" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", was in die Sprache des realen Mordens übersetzt, den

2. Weltkrieg und Auschwitz meinte. Nun zur DDR. Ullmann weiß, daß 1968 "zum zweiten Mal (...) deutsche Truppen in das tschechische Nachbarland einfielen, um dort demokratische Freiheiten unterdrücken zu helfen (...) Es handelt sich um ein völkerrechtliches Vergehen, um ein Verbrechen gegen den Frieden." Mal abgesehen davon, daß eben keine DDR-Truppen in die CSSR einmarschiert sind (allerdings für eine derartige Aktivität in Bereitschaft standen), die Folge des deutschen Einmarsches 1939 in die Tschechoslowakei waren der Statthalter Heydrich und Lidice ein Beispiel für das, was Ullmann "Unterdrückung demokratischer Freiheiten" nennt. Bis zu den "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" wagt sich nicht einmal Ullmann vor, das "Mauerregime mit Todesschüssen und Zwangsumsiedlungen" ist ihm aber immerhin noch "Ausdruck davon, daß mitten in Europa und mitten im 20. Jahrhundert ein Staat alle seine Bürger und Bürgerinnen als Leibeigene betrachtete..." Der Hauptvorwurf, der ein völkerrechtliches Tribunal nach Nürnberger Vorbild rechtfertigen soll, liegt im Angriff gegen die Demokratie und gegen das Recht. Die Sowjetunion und der deutsche Faschismus nehmen sich dabei nichts, denn "man hat sich angewöhnt, die beiden (...) Diktaturen unter dem Begriff des Totalitarismus zusammenzufassen". "Zwei antihumane Diktaturen" eben, die bei allen Unterschieden, "beide aber gleich in der Totalität der von ihnen bewirkten Rechtszerstörung" sind. Beide Systeme sind der Konspiration schuldig, "denn so wie Hitler mit den Seinen eine Konterrevolution gegen die Friedensordnung von Versailles und Genf in die Wege geleitet hat, so haben die Parteiführer der SED (...) von 1946 - 1949 gegen die Demokratisierung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg konspiriert."

Wozu nun diese Abstraktionsleistungen von einem, der ausdrücklich erklärt: "Ich will nicht rot gleich braun setzen - da müssen die Unterschiede immer deutlich bleiben" (Ullmann in einer Diskussion mit G. Gysi in Freitag, 1.11.91) und jede Gelegenheit nutzt, beide Systeme auf den Nenner "Rechtszerstörung" zu bringen? Einerseits natürlich das angestrebte praktische Ergebnis, dessen Nicht-Realisierbarkeit auch einem Wolfgang Ullmann klar sein muß: "Nürnberg lehrt auch: Wo Rechtszerstörung in der Dimension der Staatskriminalität stattgefunden hat, dort können nicht mehr nationale Gerichtshöfe das zerstörte Recht wiederherstellen, sondern dann bedarf es in jedem Falle einer internationalen Anstrengung, um ein neues Forum zu stiften, vor dem die Betroffenen erscheinen und ein menschenrechtsgemäßes Urteil erwarten können." Der rechts- und staatspolitische Sinn liegt jedoch tiefer. Ullmann will "Justizerneuerung fundieren in einer Rechtserneuerung, die das ganze Ausmaß eines Menschenalters deutscher Rechtszerstörung beendet." Was sich hinter so vollmundig verkündeter Rechts-Reformation neben der Feststellung, daß rot eben doch gleich braun ist, verbirgt, verrät Ullmann in dem Streitgespräch mit G. Gysi (Freitag, 1.11.91). "In Deutschland wird Rechtsstaatlichkeit in der Regel legalistisch mißverstanden. Rechtsstaatlich ist, was auf der Basis eines Gesetzes getan wird. Mag dieses Gesetz noch so inhuman sein, aber es ist eben Gesetz und ergo legal. Diese Rechnung stimmt doch nicht."

Hier schließt sich der Kreis von den Befürchtungen des taz-Redakteurs, der nicht will, daß der Mauerschützenprozeß zum juristischen Colloquium verkommt, über die vielen Kommentatoren, die mit dem Spruch, "die kleinen hängt man, die großen läßt man laufen" sich an den Volksmund der Mördernation nach 1945 anschließen, über den Moralisten Aly, der individuelle Schuld (mit strafrechtlicher Konsequenz) nachweisen will, wo das staatliche Gewaltmonopol das Töten legitimiert, bis hin zu jenen, die hoffen, "daß am Ende des Verfahrens das durch den Schießbefehl tief verletzte Rechtsgefühl und das formale Recht nicht mehr ganz so unversöhnt gegeneinander stünden" (FAZ, 13.9.91). Das gemeinsame Ressentiment richtet sich gegen den "Legalismus", gegen die Paragraphenhengste, gegen das Mark jenes Staatswesens, dem sie sich so verpflichtet sehen, den Rechtsstaat. Die tiefe Sehnsucht, ein Stück Geschichte würdig aufzuarbeiten, verbindet sich ihnen automatisch mit Gerichtsschranken und Verurteilungen. Jetzt, wo es soweit ist und den geschlagenen Gegnern der Prozeß gemacht wird, erschrecken sie vor der inneren Logik der Justiz und fürchten um den Befreiungsschlag. Mit entsprechender Wucht kehrt sich die ganze Wut gegen jene, die sich weigern, von der Schuld zu sprechen und stattdessen nach dem formalen Recht fragen.

Rechtsstaat und Gerechtigkeit

Es ist den Pfarrern Schorlemmer und Ullmann zu danken, den inneren Zusammenhang des Ressentiments gegen das Formalrecht mit der alten Sehnsucht nach echter Gerechtigkeit in den Grenzen des Staates hergestellt zu haben. Während Schorlemmer dem Justiz-Geschäft der Verurteilung den moralischen Prozeß der Verdammung folgen lassen will (zum Zwecke der seelischen Befreiung, versteht sich), bemüht sich Ullmann um die Verquickung beider Elemente in einer höheren Justiz. Zugrunde liegt beiden Ansätzen das Mißtrauen gegen die Grundprinzipien des Rechtsstaats - ein Mißtrauen übrigens, das so alt wie die Idee selber

ist. Tatsächlich ist die Rechtsstaatsidee, ganz wie Ullmann es in denunziatorischer Absicht darstellt, "legalistisch". Ausgegangen wird von einer Normen-Hierarchie, die von der einfachen Rechtsverordnung bis zum Bundesgesetz nur in sich schlüssig zu sein braucht und nach formalen Verfahrensgrundsätzen zustandekommt bzw. angewandt wird. Ein Rechtsstaat ist per se nicht gerecht, Gerechtigkeit oder was dafür gehalten wird bezieht er einzig aus dem Verfahren. Oberster Herr des Verfahrens und damit Legitimationsgrundlage ist die demokratische Form des Zustandekommens der einzelnen Gesetze und die Unterwerfung jeder Anwendung staatlicher Gewalt unter bestehende Gesetze. Leitgedanken, wie sie in Verfassungen auftauchen, können erst in ihrer Konkretisierung durch den Gesetzgeber materielle Wirklichkeit werden. Erreicht werden soll dadurch zweierlei. Zum einen Rechtssicherheit, d.h. die Kalkulierbarkeit repressiver Folgen individuellen Tuns und damit ein Minimum an Schutz vor staatlicher Willkür. Zum zweiten die möglichst vollständige Beherrschung der Staatsmaschine durch den demokratisch legitimierten Gesetzgeber, das Parlament.

Die vielbeschworene Gefahr des Mißbrauchs des Rechtsstaats durch demokratisch zustandegekommene Mehrheiten, deren Ansinnen auf Zerschlagung des Modells gerichtet ist, gehört fast immer zum demagogischen Instrumentarium derer, die als Bewahrer von Recht und Freiheit antreten und die präventive Konterrevolution meinen. In Deutschland wurde der Angriff gegen die Herrschaft des Formalrechts bezeichnenderweise gleichzeitig mit der Installierung der Weimarer Demokratie Bestandteil bürgerlicher Ideologie, woran sich bis heute nichts geändert hat. Die Rechtsschule, die in der Weimarer Republik einflußreich, wenn auch defensiv den legalistischen Begriff des Rechtsstaats hochhielt, der Rechtspositivismus, muß als Prügelknabe für die freiwillige Selbstunterwerfung der deutschen Justiz unters Diktat des Faschismus herhalten. Ihr angeblicher Gesetzesfetischismus so heißt es, hätte die deutsche Justiz wehrlos gemacht gegen das vom Faschismus in Gesetzesform gegossene Unrecht. Tatsächlich war die deutsche Justiz seit den frühen 20er Jahren damit beschäftigt, per Urteil das Recht zu beugen, soweit es soziale Rechte garantieren oder gesellschaftliche Demokratisierung befördern sollte. Die vergleichsweise wenigen neuen Gesetze, die die Nazis zur Etablierung ihres Staates benötigten, verweisen auf eine Gerichtspraxis, die zum Beispiel ohne jeden neuen Paragraphen die Schadensersatzansprüche des BGB pogromgeschädigten Juden verwehrte. Die neue Republik hat den Kampf gegen den Legalismus nicht nur zur Entlastung der braunen Juristenzunft genutzt, sondern auch zur Installierung eines Verfassungskerns, den keine demokratische Mehrheit zu brechen in der Lage ist. Die teilweise Aufhebung des demokratischen Rechtsstaats durch die FDGO, und ihre Hüterin, das Bundesverfassungsgericht, führte dazu, daß demokratisch und formal korrekt zustandegekommene Gesetze von einem Gericht kassiert werden können. Sie hatte darüberhinaus zur Folge, daß unter dem Schlagwort Gemeinwohl ein Staatszweck sich etablieren konnte, dessen inhaltliche Füllung höchste Richter durch Exegese der FDGO vornehmen, vorbei an den realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ihrem Ausdruck in der gesetzgebenden Versammlung. Entsprechend ist es unbestrittene Praxis aller gesellschaftlich relevanter Kräfte in der BRD, ihr jeweiliges Programm als besonders dem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat und seiner Gemeinwohlverpflichtung adäquat anzupreisen, also sich einem vorab bestehenden Konsens anzubiedern, der als Gemeinsamkeit der Demokraten sich auf den Staat und sein Wohl bezieht. Daß dabei die Interessen des Staates schon mal als "wehrhafte Demokratie" den Rechtsbruch legitimieren, liegt auf der Hand. Anti-Terror-Gesetze und exterritoriale Exekutionen durch BGS-Einheiten (Mogadischu) sind die bislang markantesten Siege des Gemeinwohlprinzips über das formale Recht.

Wolfgang Ullmann liefert zur Begründung der neuen Praxis des Rechtsbruchs - also der Bewältigung der DDR durch die BRD-Justiz - entscheidende Argumente gegen den "Legalismus" und verfällt dabei in jene Staatsvergottung, der reaktionären Rechtsbewahrern immer schon eignete. Der Staat ist nach Ullmann "seinem Anspruch nach Quelle, Stifter und Wahrer des Rechts". Quelle des Rechtsbruchs sind die Leute: "Aber die Diktaturen des 20.Jahrhunderts haben uns eine blutige Lektion darüber erteilt, daß kein Staat durch irgendwelche in ihm denkbare und legitimierbare Mehrheiten instand gesetzt wird, sich selbst als oberste und primäre Quelle des Rechts zu autorisieren. Vielmehr bedarf er selbst allererst der Autorisierung durch eine Praxis der Gerechtigkeit und des Friedens, die ihn anerkennungsfähig macht im Kreis der Völkergemeinschaft". Der vernünftig klingende Verweis auf den "Kreis der Völkergemeinschaft" blamiert sich schon dadurch, daß die ehemals sozialistischen Staaten, deren Aburteilung Ullmann so energisch einfordert, gleichberechtigte Mitglieder internationaler Organisationen waren. Kein Wunder, daß der Angriff gegen bestimmte Grundprinzipien der "Völkergemeinschaft" nicht auf sich warten läßt. Der ganze Haß gegen ein

System, das durch seinen Pragmatismus in anderen Ländern immer kapitalistisch war, ohne faschistisch zu werden und Kommunisten zwar nicht an die Macht kommen ließ, aber nicht als Schwerverbrecher den Nazis gleichstellte, offenbart sich bei Ullmann in der Feststellung: "Wenn der Liberalismus glaubte, die Rechtsbegründung aus übernatürlichen Quellen (!) durch eine solche aus dem zu ersetzen, was man seit der Jahrhundertwende das ‚natürliche System' zu nennen sich gewöhnt hatte, so verkannte er, daß dieses ‚System' sehr bald überging in etwas anderes, was man kaum noch als ‚System' bezeichnen kann, jenen Pluralismus der Tendenzen, Trends und Kräfte, von dem man erstaunlicherweise immer noch annimmt, daß er als ein Ensemble der checks and balances am Ende ein Höchstmaß der Freiheit hervorbringen kann. Woher diese Zuversicht? Kann dieser Pluralismus nicht genausogut auf die Selbstorganisation einer nicht mehr justitiablen Mafia-Kriminalität hinauslaufen?

In diesem Fall wäre dann die Erpressung das Maß aller Dinge - es sei denn, es gibt so etwas wie eine nichterpreßbare Substanz der Humanität."

Der generelle Mafia-Verdacht, dem Ullmann die westlichen Demokratien wegen ihres Liberalismus aussetzt, verweist auf die Sehnsucht nach mehr Sicherheit, nach unveränderlicher Substanz. Die "nichterpreßbare Substanz", gespeist aus "übernatürlichen Quellen", die Ullmann beschwört, ist das Credo autoritärer Etatisten, für die das Ziel, die Bewahrung des Staates vor Veränderung, jeden Rechtsbruch legitimiert und die in der Konsequenz die Staatsbürger der totalen Willkür jenes Monstrums, das Ullmann "Quelle, Stifter und Wahrer des Rechts" nennt, schutzlos ausliefern.

Rache für Nürnberg

Soviel ist gewiß, eine Verurteilung von Grenzern, aber auch von allen anderen DDR-Funktionären wird ohne die Anmaßung völkerrechtlicher Wahrheiten nicht zu haben sein. Erst die Behauptung, DDR- Recht sei Unrecht gewesen, macht die Unterwerfung von staatlichem Handeln der DDR unter das BRD-Strafrecht möglich, anders ist den einzelnen Ausführenden oder Gesetzgebern nicht beizukommen. Auch wenn es zum internationalen Tribunal wie Ulmann es einfordert nicht kommen wird, eine nationale Justiz, die die Repräsentanten eines anderen Staates aburteilen will, kommt an Nürnberg nicht vorbei. Der Nürnberger Gerichtshof hat sich herausgenommen, als Tribunal der Sieger, nachträglich bestehendes Völkerrecht zu erweitern und zu präzisieren und auf den deutschen Faschismus und seine Repräsentanten anzuwenden. Die Legitimation war dabei weniger der militärische Sieg, als vielmehr die Beispiellosigkeit der Staatsverbrechen, die zur Verhandlung standen. Ein internationaler Konsens, daß dergleichen Barbarei, durch staatliche Souveränität nicht mehr gedeckt sein kann, erlaubte es in diesem Fall von Völkergewohnheitsrecht zu sprechen. Dennoch hat die deutsche Bevölkerung dauerhaft und unbelehrbar das Urteil über den bis zuletzt geliebten und unterstützten faschistischen Staat als Unrecht des Stärkeren abgelehnt. Den Vorwurf, einzigartige Barbarei getragen zu haben, ließen gute Deutsche nicht auf sich sitzen.

Das Paradoxon, daß deutsche Gerichte, die sich Völkerrecht anmaßen, ausgerechnet an einem deutschen Staat für Nürnberg Revanche nehmen, ist nur ein scheinbares. Die Aburteilung des östlichen "Unrechtssystems" wird ein Reinigungsbad, aus dem Deutschland vom Vorwurf des Totalitarismus gesäubert hervorgehen wird. Die Erinnerung an die gescheiterte Alternative soll in Abwehr vor jeder emanzipatorischen Bestrebung münden. Der größte Triumph aber wird sein, der ganzen Welt und den Zweiflern im eigenen Land vor Augen führen zu dürfen, daß das schlimmste Verbrechen gegen den Frieden der Überfall des Warschauer Pakts auf die CSSR gewesen ist, und das größte KZ der Welt eben nicht Auschwitz sondern die DDR war, folglich Juden bestenfalls als Opfer zweiten Ranges - nach den Deutschen gezählt werden dürfen.

Die Schergen dieses KZs (die Grenzsoldaten) können mit größerer Milde rechnen als die von Auschwitz, damals war man dummerweise noch den Siegern von gestern verpflichtet. Die Anstifter aber werden diesmal nichts zu lachen haben. Zu den fünf, die schon sitzen, Stoph, Mielke, Kessler, Streiletz und Albrecht wird demnächst Honecker kommen. Die in Vorbereitung befindliche Verfahrensserie gegen Richter, Generäle etc. wird noch viele treffen. Leute durch die Bank, die wegen ihrer aktiven Teilnahme am gescheiterten Ausbruch aus deutscher Kontinuität keinen Anspruch darauf haben, als Brüder und Schwestern dem nationalen Kollektiv zugerechnet zu werden, wie es schon ihren Vorgängern aus der KPD verwehrt blieb, Volksgenosse zu werden.

Unabhängig von den persönlichen Schicksalen wird in seiner ganzen Riesenhaftigkeit der Rechtsstaat deutscher Prägung eigentlicher Sieger dieser Prozesse sein. Der Triumph über den Legalismus ist der

Triumph des Staatszwecks über das lästige Formalrecht, das der einzige, brüchige Schutz des Einzelnen (nicht nur) im bürgerlichen Staat vor den Übergriffen der monopolisierten Gewalt ist. Geschichtsaufarbeitung im neuen Deutschland kulminiert in der bedingungslosen Identifizierung des Volkes mit seiner Staatsmaschine.

jw., Gruppe K, Westberlin

32. Ralf und Knud: Seit dreieinhalb Monaten im Knast. Solidarität gegen Konstrukte

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:20

Seit mittlerweile dreieinhalb Monaten sitzen Ralf und Knud nach ihrer Verhaftung in Pinneberg (in der Nähe Hamburgs) im Knast. Die Vorwürfe, die ihnen gemacht werden, sind genauso schwer wie unbewiesen - daran hat sich seit dem Tag, an dem der Haftbefehl ausgesprochen wurde (1), nichts geändert: gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr mit der Absicht, einen Zug zum Entgleisen zu bringen; Mordversuch, da die beiden bei ihrem Anschlag billigend in Kauf genommen hätten, daß bei einer eventuellen Entgleisung auch Menschenleben bedroht gewesen seien.

Knud und Ralf haben sich zu diesen Vorwürfen unmißverständlich geäußert: die Tat, die ihnen angehängt werden soll, haben sie nicht begangen.

Die Konstruktion von Bullen und Staatsanwaltschaft soll hier nur kurz wiedergegeben werden; interessanter erscheint uns mittlerweile, welcher Haufen von Widersprüchen sowohl innerhalb dieses Gebildes auftaucht, als auch dann, wenn mensch sich das vorliegende Pressematerial anschaut.

Politische Solidaritätsarbeit ist in dieser Situation schwierig. Wie sie trotzdem geleistet wird, davon soll im zweiten Teil dieses Artikels berichtet werden.

Was passiert ist ...

Zwei Abläufe haben sich mit Sicherheit abgespielt: am Nachmittag des 29.7. haben Ralf und Knud die "Rote Flora" verlassen und sind aus dem Schanzenviertel mit dem Auto weggefahren. Sie fuhren auf der Autobahn Richtung Pinneberg. Schon bald bemerkten sie, daß sie von Zivis des LKA Hamburg verfolgt wurden. In dem unbedeutenden Vorort Hamburgs angelangt, gingen sie in ein Eiscafé, danach etwas weiter in einem Wäldchen spazieren. Zurück an ihrem Auto wurden sie von zwei Zivis verhaftet.

Kurz vorher - zweite unbezweifelbare Tatsache - hatte ein Eilzug auf dem Weg von Hamburg nach Kiel bei Pinneberg (und in der Nähe der Stelle, an der Ralf und Knud verhaftet wurden) Betonplatten überfahren und zermalmt.

... und was daraus gemacht wird

Alles weitere zum "Tathergang" stützt sich auf die Aussagen der Zivilbullen (und eines mysteriösen Zeugen, der den AnwältInnen jedoch vorenthalten blieb; dazu später). Sie geben an, sie hätten die beiden aus den Augen verloren, als die zwei das Auto vor dem Spazierengehen geparkt haben, hätten ihre "Zielpersonen" aber von einem 400 Meter weit entfernt gelegenen Punkt genau in dem Moment wieder beobachtet, als diese die Gegenstände auf die Schienen gelegt haben sollen. Das - und nur das - ist die Zeugenaussage, die zum Haftbefehl gegen Ralf und Knud geführt hat.

Vorne und hinten: nichts paßt zusammen

Fängt mensch an, die bisher bekannten Informationen bzw. Aussagen (2) zu sammeln und gegeneinander abzugleichen, stößt sie/er auf eine Fülle von Widersprüchen und Ungereimtheiten: so viele, daß es schwer fällt, sie zu systematisieren. Einige zentrale Fragen sind aber doch hervorzuheben.

Um zunächst ganz eng an den "Ereignissen" zu bleiben: wie konnte es sein, daß die vier Zivilbullen erst stundenlang an den beiden dranbleiben, genau im entscheidenden Zeitraum die Spur verlieren, um sie zufällig wieder zu finden? Wie konnten die Schnüffler aus 400 Meter Entfernung erkennen, daß es sich um Ralf und Knud handelte, die sich an den Gleisen zu schaffen gemacht haben sollen - in einer sehr gründlichen Recherche des NDR III-Fernsehmagazins "DAS" Ende September wurde eindrücklich demonstriert, wie unmöglich das ist. Und schließlich: warum wurden weder von den Fahndern noch von ihren Kollegen eine gründliche kriminalistische Spurensicherung an Tatort und Verdächtigen vorgenommen (sowie eine nachträgliche erst auf Betreiben der RechtsanwältInnen von Ralf und Knud, die sich dann allerdings doch nur auf das Abknipsen eines Fingernagelstückchens beschränkte)?

Was hat es zu bedeuten, daß der Name eines Zeugen, der sich am Abend des "Tat"tages bei der Pinneberger Polizei meldete, erst nicht notiert wurde, dann durch Zeitungsartikel aufgetrieben wurde, daß bei seiner Vernehmung - kurz vor der Ausweitung des Haftbefehls auf versuchten Mord - die AnwältInnen nicht beteiligt wurden, weil sie "vergessen" worden waren, der Name des Zeugen ihnen nicht mitgeteilt wurde? Wozu diese Verhinderung einer Verteidigung, wenn sich später herausstellt, daß dieser Mensch zwar irgendwelche Gestalten gesehen hat, sie aber nicht als Ralf und Knud identifizieren kann?

Weiter: die ermittelnden Beamten sind Mitglieder des Hamburger LKA, der politischen Polizei. Was war eigentlich ihr Ziel bei der Verfolgung, vor allem aber: welchen Grund hatten sie, ohne angefordert zu sein, in Schleswig-Holstein (Pinneberg liegt schon außerhalb der Hamburger Landesgrenze) zu ermitteln und sogar zu verhaften (3)? Ein Verhalten, was eindeutig eine Kompetenzüberschreitung darstellt.

Daneben gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Unklarheiten, die wir hier nur stichwortartig wiedergeben wollen, weil sie schon weitgehend öffentlich gemacht worden sind: was lag nun tatsächlich auf den Schienen, die Zeitungsmeldungen sind uneinheitlich in dieser Frage. Wie kann einmal behauptet werden, gerade die Tatsache, daß der Zug langsamer fuhr, als der Fahrplan es vorsah, habe ein Entgleisen verhindert, in einer zweiten Stellungnahme der Bahn dann aber genau das Gegenteil? Welchen Grund hatte die Haftrichterin, die Untersuchungshaft zu verordnen und beizubehalten, obwohl reichlich verschiedenste Zeugnisse vorlagen, daß keine Fluchtgefahr bestand?

Motive

Die Ermittlungsbehörden sind laut Gesetz auch verpflichtet, sich um das Motiv zu kümmern, das einer Straftat zugrundeliegt. Sucht mensch die veröffentlichten Stellungnahmen von Bullen und Staatsanwaltschaft durch, findet sie/er einfach nichts. Das ist nicht nur deshalb keine Wunder, weil Ralf und Knud die "Tat" nicht begangen haben, sondern weil dann auch deutlich würde, wie absurd die ganze Konstruktion ist. Vor allem müßte darüber gesprochen werden, daß Ralf und Knud sich in der Zeit vor ihrer Verhaftung mit vielen anderen zusammen für die "Rote Flora" und den dazugehörigen Park engagiert haben. Dieser aber sollte nach dem Willen des Hamburger Senats nicht von der Flora gestaltet und von den BewohnerInnen des Viertels genutzt werden, sondern durch Sozialwohnungen bebaut werden. Eine Entscheidung, die im Schanzenviertel nur unter massiven Polizeieinsatz durchgesetzt werden konnte und vom Innensenator der Stadt zu einer Frage der Staatsraison erhoben worden war.

Diesen politischen Zusammenhang, der in den ersten Zeitungsveröffentlichungen insofern durchscheint, als Ralf und Knud der "Hafenstraßenszene" zugeschlagen werden, hätte mensch auch im weiteren Verlauf des Verfahren nach allen bisherigen Erfahrungen mit der Justiz in diesem Land erwarten können. Besonders die Mitteilung der Polizei, die beiden seien den im Viertel eingesetzten Fahndern eben "bekannt" gewesen, macht zusätzlich deutlich, eine wie große Rolle er auch in der Motivation der Zivis gespielt haben mag.

Solidarität: Freiheit für Ralf und Knud! Aber wie?

Schon sehr schnell nach der Verhaftung gab es verschiedene Solidaritätsaktionen, eine Soligruppe wurde gegründet. Seit dem 3. August finden regelmäßig alle zwei Wochen Kundgebungen am Itzehoer Knast statt, an denen sich zwischen 80 und 150 Leute beteiligen. Infoveranstaltungen in Hamburg, in Bargteheide und Göttingen haben stattgefunden, Pressekonferenzen gabs, 3 Flugblätter sind erschienen, die üblichen Solifeten haben nicht gefehlt; außerdem sind bemerkenswert viele Unterstützungserklärungen eingegangen. Glücklicherweise erlauben es die Haftbedingungen der beiden, daß sie von FreundInnen regelmäßig besucht werden können und daß sie auch sehen können (was die einzig positive Seite an der "unpolitischen" Verfahrensführung ist).

Grundsätzlich jedoch stellt sich das Problem, in der Solidaritätsarbeit gegen zwei Faktoren ankämpfen zu müssen: erstens gegen das öffentliche Desinteresse. Außer einigen wenigen Journalisten (und über die "Szene" hinaus) scheint es niemanden zu stören, unter welch dubiosen und skandalösen Umständen Ralf und Knud seit etlichen Monaten in U-Haft sitzen. Daß es keine liberale Öffentlichkeit mehr gibt, wird in diesem Verfahren ein weiteres Mal nur zu deutlich.

Zweitens: dagegen, daß die Repression gegen die beiden nicht politisch begründet wird. Von der Justiz wird öffentlich nicht gegen "die Flora" gehandelt. Die Notwendigkeit, gerade diesen Aspekt deutlich zu machen, um zu vermitteln, worum es tatsächlich geht (ohne im Gegenzug aus Ralf und Knud Märtyrer zu machen), ist groß.

Gerade zu diesem Zweck hatte am 5. Oktober ein demonstrativer Umzug unter dem Motto "Wir machen Euren Lügen Beine" stattgefunden, bei dem einige "Konstrukte" aus Holz und Pappe dem LKA vor die Türen geworfen wurden sowie eine unübersehbare Menge "Zivis" anwesend war. (4) Das Presseecho war bundesweit, Reaktionen der Justiz und Polizei blieben aus.

kla./ZF (Gruppe K/HH)

Anmerkungen

1) s.a. ak 334 vom 23. September. Seit dem 6. Oktober ist gegen die beiden Anklage erhoben.

2) Wir stützen uns dabei lediglich auf öffentlich zugängliches Material wie Flugblätter und Zeitungsausschnitte aus taz-HH, Frankfurter Rundschau, Pinneberger Tageblatt, Pinneberger Zeitung u.a.

3) Eine kleine Anfrage eines GAL-Abgeordneten an die hamburgische Bürgerschaft diesbezüglich wurde noch nicht beantwortet.

4) Bei dieser Gelegenheit wurde ein Video gemacht, das in Verbindung mit dem oben erwähnten Fernsehbeitrag auch bei Soliveranstaltungen eingesetzt werden kann.

Knastkundgebungen in Itzehoe am 24.11., 8.12., 22.12.

Schreibt den beiden:

Knud Andresen / Ralf Gauger

Landgericht Itzehoe

5. Strafkammer

Breitenburgerstr. 68, 2210 Itzehoe

Kontaktadresse:

Solidaritätsgruppe Ralf und Knud

c/o Schwarzmarkt

Paulinenstr. 15, 2000 HH 36

Direkter Kontakt:

Info-Büro Ralf und Knud

Rote Flora, Schulterblatt 71, 2000 HH 36

(Freitags 16 - 18 Uhr / Tel: 040/439 54 13)

Solikonto:

Rechtsanwalt Beuth

Kto-Nr.: 1250/124029

BLZ: 20050505, Hamburger Sparkasse

Anderkonto Knud und Ralf

Aus gegebenem Anlaß: Knastkundgebung am 27.11., Abfahrt: 15.30 h, Sternschanze

33. Hafenstraße gekündigt. Das letzte Urteil?

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:15

Am 28. Oktober und am 4. November hat das Oberlandesgericht (OLG) Hamburg in einer Berufungsverhandlung die Kündigung des Pachtvertrages zwischen städtischer Hafenrand GmbH und dem Verein Hafenstraße für rechtmäßig erklärt. Der Weg ist frei für die Kündigung der einzelnen MieterInnen. Es scheint, als sei es nur noch eine Frage der Zeit, bis die mittlerweile zehnjährige Geschichte "des Hafens" zu Ende ist.

Zur Erinnerung nochmal die juristische Vorgeschichte (s. ak 326): Am 7. Januar hatte eine Zivilkammer des Landgerichtes Hamburg entschieden, daß eine Auflösung des Pachtvertrages rechtmäßig sei, da durch Auseinandersetzungen zwischen Polizei und BewohnerInnen ein Kündigungsgrund vorlag. Eine Klausel des Vertrages hatte vorgesehen, daß im Falle "krimineller" Handlungen Einzelner der Gesamtvertrag beendigt werden könne. Diese Verknüpfung zwischen Miet- und Strafrecht war nicht nur einmalig, sondern auch juristisch umstritten. Ob allerdings ein Mietvertrag gekündigt werden kann, der u.U. rechtlich gar nicht zulässig ist, darüber haben sich beide Gerichte nicht geäußert.

Der Verein Hafenstraße hatte nach dem Januar-Urteil Berufung eingelegt und die Stadt hatte sich entschieden, andere Räumungsvarianten (z.B. über Unbewohnbarkeitserklärungen) nicht zu nutzen.

In der Zwischenzeit haben BewohnerInnen der Hafenstraße eine Reihe von Aktivitäten (mit)initiiert, die eine politische Lösung im Streit mit der Räumungsfirma Hafenrand GmbH fördern sollten. Die spektakulärste war sicherlich das Festival "VIVA St. Pauli" Anfang September im Millerntorstadion mit massig Prominenz und 25.000 sehr gemischten BesucherInnen. Darüberhinaus gelang es zumindest in Ansätzen deutlich zu machen, wie sehr die Häuser am Hafenrand mittlerweile integrierter Teil eines Kiezes und seiner Sozialstruktur sind. Ein Ausdruck dieser Haltung ist die Gründung eines "Hafenrand-Vereins für selbstbestimmtes Leben und Wohnen in St. Pauli", der die Aktivitäten zum Erhalt der Hafenstraße bündeln soll, mit weiterhin dem gleichen Ziel: einer festen und dauerhaften Absicherung der BewohnerInnen.

So ergab es sich, daß die Hamburger CDU in der Person ihres Fraktionschefs Ehlers wenige Tage vor dem ersten OLG-Termin auf einer Pressekonferenz feststellte: "Heute ist die Basis der Hafenstraße als gesichert zu betrachten." Darüber hinaus rechne die CDU nicht mit einer Kündigung: "Man kann doch nicht jemand die Wohnung kündigen, weil er ein Autoradio geklaut hat."

Da aber, so stand es am 4.11. fest, hatte sich der Mann geirrt (und das wird ihn freuen).

Das OLG hatte zunächst die Frage untersucht, wie eine bestimmte Vertragsklausel zu verstehen sei, die besagte, daß sich der Verein Hafenstraße (als Pächter, der die einzelnen Zimmer/Wohnungen weiter vermietet) verpflichtet, für die Unterbindung von Gewalt zu sorgen. Keine Frage also für das Gericht, daß die Mietrechts/Strafrechtskoppelung grundsätzlich zulässig sei. Dieser Passus spielte dann auch im Urteil eine gewichtige Rolle. Im Gegensatz zum Verein Hafenstraße, der die Auffassung vertritt, für beide Seiten gelte diese Vereinbarung (und sei von der Stadt im übrigen nicht eingehalten worden), befand das Gericht, der Verein habe sich zuwenig gegen die "Gewalt" eingesetzt, so daß der Vertragszweck (Befriedung am Hafen) nicht erfüllt worden sei - Kündigungsgrund.

In der Urteilsbegründung spielten die Vorfälle selbst kaum eine Rolle (auch wenn behauptet wurde, es gebe an ihnen keinen Zweifel). Viel wesentlicher erschien es den Richtern, daß der Verein bis heute nicht die Namen aller MieterInnen rausgerückt hat. Damit sei das Vertrauensverhältnis gestört, eine Fortsetzung des Vertrages also der städtischen Hafenrand- Gesellschaft nicht zuzumuten. Ergebnis: fristlose Kündigung.

Juristisch wird der Weg bis zur endgültigen Räumung allerdings für den Senat und seinen Chef-Räumer Dirksen noch lang sein. Zunächst muß er die Namen aller MieterInnen feststellen. Nach ersten Kündigungsschreiben (vom 5.11.) muß gegen jedeN einzelneN eine Räumungsklage erwirkt werden - und das kann dauern. Nicht zuletzt ist nämlich unklar, ob sich ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Juni dieses Jahres, daß UntermieterInnen die gleichen Kündigungsschutzrechte haben wie HauptmieterInnen, für die BewohnerInnen positiv auswirkt. Selbst der ewig optimistische Dirksen geht von mindestens einem Jahr aus, bis der "rechtsstaatliche Weg" bis zum Ende gegangen ist.

Reaktionen auf den Richterspruch gab es kaum. Eine Demo, wie sie im Januar direkt nach dem Urteil spontan und kraftvoll stattgefunden hatte, gab es nicht. Auch die Tatsache, daß bis heute keine "offizielle" Stellungnahme des Hafens veröffentlicht wurde, zeigt, daß es in radikal-linken Kreisen keine Ansätze mehr gibt, wie es zu machen wäre, daß der "Hafen bleibt". Woran es liegt, daß in der linksradikalen Szene eine unübersehbare Lethargie gegenüber einem ihrer wenigen politischen Erfolge (denn schließlich waren die Häuser am Hafenrand immer mehr als ein Wohnprojekt) herrscht, ist kaum zu bestimmen. Neben der allgemeinen Zersplitterung und Schwäche spielt, soviel kann vermutet werden, der Umstand eine Rolle, daß in der letzten Zeit der Hafen eher als ein Symbol für die Bemühung um die Lebensverhältnisse im Kiez erscheint, politische Aktivitäten von BewohnerInnen, z.B. gegen Rassismus, aber wenig das Bild prägen. Eine Diskussion darüber, ob und wie sich beides sinnvoll ergänzen könnte, hat aber bisher eher in kleinen Zirkeln als in einer größeren linken/autonomen Öffentlichkeit stattgefunden.

Politiker aus CDU und SPD haben sich, wie nicht anders zu erwarten, erfreut gezeigt und ihre jeweiligen Erklärungen abgelassen: "bestätigt" oder "nur ein kleiner Schritt" heißt es, aber der rechte Eifer will nicht aufkommen; da macht auch der Kommentar des Springerschen Hamburger Abendblattes keine Ausnahme. Ein "Hafenstraßen-müde"s (so seine Überschrift) "die Ruhe am Hafen könnte klares Kalkül sein" ringt der Schreiberling sich in dem Blatt ab, das noch im Rahmen der Kampagne "RAF in der Hafenstraße" für jede Schweinerei und Hetze gut war.

So richtig auf die Tonne haut nur der FAZ-Chefkommentator Friedrich-Karl Fromme am 5. November auf Seite eins: "Der Staat auf der Flucht". Nachdem sein Kollege Reumann eine Woche vorher im Ton höchsten Verständnis dafür geworben hatte, faschististischen Jugendlichen, wie zum Beispiel in Görlitz geschehen, "ruinierte Häuser zur Restaurierung zu überlassen", auf daß sie "positive Aufgaben" hätten und ein weiteres Zentrum rassitischen Terrors aufbauen können, zieht er vom Leder. In seinem Resümee von zehn Jahren Hafenstraße beklagt Fromme, daß der Hamburger Senat beim Abschluß des Pachtvertrages 1987 "sicherlich nicht im Sinne des fortdauernden Werbens für den Rechtsstaat" gehandelt habe, daß er einen "fauligen Kompromiß" eingegangen sei und fragt sich, ob des "Rechtsstaates zweite Versagensstufe" bevorstehe. Immerhin einen ganzen Leitartikel lang läßt er sich darüber aus, daß die Laxheit der SPD-Politiker dafür verantwortlich sei, daß ehemals gesetzestreue Bürger mittlerweile die staatlichen Regeln gern mal ein bißchen verachten, läßt keine der bekannten Tiraden über die Wirkung "der Hafenstraße" auf die Verlotterung der Rechtssitten aus (wenn's mal so wäre), um dann auf das derzeitige Lieblingsthema zu kommen: Verständnis für den rassistischen Mob. "Ausfälle gegen Fremde ... sind Ventile solcher Verdrießlichkeiten" - oder deutlicher: Weil dem Bürger es nicht gefällt, daß sich vor zehn Jahren ein paar Leute genommen haben, was sie anders nicht kriegen sollten, schlägt er heute ImmigrantInnen und Flüchtlinge tot.

Wenn man so was liest, dann wird einem nur zu klar, daß es heute genauso wichtig ist wie schon in den letzten zehn Jahren, daß der Hafen bleibt.

kla. (Gruppe K/HH)

34. Aufrufe gegen den Krieg sind strafbar Von Jochen Gester

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Militarismus; Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:06

Rund 3.000 US-GIs sitzen derzeit wegen Desertion in der BRD und in US-Gefängnissen ein. Hierzulande gab es zahlreiche Durchsuchungen und Beschlagnahmungen während und nach den Aktionen gegen den Golfkrieg. Etwa 1.000 Gerichtsverfahren sollen gegen Aufrufe zur Befehlsverweigerung und Fahnenflucht in der BRD anhängig sein, zahlreiche alte und neue Verfahren laufen, weil jemand wieder einmal Soldaten als Mörder gekennzeichnet hat.

Wir sind eine politische Generation, die damit aufgewachsen war, ihre Väter der Beteiligung oder Duldung an den Nazimorden zu beschuldigen. Jetzt sollen die Bürger wieder lernen, mit der Bundeswehr in den Krieg zu ziehen, und daß das Wort Mord in diesem Zusammenhang eine Beleidigung von Soldaten sein soll. Den Befehl muß laut Gericht ein Schütze an der DDR-Mauer verweigern, aber natürlich nicht bei der Bundeswehr, wenn die beim Golfkrieg mitgemacht hätte oder wieder nach Jugoslawien zöge.

Einerseits gibt es konkret eine erstaunliche Solidarität mit den von Gerichtsverfahren Betroffenen, aber leider gibt es keine uns bekannte Stelle, wo eine Übersicht über die laufenden Verfahren zu erhalten wäre. Stellvertretend für diese Verfahren dokumentieren wir hier (mit kleinen Kürzungen) eine Rede, die Jochen Gester in Augsburg vor Gericht zu "seinem" Verfahren am 9.10.91 gehalten hat und die uns zur Verfügung gestellt wurde. Jochen Gester hatte angeblich am 19.1.91 öffentlich zur Begehung von Straftaten aufgefordert. 6.000 DM und die Gerichtskosten wollte der Staatsanwalt dafür kassieren. Das Verfahren wurde schließlich wegen "Geringfügigkeit" eingestellt, aber 1.000 DM Bußgeld mußte gezahlt werden. Das Geld wurde bereits im Januar im Demonstrationszug des DGB nach Bonn eingesammelt und es kann nun für 3. Welt-Arbeit in Augsburg gestiftet werden. Hier kam der Betroffene noch einmal mit einem blauen Auge davon.

Doch wer es mit der Parole "Nie wieder Krieg" ernst meint, muß schon heute mit gerichtlicher Verfolgung rechnen, und er sollte nicht vergessen, daß im 2. Weltkrieg in diesem Land 30.000 bis 50.000 Menschen zum Tode verurteilt wurden, weil sie Fahnenflucht begangen hatten.

In eigener Sache Anklage wegen § 111

Hohes Gericht,

liebe Freundinnen und Freunde,

Der heutige Prozeß gegen mich ist Teil einer regelrechten Welle von Verfahren - das Netzwerk der Friedensbewegung spricht von über 1000 -, in denen die Staatsanwaltschaft gegenwärtig die Gerichte beschäftigt. Schon der Umfang dieser Verfahren zeigt, daß es sich hier nicht um den Schutz der Allgemeinheit vor unverbesserlichen kriminellen Einzeltätern handelt, sondern um die Auseinandersetzung mit den Zielen einer politischen Bewegung, die mehrere 100.000 Menschen auf die Straße gebracht hat. Es geht um die Strafwürdigkeit dieser Ziele. (...)

Dabei ist die Staatsanwaltschaft dazu übergegangen, Gewerkschaftsbüros und Räume von Studentenvertretungen zu durchsuchen mit dem Begehren, gegen Menschen zu ermitteln, die (...) öffentlich die Wehrpflichtigen aufgefordert hatten, sich dem Golfkrieg zu entziehen. (...)

Der Krieg stand drohend vor der Tür

Mein Anliegen war es im Januar, als ich die Rede gehalten habe, für die ich hier vor Gericht stehe, einen Beitrag dafür zu leisten, daß der Krieg nicht zur allgemeinen Mobilmachung eskaliert. Ich habe dort u.a. das folgende gesagt:

"Der Sprecher der Tagesschau hat gestern abend um 20 Uhr bekanntgegeben, daß amerikanische Bomber von US-Basen aus der Türkei den Irak bombardiert haben.

Damit ist die Türkei praktisch in den Krieg eingetreten. Sollte der Irak auf diese Angriffe mit Gegenschlägen antworten, so ist damit zu rechnen, daß die NATO den sog. Spannungsfall erklärt und ihre Mitglieder zum

Kriegseintritt auffordert. Ebenfalls in den Abendnachrichten hat die Bundesregierung erklärt, sie könne den Kriegseintritt auch ohne das Parlament beschließen. Ein sogenanntes Vetorecht des Parlaments bestünde nicht. Haben wir etwa am 2. Dezember über den Eintritt in den Krieg abgestimmt?

Bestimmt nicht, und Umfragen machen auch deutlich, daß die große Mehrheit keinen Eintritt der Bundeswehr in den Golfkrieg will. (...)

Wir fordern Euch auf, tut alles, daß diese Tür zugeschlagen wird:

- Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort sämtliche Truppen aus der Türkei abzuziehen.

- Wir fordern eine Sondersitzung des Parlaments, in der die Abgeordneten gemäß dem Willen der Mehrheit dieses Landes eine Kriegsbeteiligung ablehnen und die Bundesregierung beauftragen, in Brüssel ein Veto einzulegen, wenn über Krieg und Frieden abgestimmt wird. Denn die Beschlüsse der NATO müssen einstimmig sein.

- Wir rufen alle, die ihr Leben nicht gleichgültig wegwerfen wollen und die Respekt vor dem Leben derjenigen haben, die bereits Opfer dieses Krieges geworden sind und es noch werden sollen: Leistet Widerstand, verweigert, desertiert und tut alles, damit vom Boden dieses Landes nach den Chemiewaffen, den Labors für biologische Kampfstoffe, den Superkanonen und dem Atomwaffen-know-how nun nicht zum dritten Mal in diesem Jahrhundert Soldaten mordbrennend über fremde Völker herfallen." (...)

Der Tod als Meister aus Deutschland

Diese Äußerungen waren Ausdruck von Scham und Zorn darüber, daß trotz der Hauptverantwortung, die Deutschland für beide Weltkriege hat, erneut der Tod als Meister aus Deutschland in Aktion getreten ist.

Deutsche Unternehmen haben beim Aufbau von Giftgasfabriken und bei der Ausrüstung des Irak mit biologischen Kampfstoffen eine führende Rolle gespielt. Auch bei der Entwicklung der irakischen Atombombe haben sie eine schwere Schuld auf sich geladen. Diese Tatsachen wurden damals bekannt. In dieser Situation habe ich die mögliche Verschickung deutscher Soldaten als Höhepunkt dieser todbringenden Politik angesehen. Als Wiedergutmachung konnte und kann ich die möglicherweise von deutschen Soldaten praktizierte Bombardierung dieser Anlagen im Irak kaum begreifen, bedenkt man, was es bedeutet, daß Nervengase, tödliche Bakterien und radioaktive Strahlung nun ein ganzes Gebiet unbewohnbar gemacht haben.

Nun ist es formell betrachtet zweifellos richtig, daß ich gegen das Strafgesetzbuch verstoßen habe, indem ich Soldaten geraten habe, im Falle eines Einsatzbefehls diesem nicht Folge zu leisten bzw. sich durch "Desertieren" dem Zwang zum Gehorsam zu entziehen.

Die Verwerflichkeit und Strafwürdigkeit dieses Aufrufs möchte ich allerdings in mehrerer Hinsicht in Frage stellen.

Ein Einsatz der Bundeswehr im Golf ist verfassungswidrig

1. In der damaligen Situation - und es ist bis heute so - war ein möglicher Einsatz der Bundeswehr in den Golfkrieg durch die Verfassung der BRD nicht gedeckt. Noch Ende 1982 heißt es in einem Beschluß des Bundessicherheitsrates:

"Militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs kommen grundsätzlich nicht in Frage, es sei denn, es läge ein Konflikt zugrunde, der sich gleichzeitig als völkerrechtswidriger Angriff auf die BRD darstellt." Und weiter: "Eine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Streitmacht im Persischen Golf wäre daher - wenn überhaupt - jedenfalls im gegenwärtigen Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht gedeckt."

Diese Einschätzung war bis 1990 unstrittig und wurde auch durch einen hohen Grad an Zustimmung in der Bevölkerung unterstützt. Die Verfassung wurde bis heute nicht geändert und wer öffentlich dazu auffordert, einer Sicherheitspolitik den Gehorsam zu verweigern, die mit der Verfassung nicht vereinbar ist, kann sich kaum strafbar machen. In Art 87a des Grundgesetzes heißt es unmißverständlich:

"Außer zur Verteidigung (d.h. das Bundesgebiet wird mit Waffen angegriffen) dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich vorsieht." Und es sieht einen solchen Fall nicht

vor. Ebenso fraglich war der Versuch, den NATO-Spannungsfall dann für gegeben zu erklären, wenn der Irak den Bombardierungen aus der Türkei mit Gegenangriffen geantwortet hätte.

Es ist der leidvollen Erfahrung der beiden Kriege geschuldet, in denen die politische Führung des Deutschen Reiches ihre Bürger zu Angriffskriegen mißbraucht hat, daß es den Artikel 26 des Grundgesetzes gibt. In ihm heißt es:

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in den Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Zu fragen wäre eher, warum die Staatsanwaltschaft keinen Handlungsbedarf sieht, wenn eine Regierung versucht, die Verfassung zu umgehen. Ein Judikative, die es zuläßt, daß die Artikel der Verfassung zu Gummiparagraphen werden, die jede amtierende Regierung wie ein Kaugummi für ihre Zwecke zurechtziehen kann, zerstört ein Stück Demokratie.

Ferner ist zu fragen, ob es sich nicht um ein strafrechtlich relevantes Delikt handelt, daß die Bundesregierung es über Jahre nicht nur zugelassen, sondern gefördert hat, daß Waffensysteme mit der Folge der massiven Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker deutschen Boden verlassen konnten?

2. Liegt nicht ein gewaltiges Bleigewicht auf einer der Schalen der berühmten Waage der Justizia, wenn sie die "Exporteure des Todes", die über Jahre aus niedrigen Beweggründen den Tod in fremde Länder tragen, nicht zur Verantwortung ziehen will oder kann, währenddessen Menschen wie ich, die sich für das Leben und für die Verständigung der Völker einsetzen, ausnahmslos mit Prozessen verfolgt werden? Werden hier nicht die einfachsten und grundlegenden moralischen Prinzipien auf den Kopf gestellt?

Gewiß, Herr Imhausen-Hippenstiel wurde zur Verantwortung gezogen und sitzt ein. Doch kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Imhausen nur das Bauernopfer war, das der empörten Öffentlichkeit dargebracht werden mußte, damit die Firmen mit Rang und Namen unbehelligt bleiben konnten:

Wo bleibt die Verurteilung von Thyssen-Rheinstahl oder von Gildemeister Projekta, die ein Labor für chemische und bakteriologische Kampfstoffe geliefert haben?

Wo bleibt die Anklage gegen MBB, das Raketen-know-how lieferte und Kampfhubschrauber, mit denen die fliehenden Kurden beschossen wurden?

Warum kommt es zu keiner Verfolgung der bis vor kurzem noch bundeseigenen Fritz Werner-Waffenschmiede, die sowohl den Iran als auch den Irak mit Waffenfabriken versorgte?

3. Kommen wir zur eigentlichen Problematik der Desertion. Ich meine: Auf diesem Gebiet sollte die deutsche Justiz im Lichte der schrecklichen Vergangenheit einmal neue Wege beschreiten. Erst vor kurzem wurde bekannt, daß willfährige Richter während des 2. Weltkrieges über 40.000 Todesurteile gegen Soldaten ausgesprochen haben, die sich auf diese Weise einer verbrecherischen Kriegsführung entzogen haben. Heuer wurde einer Witwe das Recht auf Hinterbliebenenrente zugesprochen, weil die Urteile zwar legal, jedoch gleichzeitig ein Verbrechen waren. Es sollte Ausdruck einer demokratischen Rechtspflege sein, daß Staatsanwälte und Richter nicht erneut das Legalitätsprinzip bis zu letzten Konsequenz verfolgen, um die Staatsraison gegen die Menschenrechte seiner Bürger zu verteidigen. Die bedingungslose strafrechtliche Verfolgung der Desertion steht einem autoritären Staat gut zu Gesicht, einem Staat, in dem das Volk der Souverän sein soll, nicht.

Ich frage Sie, würden Sie die jugoslawischen Deserteure, die sich jetzt ihrem Einsatz entziehen, zu Tode verurteilen, nur weil sie das gegenseitige Zerfleischen der kriegführenden Völker nicht mitmachen wollen? Ist die massenhafte Desertion nicht gerade ein untrügliches Barometer dafür, daß Völker gegen ihren Willen in einen Krieg gepreßt werden?

Aufgabe der Gerichte sollte es sein, die demokratische Substanz eines Staates zu verteidigen. Sie unterhöhlen diese Substanz, wenn sie sich zum Handlanger einer wirtschaftlichen und politischen Elite machen lassen, die

von ihnen Schützenhilfe verlangt, um innenpolitische Gegner kaltzustellen, die einer ungeschminkten Machtpolitik nach außen im Wege stehen.

4. Ich bin davon überzeugt, daß man nicht von einem öffentlichen Interesse an meiner Verurteilung sprechen kann.

Die Mißbilligung dieses Prozesses wird nicht nur von den aktiven Teilen der Friedensbewegung getragen. Sie ist ein Teil der öffentlichen Meinung. Dies möchte ich im folgenden ein Stück dokumentieren:

Von den Bevollmächtigten der Industriegewerkschaft Metall, Karl-Heinz Schneider und Michael John, erhielt ich ein Solidaritätsschreiben, in dem es heißt: "Unzählige Menschen und Organisationen haben vor, während und nach dem Golfkrieg gegen das Stattfinden dieses Krieges und die Lösung der dem Konflikt zugrundeliegenden Probleme mit kriegerischen Mitteln demonstriert. Mit großer Verantwortung haben sie die Einhaltung des Grundgesetzes eingefordert, demzufolge die Bundeswehr keinerlei Berechtigung hat, sich direkt oder indirekt an den kriegerischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Jetzt diejenigen an den Pranger zu stellen, die für die Einhaltung des Grundgesetzes notfalls die Desertion in Kauf genommen haben, heißt nach unserer Meinung die Dinge in beängstigender Weise auf den Kopf zu stellen." (...)

Auf einer Versammlung des Kreisfrauenausschusses des DGB wurde eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: "Angesichts der damals befürchteten und jetzt eingetretenen Katastrophe im Nahen Osten (hunderttausende Tote unter der Zivilbevölkerung, schwere ökologische Schäden) erscheint es uns unverständlich, daß ausgerechnet Pazifisten, die diese Katastrophe verhindern wollten, strafrechtlich verfolgt werden. Andererseits können die Mitschuldigen an dieser Katastrophe, die Waffen und Giftgas in den Irak geliefert haben, weiterhin fast unbehelligt ihren blutigen Geschäften nachgehen. Für uns stellt sich die Frage, ob ein Kriegseintritt des NATO-Mitglieds Bundesrepublik überhaupt legitim und verfassungsgemäß gewesen wäre. Das in der Verfassung verankerte Recht der freien Meinungsäußerung darf nicht der Strafverfolgung unterliegen. Ein derartiges Vorgehen der Staatsanwaltschaft können wir nur als Gesinnungsjustiz ansehen."

Der Stadtverband Augsburg der katholischen Friedensbewegung Pax Christi hat mir folgende Stellungnahme zukommen lassen: "Auch der Aufruf zur Desertion ist durch das Recht der freien Meinungsäußerung für uns geschützt. Selbst ein solcher Aufruf kann keinen Menschen von seiner eigenen Gewissensentscheidung entbinden, die nach unserem Verständnis jeder Soldat selbst fällen muß. Für uns bleibt überhaupt fraglich, ob der Straftatbestand der Fahnenflucht in einer freiheitlichen demokratischen Rechtordnung Bestand haben kann. Deswegen sehen wir dazu dringend den Handlungsbedarf für den Gesetzgeber, hier eine andere Rechtsgrundlage zu schaffen. Wir fordern die Einstellung des Verfahrens gegen Jochen Gester und aller in dieser Sache anhängigen Verfahren."

Die Frauengruppe für den Frieden Augsburg entwickelte die folgenden Gedanken: "Überall in der BRD, so auch in Augsburg gegen Jochen Gester, finden zur Zeit Prozesse statt gegen Menschen, die zu Beginn des Golfkriegs öffentlich zur Desertion aufgerufen haben. Begründung: Der Aufruf zur Befehlsverweigerung ist strafbar. Gleichzeitig findet in Berlin ein Prozeß gegen vier Mauerschützen statt. Begründung: Sie hätten den Befehl verweigern müssen. Der Rückzug auf den Befehlsnotstand gilt nicht. Jeder ist selbst verantwortlich für das, was er tut. Dies ist nun unsere Frage: Warum war ein Grenzsoldat an der Mauer für sein Tun verantwortlich und ein Soldat im Golfkrieg nicht? Wo ist der Unterschied? In der Situation? Die Mauer und die Schüsse an der Mauer waren ein großes Unrecht, der Golfkrieg ebenso. Er hat Hunderttausenden das Leben gekostet und unvorstellbare Schäden angerichtet, ohne daß die Golfregion dem Frieden einen Schritt näher gekommen wäre. Jeder, der diesem Krieg seinen Gehorsam verweigerte, konnte sich auf sein Gewissen berufen."

Schließen möchte ich mit einem Brief des Landtagsabgeordneten der SPD, Horst Heinrich, an die Leitende Oberstaatsanwältin, von dem er mir freundlicherweise eine Kopie zur Verfügung stellte. In diesem Brief heißt es u.a.: "Ich teile die Meinung, daß blanke Gewinnsucht ohne jede moralische Rückkoppelung auf die jüngste Geschichte des deutschen Volkes das Ansehen unserer Republik durch Waffen- und Waffentechnikverkäufe schwer beschädigt hat. Wenn ich bedenke, mit welcher Kulanz gegen solche Waffenlieferungen vorgegangen worden ist, (...) dann habe ich wenig Verständnis für den Eifer der Ermittlungen gegenüber einem Pazifisten. Ebenso bitte ich mir die Frage zu beantworten, ob Sie gegen jemanden ermitteln würden, der am 19.1.1991 auf dem Rathausplatz folgendes gesagt hätte: ‚Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen

kommen und Dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag Nein!' Meiner Meinung nach müßten Sie dies ebenfalls als öffentliche Aufforderung zu Straftaten bewerten. Würden aber diese Äußerungen als Zitat aus dem Werk Wolfgang Borcherts bezeichnet werden, könnten Sie ggf. nur gegen den 1947 verstorbenen Dichter ermitteln. Ich erlaube mir, Ihnen den Aufruf von Wolfgang Borchert ‚Dann gibt es nur eins!' beizulegen. Ebenfalls möchte ich darauf hinweisen, daß im Rahmen einer Veranstaltung zum Volkstrauertag von verschiedenen Teilnehmern gefordert wurde, jugendliche Demonstranten zu vergasen bzw. standrechtlich an die Wand zu stellen. Die Augsburger Allgemeine hat diese Äußerungen wortwörtlich in einer entsprechenden Berichterstattung wiedergegeben. Meines Wissens wurde bis heute kein Ermittlungsverfahren gegen diese rüden Formulierungen mit schlimmsten Bezügen zum Hitlerreich eingeleitet. Ich halte, wie Sie sicherlich aus diesen persönlichen Anmerkungen leicht erkennen können, nichts von diesen Ermittlungen gegen Herrn Gester, auch wenn ich selbstverständlich anerkenne, daß dies zu Ihren Pflichten gehört."

Aufrechter Gang und Völkerverständigung

Ich bin der Meinung, daß eine Gesellschaft nicht dadurch zur Kulturnation wird, daß sie ihren Dichtern und Denkern Denkmale setzt, nach ihnen Straßen benennt und sie bei Festansprachen zitiert. Das wäre ihnen auch ziemlich gleichgültig. Viel wichtiger wäre es, wenn jeder im eigenen Leben davon etwas in die Tat umsetzt. Dies erfordert sicherlich Rückgrat und etwas Zivilcourage, und es gilt besonders in Deutschland, in dem die Obrigkeitshörigkeit besonders schlimme Verheerungen angerichtet hat. Kurt Tucholsky hat den Kern dieser undemokratischen Mentalität in beispielloser Zivilfeigheit gesehen. Eine humane Gesellschaft mit einer demokratischen politischen Kultur lebt vom aufrechten Gang ihrer Bürgerinnen und Bürger. Und nur eine solche Gesellschaft wird Dämme dagegen errichten können, daß sich die Beziehungen der Völker durch Konkurrenz, Haß und Gewalt vergiften lassen.

Jochen Gester, 8.10.91

8.400 DM wg. Volksverhetzung

Diese Summe brummte das Amtsgericht Krefeld am 29.10.91 einem kirchlichen Mitarbeiter auf, weil er einen Aufkleber "Soldaten sind Mörder" auf seinem Auto hatte. (FR, 30.10.91)

"nicht so schrecklich strafwürdig"

fand ein Richter in Wildeshausen die Tatsache, daß ein Angestellter nach der Beschlagnahmung des Grünen Aufrufes zur Fahnenflucht 300 Handzettel davon bestellte und sie in Hausbriefkästen warf. Der Strafbefehl der Staatsanwaltschaft wurde aufgehoben. (Weserkurier 26.9.91)

Mit einem Freispruch endete ein ähnliches Verfahren in Bamberg gegen eine Studentin, die das grüne Flugblatt verteilt hatte. (FR, 5.7.91)

Freispruch

bekamen auch in Bonn am 21.10.91 ein Mitglied von Pax Christi und ein Rechtsanwalt, die mit 200 weiteren Personen während des Golfkrieges zur Befehlsverweigerung aufgerufen hatten. Der Staatsanwaltschaft forderte 1.000 bzw. 1.500 DM (ein Wiederholungstäter), die Richterin fand, daß diese politisch durchaus notwendige Auseinandersetzung nicht ins Gericht gehöre. (FR, 23.10.91)

"unvermeidbarer Tatbestandsirrtum"

erkannte das Amtsgericht Erlangen für ein Landesvorstandsmitglied der Grünen, der US-GIs zum Desertieren aufgefordert hatte. Der Betreffende sei felsenfest von der Nichtstrafbarkeit seines Tuns ausgegangen. (taz, 26.4.91)

3.000 bis 7.500 DM Strafe

erhielten im April die Grünen VorständlerInnen Walde, Damus und Ströbele, die für das Grüne Desertionsflugblatt verantwortlich gezeichnet hatten. Die Grünen gingen in Berufung. (FR, 25.4.91)

Selbstanzeige

Weil er Soldaten für potentielle Kriegsdienstverweigerer, aber auch für potentielle Mörder hält und dies schon seit Jahren, erstattete am 5.7.91 ein Mitglied der Gewaltfreien Aktion Wetzlar Selbstanzeige. Diese Aktion solle

der Unterstützung eines in Mainz am 23.5. dafür Verurteilten und zur Nachahmung dienen, erklärte der Betreffende. (Aus einer Mitteilung der GA Wetzlar vom 5.7.91)

Verwarnungen

mit Strafvorbehalt und Geldbußen von 1.000,- und 2.400,- DM verhängte das Amtsgericht Mainz gegen zwei Grüne wegen Aufrufs zur Fahnenflucht. Die Richterin billigte den beiden zwar hehre Motive zu, verurteilte aber einen ihrer Meinung nach vorliegenden Verstoß gegen das Wehrstrafgesetz. (FAZ, 7.11.91)

Verfahren gegen US-GIs

Ein Jahr Knast und eine unehrenhafte Entlassung aus der Armee erhielt in Fürth ein US-GI, der sich von der Truppe entfernt hatte, weil er nicht auf seine moslemischen Glaubensbrüder schießen wollte. (FR, taz, 20.4.91)

Vier bis 27 Monate Knast erhielten in Garlstedt drei US-GIs, die nicht mit in den Golfkrieg gezogen waren. Daß einer der drei erklärt hatte, er sei zum moslemischen Glauben konvertiert, wertete das Gericht als strafverschärfend. (FR, 3.5.; taz, 4.5.91)

Fünf Jahre Knast erhielt ein Soldatenpärchen aus Nürnberg zugesprochen, das sich während des Golfkrieges bei Walter Jens versteckt hatte. Inzwischen wurde die Strafe auf 18 Monate und Bewährung reduziert. (FR, 25.10.91)

Die bekannten US-Deserteure Erik Larsen, Tahan Jones und Kevin Sparok warten in North Carolina auf ein Verfahren wegen "Desertion in Kriegszeiten". Die Höchststrafe dafür ist die Todesstrafe, die Staatsanwaltschaft fordert sieben Jahre Knast bis lebenslänglich. (taz, 12.6; FR, 31.7.91)

Dokumentationen

Eine "Golfkriegsnachlese", u.a. mit einer Dokumentation des hier behandelten Gerichtsverfahrens hat die Augsburger Friedensinitiative herausgebracht.

Sie ist für DM 3,- plus Porto zu bestellen dort zu bestellen:

J. Gester, Schlößlestr. 25, 8900 Augsburg

Unter dem Titel "Der unbekannte Deserteur" hat die SPD-nahe "Initiative für Frieden" eine hundertseitige Dokumentation über die heutige Behandlung der Frage herausgebracht.

Durch Überweisung von DM 8,- auf das Konto 1027146000, BLZ 3801011 kann man die Broschüre bestellen.

35. "Herr P. und die Bombe". Eine Buchbesprechung

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Golfkrieg; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:33

Im Herbst 91 erschien im Konkret Literatur Verlag von Detlef zum Winkel und Oliver Tolmein das Buch "Herr P. und die Bombe - Vom Krieg der Polemiker". Sein Thema ist die Golfkriegs-Diskussion, diese aber nicht vor der Kulisse des Nahen Ostens, sondern vor dem Hintergrund des größeren Deutschlands wenige Wochen nach der Wiedervereinigung. "Wer also wissen will, wieso Allahs Schwert scharf ist und wie lange noch, wem der Sinn nach einem Augenzeugenbericht aus den arabischen Ländern steht, oder wer Aufschluß über Geheimnisse des Zionismus sucht, wird enttäuscht werden. Wir legen keinen Expertenbericht über den Nahen Osten vor, unser Ausflug hat uns nur von der Hafenstraße bis nach Stuttgart geführt." (Vorwort, S. 7)

Motivation und Argumentation von KriegsbefürworterInnen und -gegnerInnen in der deutschen Linken werden "auf ihren deutschen Kern hin untersucht." (S. 7) Denn, so die Autoren, "die Region um Israel war hierzulande schon immer mehr Projektionsfläche für eigene Befindlichkeiten als Gegenstand wirklichen Interesses." (ebenda) Dabei wird sich mit den Positionen von "Pazifisten" wie "Bellizisten" angesichts dieses Krieges auseinandergesetzt; die Autoren lehnen sowohl die Kriegsbefürwortung als auch die Verknüpfung von Antizionismus und Antiimperialismus in der Argumentation vieler KriegsgegnerInnen ab.

Das Buch unterteilt sich in drei Kapitel, die leider relativ unverbunden und zusammenhanglos nebeneinander zu stehen scheinen. Das erste Kapitel, "Nie wieder Deutschland ohne uns", arbeitet den antinationalen Ansatz heraus, den die Autoren nicht (wie sie dies an anderen Linken beobachten und kritisieren) als tagespolitische Kampagne, sondern als grundlegende (Neu-)Orientierung im wiedervereinigten Deutschland betrachten, und beziehen ihn (gegen Ende des Kapitels) auf den Golfkrieg. Das zweite Kapitel, "Herr P. und die Bombe", widmet sich den links- und ex-links-intellektuellen Kriegsbefürwortern. Das dritte, "Links, Auschwitz, Lüge" beschäftigt sich mit dem linken Lager, von friedensbewegt bis antiimperialistisch, und beschäftigt sich mit dessen Verhältnis zum Antisemitismus.

"Nie wieder Deutschland ohne uns" ist das längste und am sorgfältigsten ausgearbeitete Kapitel dieses Buches. Die Autoren kritisieren die Überreste der radikalen Linken, den Ansatz "Nie wieder Deutschland" nicht als notwendige inhaltliche Neuorientierung im wiedervereinigten Deutschland begriffen zu haben, sondern nur als eine der üblichen tagespolitischen Kampagnen, die ein paar Wochen oder Monate geführt werden, um das Thema danach abzuhaken und zur nächsten Kampagnenkiste überzuspringen. "Wer im Vorjahr seine Gegnerschaft zur Wiedervereinigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und der daraus erwachsenden Kontinuität begründet und erste Grundlagen für eine antideutsche Politik entwickelt hatte, ordnete den Golfkrieg jetzt wie selbstverständlich in das traditionelle Raster des Antiimperialismus ein." (S. 14) "Ausgerechnet in den Wochen des Golfkriegs,in denen die Geschichtsrevisionisten in Deutschland ihren größten Zulauf erhielten und selbstbewußt zurück in die Zukunft blickten, debattierte die kurzzeitig antideutsche Linke dann nur noch, ob die "Nie wieder Deutschland"-Kampagne beendet oder gescheitert sei." (S. 25)

Detlef zum Winkel und Oliver Tolmein hingegen arbeiten ausführlich ihr Verständnis des antinationalen Ansatzes heraus. Vor dem Hintergrund der NS-Geschichte müsse Abschied genommen werden von dem traditionell-linken Denken im Gegensatzpaar Herrschende/Beherrschte, da in der deutschen Realität "nicht der Widerspruch, sondern die fast völlige Übereinstimmung" zwischen beiden herrsche und ihr Gegensatz "in der deutschen Geschichte immer leicht aufgelöst werden konnte." (S. 30) "Die deutsche Volksgemeinschaft war zwar auch ein ideologisches Konstrukt der nationalsozialistischen Führungsschicht (und ihrer Unterstützer in Industrie und Reichswehr), sie war es aber nicht nur" (ebenda), sondern auch ein Stück Realität. Der Klassenkampf solle "nicht zum Nebenwiderspruch erklärt" werden, aber "daß es ihn in Deutschland nicht gibt" (S. 36) mache eine Analyse des Nationalsozialismus und der völkischen Formierung der deutschen Gesellschaft notwendig, die über den Ökonomismus hinausgehe. Das Ausbleiben des Klassenkampfes läßt sich, so die Autoren, "u.a. damit erklären, daß auch die in Fabriken arbeitenden BewohnerInnen der BRD und der DDR ihre Gesellschaften jeweils nicht als Klassengesellschaften verstehen, sondern als Volksgemeinschaften." (ebenda) Dies legt den Gedanken nahe, daß in einer überwiegend volksgemeinschaftlich sich definierenden Gesellschaft auch auf beiden Seiten der Debatte während des

Golfkriegs - derer, die den Krieg befürwortet wie derer, die ihn ablehnt - bestimmte "deutsche" Denkstrukturen zu finden seien. Daraus wird die Aufgabe abgeleitet, auf beiden Seiten die spezifisch deutschen Ideologiekerne, Motivationen und Interessen zu untersuchen. Dies wird in den beiden daran anschließenden Kapiteln unternommen.

"Herr P. und die Bombe" heißt das zweite Kapitel, das dem Buch seinen Namen verlieh. Es setzt sich mit linken und ex-linken Kriegsbefürwortern auseinander. "Herr P." ist die ideelle Gesamtfigur des den Krieg propagierenden Intellektuellen. "Herr P. ist ... nicht nur klug, sondern auch altlinks." (S. 53) In dieser Figur sind ("nicht aus Höflichkeit oder Angst, die jeweiligen Helden beim Namen zu nennen, eher schon aus Bequemlichkeit", S. 54) zusammengefaßt: Wolf Biermann, Hans Magnus Enzensberger, Wolfram Schütte, Benny Peiser und Wolfgang Pohrt.

Besonders interessant ist in diesem Kapitel, wie die Autoren denen, die vorgeben, den Krieg "zum Schutz Israels" zu propagieren, spezifisch antisemitische Argumentationsstrukturen nachweisen. Die Projektion, mit der eigene (deutsche) Kriegs- und Vernichtungswünsche den vorgeblichen Interessen des Staates Israel untergeschoben werden, ist in ihrem Kern selbst antisemitisch. Im übrigen schert sie sich herzlich wenig um die realen Konsequenzen aus ihrem kriegerischen Drängen für die wirklich in Israel lebenden Menschen.

Am Ausgangspunkt trifft man auf das Paradoxon, das einer der Autoren, Oliver Tolmein, in KONKRET 3/91 formuliert hatte: "Wie z.B. ist zu erklären, daß ausgerechnet die Angriffe auf Israel - auf den Staat, zu dem die wenigsten Deutschen engere Beziehungen unterhalten wollen, der aber dafür auf der Liste der Länder, zu denen man lieber auf Distanz gehen möchte, Spitzenreiter noch vor Südafrika und der VR China ist -" (Anm.: wie eine am Jahresende 1990 veröffentlichte Meinungsforschungs-Studie ergab) "die öffentliche Meinung hier für den Krieg am Golf mobilisieren können?"

Als besonders extremes Beispiel für eine solche Variante der Kriegspropaganda, die den "Schutz des Staates Israel" vorschiebt, wird die von Wolfgang Pohrt in KONKRET niedergeschriebene Hoffnung zitiert, der Staat Israel würde einen irakischen C -Waffen-Angriff "gegebenenfalls hoffentlich mit Kernwaffen zu verhindern wissen" (KONKRET 3/91). Ein solcher präventiver Nuklearwaffenschlag sei nicht nur ein "sinnloses Verbrechen" gegenüber den Menschen im Irak, sondern auch "eine verbrecherische Dummheit" gegenüber den Menschen in Israel selbst. "Israel geriete in eine dramatische Isolation (...). Von heute auf morgen würde der Antisemitismus zum weltweiten Massenphänomen. Von Tokio bis Moskau, von Leipzig bis Buenos Aires, von Oslo bis Algier wäre das Land zum klassischen Buhmann gestempelt. (...) Hingegen wären das jüdische Lager und seine Anhänger binnen kürzester Zeit komplett gespalten, Israel selbst zuerst.(...) Dann wären Israel und die Juden in aller Welt lebensgefährlich bedroht." (S. 69/70) Im Übrigen stecke in solchen Vernichtungsphantasien auch ein Stück antisemitischen Denkens von jüdischer Allmacht: "Alle irakischen Einrichtungen, die nur entfernt unter dem Verdacht standen, militärischen Zwecken zu dienen, wurden von der Luftwaffe der USA und Englands pausenlos und unter Einsatz modernster Zerstörungstechniken bombardiert. Anzunehmen, Israel (...) (wäre) besser als die effektivste Militärmaschine der Welt in der Lage gewesen, sie zu zerstören, wäre eine Wahnvorstellung, die man als typisch antisemitisch charakterisieren müßte." (S. 72/73)

Ähnliche Zusammenhänge zwischen dem vorhandenen breiten Antisemitismus in Deutschland und der vermeintlichen Besorgnis um den Staat Israel in der deutschen Militär- und Außenpolitik untersucht eine empfehlenswerte Studie "Israel und die Deutschen" von dem (den AK-LeserInnen nicht unbekannten) Autor Jürgen/Stuttgart. Diese ist in "Kritik und Krise" Nr. 4/5 erschienen und denkt auf diesem Gebiet noch weiter.

Dort wird über die bundesdeutsche Israelpolitik festgestellt: "Die Einstellung der Deutschen zu Israel - übrigens ziemlich unabhängig, ob in der Bevölkerung oder bei den Eliten - folgte in der gesamten Nachkriegsgeschichte einem gleichbleibenden Muster. Die Kontinuität des Antisemitismus wurde immer dann sichtbar, wenn Israel seine Interessen "gegen uns" anmeldete (‚Wiedergutmachung`, Verjährung von Nazi-Verbrechen, Bestrafung von Rüstungskriminellen, Kritik an Nazi-Kontinuitäten in Staat und Gesellschaft). Sympathien für den jüdischen Staat waren dann gegeben, wenn Israel ‚für uns` agierte (so in den pro-westlich rezipierten Kriegen 1967 und 1973). Der Philosemitismus resultiert also nicht aus der Trauer über die von Deutschland an Juden begangenen Verbrechen, sondern hat den gleichen Ausgangspunkt wie der Antisemitismus: das ‚deutsche Interesse`. Auf dieser Grundlage sind die Differenzen der Philosemiten zu den offenen Antisemiten zweitrangig und vorübergehend. Der Philosemitismus deckt den Antisemitismus und kollaboriert mit ihm, die Übergänge sind fließend (...)".

Die Problematik des Antizionismus von deutschen Linken im Kontext ihres Antiimperialismus ist vor diesem Hintergrund, daß er dieses Vorhandensein des Antisemitismus unter der Decke des außenpolitischen und militärischen Bündnisses zwischen der deutschen und israelischen Realpolitik bestreitet. Von dem Antiimperialisten, der Israel als "zionistischen Siedlerstaat" am liebsten "vom palästinensischen Volk zerschlagen" sehen möchte, bis hin zum Vertreter der deutschen Eliten, der militärisch mit Israel zusammenarbeitet, aber "keine Juden mag", besteht Einigkeit: "Es gibt keinen Antisemitismus in Deutschland."

Das dritte Kapitel "Links, Auschwitz, Lüge" beschäftigt sich mit dem Verhältnis des friedensbewegten und antiimperialistischen Lagers zum Antisemitismus. Das Problem dieses Kapitels besteht darin, daß darin keinerlei Begriff von "linkem" Antisemitismus entwickelt wird. Es werden keine Fragestellungen entwickelt, unter denen dem Antisemitismus in der Linken nachzugehen wäre, sondern nur fertige Antworten in Form von Vorwürfen und Verriß präsentiert. Nacheinander werden in ziemlicher Kürze zitiert und abgehandelt: Hr. im AK, Karam Khella, Prof. Spehl in "Radio Dreyeckland", das Hamburger Anti-Kriegs-Info, das "revolutionäre Plenum" Bremen, das autonome Blatt "Kassiber" (Bremen), Kt. im AK, Thomas Ebermann, die Flugschrift der Radikalen Linken, Hans-Christian Ströbele, K. im AK, Klaus Esche im "taz"-Leserbrief, Dietrich Schulze-Marmeling im AK, Ernst Tugendhat.

Es geht um Vorwürfe, die Bedrohung Israels im Golfkrieg nicht genügend berücksichtigt zu haben oder gegen Israel Partei zu ergreifen, als Beleg des Vorhandenseins von Antisemitismus in der deutschen Linken, bzw. (bei Hr. im AK) den Antisemitismus der Linken unter den Tisch zu kehren. "Antisemitismus unter deutschen Linken ist kein Fauxpas, den man bei Zeit und Laune abarbeitet, sondern die erbärmlichste Karikatur aller linken Überzeugungen, schlechtestes Zeugnis, das einer politischen Strömung ausgestellt werden kann, Versagen auf der ganzen Linie." (S. 80) Dem ist zuzustimmen, doch trägt die Methodik der Abhandlung leider wenig dazu bei, den "linken" Antisemitismus und seine ideologischen Wurzeln zu erklären. Es sieht an dieser Stelle sehr danach aus, als sollten alte Rechnungen beglichen werden. Hier hätte mehr inhaltlich fundierte Ideologiekritik dem Buch gutgetan.

Bernhard (Gruppe K/Hamburg)

36. 20 Jahre ami. Jubiläum der "antimilitarismus information"

Rubrik: Militarismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:27

Liebe GenossInnen,

liebe Kolleginnen und Kollegen

Die "antimilitarismus information" wird 20. Aus diesem Anlaß hat die Redaktion einen Text verfaßt, über dessen Veröffentlichung in Eurer Zeitung wir uns sehr freuen würden. Die ami ist ein studentisches Projekt und erscheint monatlich. Sie wird fast ausschließlich im Abonnement bezogen. Unsere derzeitige Auflage beträgt 2000 Stück.

Wir kommen dem Wunsch der ami gerne nach.

"Die subversive ami-Idee, uneingeladen Informationen zu sichten und aufzubereiten und so einem Durchschnittsleser die Möglichkeit zu selbständiger Meinungsbildung zu geben, bleibt unersetzlich." Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Friedensforscher, anläßlich des 15. "Geburtstages" der ami.

Gewiß: Krieg und Frieden sind als Dauerthemen in unzähligen Zeitungen vertreten. Kein Tag, an dem nicht der Bürgerkrieg in Jugoslawien, die Lage am Golf oder die neueste Abrüstungsinitiative die Titelseiten füllen. Doch wer ist schon in der Lage, die vielen Meldungen, Kommentare und Analysen zu überblicken, geschweige denn zu bewerten? Wer weiß wichtige von unwichtigen Informationen zu trennen, wer vermag zu sagen, was die FAZ unterschlägt oder die taz verzerrt? Eine analysierende, korrigierende und ergänzende Arbeit ist also vonnöten, damit aus Nachrichten und Berichten Informationen werden, die ein Empfänger verstehen kann. Eine solche Arbeit leistet seit 20 Jahren die Redaktion der Zeitschrift "antimilitarismus information" (ami).

Die ami will zur Aufhellung der militarisierten Herrschaftsverhältnisse beitragen. Monat für Monat fassen ihre RedakteurInnen zusammen, was die Presse zum Thema enthält, und bereiten es in friedenspolitisch verwendbarer Form auf. Über 100 Zeitungen und Zeitschriften, vom Szeneblatt bis zum Verbandsorgan der Bundeswehr werden zu diesem Zweck gesichtet und ausgewertet. Geleistet wird diese Arbeit nicht von gutbezahlten Vollzeit-JournalistInnen oder Professionals aus der Friedensforschung: Alle ami-RedakteurInnen arbeiten ehrenamtlich, in einer vorwiegend studentischen Redaktion.

Zugleich trägt die Zeitschrift zur Kontinuität im Auf und Ab der Aktionszyklen bei: die ami erschien bereits, als von einer nach Millionen zählenden Friedensbewegung noch niemand zu träumen wagte, und sie blieb auch nach deren Niedergang bestehen. Ihre RedakteurInnen weisen auf militaristische Tendenzen in der Bundesrepublik und anderswo hin, ohne den jeweils neuesten Moden auf dem Markt der Meinungen - gestern apokalyptische Kriegsangst, heute euphorische Friedenserwartungen - nachzugeben. Das wäre ohne die inhaltliche und finanzielle Unabhängigkeit der ami von allen linken und friedensbewegten Organisationen nicht möglich gewesen. Die Autonomie ermöglicht es den RedakteurInnen, die Positionen und Auseinandersetzungen in der "Szene" wahrzunehmen, ohne zwischen deren Fraktionen zerrieben zu werden oder ihren jeweiligen Vorurteilen und Vereinseitigungen auf den Leim zu gehen.

Die Stärke der ami liegt vor allem in ihrer Mischung: Sie berichtet ebenso über militärische Projekte wie über den Widerstand dagegen, sie gibt GastautorInnen aus der Friedensforschung Gelegenheit, ihre Erkenntnisse vorzustellen, und greift selbst, wenn nötig, kommentierend in aktuelle Auseinandersetzungen ein. Dreimal im Jahr erscheint die Zeitung als Doppelheft, in dem FachautorInnen zu speziellen Themen schreiben: etwa zum Zusammenhang von Umweltzerstörung und (militärischer) Gewalt oder zur Rüstungskonversion.

Das besondere Interesse der Redaktion gilt traditionell der Kriegsdienstverweigerung (KDV). Darauf ist vor allem der juristische Teil des Heftes spezialisiert: Er dient der Orientierung im Dickicht des verrechtlichten Militärsystems und weist auf wichtige Entwicklungen und Urteile im KDV-Bereich hin. Die ami wird denn auch von vielen KDV-BeraterInnen und -organisationen als Fachzeitschrift genutzt. Doch das Spektrum ihrer LeserInnen reicht weiter: vom Totalverweigerer bis zum Verteidigungsministerium. In der Friedensforschung zählt die ami zu den meistzitierten Medien.

Und die Sache selbst? Vieles deutet darauf hin, daß wirklicher Frieden auf Erden auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht einkehren wird. Die "neue Weltordnung" droht noch ungerechter, noch gewaltsamer, noch zerstörerischer zu geraten als ihre vom Systemgegensatz geprägte Vorgängerin. Und es zeichnet sich ab, daß die Bundesrepublik darin eine aktive militärische Rolle spielen wird. Daher bleibt antimilitaristisch motivierte Gegenöffentlichkeit nötig; gegen die Bereitschaft vieler etablierter Medien, eine neue Weltmacht Deutschland publizistisch anzufeuern, gegen die schleichende Gewöhnung der Bevölkerung an eine Aufwertung der Bundeswehr und militärischer Traditionen. 20 Jahre ami sind - leider - nicht genug.

37. Überlegungen zu den "Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS"

Autor: H. Eckhoff, C. Gohde, U. Jelpke, Knut Mellenthin · Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:42

Zwei Jahre nach der Wende und ein Jahr nach der Vereinigung hat die PDS immer noch nicht richtig Tritt gefaßt. Der Schwung der ersten revolutionären Tage ist dahin, aus der ganz anderen Republik wurde nichts und auch die Partei ist nicht mehr das, was sie mal war. Zeit, über neue Pläne und Strategien nachzudenken. Ein Teil davon sind die nebenstehend abgedruckten "Thesen für radikale Reformen". Sie spiegeln in etwa das wieder, was heute den Mainstream innerhalb der PDS ausmacht: Der Drang, nach einer unmittelbaren Interessenvertretung der EX- DDR-Bevölkerung, um diese Frage herum die PDS als sozialistische Partei aufzubauen.

Mit den "Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS" (20.9.91) verbindet sich ein dreifacher Anspruch der AutorInnen:

a) Es soll die allseits beklagte innere Situation der PDS - beschrieben als Feh- len "inhaltlicher Auseinandersetzungen", Mangel an "wechselseitiger Toleranz" und "kulturvollem Umgang" - aufgebrochen und ein wesentlicher Schritt zu ihrer Überwindung getan werden. (Innerorganisatorische Dynamik)

b) Es soll die Schlüsselfrage der Taktik benannt werden, d.h. die Frage soll beantwortet werden: "Was muß und kann die PDS in nächster Zeit vor allem tun, um sich auf der tagespolitischen/massenpolitischen Ebene stärker zu profilieren?".

c) Es soll zugleich aber auch die Schlüsselfrage der Strategie beantwortet werden: "Was muß langfristig im Mittelpunkt unserer Politik stehen? Gibt es einen zentralen Hebel, und welcher ist es, mit dem eine radikalreformerische, gesellschaftsverändernde Politik auf den Weg zu bringen ist?".

Im folgenden einige Überlegungen zu dieser Art der Strategie- und Taktikdiskussion.

1. Die PDS ist trotz Schrumpfens auf ein Zehntel der Mitgliedschaft der SED eine Massenpartei. Dies nicht nur in Hinsicht auf die gesellschaftliche Verankerung, sondern auch in Hinsicht auf die innere Zusammensetzung. Dies zwingt geradezu den Gedanken auf, unmittelbar eine Strategie für eine sozialistische Massenpartei präsentieren zu müssen. Dies vor allem auch aus dem Wissen heraus, daß die Akzeptanz, die die PDS noch bei den Volkskammer- und Bundestagswahlen erringen konnte, schwindet. Dies verführt jedoch auch dazu, nach schnellen Lösungen (und Losungen) zu suchen und damit die tagespolitischen Aufgaben zu strategischen Fragen bzw. zu Schlüsselfragen der Strategiebildung zu erklären. In dieser Logik bewegen sich die "Sechs Thesen...".

Unbestreitbar gehören die unmittelbaren sozialen Fragen (Arbeitsplätze/Arbeitslosigkeit, Wohnungen/Mieten) zu den wichtigsten Problemfeldern, denen sich eine linke Massenpartei wie die PDS widmen muß. Zweifelhaft erscheint uns jedoch, ob eine Verlängerung dieses Gedankens in dem Sinn, daß dies auch die Schlüsselfrage sozialistischer Politik wäre, richtig ist. Zunächst ist gar nicht geklärt, ob nicht die kapitalistische Entwicklung der Länder der ehemaligen DDR mittelfristig in der Lage ist, durchaus befriedigende Ergebnisse für den Großteil der Bevölkerung hervorzubringen. Die Behauptung aus der Linken, die EX-DDR würde zwangsläufig zu einem Mezzogiorno der BRD ist bisher jedenfalls nicht mehr als alle Krisenbehauptungen der letzten 20 Jahre auch.

Die Vorstellung, den Arbeitsbereich zum Schlüssel der Demokratisierung der Gesellschaft zu machen, setzt voraus, daß innerhalb der Erwerbstätigen (der Arbeiterschaft/Arbeiterklasse) ein Interesse - und zwar ein konkretes und nicht nur objektiv abgeleitetes - entsteht, sich formiert und artikuliert, über die materiellen Absicherung hinaus auf die Form und den Inhalt der Produktion Einfluß nehmen zu wollen. Hierzu reicht nicht aus, daß dies immer noch die Köpfe von (heute wenigen) linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten sowie Traditionssozialisten bewegt, sondern es muß sich in Form sozialer und dann auch politischer Bewegungen manifestieren. In dieser Hinsicht hat sich in den hochkapitalisierten Gesellschaften eine Veränderung ergeben, an der auch die sozialistische Theorie nicht vorbeikommt: Die Arbeiterklasse als Gesamtformation ist nur noch partiell Träger gesellschaftlicher Veränderungen, im Großen und Ganzen verhält sie sich in politischer Hinsicht konservativ.

2. Unbestritten soll auch sein, daß in einer sozial differenzierten Gesellschaft, in einer Gesellschaft, in der ein großer Teil der Menschen nach sozialer Herkunft, Lage und Zukunft keinen Einfluß auf die gesellschaftlichen Entwicklungsentscheidungen hat, eben die Veränderung dieser Lage eine Schlüsselfrage für linke Politik sein wird. Nur muß auch zur Kenntnis genommen werden, daß die Teile der Gesellschaft, die sich in dieser Lage befinden, heute real kein Interesse an einer grundsätzlichen Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse artikulieren. Die Idee allein, sie zum Träger dieser Veränderung zu machen, reicht nicht aus. Oder, wie Marx schon in der "Deutschen Ideologie" schreibt, eine Idee blamiert sich immer dann, wenn sie nicht mit konkreten Interessen korrespondiert. Die Idee linke Wirtschaftsprogramme auszuarbeiten, die für eine Demokratisierung der gesamten Gesellschaft stehen, haben vor den Autoren der "Sechs Thesen" innerhalb der alten BRD schon eine Reihe von linken, sozialistischen und linkssozialdemokratischen Gruppen gehabt. Wirksam sind sie damit nie geworden, da sie damit innerhalb der anvisierten Träger keinen Zuspruch gefunden haben. Diese Idee lebt immer noch davon, daß die Arbeiterklasse eigentlich und im objektiven Interesse dem folgen müßte. In diesem, allein in diesem, Sinne sind die Träger dieser Ideen zutiefst traditionalistisch und damit politisch konservativ. Sie blamierten sich darüber hinaus, wenn außerhalb der kleinen Schar der sich auf die Arbeiterklasse orientierenden Intellektuellen sich kein Arbeiter dafür interessiert.

3. Sozialismus ist eine Idee gewesen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung in jeglicher Hinsicht "vom Kopf auf die Füße zu stellen". Die Idee ist gewesen, daß diese Ordnung keine an den Bedürfnissen orientierte Produktion gewährleisten kann, daß die Produktion am Profit und damit gegen die Interessen der Menschen orientiert ist und damit letztlich keine gesellschaftliche Demokratie zuläßt. Die Begründer der sozialistischen Idee waren der Ansicht, daß die Arbeiterklasse in allererster Linie ein Interesse an der Überwindung dieser Gesellschaftsformation haben würde. In der Beschreibung dieses Interesses als objektives wurde aus der Idee eine Wissenschaft. Dies ist durch die gesellschaftliche Entwicklung lange auch in politischer Hinsicht durch die Dominanz der sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bewegungen, deren Träger in der großen Masse aus der Arbeiterklasse kamen, bestätigt worden. Die Begründer dieser Idee gingen jedoch beileibe nicht von einer Sozialpolitik aus. Kernpunkt ihrer Idee war immer die Erreichung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Diese konnten sie sich nur vorstellen durch das Agieren der Arbeiterklasse für ihre eigenen (objektiven) Interessen.

Die heute bestehenden hochkapitalistischen Gesellschaften zeichnen sich durch eine Reihe von zwar nicht neuen aber stärker in den Vordergrund tretenden Widersprüchen aus, die alle die Frage einer demokratischen Umwälzung auf den Plan rufen: die permanente Gefahr von kriegerischer Zerstörung der Menschheit; die zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Produktion auf die Lebensverhältnisse (Gesundheit und Umwelt); die Reichtumsbildung in diesen Gesellschaften bei gleichzeitiger Verelendung der Länder der Dritten Welt; die Unfähigkeit, Nationalismus und Rassismus zu überwinden, stattdessen das Anwachsen von Fremdenfeindlichkeit gerade in den materiell am besten gestellten Gesellschaften; die Unfähigkeit, eine wirklich gleichberechtigte Rolle der Frau in der Gesellschaft herzustellen.

Sozialistische Strategiebildung hätte sich gerade mit diesen Phänomenen zu beschäftigen, nicht nur, weil dies objektive Probleme sind, die gelöst werden müssen, sondern gerade auch deshalb, weil sich an diesen Fragen nicht nur Ideen, sondern auch Träger der Ideen in der Politik finden.

4. Die Autoren heben den Bereich der Arbeitswelt, den Kampf um das Recht auf Erwerbsarbeit und die Demokratisierung der Wirtschaft als Schlüsselfrage für eine sozialistische Partei hervor. Jeder Arbeitsansatz, der in so eindimensionaler Weise ein einziges Mittel präsentiert, das gleichzeitig die unterschiedlichsten Probleme lösen soll, wie dies in den "Sechs Thesen" mit der Verengung auf die Arbeitswelt getan wird, gerät in die Gefahr der dogmatischen Vereinseitigung und schrulligen Überspitzung. Selbst ein im Prinzip richtiger Gedanke, wie der, an den sozialen Interessen anzuknüpfen, kann auf diese Weise leicht "zu Tode geritten" werden. Hierfür steht die Entwicklung innerhalb der Grünen. Wir erinnern an die Debatten, die Ökologie zur "Schlüsselfrage" zu erklären und sämtliche Probleme der Welt von diesem Zentrum her zu betrachten und lösen zu wollen.

5. Wir geben zu: In einer Partei, die ums Überleben kämpft und die ihre Orientierung auf Massenpolitik legt, ist die gegenwärtige Situation unbefriedigend. Zwar hat die PDS in den neuen Bundesländern noch einen erheblichen Anhang auf Wählerebene, aber in der Politik spielt sie nur eine untergeordnete Rolle. Nur muß sie sich darüber im Klaren sein, daß ihre Akzeptanz gegenwärtig hauptsächlich aus einer aus der DDR resultierenden Rolle herkommt. Für die neue Gesellschaft muß sie sich erst noch einen neuen Platz definieren.

Dies wird nur über Einbeziehung aller Diskussionsansätze linker Politik und der bewußten Verarbeitung möglich sein. Die Anprangerung von "Scheindiskussionen" und das Versprechen, diese durch "Praxisorientierung" zu beenden, scheint auf eine breite Zustimmung in der Parteibasis zu stoßen. Gewiß sind viele Parteimitglieder "genervt" durch Debatten, die erstens meist recht langwierig sind, zweitens oft scharf geführt werden, und die drittens noch nicht einmal greifbare, praktische Resultate (handlungsfähige Konsense) bringen.

Andererseits liegt in dem populistischen Appell "Schluß mit den Scheindebatten", "Ärmel hochkrempeln und zupacken", die große Gefahr der Vereinfachung. Die Sache ist nun einmal so, daß die PDS in vielen Fragen der Weltanschauung und der praktischen Politik fast bei Null beginnen muß. Ihre alten politischen Erfahrungen nutzen ihr in den meisten Fällen wenig bis gar nichts, an manchen Punkten stellen sie sogar eine Belastung dar.

Ihre allgemeinen Vorstellungen, wie unter kapitalistischen Bedingungen Politik zu machen wäre, hat die SED in erster Linie entlang ihrer Kritik am "Linksradikalismus" der alten KPD entwickelt. Verworfen wurde insbesondere die Art und Weise, wie die KPD in den 20er und den frühen 30er Jahren mit den Gewerkschaften und der SPD umging. Ausgehend von der Verurteilung der Sozialfaschismustheorie wurde ein theoretisches Konzept der bündnispolitischen Orientierung auf die Sozialdemokratie entworfen, das seine Nutzanwendung vor allem im zwischenstaatlichen Bereich fand.

Die SED hat im übrigen BRD-Politik immer durch die Brille der DKP betrachtet und linksalternative Politikangebote ignoriert oder sehr oberflächlich diskriminiert. Linke Politik, die nicht in das Schema der SED paßte, wurde generell mit dem Verdikt versehen, sie nutze "objektiv" immer imperialistischen Kreisen und stehe oft sogar in ihren Diensten. Eine Aufarbeitung praktischer Erfahrungen mit linker Politik in der BRD hat auch in der PDS bisher nicht stattgefunden. Insbesondere gilt dies für Politikansätze jenseits von DKP und SPD, die sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entwickelten und allgemein als "Neue Linke" bezeichnet werden.

Die PDS steht vor der Aufgabe, eine Vielzahl von allgemeinen und konkreten Fragen, Fragen der Tagespolitik, der Strategie, der Theorie, neu zu beantworten und erstmals überhaupt zu stellen. Die meisten Fragen, an denen sich in der PDS "Fronten" gegenüberstehen, oder die jedenfalls kontrovers diskutiert werden, kommen aus dem Bereich der praktischen Politik: §218, Flüchtlinge, Asylpolitik, Verfassungsdiskussion, oder aus der Vergangenheit: MfS. Die PDS muß sich also auch zukünftig zwangsläufig darüber auseinandersetzen, wenn sie Politik machen will, oder aber sie müßte die volle Autonomie von Strömungen akzeptieren, die punktuell nicht miteinander diskutieren, was keine befriedigende Lösung auf Dauer wäre. Die dritte Alternative wäre, daß schnell in allen wesentlichen Fragen "Linienentscheidungen" herbeigeführt würden - und daß dann die damit nicht einverstandenen Teile der Partei aufgefordert würden, sich zu unterwerfen oder zu gehen.

Die Auseinandersetzungen werden also in Zukunft noch zunehmen müssen. Die Alternative wäre undiskutierte Praxis oder Verzicht auf wesentliche Praxisfelder, auf denen noch kein Konsens gefunden worden ist.

Das kann - verglichen mit den etablierten Parteien, die einen wesentlich geringeren Diskussionsbedarf haben - als zeitraubende Belastung und frustrierendes Gezänk empfunden werden. Zugleich liegt in einem solchen Neuanfang und im Zusammenkommen so unterschiedlicher Kräfte aber auch eine Chance. (Weniger "festgefahrene Positionen", mehr Zwang zu wirklich neuem Denken, mehr Flexibilität und Kühnheit).

6. Die Gegenüberstellung "radikale Reformpolitik" versus "reine Oppositionshaltung", von der in den Thesen ausgegangen wird, drückt zwar einen vorhandenen Dissens in der PDS aus, ist aber angesichts der realen Möglichkeiten als tendenziös überspitzt zu relativieren. Die PDS kann mit ihrem begrenzten Potential (Wählerstimmen, Anhängerschaft, tendenzielle Bündnispartner) und mit ihrer isolierten, stark angefeindeten Stellung in der Gesellschaft in absehbarer Zeit keine reale Reformpolitik betreiben, selbst wenn sie sich noch so "reformistisch" gebärden würde. Die PDS ist in absehbarem Zeitraum eine sehr kleine Partei der äußersten Opposition, und in diese Rolle müßte sie sich endlich konsequent hineinfinden.

7. Opposition bedeutet dabei selbstverständlich nicht, immer nur "Nein zu sagen", sondern beinhaltet auch das Präsentieren von Gegenvorschlägen, aber ohne das permanente Schielen nach der "Machbarkeit", die von einer kleinen Oppositionspartei ohne einflußreiche Bündnispartner sowieso nicht zu erreichen ist. Opposition heißt selbstverständlich auch nicht, sich außerhalb der bestehenden Gesellschaft zu definieren, aber sie muß

sich die Fähigkeit bewahren, konträr zu hegemonialen Vorstellungen in der Gesellschaft Ideen zu vertreten, auch wenn diese auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar sind.

Auch wenn die Ausgangssituationen völlig unterschiedlich sind, müßte die PDS alle Ansätze der linken und grünen Oppositionsentwicklung systematisch auswerten, um daraus Schlüsse für die eigene Stellung zu gewinnen. Gerade die Anfangszeit der Grünen hat ja immerhin gezeigt, daß es möglich ist, mit einem scharfen inhaltlichen Dissens zu den übrigen Parteien einen massenpolitischen Ansatz zu finden. Bei allen Widersprüchlichkeiten der ersten Jahre und der ständigen Neigung zur "Realpolitik" (im Sinne der Orientierung auf das "real Machbare") hat diese Zeit auch bewiesen, daß links neben der SPD Platz ist.

Dieser Ansatz hat darüber hinaus auch bewiesen, daß beileibe nicht nur ein Ansatz, "Vordenker" für die SPD zu sein (die SPD als die eigentliche Reformpartei, die von links gedrückt werden muß), erfolgversprechend ist. Umgekehrt ist es sogar so, daß der Ansatz, in Konfrontation mit der SPD zu gehen, bisher der einzig erfolgreiche gewesen ist, während alle linkssozialdemokratisch angesetzten Versuche (DKP, der Versuch von Manfred Coppik mit der DS) gescheitert sind.

8. Eine Oppositionspartei mit der geringen Größe und den noch geringeren realpolitischen Einflußmöglichkeiten der PDS überschätzt ihre politischen Möglichkeiten, wenn sie sich, zumal als zentrale Tätigkeit, wie es in den Thesen erscheint, der Erarbeitung und Propagierung von Beschäftigungsprogrammen widme. Auf kaum einem anderen Gebiet kann die PDS so wenig bewirken wie gerade auf diesem, auf dem selbst große sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisationen noch nie etwas Greifbares zustande gebracht haben.

Generell muß festgestellt werden, daß die internationale Arbeiterbewegung sich im Laufe ihrer Geschichte zwar in manchen Ländern, gerade auch in der BRD, eine relativ gute Absicherung für den Fall der Erwerbslosigkeit erkämpft hat, aber nirgendwo ein "Recht auf (Erwerbs)Arbeit". Vor diesem Hintergrund sollte die These, daß "Recht auf Arbeit" im Kapitalismus generell ein Unding sei, nicht vorschnell als dogmatisch zurückgewiesen werden, sondern ernsthaft bedacht werden.

9. Auch die "Demokratisierung der wirtschaftlichen Beziehungen", die "Demokratisierung am Arbeitsplatz" ist ein traditioneller Programmpunkt linkssozialdemokratischer und linksgewerkschaftlicher Ideologen. In den Thesen werden, sehr ausführlich, im Wesentlichen altbekannte Wunschvorstellungen aneinandergereiht, ohne die Problematik praktischer Umsetzungschancen auch nur andeutungsweise einmal zu reflektieren.

Zeigt nicht die historische Erfahrung, daß sich kaum irgendein gesellschaftlicher Bereich einer Demokratisierung so zäh widersetzt wie gerade die Wirtschaft, namentlich die privatkapitalistisch betriebene? Daß diese also insofern nicht Ausgangspunkt, sondern eher Endpunkt einer Demokratisierungsstrategie sein müßte? Muß nicht ferner konstatiert werden, daß das ganze Thema der "Wirtschaftsdemokratie" heute im lohnabhängigen Bevölkerungsteil weithin auf Apathie stößt, u.a. auch aufgrund der praktischen Diskreditierung des Gegenstands durch die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Version von "Mitbestimmung"?

Insgesamt scheint es uns so, daß hier aus vordergründigen Überlegungen ein Ein-Punkt-Programm als Ausweg aus allen unseren Nöten präsentiert wird, ohne die Erfahrungen, die in der BRD (und anderen kapitalistischen Ländern) schon mit dort entwickelten Vorstellungen gemacht wurden, überhaupt mitzudenken und zu bilanzieren.

Heinrich Eckhoff, Claudia Gohde, Ulla Jelpke, Knut Mellenthin

38. Dokumentation: Für radikale Reformen. Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS

Autor: André Brie, Helmut Holter, Lothar Bisky u.a. · Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:28

Im folgenden dokumentieren wir in gekürzter Fassung ein Diskussionspapier aus der PDS, mit dem der Anspruch gestellt wird, die strategischen Schlüsselfragen für die Politik der PDS zu bestimmen. Der Text selbst hat zwar vor allem einen Stellenwert für die innerparteiliche Auseinandersetzung, ist jedoch auch für die übrige Linke von Interesse, da damit möglicherweise eine ähnliche Debatte wie bei den Grünen ab Mitte der 80er Jahre um die Frage Realpolitik/Fundamentalismus auf den Weg gebracht wird.

1. Auf der 2. Tagung des Parteitages, im Juni 1991, stellte Gregor Gysi zurecht fest: "Bisher ist die PDS viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, schmort im eigenen Saft oder begnügt sich mit Alibibeschlüssen zu den Problemen, die die Menschen in der EX-DDR und in ganz Deutschland bewegen ... In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob wir miteinander, d.h. im Miteinander der unterschiedlichen Positionen und im Miteinander von Vorständen, Präsidium und Basisorganisationen schnell eine Reihe dringlicher Aufgaben lösen können".

Wir müssen heute feststellen, daß wir diesen Zielen noch nicht nähergekommen sind: Die PDS hat nicht genügend politisches und programmatisches Profil gewinnen können. Trotz des ständigen Bekenntnisses zum Pluralismus fehlen die inhaltlichen Auseinandersetzungen, sind die wechselseitige Toleranz und der kulturvolle Umgang unter den verschiedenen Gruppen und Strömungen gering ausgebildet. Wenn die innerparteiliche Auseinandersetzung so weiterläuft, dann wird auch die PDS - wie so vieles Andere aus der EX-DDR - in dem gesellschaftlichen Strudel eines unbedachten Anschluß- und Crash-Kurses bald untergegangen sein. Wir haben jedoch die Möglichkeit einer grundsätzlich anderen Alternative und die Verantwortung, die Herausbildung einer modernen sozialistischen Bewegung in Deutschland wirksam zu unterstützen.

Mit diesen Thesen wollen wir zur Politisierung und Transparenz des Meinungsstreits in der PDS beitragen. (...)

2. Gewiß, die gesellschaftlich-politische Situation ist äußerst kompliziert und der auf uns lastende Druck groß:

Auf dem langen Marsch zu den immer wieder beschworenen Verheißungen der kapitalistischen Gesellschaft ist die Talsohle noch längst nicht durchschritten. Nach der Vereinigung sollte es keiner Bürgerin und keinem Bürger schlechter gehen. Die reale Situation, wenngleich durchaus differenziert, ist eine völlig andere: Millionen haben ihre Arbeitsplätze verloren bzw. stehen in Kurzarbeit oder in der Warteschleife der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM); mit dem Verlust eigener Erwerbsarbeit ist aber auch vieles andere verloren oder in Frage gestellt: bezahlbare Wohnungen, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, medizinische Versorgung, kulturelle Angebote etc., kurz: die Basis persönlicher Entwicklungsperspektive und Entfaltungsmöglichkeit wird entzogen. Mit dem nahezu gleichzeitigen Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung für Hunderttausende im Jahr 1992 bzw. 1993 drohen beträchtliche Teile der ostdeutschen Bevölkerung durch das soziale Netz in die entwürdigende Sozialhilfe durchzufallen.

Auch in den osteuropäischen Gesellschaften verläuft der Übergang zu einer kapitalistisch strukturierten Ökonomie keineswegs in ruhigen Fahrwassern. Massive Absenkungen des ursprünglich keineswegs komfortablen Lebensstandards bei großen sozialen Schichten, ethnisch-religiöse Konflikte, staatliche Neugliederungen und Bürgerkrieg in einzelnen Ländern sind die Begleitumstände eines umfassenderen Transformationsprozesses, der bislang politische Instabilität und negative ökonomische Rückwirkungen auch für andere Gesellschaften gebracht hat sowie die Hinwendung zu den dringenden Problemen der "Dritten Welt" erneut blockiert. Mit der Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen zu den ehemaligen RGW-Staaten und einer sich weiter ausprägenden deutschen Nabelschau hat die Bundesregierung in nicht geringem Maße zur Verschärfung der ökonomischen Probleme in Osteuropa und in den neuen Bundesländern beigetragen. (...)

3. Gerade weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen miserabel sind, geht es jetzt um Politik und um Beendigung der Scheindiskussionen.

- Es ist nicht wahr, daß die Grundfragen unseres Partei- und Oppositionsverständnisses nach wie vor durch unsere Staatsfixiertheit beherrscht oder noch vollständig ungeklärt sind.

- Es ist nicht wahr, daß die PDS nicht politik- und aussagefähig ist.

- Es ist nicht wahr, daß die entscheidende Frage nach der Existenzberechtigung einer Partei links von der Sozialdemokratie unbeantwortet ist.

- Es ist nicht wahr, daß wir uns im wesentlichen in Kategorien der bürgerlichen Demokratie bewegen und eine gründliche Erneuerung unseres Verständnisses von Kapitalismuskritik und demokratischem Sozialismus noch vollständig aussteht.

Wahr ist aber, daß die Betonung reiner Oppositionshaltung politisch nicht produktiv ist und nur wieder eine andere Seite ideologisch geprägter Vereinfachung und Schwarzweißmalerei darstellt. Eine Methodik der politischen Arbeit, die den Gegensatz zum Bestehenden kultiviert, bezieht sich im eigentlichen Sinn nicht auf die sozialen Verhältnisse, bezieht sich nur äußerlich auf sie. Das spüren die Menschen. Es geht vielmehr darum, sich in die vorhandene soziale und politische Kultur selbst einzubeziehen und sie zugleich widerstehend-kritisch zu transformieren. Gelingt das, so kann dies auch als ein Beitrag zur aktiven Aufarbeitung von Geschichte angesehen werden.

4. Auf der Tagung des 2. Parteitages im Juni 1991 haben wir unsere Position einer Radikalreform entwickelt, die sich in erster Linie auf die kapitalistischen Zentren bezieht. Unsere Vorschläge für die alternativen Vorstellungen der PDS und für ihre praktische Politik beziehen sich auf die Inhumanität vieler Aspekte des konkreten Alltags in der kapitalistischen Bundesrepublik und auf die globalen Krisenphänomene.

Unsere Vorstellung von einer radikalreformerischen Transformation der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln wir ausgehend von den konkreten existentiellen Widersprüchen. Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet für uns nicht die Wiederholung eines Versuchs, der die zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Demokratie ignoriert und zerstört. Soziale und politische Emanzipation heißt: Unterordnung der "verselbständigten und entfremdeten Mächte" in Ökonomie, Lebensweise und Politik unter die Selbsttätigkeit der Menschen, ihrer Familien, der Völker sowie der Lebenserfordernisse der Natur. Diese soziale Kontrolle ist nicht einfach durch die Beseitigung der entfremdeten Mächte möglich. Der Versuch, dies durch Schaffung eines allmächtigen "sozialistischen Staates" zu tun, ist nicht nur gescheitert, sondern hat für wesentliche Lebensbereiche eine noch größere Entfremdung gebracht. Aus dieser Erfahrung heraus kämpfen wir für eine sozial gesteuerte und demokratisch kontrollierte Ökonomie, transparente und gerechte Einkommens- und Verteilungsstrukturen, für eine Ökologisierung der Reproduktion des Lebens, für einen solidarischen Charakter der globalen Wirtschaftsbeziehungen - kurzum: für eine zivilgesellschaftliche Sozialismuskonzeption. Wer die Abschaffung der Märkte statt einer Demokratisierung der Wirtschaft und einer sozialen Steuerung und Regulierung unter Nutzung der Märkte will, der soll zugleich erläutern, wie er der Wiederholung eines staatssozialistischen Allmachtsanspruchs und einer ineffizienten, wenig flexiblen Wirtschaft entgehen will.

5. Radikale Reformpolitik soll das programmatische und politische Profil der PDS bestimmen. Wem dies nicht antikapitalistisch genug ist, der soll den Streit auf diesem Terrain austragen, aber nicht in Verbalradikalismus verharren und die fundamentalistische Pose pflegen. Wir brauchen Vorschläge, wie wir vom Heute zum Morgen kommen wollen, ohne in Sackgassen steckenzubleiben. Existenzberechtigung wie auch Politikfähigkeit der Partei hängen davon ab, ob es gelingt, von dieser Grundlinie aus auf allen Ebenen die politische Debatte in der Gesellschaft zu beeinflussen. Wir behaupten nicht, schon alle Fragen einer Alternative zum Kapitalismus oder zum gescheiterten staatssozialistischen Entwicklungsweg gelöst zu haben, aber es ist auch nicht so, als gäbe es noch keine weitertreibenden Antworten; jede praktische Politik und programmatische Debatte wird sich u. E. entlang folgender Eckpunkte bewegen müssen:

Erstens: Die zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Schlüsselfrage für eine moderne sozialistische Partei ist der Kampf um das Recht auf Erwerbsarbeit. Die Arbeit ist elementarer Bestandteil des Lebens der Menschen, eine nicht zu ersetzende Bedingung ihrer Emanzipation. Dabei geht es darum, daß alle, die arbeiten wollen und können, auch die Möglichkeit erhalten müssen, an der gesellschaftlichen Arbeit sinnvoll teilzuhaben. Das Recht auf Arbeit ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß Frauen und Männer ihr Leben auf eigene Tätigkeit und eigene Leistungen gründen können und nicht für mehr oder weniger lange Zeit oder sogar für immer von der Unterstützungsleistung anderer abhängig sein müssen. Die Forderung nach einem selbstbestimmten Leben kann nur dann verwirklicht werden, wenn Massenarbeitslosigkeit und Ausgrenzung

ganzer sozialer Schichten überwunden werden. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der drohenden Armut und zunehmenden Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung gewinnt die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung einschließlich einer garantierten Mindestrente erhöhte Bedeutung. Dabei kann die soziale Grundsicherung nie ein Ersatz für die Forderung nach Arbeit für alle sein und muß konkret mit dieser verbunden werden; allerdings in einer Weise, daß sie den Betroffenen nicht als eine "patriarchalische Wohltätigkeitsinstitution", als ein Almosen erscheint.

Der Kampf für die Erhaltung, Modernisierung und Neuschaffung dauerhafter Arbeitsplätze muß im Zentrum parlamentarischer Initiativen und außerparlamentarischer Aktionen stehen. Hierzu gehören u.a. Aktionen gegen die verhängnisvolle Privatisierungs- und Abwicklungsstrategie von Treuhandanstalt und Bundesregierung, Forderungen nach Ausarbeitung und Umsetzung vor allem regionaler Industrie-, Struktur- und Beschäftigungsprogramme, öffentliche Diskussion von Vorstellungen einer radikalen Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur gerechten Verteilung von gesellschaftlicher Arbeit und mit dem Ziel der Individualitätsentwicklung. Eine so verstandene aktive Strukturpolitik bedarf neuer wirtschaftspolitischer Institutionen, wenn die Fehler und Mängel des Sozial- und Interventionsstaates sozialdemokratischer Provenienz überwunden werden sollen. Nicht eine bürokratische Zentralisierung und amtsmäßige Abwicklung, sondern die Demokratisierung der wirtschaftlichen Steuerungs- und Kontrollfunktion ist die Entwicklungsperspektive. D.h., es muß dazu beigetragen werden, daß es den Lohnabhängigen gelingt, über die parlamentarisch-politische Dimension hinaus eine Demokratisierung der ökonomischen Sphäre durchzusetzen. Die Staatsförmigkeit von Politik ist zurückzudrängen; der Kern, an dem sich die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft letztlich entscheidet, ist die Ökonomie (der Vorschlag zur Bildung von Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften war und ist ein richtiger Ansatz zur zivilgesellschaftlichen Organisation von Arbeit).

Zweitens: Damit ist die Demokratisierung der wirtschaftlichen Beziehungen thematisiert, des gesamten Wirtschaftslebens, an den Arbeitsplätzen, in den Betrieben und Unternehmen, der kommunalen, regionalen und staatlichen Wirtschaftspolitik sowie auch der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Fortschritt der Gesellschaft mißt sich wesentlich an ihrer Demokratisierung. Die Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeit bildet heute und in absehbarer Zukunft den wichtigsten Prozeß demokratischer Veränderungen.

Hiervon ausgehend muß die Diskussion zur Problematik Arbeit und Leben weitergeführt werden, insbesondere dazu, wie die Entfremdung in der Arbeit überwunden werden kann und eine selbstbestimmte, emanzipierte, auf die freie Entwicklung des Individuums gerichtete Arbeit möglich wird. Eine Schlüsselfrage ist die Demokratisierung am Arbeitsplatz, die stärkere Selbstbestimmung der Belegschaften bei der perspektivischen Gestaltung ihrer Arbeitsplätze. Eine Voraussetzung dafür ist, daß die eigenverantwortlichen Gestaltungsräume für die Arbeitenden wesentlich erweitert und zugleich günstigere Bedingungen für ihre Selbstorganisation im Betrieb geschaffen werden. So geht es bei der Durchsetzung neuer Produktionskonzepte nicht nur um die Anwendung neuer Technologien und um eine neue Betriebsorganisation zur ökonomischen Effektivierung, sondern es muß ein Bruch mit der hierarchisch gegliederten Fabrikorganisation herbeigeführt und zugleich die letztlich uneingeschränkte Verfügungsgewalt des Kapitals über die Steigerung der Surplusarbeit (Investitionsentscheidungen!) in soziale Kontrolle überführt werden. Die Verwendung der Investitionsfonds gesellschaftlich-demokratisch zu regulieren, sollte ein politisches Anliegen der PDS sein.

Eine vordringliche Aufgabe besteht darin, die Einflußnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die Wirtschaftspolitik der Regierungen von Bund und Ländern sowie der Exekutive in den Kommunen zu verstärken. Das erfordert die Dezentralisierung und Regionalisierung der Wirtschaftslenkung und schließt vor allem eine wirksame öffentliche Diskussion und Kontrolle regionaler Investitionsentscheidungen ein.

Demokratisierung und Mitbestimmung müssen auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Tätigkeit internationaler Konzerne ausgedehnt werden.

Drittens: Die einfache Gleichsetzung von Markt und kapitalistischer Gesellschaft ist falsch. In den kapitalistischen Metropolen bestimmt nicht allein die Profitratenbewegung den Gang der gesellschaftlichen Reproduktion. Sie ist vielfältig modifiziert durch staatliche Ordnungspolitik, Subventionen, soziale Transfers, Steuervergünstigungen usw., die auf die Beziehungen von Lohnarbeit und Kapital wirken. Auf Basis demokratisierter Produktionsverhältnisse können Möglichkeiten der Steuerung marktwirtschaftlicher Verteilungsstrukturen eröffnet werden. Die Beziehung zwischen Marktmechanismus und Steuerung, zwischen

Markt und öffentlicher Regulierung und demokratisch-sozialer Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung bedarf unter Linken streitbarer Debatte und Präzisierung. Dabei geht es um zwei verschiedene Dimensionen des Problems: Einmal darum, inwieweit dies unter den konkreten Bedingungen der marktwirtschaftlichen Verhältnisse der BRD erreicht werden kann. Zum anderen geht es in grundsätzlicherer Weise um die Möglichkeit einer nicht durch das Profitprinzip determinierten Marktwirtschaft, die durch eine Kombination von Marktregulierung und gesamtgesellschaftlicher, demokratischer Steuerung gekennzeichnet ist und sich auch prinzipiell von der in den Ländern des Staatssozialismus praktizierten Wirtschaftsleitung unterscheidet.

Fortschritte in Richtung einer stärkeren sozialen und ökologischen Orientierung sowie Demokratisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft können nur als Ergebnis sozialer und politischer Kämpfe erzielt werden. Dabei stehen gegenwärtig Qualität und Quantität sozialstaatlicher Verpflichtungen und die Abwehr aller neokonservativen Deregulierungseingriffe im Mittelpunkt. Es wird notwendig, solche Bereiche wie Umweitschutz, Wohnungswirtschaft, Bildung und Information, Gesundheitswesen, Kultur und Wissenschaft schrittweise aus einer vorwiegend von den Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmten Regulierung herauszulösen und sie nichtstaatlicher (zivilgesellschaftlicher) Einflußnahme auszusetzen.

Die Entstehung wirksamer Formen dieser Einflußnahme setzt eine Demokratisierung des politisch-staatlichen Lebens voraus. Die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Demokratisierungsmechanismen erfordert zugleich die Erhöhung des parlamentarischen Gewichtes der PDS und die Entwicklung von Bündnisbeziehungen auf der Ebene der staatlich-institutionellen Organisation. Der Anspruch auf Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse im Staat ist keine Folge von "Staatsfixiertheit" und "Legalismus", sondern Ausdruck der in der marxistischen Tradition gewachsenen Erkenntnis, daß das Streben nach ökonomischer und sozialer Selbstbestimmung mit staatlichen und rechtlichen Mitteln gefördert werden muß, um überhaupt Raum greifen zu können.

Viertens: Die Frage der perspektivischen Überwindung kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen stellt sich angesichts der umfassenden Internationalisierung des Kapitals und der sich existentiell zuspitzenden globalen Herausforderung vor allem aus internationaler, weitweiter Sicht. Die PDS muß sich für einen Typ wirtschaftlicher Entwicklung einsetzen, der die bisherige Art der Produktivkraftentwicklung und des bisherigen Wirtschaftswachstums ablöst; sie gefährdet die Lebensperspektive der Menschheit, weil sie die Zerstörung der natürlichen Umwelt und die Ausbeutung der Mehrheit der Weltbevölkerung einschließt.

Dieser neue Typ der wirtschaftlichen Entwicklung muß auf soziale Emanzipation gerichtet sein, die ökologischen Bedrohungen bewältigen und den Lebenserwartungen zukünftiger Generationen gerecht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung der Industrieländer darf nicht mehr auf Kosten der Länder der "Dritten Welt" erfolgen. Die Ausgrenzung der Länder Osteuropas und ihre verstärkte Abhängigkeit vom westeuropäischen Machtkartell müssen verhindert werden. Die PDS wird in der nächsten Zeit hierfür konkrete Vorschläge ausarbeiten und erörtern müssen, die gegenüber der Politik der westlichen Industriestaaten Alternativen markieren. Auch das gehört zu ihren politischen Handlungsgeboten.

(These 6 befaßt sich ausschließlich mit Konsequenzen für die innerparteiliche Diskussion)

22. September 1991

André Brie, Helmut Holter, Lothar Bisky, Kerstin Kaiser, Marlies Deneke, Hans Modrow, Michael Schumann, Klaus Steinitz, Alexandra Wagner

(nach PDS-Pressedienst 39/91)

39. Abschied von der PDS?

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:25

"Richtungsentscheidung in der PDS" war der Artikel von he. in AK 335 überschrieben. Dramatisches wurde angekündigt: mit ihrem Papier "Für radikale Reformen - Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS" würden neun prominente PDSler, darunter Parteivize André Brie und Ehrenvorsitzender Hans Modrow, für die Partei auf ihrem Dezemberparteitag eine "entscheidende Weichenstellung vornehmen" und damit die Westlinke und ihren politischen Ansatz ausgrenzen wollen.

Widerspruch: Eher scheint sich anzudeuten, daß die PDS zu ihrem immer schon existenten politischen Mehrheitsansatz findet - und der ist linkssozialdemokratisch, reformerisch -, sowie das Kapitel Westlinke insoweit abzuschließen, daß diese in etwa auf ihre reale Bedeutung zurechtgestutzt wird. Gleiches dürfte der "Strömung" blühen, einem links-grün- alternativen Konglomerat von "Erneuerern", die zum erstenmal im Juni 1991 auf dem PDS-Parteitag auftrat.

Eine Einschätzung und Prognoseversuch vor dem Parteitag.

Der Grund der Aufregung? Mit ihren Sechs Thesen probieren die prominenten Antragsteller die Festlegung der Partei auf zwei Essentials. Einerseits eine Verneinung der "reinen Oppositionshaltung" und Bejahung der gestalterischen Rolle der PDS. Hans Modrow bei der Vorstellung der Thesen im ND (11.10.): "Erwartet wird von uns, die Politik in Deutschland mitzugestalten. Dafür sind wir angetreten, das ist unsere Pflicht." Im Brie-Deutsch der Thesen formuliert: "sich in die vorhandene soziale und politische Kultur selbst einzubeziehen und sie zugleich widerstehend-kritisch zu transformieren." Die PDS als Partei (radikaler) Reformen. Andererseits der modernisierte Bezug auf die Interessenvertretung der arbeitenden Menschen im Sinne eines linkssozialdemokratischen Konzepts von Wirtschaftsdemokratie, mit dem neuen PDS- Schlagwort "zivilgesellschaftliche Sozialismuskonzeption" versehen. Eckpfeiler dieses Konzepts ist "der Kampf um das Recht auf Erwerbsarbeit" als Voraussetzung für Emanzipation. Darauf aufbauend wird eine Demokratisierung von Wirtschaft und Arbeit im Rahmen einer "nicht durch das Profitprinzip determinierten" Marktwirtschaft gefordert. Was das ist? Formelhaft: "Die Beziehung zwischen Marktmechanismus und Steuerung, zwischen Markt und öffentlicher Regulierung und demokratisch-sozialer Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung bedarf unter Linken streitbarer Debatte und Präzisierung", liest sich dieses "spannende" Projekt wie eine Einladung an die SoSt. Schließlich verfolgt das Konzept einen anderen, sozial und ökologisch ausgerichteten Produktivkrafttyp. Als "zivilgesellschaftlich" wird die "Rücknahme des Staates in die Gesellschaft" definiert. Als "ein richtiger Ansatz zur zivilgesellschaftlichen Organisation von Arbeit", zur Zurückdrängung der "Staatsförmigkeit von Politik" werden die Vorschläge zur Bildung von Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften gesehen.

Die Grundelemente des Konzepts haben die wirtschaftspolitische Debatte und Konzeption seit Beginn der Partei geprägt. Es dürfte im wesentlichen vom Wirtschaftsexperten der Partei, Klaus Steinitz, formuliert worden sein, der neben André Brie ein unermüdlicher Streiter für die Bedeutung des Marktes für sozialistische Politik ist. (Steinitz propagierte schon Mitte 1990 in dem Buch "Wir brauchen einen Dritten Weg" von Gregor Gysi herausgegeben "das Gewinnstreben als unerläßliche Triebkraft des Fortschritts (zu) erhalten, aber seine Dominanz durch gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung (zu) überwinden.")

Westlinker Abgang

Kern der jetzigen Auseinandersetzung scheint mir zu sein, daß die PDS die Schlacken der westlinken Konjunkturreiter und innerparteilichen Erneuerungsschwätzer abzuwerfen bemüht ist. Mit den Worten von Gregor Gysi: hat man alle Vertreter von Positionen und Strömungen in der Leitung vertreten, muß man "langwierige Diskussionen" führen, die die "Handlungs- und Leitungsfähigkeit" einschränken (ND, 7.10.91). Hat man sie nicht, muß man nicht, ergo ist man handlungsfähiger. Die jetzt erfolgende mehrheitliche Ausrichtung der Partei kommt ein Jahr nach dem Scheitern des Konzepts der Linken Liste/PDS bei den Bundestagswahlen 1990 mit 0,3% im Westen eher spät. Die überproportionale Berücksichtigung westlinker, erfolgloser Politikansätze in der Tradition der Grünen und Alternativen sowie der DKP-Erneuerungsströmung hat schon seit einiger Zeit zu Reibungen geführt. Der auf Ostticket eingefahrene West-Bundestagsabgeordnete Bernd Henn hat mit exakt solchen Kritiken an fehlender Besetzung linkssozialdemokratischer Positionen und

Reformpolitik seinen Austritt begründet, die die Sechs Thesen festzuklopfen bemüht sind. Henn, dem Gregor Gysi "Übereinstimmung mit der Mehrheit in der Abgeordnetengruppe und in der Partei" attestiert hat (ND, 23.10.), hätte nach dem Parteitag vermutlich nur noch wenig inhaltlichen Grund gehabt, abzuspringen. Seine Kritik an "linkssektiererischen Positionen" dürfte denn auch eher der Vorwand für den Austritt aus einer erfolglosen Partei sein, als der Grund. Henn befindet sich damit in guter Gesellschaft mit zahlreichen Westlinken, die meist klammheimlich das sinkende PDS- Schiff verlassen haben.

Der Prozeß der Aufarbeitung des PDS- Engagements bei den verbliebenen Westlinken quält sich dahin. Diejenigen, die das Konstrukt PDS/Linke Liste zu verantworten hatten, verfallen in selbstkritische Töne, die deswegen unglaubwürdig sind, weil sie sich nicht offen dazu bekennen, daß es im Frühjahr 1990 nur ein Ziel gab: auf dem Ticket Massenpartei PDS "eine schnelle politische Mark machen zu wollen", wie wir im Juni 1990 in dieser Zeitung schrieben. Daß es 1990 vor allem in dieser Zeitung nicht um ernsthafte inhaltliche Argumente für das PDS-Engagement ging, hatte Kt. deutlich gemacht, als er die PDS aufforderte, im Westen nichts dem linken "Selbstlauf" zu überlassen, weil er hoffte, daß es "mit Hilfe der PDS gelingt, in der BRD einen starken auch emotional gespeisten Schub von jüngeren, vergleichsweise neuen Kräften auszulösen, wie dies in der DDR im Winter 1989/90 der Fall war." (AK 318, April 90) Der völlig idealistisch herbeigeträumte Schub basierte nicht auf Politik, sondern allein auf Marketing, wie die West-PDS später auch nahezu ausschließlich als Werbeartikel für viel Kohle verkauft wurde. "Ebenfalls ab März (1990) gab es in anderen Kreisen der Linken, etwa bei GenossInnen aus dem KB, die Idee, eine Gysi-Tour durch die Bundesrepublik zu machen und auf den Schlag tausende GenossInnen aufzunehmen, um aus dem Stand einen offenen, westdeutschen sozialistischen Zusammenhang herzustellen, der sich bewußt auf die PDS einläßt", schrieben Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke im Mai 1991 in ihrem West-Rechenschaftsbericht für das PDS- Präsidium. Rücksichtslos wurde von den Linke Liste-InitiatorInnen auf jeden gewachsenen politischen Zusammenhang im Westen verzichtet und alles auf die Ostkarte gesetzt. Das Personenbündnis "Beirat" der Linken Liste machte sich zum Zentrum eines Projekts, das interessierten Linken als "diktatorisches Angebot" präsentiert wurde, um "irgendwie, und sei es mit administrativen Mitteln, die versprengten Rest-Sekten außen vor zu halten" (Christiane Reymann in LILI-Korrespondenz, 6/90). Entsprechend wurden linke Strömungen, die gerne in die PDS reinwollten (DKP, BWK, PDS-Initiatoren, Rote Tische) ausgegrenzt. Linke "Kadermentalität", die mit "antiaufklärerischen und antiemanzipatorischen Methoden" gearbeitet hätte, "führte zum Verlust einer Chance. Damals, im Frühjahr und Sommer 1990, lag die Frage in der Luft: Was tun Linke nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und der Niederlage auf der ganzen Linie im eigenen Land?" übt Christiane Reymann Selbstkritik.

Mehrschichtig, aber einfacher sieht PDS-Westkoordinatorin Claudia Gohde die Probleme in einem Antrag an den Parteivorstand vom November 1991: "Die innerlinke Diskussion im Westen hat sich nicht so entwickelt, daß die PDS zu einem orientierenden oder klärenden Faktor geworden ist". Das stimmt sicherlich, aber woran hat's gelegen? "U.a. an der Medienblockade, an der Ignoranz von Teilen der Linken, aber auch an der Schwäche der PDS und der PDS/Linke Liste", lautet die verblüffende Antwort. Offenkundig wird nicht einmal angedacht, daß eine inhaltlich dermaßen desolate Partei und ein ebenso desolates Sammelsurium Westlinker, die Hals über Kopf ihre zusammenbrechenden Organisationen und Politikansätze verlassen haben, um Erfolg einzuheimsen, dies gar nicht leisten konnten. Die Konturlosigkeit der Westlinken in der PDS, die im wesentlichen innerparteiliche Gremienarbeit und Diskussionszirkel sowie einen den üblichen "linken Sekten" (PDS-Jargon) bedeutungslosen Verein mit 600-800 Mitgliedern und 0,3 Wahlprozenten repräsentieren, wird ihnen innerparteilich derzeit um die Ohren gehauen. "Die radikale Linke im Westen braucht sicherlich viel, aber sehr wenig die PDS", verhöhnt Manfred Coppik, Anhänger einer reformorientierten Politik, im ND (17.10.) die Mehrzahl der Gremienlinken aus dem Westen. "Der Versuch, aus der PDS eine linksalternative Partei zu machen, (trägt) angesichts der Identität und Geschichte der PDS skurrile Züge." Recht hat er, auch wenn er's demagogisch für innerparteilichen Geländegewinn meint. Auf ein "begrenztes Spektrum Westlinker" habe sich der LiLi-Ansatz fixiert, kritisieren die Vorstandsmitglieder Sylvia-Yvonne Kaufmann und Jochen Willerding die Westler. PDS-Initiativen, DKP seien ausgegrenzt, linke Sozialdemokraten und Gewerkschafter ungenügend geworben worden, obwohl Westlinke wie Joachim Bischoff (SoSt), Manfred Coppik (Ex-SPD und -DS), Bernd Henn und Gerd Elwers (beide Ex-SPD) zeitig auf diese Defizite hingewiesen hätten. Nun ist zwar der Hinweis auf Gewinnung linker Sozialdemokraten als PDS-Zielgruppe für den Parteiaufbau im Westen genauso illusorisch, wie die Größenräusche der an den Rand gedrängten Gründungslinken, aber er liegt eher im inhaltlichen Trend der PDS und ist wegen der inhaltlichen Mehrheitsrichtung der Partei weniger skurril. Nicht

ganz ohne Vergnügen liest man als "Sektierer", daß den diversen Westlinken aus KB, Linkes grünes Forum u.a. heute vorgeworfen wird, "in Verbalradikalismus (zu) verharren und die fundamentalistische Pose (zu) pflegen" (Brie u.a. in Sechs Thesen).

Konglomerat "Strömung"

Nicht oft kann ich Hans Modrow zustimmen. Aber wo er recht hat, hat er recht, wenn er nach den "Intentionen bestimmter Zirkel" fragt, "deren politisches Profil meist unklar bleibt" (ND, 11.10.91). Die auf dem Juni-Parteitag vorgestellte "Strömung" für PDS-Erneuerung ist eine bunte, profillose Mischung aus Ost-PDSlern, die schwerpunktmäßig die StaSi-Vergangenheit der Partei aufarbeiten wollen, VLern, denen nichts mehr einfällt als der Olympiagedanke (Dabeisein...), Westlinken, die das Sitzen Zwischen allen Stühlen (ZAS) pflegen, KBlerInnen, die durch den gleichen Wind sind, sowie diversen Einzelpersonen, die irgendwie irgendeine Orientierung suchen. Niemand wird mir einen inhaltlichen Ansatz nachweisen können, der irgendwie über linksgrünen Abklatsch hinausgeht und das einstige Ziel Intervention von links in der PDS begründen könnte. In der StaSi-Debatte lebt die "Strömung" von der stimmungsmäßigen Anklage der Vergangenheit, ohne sagen zu können, welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind. Symptomatisch die Dresdner Alternativen in ihren Thesen: "Die SED war in ihrer gesamten Entwicklung eine dem Wesen nach reaktionäre Partei. Ihre Mitglieder waren als Träger der durch diese Partei betriebenen Politik verantwortlich für das in den letzten vierzig Jahren entstandene degenerierte Gesellschaftssystem." Da 90% der PDS-Mitglieder als ehemalige SEDlerInnen den größten Teil ihres Lebens Reaktionäre gewesen sein sollen, dieses aber nicht umstandslos einsehen wollen, wird ihnen logischerweise pauschal "'Vergangenheitsbewältigung' nach den Prinzipien Verdrängung, Entgegensetzung, Vereinfachung und/oder Relativierung" vorgeworfen, "die zu Selbstisolation, geistigem Märtyrertum, einer vermeintlichen solidarischen 'Schulterschlußmentalität' und schließlich zu realitätsfremden Schablonendenken führt." Was sollen so titulierte GenossInnen tun, damit sie vor diesem Moralgericht standhalten können? Kein Wunder, daß dieserart StaSi-Debatten persönlich so erbittert oder gar nicht mehr geführt, verweigert werden. Es sind gerade die selbstgerechten StaSi-Ankläger in der PDS, die ihrerseits kaum etwas zur politischen Aufarbeitung des DDR- Staatssozialismus beitragen.

Dafür läßt man Fünfe schon mal gerade sein, wenn die Parteivorständlerin und Dresdner "Strömungs"genossin Christine Ostrowski ihr Credo ablegt, "daß soziale Probleme aus einem Defizit an Marktwirtschaft und nicht aus ihr selbst resultieren", daher nicht Steuerung des Marktes, sondern sein freies Wirken "linkes Marktverständnis" prägen müßte (Sozialismus 6/91). Die Peinlichkeit wird noch dadurch gesteigert, daß die Genossin mittlerweile gesteht, ihre grausamen Gedanken über Marktwirtschaft aus Formulierungen eines ND-Artikels geklaut zu haben (Sozialismus 10/91).

Zum Beispiel Berlin

Mit 94 gegen 92 Stimmen bei 26 Enthaltungen endete die inhaltliche Grundsatzentscheidung in der Berliner PDS Ende Oktober in einem Meinungsbild unentschieden zwischen Anhängern der Sechs Thesen und der "Strömung". Sieht man einmal von dem im Parteizusammenhang unbedeutenden Westen ab, ist Berlin der einzige Landesverband, in dem die "Strömung" um Mehrheiten kämpfen konnte, wenngleich sie diesen Kampf schon verloren hat. Denn der Parteierhaltungslogik folgend hat der gleiche Parteitag André Brie, Vertreter der Sechs Thesen, mit 90% der Stimmen zum Landesvorsitzenden gewählt.

Was stand zur Abstimmung? Einmal das Papier von Leuten um den nach einer StaSi-Debatte zurückgetretenen Ex-Landesvorsitzenden Adolphi, das den "zivilgesellschaftlichen Sozialismus" will und gestaltend "das komplexe Problem der Entwicklung Berlins als Hauptstadt und Regierungssitz des vereinigten Deutschland in einem im Umbruch befindlichen Europa" aufgreifen möchte. Beseelt davon, die grausige Metropolendebatte um Berlin noch demokratisch-sozialistisch anzureichern, leiten die VerfasserInnen ihre Forderung nach "Erwerbsarbeit für alle" und zahlreiche soziale Forderungen aus dem "Erhalt und schrittweiser Neuprofilierung des Industriestandorts Berlin" ab. "Nur eine prosperierende Industrie sichert der Berliner Wirtschaftsstruktur den Ausbau von modernen privaten und öffentlichen Dienstleistungen." Den derzeit Regierenden werfen die PDS-Gestalter "provinzielle Konzepte" und "engstirnigen Parteienstreit" vor. Sie verlören den "Blick dafür, daß ganz Berlin in Ostdeutschland liegt" und "aus dieser Lage heraus mit Blick für den Platz Deutschlands in einem sich neu gestaltenden Europa" wirtschaftliche Konzepte benötige. Die PDS als die zum "Wohle Berlins" bessere Regierungspartei im Wartestand?

Dem Anhängen an die Metropolendebatte, der sich u.a. im Streit um Olympia 2000 äußert, setzen die Anhänger der "Strömung" und weitere ihr Konzept "Kommune 2000" entgegen, das die links- grün-alternativen Essentials der letzten Jahre in Spiegelstrichen auflistet. Gegenüber den Gestaltungswilligen betonen die VerfasserInnen "Opposition gegen die dominierende Entwicklungsrichtung in dieser Stadt", wünschen eine "breite, offene Diskussion" alternativer Entwicklungsmodelle für die Stadt und betonen den Vorrang außerparlamentarischen Drucks gegenüber bürgerlichem Parlamentarismus.

Aber: So wenig wie die "Reformer" mit ihrem Programm industrieller Prosperität über den (isolierten) Parteianhang hinaus derzeit einen Faktor in der Berliner Politik darstellen werden, so wenig wird das müde Strömungspapier aus seligen AL-Zeiten irgendwelche Impulse für die linke Opposition in der Stadt geben können. Den einen fehlt für ihren Gestaltungswillen die Akzeptanz in der Stadt, die anderen sind in der falschen Partei.

Abschied von der PDS?

Die Klage von he. im letzten AK über diejenigen in der Partei, die des ewigen Streitens müde seien und sich eine straffe Partei wünschten, ist ungerecht. Die großen Illusionen sind von der Westlinken in die PDS getragen worden. Antworten sind sie ebenso schuldig geblieben, wie Erfolge. Umgekehrt dürfte Erfolglosigkeit das Hauptmotiv Linker sein, die ausgestiegen sind oder insgeheim die Hoffnung hegen, der Parteitag möge ihnen einen politisch motivierbaren Ausstieg gestatten. Das ist die Kehrseite der "Schnelle-Mark-Mentalität". Nur ist auch die ungerecht gegenüber dem Scheitern der PDS als neuer Massenpartei links von der SPD. Die PDS hat angesichts der nationalen Konsens- Entwicklung und rapide abnehmenden Massenpotentials für linke Politik keine Chance gehabt, sich im Westen zu verankern. Die abspringenden Linken aber sind im wesentlichen ganz schnöden Motiven der Verkopplung linker Politik mit Einflußrelevanz gefolgt, ein Motiv, bei dem sogar die Partei austauschbar war.

Oder sie sind mehr Einbildungen denn gesellschaftlichen Realitäten gefolgt, als sie die PDS zum Zentrum des linken Umgruppierungsprozesses erklärten (KB- Mehrheit) und antraten, das "Zentrum der PDS nach links zu verschieben" (Michael Stamm). Statt also der Partei möglicherweise "Rechtsentwicklung" zu attestieren - was im letzten AK anklingt -, sollte man Abschied von den eigenen Illusionen nehmen. Die PDS war an der kommunalen Basis und in zahlreichen Stellungnahmen immer rechter (siehe Asylpolitik, §218, Verhältnis zum Rechtsstaat, unbändiger Gestaltungswunsch, Hauptstadtdebatte, Bekenntnis zur Nation oder Gemeinschaft im Kleinen), als es die inhaltlichen Schlachten in Präsidium, Vorstand und auf Parteitagen suggeriert haben. Insofern reproduzierten die Westlinken in der PDS völlig geschichtslos ähnliche Vorgänge bei den Grünen. Wie kurz das linke Gedächtnis manchmal ist, führte Cl. im letzten AK vor. In einem emotionsgeladenen Artikel werden Bernd Henn und den SoSt ihre Hoffnungen auf den Überlauf linker Sozialdemokraten und Gewerkschafter vorgeworfen. Vor genau 14 Monaten stand in dieser Zeitung zu lesen, "daß innerhalb der SPD viele Anzeichen dafür sprechen, daß ein großer Unmut" über den Annexionskurs herrsche, wurden "tiefe Widersprüche" in der SPD-Anhängerschaft gewittert, ebenso wie bei einem "Teil der linkssozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung", wurde um Promis wie Walter Jens und Günter Grass gebuhlt, der "Prozeß einer linkspluralen Bewegung" herbeigeredet (he. in AK 321).

Wenn jetzt vier KB-Mitglieder aus dem Inneren der Partei und ihrer Einrichtungen "Das Elend der PDS ist auch die elende Westlinke" schreiben (AK 334), dann machen sie damit mal wieder die anderen Linken, die partout die "Herausforderung" nicht annehmen wollten, weil sie sie für puren Quatsch hielten, für ihr Elend in der Partei verantwortlich. Ihr Aufzählen objektiv notwendiger Widerstandsfelder in der BRD beantwortet nicht die Frage, warum der von ihnen unterstellte Massenansatz nicht realisiert werden kann, weil sie sich mit dem Massenbewußtsein und den gesellschaftlichen Verlaufsformen, die nicht nur, aber vor allem seit der Wiedervereinigung das gesamte politische Spektrum nach rechts verschoben haben, gar nicht auseinandersetzen, ja sie offenkundig nicht begreifen. Sonst könntet ihr uns Nicht-PDS-Linke nicht ernsthaft auffordern, uns in der PDS zu verschleißen. Pflegt mal erst ein wenig die "Pose" (ein saublöder Vorwurf aller Realpolitiker), die ihr uns und andere euch in der PDS vorwerfen. Dann gibt's vielleicht mal wieder eine Debatte um Fragen linker Grundorientierung.

Eine Spaltung der Partei dürfte ebensowenig bevorstehen - dazu ist die "Strömung" viel zu heterogen und opportunistisch -, wie der blanke Durchmarsch. PDS-Ost mit West-Wurmfortsatz in den Gremien dürfte das konsensuale Parteitagsergebnis sein. Der PDS-Parteitag wird seinen Konsens unter Einbezug größerer Teile

der "Strömung" finden, einige werden aussteigen (andere suchen noch nach einem politischen Grund, der nicht vor 16 Monaten schon gegolten hat). Für dieses Ergebnis scheint mir zu bürgen, daß sich Gysi klugerweise nicht unter die Sechs Thesen gestellt hat. Wer sollte sonst der große Integrator sein?

Schließlich: Trau niemandem, der seinen PDS-Austritt mit der Entwicklung der Partei und nicht mit seinen eigenen Irrtümern begründet.

hr.

40. Der Einzelne und das Ganze Anmerkungen zur Stasi-Konferenz der PDS

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:29

"Mut zur eigenen Geschichte", unter diesem Motto hatte die Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste und das PDS-Präsidium für den 19./20. Oktober zu einer wissenschaftlichen Konferenz geladen. Lange hat es gedauert, daß die PDS sich dieses Themas wissenschaftlich annimmt. Was war die Stasi? Auf welcher Grundlage agierte sie? Wer trägt die Verantwortung? Fragen; denen mensch sich auf der Konferenz mit kleinen Schritten näherte. Das meiste liegt jedoch noch im Dunkeln. Neue Formen der Aufarbeitung müssen ausprobiert werden.

Die zurückhaltende Werbung außerhalb und innerhalb der Partei und der abgelegene Konferenzort in Kleinmachnow am Rande Berlins deuteten darauf hin, daß mensch zu diesem für die PDS brisantesten Thema an einem überschaubaren TeilnehmerInnenkreis interessiert war. Für die Medien galt diese Beschränkung nicht. Wegen des Themas waren sie denn auch zahlreich vertreten. Selbst das Bayerische Fernsehen rückte an.

Die Konferenz war streng wissenschaftlich ausgerichtet. Mensch tagte unter der Leitung von Helmut Bock (Institut für Deutsche Geschichte Berlin, PDS) Uwe- Jens Heuer (MdB, PDS/Linke Liste), Klaus Kinner (paritätischer Vorsitzender der Historischen Kommission der PDS) und Michael Schumann (MdL Brandenburg, PDS-Präsidium). Mitglieder der "Strömung" in der PDS waren auf dem Podium nicht vertreten, beteiligten sich jedoch an den Debatten.

Der Arbeitstitel lautete: "Die Sicherheitspolitik der DDR - zur Verantwortung der SED und zur Tätigkeit des MfS". Die aktuellen "Fälle" (Schneider und Braband) blieben ausgespart. Was bei dieser Herangehensweise hintenüberfiel, war die Frage: Wie erlebten die Menschen - Stasi-MitarbeiterInnen, insbesondere aber BürgerInnen und GenossInnen dieses Gebilde? In diesem individuellen Bereich liegt vermutlich vieles, was in die wissenschaftliche Aufarbeitung befruchtend integriert werden könnte.

Wenn mensch Kriterien für die Beurteilung von Stasi-Tätigkeit entwickeln will, muß die Aufarbeitung m.M.n. auf beiden Ebenen, der politisch/wissenschaftlichen und der lebensgeschichtlichen, gleichberechtigt laufen.

Nach Kleinmachnow kamen 150 bis 200 Menschen. Altersmäßig dominierten die Leute ab 40. Frauen waren deutlich unterrepräsentiert. Die vorbereiteten Beiträge kamen bis auf eine Ausnahme von Männern. Gekommen waren auch eine ganze Reihe ehemaliger MitarbeiterInnen der DDR-Sicherheitsorgane. Leider griffen nur wenige von ihnen mit Wortbeiträgen in die Debatten ein. Die vorbereiteten Referate kamen ausschließlich von Wissenschaftlern und Politikern. Bei der Darstellung des MfS aus historischer und "rechtsstaatlicher" Sicht drängte sich stark die Frage auf: Warum überhaupt solch einen Sicherheitsapparat im Sozialismus? Diese Frage war jedoch in den Diskussionsrunden kein Thema.

Zum Stand der Geschichtsaufarbeitung

Die einleitenden Referate hielten Uwe- Jens Heuer und Michael Schumann. Heuer redete viel von Rechtsstaat und Zivilgesellschaft, den "verpaßten Chancen" und "realen alternativen Bewegungen" in der Geschichte der DDR (z.B. das Neue Ökonomische System und "1985"). Auch in der DDR habe es "Zivilgesellschaft" gegeben. Dies sei durch den Zusammenbruch 1989 offenbar geworden.

Von den seit einigen Monaten vorliegenden Vorschlägen zu einem "Tribunal" zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte wollte Heuer überhaupt nichts wissen. Der Pastor Schorlemmer, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thierse oder der Aktenbewacher Gauck hatten sich für eine "gemeinschaftliche Aufarbeitung" mit "integren Persönlichkeiten" ohne strafrechtliche Konsequenzen ausgesprochen.

Heuer meinte aber, das ganze liefe auf ein "Nürnberger Tribunal" ohne alle Schwierigkeiten eines Strafprozesses mit dem Ergebnis der Ächtung der DDR hinaus. Schumann hielt dagegen: "Wir sollten das Anliegen Schorlemmers insofern unterstützen, als es ihm um die Aufklärung der Motive und Mechanismen zu tun ist, die die umfassende Repression ermöglichten und ihre allgemeine Akzeptanz gewährleisteten. (...) Ein um rückhaltlose und auch schmerzliche Wahrhaftigkeit bemühtes Forum aus Betroffenen, Experten, ehemals

Verantwortlichen (...) könnte Signalwirkung haben, zur Gesundung der gesellschaftlichen Atmosphäre beitragen und auch Demagogen das Wasser abgraben." Schumanns Urteil zum Stand der Geschichtsaufarbeitung in der PDS lautete m.E. zu beschönigend: Zögerlich aber insgesamt positiv.

Verglichen mit "den anderen" bemühe sich die PDS "um eine ehrliche und objektive Haltung". Die Partei bzw. Gysi habe zu allen wesentlichen Fragen Stellung bezogen. Ohne dies im Einzelnen zu belegen (das hieße Kriterien und Maßstäbe offenzulegen, der Verweis auf zentrale PDS-Veranstaltungen reicht da nicht aus), bescheinigte Schumann dem Großteil der PDS-Mitglieder Erkenntnis über die eigene Mitschuld. "Ich würde behaupten, daß die meisten von ihnen den qualvollen Weg bis zu der bitteren Erkenntnis gegangen sind, daß wir durch unser Unterstützen, durch unser Dulden, ja selbst durch die Art und Weise, wie wir Kritik übten und zuließen, daß diese Kritik kanalisiert wurde, oder auch nur durch unser Schweigen (...) die massenhafte Verletzung von Menschenwürde und Menschenrecht erst ermöglicht haben. (...) Insofern haben wir versagt als Sozialisten und als Staatsbürger. Über die Ursachen dieses Versagens, über die Erklärungs-, nicht die Entschuldigungsgründe, muß man reden."

Erhellend waren Schumanns Ausführungen zur vorherrschenden Form von "Geschichtsaufarbeitung". "Das Band zwischen dem realsozialistischen Machtsystem und dem normalen Leben wird zerschnitten durch eine Vereinzelung der Verantwortung und Handlung. Jeder ist nur verantwortlich für seinen unmittelbaren Bereich."

Und mit Blick auf die Ziele dieser Art Vergangenheitsbewältigung: "Dieses ‚Normalverhalten' soll bleiben wie es war und ist. Daher muß man dem ehemaligen Mitläufer seine Unschuld bestätigen und ihm alles Verständnis entgegenbringen. ... Man versteckt, indem man ausstellt: den Exzess und seine Personifikation."

Ein weiteres Ziel sei die massenhafte Einschüchterung. Indem die Geschichte der SBZ/DDR als "eine bloße Fortsetzung der nationalsozialistischen Diktatur unter roter Tünche umgedeutet wird", wird "ein moralischer Überdruck (...) erzeugt", der "das Annehmen von Mitverantwortung für die Geschichte" behindere. "Die Verfälschung des gelebten Lebens von Millionen (...) vormals loyal-engagierter DDR-Staatsbürger (...) zur quasi kriminellen Mittäterschaft und damit die Angst, als Mittäter irgendwie identifiziert zu werden, - das ist der eigentliche tiefere Sinn dieses moralisch drapierten Unterfangens. Es ist die Droge, die den massenhaften Patienten ruhig stellt, wo seine Interessenlage eigentlich zur selbstbewußten Aktivität herausfordern müßte."

Die Grundlagen der Staatssicherheit

Grundlage des Phänomens Staatssicherheit war - so Schumann - die realsozialistische Ideologie mit drei konstitutiven Elementen:

1) Ein Fortschrittsverständnis, "dem sich eine Führung durch die Geschichte - vielfach auch durch die Biographie - legitimiert und verpflichtet sah, durch den Weg in eine neue Gesellschaft die Not der menschlichen Existenz schlechthin zu wenden"; das "übermenschliche Unternehmen, das `Glück' des Volkes herbeizuführen", abgekoppelt von den Realitäten.

"Die Staatssicherheit war (...) in und mit diesem Gesamtsystem des politischen und ideologischen Überbaus ein Totengräber der realsozialistischen Gesellschaft. (...) Die schöpferischen Kräfte der Gesellschaft (wurden) insgesamt schwer beeinträchtigt und an ihrer Entfaltung verhindert." Selbstkritisch äußerte sich Schumann zur Frage von Verantwortung und Schuld. "Die Frage nach der Herrschaft von SED und MfS ist (...) die Frage nach uns selbst." Schumann sprach auch von besonderer Schuld. Dies zielte auf die Parteiführung aber auch auf die Parteiintelligenz (gemeint sind die konzeptionellen DenkerInnen). Die Unterdrückung einer "ideologischen Unbotmäßigkeit (...) war (...) auch die Konsequenz des Versagens anderer, insbesondere der Parteiintelligenz, die zum überwiegenden Teil - und hier muß ich ausdrücklich mich einschließen - die Anmaßung der Führung nicht in Frage stellte, sondern im Gegenteil durch theoretische und historische Konstruktionen begründete."

2) Die DDR wurde geleitet nach einem staatlich-bürokratischen Vergesellschaftungskonzept. Statt einer "Rücknahme der Staatsgewalt in die Gesellschaft" fand eine "Verstaatlichung der Gesellschaft" statt.

3) Der offizielle Antifaschismus war unaufrichtig, soweit "der Gedanke an die Opfer stalinistischer Willkür (...) beiseite" blieb. "Damit ist die antifaschistische Tradition in den Augen vieler Menschen belastet worden und hat sie nicht die Wurzeln geschlagen, die sie hätte schlagen können und müssen." Viele der eingekerkerten AntifaschistInnen nahmen "die Züge ihrer Peiniger (an) um überleben zu können. (...) Das Opfer, das zum

Rächer wird, entwächst seiner Opferrolle nicht wirklich. Es gebiert neue Unterdrückung, provoziert neuen Widerstand, der unterdrückt werden muß, und damit neuen Haß, der sich nicht mehr zurücknehmen kann."

Zu dieser dritten These zwei Kritikpunkte:

1. Die Unterdrückung, die von ehemaligen Opfern des Faschismus in der SBZ/ DDR ausgeübt wurde, war von den Methoden, den Dimensionen und der Ideologie her nicht vergleichbar mit der Gewaltpolitik der Faschisten. Sicher sind auch die Biographien der SBZ/DDR-PolitikerInnen zur Erklärung der Stasi-Problematik wichtig. Diesen Aspekt aber vom historischen Gesamtzusammenhang zu trennen und so stark zu gewichten, bedeutet Geschichte zu personifizieren.

2. Eine wesentliche Ursache dafür, daß der Antifaschismus nicht ausreichend Wurzeln schlagen konnte, war m.M.n., daß er nur unter Führung der KPD/SED und staatlich gelenkt erlaubt war und alle Ansätze, die schwierig zu steuern waren, wie die Antifa-Ausschüsse 1945, verboten wurden. Dieser Aspekt fehlte bei Schumann.

Trotzki lesen!

Helmut Bock kritisierte Schumanns pauschale Schuldzuweisung gegen die Parteiintelligenz. Schumann habe eine geistige Analyse, nicht jedoch eine klassisch marxistische Systemanalyse versucht. Positiv erwähnte Bock in diesem Zusammenhang kommunistische Oppositionelle aus den 20er Jahren.

Als besonders hilfreich wurde Trotzkis antibürokratischer Ansatz hervorgehoben. Bock kritisierte Schumann dafür, daß er die herrschende Klasse nicht analysiert habe. Auch habe er sich nicht mit den damit zusammenhängenden Fragen Macht, Eigentum und Ideologie beschäftigt. Der pauschale Schuldvorwurf gegen die Parteiintelligenz sei daher undifferenziert.

Eine Freiheit des Geistes habe in der DDR kaum noch existiert. Die Schuld sei nicht gleich. Man müsse differenzieren zwischen Oligarchie, Nomenklatura, hauptamtlich Tätigen, Werktätigen. Mit solch einer Analyse hätten sich auch eher die Ansätze von alternativen Versuchen und deren Unterdrückung in der DDR, insbesondere nach dem 20. Parteitag der KPdSU, erschließen lassen. An anderer Stelle erklärte Bock, kein realsozialistisches System sei reformfähig gewesen.

Eine grundsätzliche Ablehnung von Geheimdiensten wurde nur von den beiden Referenten Rolf Gössner (RA, Bremen) und Erich Schmidt-Eenboom (Institut für Friedensforschung, Weilheim) formuliert. Gössner: "Ich halte Demokratie und Geheimdienste (...) prinzipiell für unvereinbar. Geheimdienste, die als Schutz der Demokratie legitimiert werden, widersprechen ihrerseits nämlich selbst dem Prinzip der demokratischen Transparenz und der öffentlichen Kontrolle. (...) Der Verfassungsschutz (...), wie auch die anderen Geheimdienste, gehören aufgelöst." Schmidt-Eenboom: Man müsse wegkommen von der Idee, "daß Sicherheitssysteme solcher Art ein Souveränitätsmerkmal moderner Staaten sind und damit unverzichtbar".

Dieser Gedanke wurde im weiteren Verlauf der Konferenz leider nicht wieder aufgenommen. Dies war umso bedauerlicher, als es durchaus Gegenpositionen gab, die sich offensichtlich jedoch niemand traute mündlich vorzutragen. In einer vor dem Konferenzsaal ausliegenden Broschüre z.B. ("Materialien der Arbeitsgruppe des PDS-Landesverbandes Berlin zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS") war zu lesen, daß Geheimdienste zu einem Staat - ob bürgerlich oder sozialistisch - nun einmal dazugehören. Außerdem hätten die MfS-MitarbeiterInnen im Großen und Ganzen versucht, ihre Arbeit menschlich und gut zu machen. Kein Wort findet sich in der Broschüre darüber, ob nicht auch andere, demokratische Methoden der Abwehr im Innern eines sozialistischen Staates denkbar wären.

Der in dem Eingangsreferat von Michael Schumann aufgeworfenen Frage nach den "Millionen vormals loyal-engagierter DDR-Staatsbürger", den "vielen kleinen Stützen des SED-Staates", die sich am Unterdrückungsapparat beteiligten oder ihn billigten, wurde im Verlauf der Konferenz nicht weiter nachgegangen. Einzelheiten über die sogenannten Täter (ihre Motive, Zweifel, vielleicht auch Widersprüche) kamen nicht rüber. Sicher, es gab "Bekenntnisse". Doch die waren gründlichst durchdacht.

Abgeschlossenes, Fertiges wurde präsentiert. Es kamen keine Hinweise, was sich durch die bisherige individuelle und kollektive Aufarbeitung an neuen Fragen ergeben hat, was man noch klären müsse. Da fehlte dann doch der vielbeschworene Mut. Zu groß sind Schuldbewußtsein, Angst vor juristischer Verfolgung und

weiterer gesellschaftlicher Ausgrenzung. Außerdem bewegt man sich ja auf völlig neuem Gebiet. Vorbilder gibt es nicht.

Neue Formen der Aufarbeitung

Gysi wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Stasi-Problematik nicht ausreiche. "Ab einem bestimmten Abstraktionsgrad kommt man zwar an historische und meinetwegen sogar an irgendwelche gesetzlichen Wahrheiten heran. Aber man kommt nicht an die Wahrheit im Einzelnen heran."

Einem, der in einem früheren Zuchthaus geschlagen wurde, dem könne man das nicht wissenschaftlich erklären. Trotzdem habe dieser Mensch ein Bedürfnis daß sein Schicksal geklärt wird. "Nur wenn das geschieht, verliert er vielleicht auch das Bedürfnis nach Rache. Wenn er sich dagegen um sein Schicksal betrogen fühlt, weil er sagt, die einen führen nur Schauprozesse (...) und die anderen entwickeln z. Zt. einen hohen Abstraktionsgrad, um das Individuelle dabei nicht so nennen zu müssen, wird er sich betrogen fühlen mit allen Reaktionen, die das nach sich zieht."

Die Aufarbeitung müsse also auch eine zweite Seite haben. Diese werde "atmosphärisch einen völlig anderen Charakter" haben. "Eine solche Konferenz" wie heute könne diese Seite der Aufarbeitung nicht leisten. Wie man das genau organisieren könne, darüber habe er noch keine genaue Vorstellung. Ziel müsse es jedoch sein, daß für "Opfer" und "Täter" diese Art der Aufarbeitung psychologisch zu einer Art Befreiung wird.

Der Parteivorsitzende warnte schließlich vor einer Aufarbeitung nur des öffentlichen Ansehens wegen: Man müßte endlich auch in der PDS den Eindruck wegkriegen, "daß wir das machen, weil wir öffentlich unter Druck stehen, das zu machen. (...) Wir müssen hin zu der Erkenntnis, daß wir das selber dringend brauchen und daß es einer Verpflichtung von uns entspricht. Wir brauchen es, um klüger zu werden, um vor Fehlern gefeit zu sein und auch künftige Generationen, zumindest Menschen, die uns nahestehen und die das interessiert, was wir denken und sagen, vor diesen Fehlern zu bewahren." Tatsächlich können Medien und das öffentliche Ansehen nicht der Maßstab sein: Linke Geschichtsaufarbeitung braucht eigene Kriterien.

uh

41. PDS-Italien: Eine erste Bilanz

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:04

100 Tage gewährt man gemeinhin neu installierten Regierungen, bis eine erste kritische Bilanz ihrer Arbeit gezogen wird. Seit der Auflösung des Partito Comunista Italiano (PCI) und seiner Neugründung als Partito Democratico della Sinistra (PDS) sind mehr als 250 Tage vergangen. Eine Bestandsaufnahme ist also überfällig. Wie entwickelt sich die "neue politische Formation", die sich ihrem Sekretär Achille Occhetto zufolge "grundlegend" von allen anderen Gruppierungen kommunistischer Tradition unterscheiden soll?

Der 20. und letzte Parteitag des PCI, zugleich Gründungskongreß des PDS, hatte weitgehend im Zeichen des Protestes gegen den Golfkrieg gestanden. Die Haltung der Partei zur heiß diskutierten Frage des sofortigen Waffenstillstands blieb zwar in der mehrheitlich verabschiedeten Resolution widersprüchlich, unmißverständlich wurde aber der Rückzug der an der Intervention beteiligten italienischen Streitkräfte gefordert.

Die großen Tageszeitungen mokierten sich über den "weltfremden Pazifismus" des PCI/PDS und seines Sekretärs Achille Occhetto. Moralischer Rigorismus passe nicht "zum Führer einer bedeutenden politischen Partei, die Regierungsverantwortung übernehmen will". Besonders scharf fiel die Kritik der Sozialisten aus. "Der PDS hat eine große Gelegenheit verpaßt, zu zeigen, daß er eine neue und von der alten Partei verschiedene Sache ist", urteilte der sozialistische Außenminister Gianni De Michelis. Occhettos Beteuerung, er befinde sich in Übereinstimmung mit der deutschen Sozialdemokratie, entspricht zwar weitgehend den Tatsachen, konnte an der innenpolitischen Isolierung des PDS aber nichts ändern.

Schon knapp zwei Wochen nach dem PDS-Gründungskongreß - der Golfkrieg war noch in vollem Gange - meldete die italienische Presse "Tauwetter auf der Linken bezüglich des Friedens am Golf". Craxi und Occhetto hatten sich auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, in der einerseits die Einstellung der Bombardements "auf die Städte und insbesondere die Wohngebiete" gefordert wurde; andererseits wurden den kriegführenden italienischen Soldaten der "Solidarität der gesamten Nation" versichert.

"La Grande Riforma" - die Reform der Institutionen

Das Trennende beiseite lassen, das Gemeinsame betonen - auf dieser Linie suchte der neugewählte PDS-Sekretär das Gespräch mit Craxi auch über andere Themen: "Das Modell", erklärte Occhetto vor der Presse, "ist die gemeinsame Erklärung gegen die Bombardements auf Bagdad". Das Bemühen des PDS, auch in der heiß diskutierten Frage der Reform der demokratischen Institutionen Gemeinsamkeiten mit den Sozialisten zu finden, war bis auf weiteres erfolglos. Trotz einiger Zugeständnisse seitens des PDS: "sekundär" findet Occhetto neuerdings die Frage der Direktwahl des Staatspräsidenten - obwohl mit einer direkten Wahl zweifellos eine Aufwertung dieses weitgehend auf Repräsentation nach außen beschränkten Amtes verbunden wäre. Dem von den Sozialisten betriebenen Plan zur Schaffung einer Präsidialrepublik nach französischem Vorbild hätte der PDS damit ein Stück weit nachgegeben. Auch in einer anderen Teilfrage der "großen Reform" wäre Occhetto bereit, dem PSI entgegenzukommen: Über die "Idee einer einzigen Kammer mit sehr wenigen Abgeordneten und einer Kammer der Regionen" ist seiner Ansicht nach ein Konsens herstellbar. Daß sich die drastische Reduzierung der Abgeordnetenzahl ebenso wie die von den Sozialisten betriebene Einführung einer 5%-Sperrklausel nicht nur gegen die regional-rassistischen "Ligen", sondern auch und vor allem gegen linke und grün-alternative Gruppierungen richten würde, liegt auf der Hand. Wer von diesen nicht von parlamentarischer Vertretung ausgeschlossen bleiben wollte, müßte sich auf zweifelhafte Wahlbündnisse mit den großen Parteien einlassen. Noch verstärkt würde das natürlich gelten, wenn das von DC und PCI/PDS in die Diskussion gebrachte Mehrheitswahlrecht eingeführt würde.

Die Talfahrt geht weiter

Die ersten Monate des PDS lassen von einer über Absichtserklärungen hinausgehenden Übereinkunft mit dem PSI nichts erkennen. Das Referendum zur Wahlrechtsreform (9./10.6.1991) brachte die beiden Parteien vielmehr in schroffen Gegensatz. Der PDS, neben linken Christdemokraten, Liberalen, Republikanern, Grünen und Neofaschisten Mitbetreiber des Volksentscheids, konnte seinen ersten Sieg feiern. Die Sozialisten, die offen zum Boykott aufgerufen hatten, um das Referendum am Quorum von 50% Stimmbeteiligung scheitern zu

lassen, erlitten eine bittere Niederlage. Bei 62,5% Stimmbeteiligung votierten 95,6% für die Reform, nur 4,4% dagegen.

Der Gegenstand des Referendums macht die tiefe Kluft deutlich, die zwischen den beiden Parteien existiert. Vom Wahlvolk abgeschafft wurde die Möglichkeit der Stimmenhäufung (jedeR WählerIn hatte bisher - innerhalb der von ihm/ihr angekreuzten Liste - bis zu vier "Vorzugsstimmen" zu vergeben) und die Wahl durch bloße Angabe der Listenplatznummer. Beide Regelungen begünstigten Wahlbetrug und Klientelismus. Die Stimmenhäufung war vor allem in Süditalien dem PSI zugutegekommen: "Die Partei verdankt den steilen Aufstieg (in zehn Jahren von 9 auf 18 Prozent) gerade dem System der Präferenzen-‚Empfehlung` durch mächtige ‚Freunde von Freunden` - vor allem in Sizilien und Unteritalien, wo die Clans über mehrere hunderttausend manövrierbare Stimmen verfügen". (Werner Raith)

Dem ersten Sieg des PDS folgte nur eine Woche später bei der sizilianischen Regionalwahl die kalte Dusche. Mit nur noch 11,9% fiel der PDS gegenüber dem Stimmenanteil des PCI von 1986 (19,4%) weit zurück.

Würde man die Gewinne und Verluste der Parteien bei der sizilianischen Regionalwahl vom Juni 1991 auf die 1992 stattfindenden nationalen Wahlen übertragen, dann käme die Christdemokratie auf 37,4%, der PDS auf 16,3% und der PSI auf 14,5%. Der PDS hätte seinen Stimmenanteil damit gegenüber dem PCI-Rekordergebnis von 1976 fast halbiert. Ein Wahlergebnis knapp unter 20% wäre für den PDS aus heutiger Sicht schon ein Riesenerfolg. Die Neukonstituierung der Partei hat den jahrelangen kontinuierlichen Abwärtstrend des PCI nicht stoppen können. Die Abspaltung von "Rifondazione comunista" (RC) hat weitere Verluste bewirkt. RC-Sprecher Lucio Libertini hielt es nach den sizilianischen Regionalwahlen gar für möglich, daß seine Organisation, die mit 3,2% einen ersten Achtungserfolg verbuchte, sich "auf nationaler Ebene im Bereich von 10% etablieren" könnte. Diese Prognose enthält sicher eine gehörige Portion Zweckoptimismus. Aber auch ein geringerer Stimmenanteil von RC schmerzt den PDS.

Noch in Arbeit: das "Godesberger Programm" des PDS

Wenige Wochen nach PDS-Gründung gelang Achille Occhetto ein medienwirksamer Coup, als er den angesehenen Wirtschaftswissenschaftler Michele Salvati dafür gewinnen konnte, für die neue Partei ein "Programm-Manifest" zu verfassen. Salvati, der dem PCI nie angehörte, kommt aus der sozialistischen Linken und gehört zu Occhettos Beraterstab. Das Vorbild, an dem Salvati sich bei seiner Arbeit orientiert, ist das Godesberger Programm der SPD: "Ich möchte die jüngeren Genossen einladen, es zu lesen, und die älteren, die es so sehr kritisiert haben, es noch einmal zu lesen: 20 magere Seiten, die den vergangenen 30 Jahren sehr gut standgehalten haben". Das Wochenmagazin "Panorama", das diesen Appell Salvatis zitiert, witterte die kleine Sensation und trug weiteres einschlägiges Material aus Salvatis Schriften zusammen: "Die Kapitalisten und die Unternehmensführer erfüllen eine Aufgabe von öffentlichem Nutzen", und: "Das Privateigentum an Produktionsmitteln in einem Kontext des Wettbewerbs spielt eine fundamentale Rolle von allgemeinem Interesse". Daß Salvati deutsch spricht und mit den Wirtschaftsexperten der SPD in ständigem Kontakt steht, ist sicher ein interessantes Detail, bei genauerem Hinsehen aber keineswegs sensationell. Occhetto, der Erfinder des "riformismo forte" ("starker Reformismus") vertritt seit Jahren ähnliche Positionen wie Salvati, hat es aus gutem Grund bisher aber vermieden, Reizworte wie Godesberg in die Debatte zu werfen. Wohl aber hat er in einem Brief an den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, die historische Überlegenheit des sozialdemokratischen Modells anerkannt: "Das historische Scheitern des Kommunismus zeigt, daß sich eine Regierung des Fortschritts, die fähig ist, Gerechtigkeit und Freiheit zu sichern, nur auf die Demokratie gründen kann. Eine unwiderlegbare Bestätigung dafür kommt aus den Erfahrungen der Sozialdemokratie, die trotz Begrenzungen und Schwierigkeiten von substantiellen Errungenschaften an Wohlstand und Kultur gekennzeichnet sind." PSI-Sekretär Bettino Craxi, der auf dem Kongreß seiner Partei genüßlich diese Bankrotterklärung zitierte, ist denn auch so ziemlich das letzte Hindernis für eine gleichberechtigte Aufnahme des PDS in die Internationale.

Die Partei völlig neuen Typs?

In seiner Einleitungsrede zum 20. PCI- Kongreß, der zugleich der 1. Kongreß des Partito Democratico della Sinistra war, hat Achille Occhetto viel Mühe darauf verwendet, die Besonderheit der neuen Partei herauszustellen. Die neue politische Kraft, die "nicht nur einen neuen Namen" trage, sei "grundlegend verschieden von all denen, die aus der kommunistischen Tradition hervorgegangen sind". Verschieden nicht

nur in politisch-programmatischer Hinsicht, sondern auch "in ihrer Daseinsform als politische Organisation, als Parteiform". Letzteres meint vor allem die innere Verfaßtheit der Partei. Die "verschiedenen kulturellen Inspirationen", die dort zusammenfinden sollen, dürfen in Zirkeln, Clubs und Vereinigungen autonom am innerparteilichen Ideenwettstreit teilnehmen. Als eine "Neuheit, die radikal mit der Vergangenheit bricht", wertet Occhetto diese Festlegung des neuen Statuts. Die Anerkennung von Differenzen versteht Occhetto nicht als "Ausgangspunkt der Spaltung, sondern als aktives Moment für die Herstellung der Einheit". Palmiro Togliattis Prinzip der Einheit in der Vielfalt ("l'unità nella diversità"), das er 1964, kurz vor seinem Tode, im "Memorandum von Jalta" als Organisationsprinzip der kommunistischen Weltbewegung formulierte, soll nun auch innerparteilich gelten. Daß die konkrete Lösung dieses Widerspruchs massive Probleme mit sich bringen kann, ist Occhetto bewußt. Auch eine "dezentrale und daher autonomistische und regionalistische Partei" könne auf die "Anerkennung des Mehrheitsprinzips" nicht verzichten, sagte er in Rimini. "Die Partei, die für die Regierung kandidiert, muß vor allem zeigen, daß sie sich selbst zu regieren weiß". Mehr als bisher soll auch die "starke Rolle des Schattenkabinetts" betont werden.

Konflikte mit der in der Frage der Neugründung und Umbenennung unterlegenen Fraktion scheinen vorprogrammiert. Pietro Ingrao, Wortführer der "kommunistischen Minderheit", hat seinen Beitritt zum PDS gerade mit der per Statut garantierten Strömungsautonomie begründet und angekündigt, die neuen Freiheiten extensiv nutzen zu wollen. Nicht so sehr der Streit um das neue Programm beschwört dabei Spaltungsgefahr herauf. Nach Lage der Dinge wird der kleiner gewordene linke Flügel Salvatis und Occhettos Neuauflage von "Godesberg" schlucken müssen. Existentiell ist für die Linken die Frage der innerparteilichen Demokratie. Wird ihnen von der Mehrheit eine eigene Plattform zugestanden, die Pietro Ingraos "strategischen Dissens" zu Occhetto offen zum Ausdruck bringt?

Unter den PDS-Parlamentariern gibt es, so Ingrao, "keine kleinen Differenzen", vor allem über die Frage, wie konsequent opponiert werden soll. Ein Taktieren in Richtung Christdemokratie lehnen die Linken ab. Ihr Sprecher Gavino Angius sieht hier keine Möglichkeit der Verständigung: "Wir stehen vor einer verworrenen Phase, in einem Moment des Übergangs, dessen Ergebnis unklar ist, der aber eine gewisse Stabilisierung ankündigen könnte: mit den Arbeitern als denjenigen, die als einzige gezwungen sind, den Preis für eine schwere Wirtschaftskrise zu zahlen, und der triumphierenden, alles beherrschenden DC". Im Juli hat deshalb Aldo Tortorella, profiliertester Repräsentant der "kommunistischen Minderheit" neben Pietro Ingrao, auf dem Fest von Rifondazione Comunista die Parteimehrheit gewarnt: "Wenn es zu einer Regierung mit der DC käme, wäre eine neue Spaltung im PDS unvermeidlich".

Js.

42. Moderne Hexenjagd. Carlo Ginzburgs Buch zum Fall Sofri

Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:07

Am 2. Mai 1990 sprach das Mailänder Schwurgericht im "Fall Calabresi" sein Urteil gegen vier ehemalige Mitglieder der 1976 aufgelösten Organisation der italienischen revolutionären Linken "Lotta continua" (LC): Je 22 Jahre Haft für Adriano Sofri und Giorgio Pietrostefani wegen Anstiftung zum Mord, 20 Jahre für Ovidio Bompressi wegen Mordes, elf Jahre für Leonardo Marino, den "reuigen" angeblichen Mittäter, der durch sein Geständnis den Prozeß überhaupt erst ermöglicht hatte. Mit den vier Angeklagten werden auch lange zurückliegende Ereignisse der neueren italienischen Geschichte abgeurteilt: die militanten Kämpfe der FIAT-Arbeiter im "Heißen Herbst" 1969 und die Organisierungsversuche der revolutionären Linken, denen die Reaktion mit der "Strategie der Spannung" begegnet war.

Am 12. Dezember 1969 sterben 16 Menschen bei einem Bombenanschlag auf der Mailänder Piazza Fontana. Nicht zuletzt "Lotta continua" ist es zu verdanken, daß Teile der Wahrheit ans Licht kommen: die Bombenleger sind Faschisten, ihre Auftraggeber sitzen in Polizei, Armee und Geheimdiensten. "Strage di Stato - Staatsmassaker" wird zum geflügelten Wort. Die Polizei ermittelt zunächst ausschließlich in der revolutionären Linken. Nach dreitägigem Verhör fällt der als "Tatverdächtiger" festgenommene Eisenbahner und Anarchist Giuseppe ("Pino") Pinelli aus dem vierten Stock des Mailänder Polizeipräsidiums. Die offizielle Version: Selbstmord. Der verhörende Polizeikommissar Luigi Calabresi fällt dagegen nach oben und wird zum Hauptkommissar befördert. "Pagherete caro, pagherete tutto - ihr werdet teuer bezahlen, ihr werdet alles bezahlen" - das ist die Stimmung in der Linken. Am 17. Mai 1972 wird Calabresi mitten in Mailand erschossen. "Lotta continua" kommentiert in ihrem gleichnamigen Zentralorgan: "Die Ausgebeuteten erkennen in diesem Akt ihren eigenen Willen zur Gerechtigkeit".

Diesen ersten politischen Mord der italienischen Linken sollen die LC-Leitungsmitglieder Sofri und Pietrostefani in Auftrag gegeben haben. Das behauptete 16 Jahre nach der Tat der Kronzeuge Leonardo Marino, der den Wagen gefahren haben will, aus dem heraus Ovidio Bompressi die tödlichen Schüsse abgegeben haben soll. Carlo Ginzburg, Historiker und Sohn der kürzlich verstorbenen Schriftstellerin Natalia Ginzburg, hat zu diesem Fall ein Buch geschrieben, das der Wagenbach-Verlag jetzt in deutscher Übersetzung herausgebracht hat: "Der Richter und der Historiker. Überlegungen zum Fall Sofri." Ein parteiliches Buch, wie der Autor offen zugibt: "Ich kenne Adriano Sofri seit über dreißig Jahren. Er ist einer meiner besten Freunde. Im Sommer 1988 wurde er der Anstiftung zum Mord beschuldigt. Ich bin mir der Haltlosigkeit dieser Anklage absolut sicher". Andere Intellektuelle, die während der Blütezeit der Neuen Linken sogar für Aufrufe zum bewaffneten Kampf der Massen zu gewinnen waren (darunter Natalia Ginzburg und Umberto Eco) hielten sich mit klaren Worten zum Sofri-Prozeß zurück.

Die Inquisition lebt

Carlo Ginzburgs Versuch, das Metier des Richters von dem des Historikers abzugrenzen, beginnt mit einer "leichten Irritation. Das ist die erste Empfindung von jemandem, der es von Berufs wegen gewohnt ist, Inquisitionsprozesse aus dem 16. und 17. Jahrhundert zu studieren, und sich nun in die Akten zu dem Ermittlungsverfahren einliest, das der Untersuchungsrichter Antonio Lombardi und der Staatsanwalt Ferdinando Pomarici 1988 gegen Leonardo Marino und die mutmaßlichen Tatbeteiligten führten. Irritation, weil diese Dokumente wider Erwarten seltsam vertraute Züge aufweisen". Das Mailänder Gericht verurteilte Sofri, weil es den einzigen Belastungszeugen für glaubwürdig erklärte; einer Logik folgend, die Ginzburg so rekonstruiert: "Wenn 1) die Überfälle, an denen Marino behauptet, beteiligt gewesen zu sein, nachgewiesen sind; wenn 2) ein Teil derselben, laut Marino, im Auftrag des sogenannten illegalen Ablegers von Lotta Continua organisiert wurde; dann können 3) die Geständnisse Marinos über die von der sogenannten Leitung beschlossene Verurteilung Calabresis zum Tode und 4) über die von Pietrostefani und von Sofri eingenommene Rolle als Anstifter akzeptiert werden, auch wenn sonstige Nachweise fehlen". Schon für Punkt 2, die Existenz einer illegalen Abteilung von "Lotta continua" gibt es keinen Beweis; erst recht nicht für das per LC-Leitungsbeschluß (bei Gegenstimmen) verhängte Todesurteil gegen Calabresi. Ginzburg fällt es beim Lesen der Urteilsbegründung schwer, "nicht an die Haltung der Richter in den Hexenprozessen zu denken:

einen jener Prozesse, die von einem einzigen Geständnis ausgehend am Ende ein ganzes Dorf miteinbezogen".

Ein Komplott kann der Autor nicht nachweisen. Er erinnert aber an einige "merkwürdige Zufälle, die in Italien häufig vorkommen": Wichtige Beweismittel sind verschwunden, der von den Calabresi-Attentätern benutzte FIAT 125 wurde am 31.12.1988, fünf Monate nach Marinos Verhaftung, verschrottet; die tödliche Kugel wurde sogar versteigert, nachdem es in der Asservatenkammer des Gerichts eine Überschwemmung gegeben hatte. Auch Marinos Geständnisse folgten einem "sehr italienischen Weg, der bei einem republikanischen Anwalt beginnt, sich über einen Priester und einen kommunistischen Vizebürgermeister fortsetzt und endlich ein Jahr später in einer Carabinierikaserne endet". Der von Marino behauptete "schmerzhafte moralische Sinneswandel" ist angesichts dieser verworrenen Route für Ginzburg nicht nachvollziehbar. Trotzdem und ungeachtet zahlreicher Widersprüche in Marinos Aussagen zum angeblichen Tathergang hat das Gericht seinen einzigen Zeugen für glaubwürdig erklärt. Der rechtsstaatliche Grundsatz "im Zweifel für den Angeklagten" wurde außer Kraft gesetzt; für Ginzburg Anlaß, an die Tradition fürchterlicher Juristen aus dem Faschismus zu erinnern und einen nazifreundlichen Rechtsgelehrten zu zitieren, der 1939 proklamiert hatte: "Im Falle von Rechtsunsicherheit wird er (der Richter) sich an den Grundsatz ‚in dubio pro re publica` anlehnen, der im totalitären Staat an die Stelle des alten ‚in dubio pro reo` tritt". Trotzdem ist Carlo Ginzburg nicht ohne Hoffnung: "Das vom Mailänder Schwurgericht gefällte Urteil erster Instanz ist ein Justizirrtum, der berichtigt werden kann und muß".

Js.

43. Vier Frauen im Pub (Interview zum britischen Film "Dream on")

Eindrücke vom 39. Internationalen Festival des Films in Donostia

Rubrik: Spanien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:18

Das Internationale Filmfest von Donostia (San Sebastian) hat im Gerangel um die besten Termine einen schlechten Platz erwischt. Einige Tage nach dem Festival in Venedig bietet die offizielle Sektion oft nur die zweite Wahl. Auch die Möglichkeit, dem lateinamerikanischen Kino oder Filmen aus Afrika und Asien mehr Platz einzuräumen und sich so gegenüber anderen Festivals zu behaupten, wird zwar gerne im Munde geführt, aber nur halbherzig umgesetzt.

Ein Filmfest ist nicht nur die Vorführung einzelner Filme, es soll auch einen Überblick vermitteln über das aktuelle Filmschaffen. Einen traurigen Eindruck hinterließ bei mir dabei die Dokumentarfilmsektion. Erschreckend gleichartig kamen die meisten Filme in der Art klassischer Fernsehfeatures daher. Nichtssagende Bilder, die nicht mehr dokumentieren, als daß das Filmteam am Ort des Geschehens war. Ein paar Interviews mit Betroffenen, Verantwortlichen, aus denen jeweils ein paar Sätze so zusammengefügt werden, daß jeder Rest von Persönlichkeit der Interviewten verschüttet wird. Ein alles erdrückender, mit einschläfernd neutraler Stimme gesprochener Kommentar, der die eigentlichen Informationen enthält und sichtlich (hörbar) bemüht ist, sicherzustellen, daß wir alles richtig verstehen. Und am Ende bleibt nichts als Ratlosigkeit, die Welt scheint voller Boshaftigkeit, der wir ohnmächtig ausgeliefert sind.

Dabei waren durchaus sehr interessante Themen dabei: Building Bombs berichtete von der US-Atomwaffenfabrik Savannah River. Von rassistischer Verfolgung der Aborigines in Australien handelte Genocide. Die Situation jamaikanischer Saisonarbeiter auf Floridas Zuckerrohrplantagen denunziert H2 workers, dessen Bilder immerhin einige Eindrücke vom Leben der Saisonarbeiter und auch ein paar Ansätze von Gegenwehr vermitteln.

Dark Passage von Allen Francovich konzentriert sich auf die Geschichte einer Person: Ein ex-Militär aus El Salvador, der in einem Todesschwadron war und sich in die USA abgesetzt hat. Der Film lebt von der Brisanz der Aussagen, die die demokratische Fassade der Regierung El Salvadors demontieren.

Ebenfalls auf die Geschichte einer Person konzentriert sich Sy Rotter mit The other side of faith. Eine junge Polin hat während des Faschismus dreizehn Juden vor dem Zugriff der Deutschen bewahrt. Die heute alte Frau erzählt an Originalplätzen ihre Geschichte. Deutlich wird vor allem eins: was die meisten nicht getan haben.

Voll Lebendigkeit hebt sich der argentinische Film Warners Aparte von Dario Arcella und Luis Campos vom Rest ab. Sie schildern das Leben in einem verfallenen Hochhausblock am Rande von Buenos Aires. Als BesetzerInnen leben hier 2000 Menschen, die es trotz nicht vorhandener Infrastruktur und sanitärer Einrichtungen vorziehen, hier zu wohnen, als in einem stadtnäheren Verschlag. Wir lernen einzelne sehr unterschiedliche Menschen kennen. Manche haben in der Stadt eine feste Arbeit, andere haben sich in einem Müllsammlerkollektiv zusammengeschlossen, wieder andere verdingen sich als WasserträgerInnen für die Leute in den oberen Stockwerken. Es werden Ansätze von Selbstorganisation und ihre Grenzen gezeigt. Wünsche, Träume, Probleme und Forderungen werden von den Menschen, die hier leben, vorgetragen.

Wesentlich erfreulicher war eine Reihe von Spielfilmen, die - oft viel näher an der Wirklichkeit dran - sich mit den Lebensumständen von "normalen" Menschen auseinandersetzten.

Die argentinisch-deutsche Produktion Hijo del rio (Der Junge vom Fluss) von Ciro Cappellari zum Beispiel. Juan ist Indigena (Eigenname der hier gebräuchlicherweise Indios genannten Einwohner) und lebt vom Fischfang. Weiße Fischer, die mit großen Netzen alle Fische wegfangen, entziehen seinem Dorf die Lebensgrundlage. Also zieht er los in die Stadt, um sich als Tagelöhner zu verdingen. In einem Slum am Stadtrand gerät er an eine Jugendbande, die im Auftrag korrupter Polizisten leerstehende Häuser ausraubt. Als er sich "selbständig" macht, kommt es zu einer tödlichen Auseinandersetzung.

Eine argentinisch-spanische Koproduktion ist Las tumbas (Die Gräber) von Javier Torre. In sehr ruhigen intensiven Bildern schildert er das (Über)Leben von jugendlichen Aufgegriffenen in "Fürsorge"heimen. Karge Wortwechsel, Blicke, Gesten genügen ihm um eine Atmosphäre zu erzeugen die unter die Haut geht; auf effektheischende action verzichtet er völlig. Gezeigt werden zwei Sorten Heime, ein staatliches, in dem nackte Gewalt regiert und die Wärter ihre sadistische Lust ausleben; ein kirchliches, in dem durch strenge Regeln und ein fein abgestuftes System von Strafen und Belohnungen und Hierarchien unter den Jugendlichen, ihre Persönlichkeit gebrochen werden soll. Brutal und menschenfeindlich sind beide.

Ebenfalls sehr ruhig daher kommt die deutsche Produktion Wilma wohnt weit weg von Dirk Schäfer. Marie ist eine junge Frau mit einem Fleck im Gesicht und lebt in Berlin. Ihre Arbeit: Pflegerin bei einer Sozialstation. Ihre Freunde: ein türkischer Junge, eine junge Schauspielerin, ein Friedhofsgärtner. Die Handlung: unbedeutend. Dirk Schäfer konzentriert sich auf die konkreten alltäglichen Momente, lädt ein, in den langen ruhigen Sequenzen auf Entdeckungsreise zu gehen, Details zu entdecken, die Stimmung in sich einzusaugen. Die Zubereitung eines spärlichen Frühstücks, der lange Blick in den Hinterhof, ein karges Gespräch im Bus werden zu spannenden Ereignissen.

Auch die britische Produktion Dream On von Amber Film über Frauenalltag in einer ArbeiterInnensiedlung gehört in diese Auflistung, sie wird nebenstehend ausführlich besprochen.

Mit dem Alltag in einem schwarzen Stadtteil von Los Angeles beschäftigt sich die US-amerikanische Produktion Boyz'n the hood (Jungs aus'm Viertel) von John Singleton, dessen Film gerne mit Spike Lee Filmen verglichen wird. Ein Vergleich, der nur bedingt stimmt. Singelton ist härter. Die Handlung wird stringent durchgezogen, ist weniger verspielt. Das Leben im Viertel ist vor allem von einem beherrscht: Gewalt. Die rassistische Gewalt, tief in den Strukturen der Gesellschaft verankert. Die Gewalt auf der Straße, zwischen den Schwarzen, das Gewehr in der Hand. Eine Gewalt, die nicht effektheischend aufbereitet ist, sondern so banal und brutal daherkommt wie im richtigen Leben, wo die durchschnittliche Lebenserwartung eines Schwarzen unter 40 Jahren liegt.

Nicht eine konkrete Situation beschreiben will Radha Bharadwaj in ihrem Film Closet Land, es geht ihr um den universellen menschenverachtenden Charakter von Folter und politischer Verfolgung, die es fast überall auf der Erde gibt. Und es geht um die Kraft und Würde, nicht an ihr zu zerbrechen.

Mit einem für Hollywoodproduktionen erstaunlichen Minimalismus geht sie das Thema an. Eineinhalb Stunden lang zwei Personen in einem Raum. Sie eine Kinderbuchautorin, der Subversion angeklagt, er ein Bürokrat, der sie verhört und foltert. Zeit und Ort unbekannt, der Raum eine Mischung aus postmodernem Funktionalismus und griechischer Antike.

Bharadwaj verzichtet auf schaurige Gewalteffekte und konzentriert sich auf die Spannung zwischen den Personen. Das Verwirrspiel, das Zusammenwirken von Gewaltandrohung und gutem Zureden. Das Ausgeliefertsein, und die Kraft zu widerstehen.

Sie hat ein Kindermärchen geschrieben, das eine Parabel für den politischen Widerstand sein soll. Und in der Tat ist es ein Buch, das Kraft zum Widerstehen geben soll. Die Verarbeitung ihrer Kindheit, in der sie von einem Freund der Mutter sexuell mißbraucht wurde und sich in ihre Phantasiewelt flüchtete. Diese Kraft ihrer Phantasie ist es auch, die sie die Folter überstehen läßt. Doch es gibt kein wirkliches happy-end, sie bleibt sich treu, ohne jedoch Freiheit zu erlangen.

olaf, gruppe K

Vier Frauen im Pub

Der britische Film Dream On von Amber Films aus Newcastle, einer unabhängigen ProduzentInnengruppe, ist in zweifacher Hinsicht ungewöhnlich. Erstens: er spielt im ArbeiterInnenmilieu. Zweitens: vier Frauen sind die Heldinnen. In einer Collage aus Alltagsszenen und Träumen von Frauen in einer ArbeiterInnensiedlung gewährt der Film Einblick in das Leben im Nord-Osten Englands.

Rita ist Hausfrau und trinkt gerne mal einen Schluck Alkohol in der Badewanne. Ihr Sohn schnüffelt Klebstoff und ihr Mann hat nichts als seine Fische im Aquarium im Sinn. Ihre Freundin Kathy wird von ihrem

betrunkenen Freund geschlagen. Deren erwachsene Tochter leidet an Freßsucht und einem Geheimnis, daß sie erzählen muß, bevor es ihr ganzes Leben ruiniert.

Alle drei treffen sie sich im Pub zum Dartsspielen. Hier wollen sie ihren Alltag vergessen, was nicht immer klappt. Sie freunden sich mit der irischen Mutter des Pubbesitzers an, die auf Besuch ist und alles durcheinander bringt. Eine quirlige ältere Frau mit Lebenserfahrung und Überblick, und einem Lover, auch wenn der nur im Traum existiert.

Eine Fiktion, hart an der Realität, mit viel Witz inszeniert. Ein Film, der alltägliche Probleme ins Bewußtsein rückt und gleichzeitig die Lebenslust und Energie vermittelt, sie anzugehen, ohne dabei platte Lösungen anzubieten.

Ich sprach für den ak mit Lorna Powell von Amber Films, die das Drehbuch mitentwickelt hat, über Amber Films, die Entstehung von Dream On und das Leben im Nord-Osten Englands.

olaf, gruppe K

ak: Kannst du mir etwas zum sozialen Hintergrund von Dream On sagen?

Lorna: Der Nord-Osten von England ist eine der wirtschaftlich am stärksten verarmten Gegenden. Traditionell gab es hier Schiffbauindustrie, Kohlebergbau, alles Arbeiten die dramatisch zurückgegangen sind, so daß es viel Arbeitslosigkeit gibt. In Northsheeld, in der Siedlung wo Dream On spielt, gibt es eine Arbeitslosenrate von 86%. So sind die meisten arbeitslos oder arbeiten schwarz. Viele Jugendliche, bis weit in die 20er hinein, haben noch nie gearbeitet. Auch für Frauen gibt es wenig Arbeit in der Region, sie sind gezwungen, sehr schlecht bezahlte Arbeit zu übernehmen, Putz-Jobs, Verkäuferin, in der Service-Industrie. Viele Frauen haben überhaupt keine Arbeit. Es gibt viele Familien in der Siedlung, deren einzige finanzielle Sicherheit von Regierungsunterstützung abhängt, von der sehr schwer zu leben ist.

Also bleibt ihnen nichts anderes als ins Pub zu gehen und was zu trinken ...

Ins Pub zu gehen, war früher verbunden mit der Arbeit einer Person, es war Teil der Arbeit, des Soziallebens der Leute, Freunde im Pub zu treffen, über die Arbeit zu reden, über Politik, über alles mögliche. Das Pub ist sehr zentral im Sozialleben im Nord-Osten. Es ist nicht nur ein Platz zum Trinken, sondern auch zum Spielen, Darts, Doppelkopf, was auch immer. Es gibt verschiedene Pub-Traditionen, wie die Darts-Liga Wettbewerbe. Es gibt Frauen-Ligen, Männer-Ligen und gemischte Ligen. Die Frauen-Liga ist sehr populär und sehr bedeutend für die Frauen. Es ist eine Möglichkeit alleine auszugehen, ohne Männerbegleitung, etwas zusammen zu tun, Spiele zu spielen, Frauen zu treffen, zu reden, einen gemeinsamen Abend zu haben. Es ist sehr, sehr wichtig. Ich meine, offensichtlich ist das Spiele Spielen wichtig, aber das mit anderen Frauen treffen ist genauso wichtig. Auch Frauen, die nicht im Team spielen, kommen für den Abend vorbei. Du hast vieleicht acht Leute die Darts spielen und zwanzig, die zum Reden da sind.

Das zu zeigen, war euer Interesse den Film zu machen?

Wir wollten eine ganze Menge Dinge. Wir wollten diese Freundschaft von Frauen illustrieren. Die Tatsache, daß sie zusammenkommen, um Darts zu spielen, aber auch um miteinander zu reden, über ihr Leben. Und die Unterstützung im Leben vieler Frauen kommt aus dieser Gruppe. Sie entfliehen ihren Familien, sie reden mit ihren Freundinnen, ihre Freundinnen helfen ihnen, solidarisieren sich mit ihnen, all diese Dinge. Wir wollten diesen Aspekt weiblicher Freundschaft zeigen.

Aber wir waren auch sehr beeindruckt davon, daß viele der Frauen, mit denen wir redeten, ein Leben hatten, ... ich würde es unmöglich finden, ich wäre längst untergegangen, ich würde denken, es ist einfach zu viel. Aber sie haben eine Art Willen zum Überleben, der sie oben hält. Sie waren nicht gebrochen von all diesen Erfahrungen. Und wir dachten, wir müßten das feiern.

Und daraus ist dann die Idee zum Film entstanden?

Ich weiß nicht, wieviel du über die Geschichte der Entstehung des Films weißt. Er entstand aus der Arbeit mit einer Gruppe aus der Siedlung, einer Schreibegruppe. Eine von uns arbeitete mit dieser Schreibegruppe. Und das waren Frauen, die eine geringe Schulbildung hatten, die lange arbeitslos waren, deren Männer arbeitslos waren, die wenig Geld hatten, die hatten wenig Möglichkeiten. Aber sie kamen zur Schreibegruppe, sie

begannen Dinge zu schreiben, sie machten ein Buch, das veröffentlicht wurde, über ihr Leben. Es war das wirkliche Interesse an ihnen und eine Bewunderung für sie, die uns dazu brachte, an diesen Film zu denken.

Als wir ihnen sagten, wir würden gerne einen Film machen, der auf ihrem Leben fußt, und auf einigen Episoden aus ihrem Buch, waren sie ganz begeistert. Sie kannten uns ganz gut, wir kannten sie, wir spielten Darts mit ihnen.

Schon bevor ihr den Film gemacht habt?

Ja, wir hatten eine Art soziales Leben mit ihnen. Es war immer unsere Politik guten Filmmachens, nicht einfach mit der Kamera loszugehen, einzudringen, sondern die meisten Filme sind entstanden aus einer Beziehung, die bereits entstanden war.

Wie sieht das konkret aus?

Drei Leute von Amber und drei Schauspielerinnen, Maureen, Betty und Anna, kamen zusammen mit dreien aus der Schreibegruppe. Wir begannen als erstes, die Charaktere zu entwickeln und Namen zu finden. Wir machten eine ganze Menge Improvisationen, nahmen die auf Video auf. Das zeigten wir den Frauen von der Schreibegruppe und fragten sie: Ist das typisch für euer Leben, glaubt ihr, sowas passiert in eurer Siedlung? Und die Schreiberinnen sagten ja oder nein, meistens sagten sie ja. Auf diese Art sind viele Improvisationen direkt in das Drehbuch eingegangen.

Du hast vorhin schon nach den Darts-Teams gefragt. Nun, die Darts-Liga gibt es seit vielen Jahren, was wir machten war ein Darts-Team zu bilden aus drei Leuten von Amber, drei der Schauspielerinnen und einigen Frauen aus der Schreibegruppe. Und wir spielten in der richtigen Liga. Von Anfang an wurden die drei Schauspielerinnen mit ihrem Namen im Film gerufen. Maureen war nicht mehr Maureen, sie war Rita, die Darts spielt. So bekamen jede Woche alle Leute, die mit uns Darts spielten, zu wissen, daß sie Rita war und diesen schrecklichen Ehemann geheiratet hat und diesen Problemsohn Collin hat. Und am Ende der Saison glaubten sie wirklich, sie sei Rita.

Eure Beziehung zu den Leuten bleibt bestimmt weiter bestehen.

Ja, klar. Wir haben eine Fotoausstellung über die Siedlung, wo die Leute leben, gemacht. Die Schreibegruppe existiert weiter und die Beziehung zu ihnen auch. Wir denken gerade daran, einen Dokumentarfilm über die Frauen in der Siedlung zu machen.

Als wir den Film in Edinburgh uraufführten, nahmen wir einen ganzen Bus voll mit all den Leuten vom Darts Spielen mit nach Edinburgh zum Film anschauen und er hat ihnen sehr gefallen. Das war sehr wichtig für uns, daß das Publikum aus Leuten bestand, die mit dem Film zu tun haben. Das ist ebenfalls Teil der Praktik und Politik von Amber, daß du nicht einfach kommst und die Leute für den Film benutzt, sie sind auch sehr entscheidend für das, was du mit dem Film machst.

"Das waren verrückte Zeiten"

Die letzten Tage des Francismus

Schon im Vorfeld heftig diskutiert wurde der Film La noche más larga (Die längste Nacht) von Jose Luis Garcia Sanchez, der um die letzten Todesurteile des Franco Regimes rankt. Die spanische Rechtspresse war empört, daß dieser Film im Rahmen des Wettbewerbs seine Premiere hatte. Die baskische Linkspresse bemängelt, daß von der ETA keine Rede ist.

Der Verteidiger Juan Tarna und der Staatsanwalt des Militärgerichts Ménendez, beide offenbar gut situiert, treffen sich 1990 bei einer Bahnreise zufällig wieder und plauschen über die alten "verrückten" Zeiten.

Juan Tarna, der ein bekannter "fortschrittlicher" Anwalt war, wurde 1975 von Gloria, der Schwester eines der drei Angeklagten, gebeten, ihren Bruder zu verteidigen. Gloria war eigens aus der Provinz angereist, um ihren Bruder Fito zu retten, der angeklagt war, zusammen mit zwei anderen einen Polizisten in Madrid erschossen zu haben.

Während Gloria von Fitos Genossen Antón in die politische Arbeit einbezogen wird, beginnt sie eine Liebesbeziehung mit Juan, der sich entschließt, Fito zu verteidigen. Im Gegensatz zu seinen Kollegen, die die

Verteidigung "politisch" betreiben, will er Fito "professionell" verteidigen. Während seine Kollegen nach lautem Protest gegen die Militärgerichtsfarce von der Verhandlung ausgeschlossen werden, bleibt Juan zurück und hält sein Plädoyer. Er weist nach, daß Fito selbst nicht geschossen hat. Im vertraulichen Gespräch bietet der Staatsanwalt Ménendez einen Kuhhandel an: Fito belastet die anderen beiden, um dem Prozeß einen Hauch von Rechtstaatlichkeit zu verleihen und bekommt im Gegenzug Strafmilderung. Juan lehnt empört ab und wird ebenfalls vom Verfahren ausgeschlossen. Das Gericht verhängt drei Todesstrafen, die trotz internationaler Proteste vollstreckt werden.

Gloria wendet sich enttäuscht von Juan ab und kehrt zurück auf's Land. Ménendez berichtet von einer späteren Begegnung mit Gloria. Auf einem Fest der PCE vor seiner Wohnung trifft er sie zufällig, ohne daß es zu einer Auseinandersetzung kommt. Die Bahnfahrt ist vorbei, Ménendez und Juan Tarna gehen ihrer Wege.

Tabuthema Francismus

Es ist sicherlich ein Verdienst des Films, die gerne verdrängte jüngste Vergangenheit Spaniens ins Bewußtsein zu rufen. An den Anfang des Films historische Aufnahmen zu stellen, in denen u.a. König Juan Carlos einträchtig mit Franco zusammen zu sehen ist, ist eine Provokation für das heutige "demokratische" Spanien. Im weiteren Verlauf jedoch scheint dem Regisseur der Mut zur Provokation zu vergehen, halbherzig, fast ausgewogen kommt die Geschichte daher. Er habe nicht richten sondern die Erinnerung wachrufen wollen, verteidigte sich der Regisseur, bestenfalls seine eigene Verdrängung wolle er anklagen. Eine recht dürftige Erklärung. Mir scheinen vor allem zwei Punkte ausschlaggebend zu sein:

Erstens der Druck der spanischen Öffentlichkeit, immerhin soll der Film sich verkaufen. Ein Indiz für die Brisanz ist, daß bereits drei Regisseure abgelehnt hatten, den Stoff zu verfilmen. Und auch J. L. Garcia Sanchez sah sich genötigt, auf der Pressekonferenz ausführlich zu erklären, daß die Handlung der geschichtlichen Wirklichkeit entspräche und eher untertrieben als übertrieben sei. Daß er sich nicht an die "heiße Kartoffel" ETA wagt, ist ein weiteres Indiz.

Zweitens die politische Einschätzung des Regisseurs selbst. Wenn er die einstigen Gegner beim gemeinsamen Plausch feststellen läßt: "das waren verrückte Zeiten", ist das Programm: politische Hintergründe und Interessen werden im Film nicht thematisiert. Die verurteilten politischen Aktivisten sind Naivlinge, "unschuldige Kinder", wie es im Film heißt. Nicht von ungefähr wird von den Dreien Fito im Film hervorgehoben. Er sollte zwar auf den Polizisten schießen, konnte sich aber nicht überwinden, abzudrücken.

In einem ebenfalls programmatischen Dialog antwortet Fitos Genosse Antón auf Juans Frage, welche Strategie er habe: "Die einzige Strategie ist, mobilisieren, mobilisieren, mobilisieren." Die militante Linke erscheint konzeptlos und als Randerscheinung. Auf Glorias Frage, wieviele sie denn seien, muß Antón zugeben, daß sie nur ein kleiner Haufen sind.

Der Film verschweigt, daß neben den drei im Film dargestellten Aktivisten zwei Militante der ETA zum Tode verurteilt wurden. Die Begründung für den Wegfall: Der Regisseur und die Drehbuchautoren haben das Buch nach ihren Erinnerungen von der Zeit geschrieben, und mit der ETA verbinden sie halt keine Erinnerungen.

Die personelle Kontinuität vom Franco-Faschismus zur parlamentarischen Demokratie wird nur verschwommen angerissen. Es wird zwar deutlich, daß der Militärstaatsanwalt ein gut situiertes Leben führt, was er macht, bleibt im Dunkeln. Nur einmal spricht er davon, daß sie sich damals auf die Zeit nach Franco vorbereitet hätten, den "Juan-Carlismo", wie sie es nannten.

"Die Völker, die ihre Fehler vergessen, sind dazu verurteilt, sie zu wiederholen", unter diesem Motto steht der Film. Er hält die Erinnerung wach und läßt sie im luftleeren Raum stehen. Das waren halt "verrückte Zeiten", in denen viele "Fehler" passierten; heute ist alles anders.

So ist auch der absurde und überflüssige Schluß zu erklären. Der ex-Faschist flaniert auf einem Fest der Kommunistischen Partei, weil's gerade vor der Haustür und die Sommernacht so schön ist. Er schaut sich die Info-Stände an, und auf dem Open-Air Konzert trifft er auf Gloria, die ihm eine Wunderkerze hinhält, um mitzufeiern.

Trotz aller Unzulänglichkeiten, das Tabuthema Francismus in die Kinos zu bringen, kann nur der Linken nützen.

ol., gruppe K

44. Neuer Wein in alten Schläuchen. Replik auf "Metropolen(gedanken) & Revolution" (AK 333)

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Frauen; Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/wein.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:wein

Im ak 333 wurde das Buch "Metropolen(gedanken) und Revolution?" erstmals vorgestellt und rezensiert. Wir sind der Meinung, daß die Kürze, in der dies geschah, den Texten nicht gerecht wird. Im folgenden soll es um den von Klaus Viehmann aus (v.a. Knast-) Diskussionen zusammengestellten Text gehen: "Drei zu Eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus". Obwohl er schon älter ist und in anderen Rundbriefen und Zeitschriften veröffentlicht wurde, halten wir ihn für den zentralen Text des Buches.

Neuer Wein: Ausgangspunkt des Textes und der zugrunde liegenden Diskussion ist die Kritik "eines überkommenen Klassenbegriffs" (drei zu eins), der für sich in Anspruch nahm, als "Hauptwiderspruch" alle anderen Unterdrückungen als Nebenwidersprüche erklären zu können - womit durch die Befreiung vom Kapitalverhältnis diese auch beseitigt wären. Stattdessen stellt sich der Text die Aufgabe, die konkrete "Zusammensetzung der Unterdrückungen" zu untersuchen, die von Fall zu Fall verschieden ist und nicht mehr darauf zielt, einen Hauptwiderspruch festzumachen.

Alter Schlauch: In dem Text werden jedoch, entgegen dem Bemühen, die Zusammensetzung von Herrschaftsverhältnissen zu erkennen, die verschiedenen Unterdrückungen eher alsnebeneinander existierend dargestellt. So kommt er nicht darüber hinaus, ihre Zusammensetzung als "mehr/sehr patriarchalisch, mehr/sehr rassistisch, mehr/sehr imperialistisch oder kapitalistisch" (drei zu eins, S.45) zu beschreiben. Der Ansatz einer Vermittlung verschiedener Unterdrückungsmechanismen untereinander kann in der Begrifflichkeit des Textes nicht so weit entfaltet werden, wie er es verdiente.

1) "Diese Fragen zielen als Kritik auf einen Klassenbegriff, der behauptet, alle Kämpfe erklären und auf einen Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zurückführen zu können und der damit die Arbeiterklasse zum revolutionären Subjekt bestimmt. Dieses traditionelle linke Konzept läßt keinen Raum für die historisch-authentischen Unterdrückungen von Frauen und Schwarzen und für qualitative, materielle Unterschiede zwischen Metropole und Trikont. Die Klassenanalyse, die aus diesem (ökonomischen) Widerspruch heraus die Arbeiterklasse als den alleinigen Träger revolutionärer Prozesse nennt, ist unzulänglich, da sie Patriarchat und Rassismen als Nebenwidersprüche sieht und damit ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht verkennt." (drei zu eins, S.30) Diese Kritik am Klassenbegriff und dem damit oft verbundenen Klassenkampffetisch ist berechtigt. Allerdings geht der Text nicht zu einer wirklichen Kritik der Begrifflichkeit über, sondern versucht, den Klassenbegriff nur auf das ihm "angemessene" Maß zurückzuschrauben. Der Kapitalwiderspruch ist so ein Widerspruch neben anderen. Demgegenüber gilt es festzustellen, daß der Begriff der Klasse oder des Klassenkampfes in der marxistischen Theorie eine abgeleitete Kategorie ist. Insofern trifft die Kritik zwar orthodox marxistisch-leninistische und vor allem auch autonome Vorstellungen, übersieht aber, daß mit der marxistischen Theorie der kapitalistische Vergesellschaftungsmodus und damit gesellschaftliche Verhältnisse um das "Wert-/Kapitalverhältnis" erfaßt werden können. Das "revolutionäre Subjekt" wäre nicht mehr "ökonomisch determiniert", sondern: aus der spezifischen Situation der Vergesellschaftung hat eine Gruppe (dann: Klasse) von Individuen die Möglichkeit, sich aus dem "Anhängseldasein" vom Wert-/ Kapitalverhältnis zu befreien und sich als Subjekt zu den Verhältnissen zu stellen. Wahr ist allerdings, daß die marxistische Theorie in ihrer heutigen Verfassung keine direkte Praxisorientierung (mehr) liefern kann. Das ursprüngliche Anliegen des Textes müßte sich verbinden mit einer Neuformulierung marxistischer Theorie.

2) "'Rassen' sind eine Konstruktion". (drei zu eins, S.33) Dieser Satz leitet den Abschnitt über "Rassismen" ein, wird in seiner Bedeutung jedoch nicht ausgeführt. "Rassen" sind nicht nur eine "Konstruktion", sondern auch eine Abstraktion. "Die im Mittelalter aufkommenden Rassismen entsprangen der Verfolgung aller, die den kirchlichen Normen nicht entsprachen und auch nicht entsprechen wollten." (drei zu eins, S.34) Dem als Ketzer Verdächtigten mußte im Mittelalter noch ein Geständnis abgepreßt werden; erfolgt die Zuschreibung in Form einer Abstraktion, ist das Geständnis nicht mehr nötig, Rassismus heute ist vor allem abstrakt und anonym. Daß zwischenmenschliche Beziehungen sich zunehmend abstrakt und anonym gestalten, ist aber zunächst eine Eigenart kapitalistischer Vergesellschaftung. Es scheint, daß der Kapitalismus einen vorgefundenen

Unterdrückungsmechanismus nach seinem Wesen neu strukturiert. Dies soll nicht erneut einen "Hauptwiderspruch" festmachen, als vielmehr den Prozeß der inneren Vermittlung von Unterdrückungsmechanismen zu beschreiben versuchen.

In "drei zu eins" heißt es, daß im Rassismus "soziale und kulturelle Tatsachen ... naturalisiert" werden (drei zu eins, S.33). Aber, und das fehlt, der Biologisierung von kulturellen Unterschieden geht voraus, daß kulturelle Unterschiede wesentliche Bedeutung für die Zugehörigkeit zu Gruppen erlangen. Von hier aus läßt sich übrigens auch das liberal-bürgerliche Gerede von der "multikulturellen Gesellschaft" als in der Tendenz rassistisch kritisieren, weil es kulturelle Unterschiede als wesentliche Merkmale festschreibt.

Für sehr problematisch halten wir die Akzeptanz von rassistischen Strukturen auf Seiten der Schwarzen den Weißen gegenüber, auch wenn es wichtig ist, die verschiedenen Standpunkte innerhalb des Machtverhältnisses nicht zu verwischen. Solange sich ein Kampf in den Kategorien bewegt, die rassistische Strukturen konstituieren, kann er schwerlich antirassistisch sein, außerdem gerät dabei die Vermittlung verschiedener Machtverhältnisse aus dem Blick.

Im Text überhaupt nicht erwähnt sind Phänomene wie Antisemitismus bei Schwarzen oder Rassismus unter von Weißen rassistisch unterdrückten Gruppen wie z. B. zwischen Schwarzen und Latinos in den USA.

3) Im Abschnitt zum Patriarchat korreliert eine gnadenlose Entlarvung sexistischer Strukturen der weißen Linken mit einem auffallend vorsichtigen Umgang des (männlichen) Verfassers mit feministischen Inhalten. Paradox wird dies vor allem, wenn er als Mann schreibt, daß "antipatriarchale Kritik, von Männern übernommen, ... Mängel in der Glaubwürdigkeit" hat (drei zu eins, S. 54). Die feministische Kritik an Dichotomien wie Mensch - Natur, Körper - Geist etc. wird erwähnt, jedoch nicht weitergedacht. Sie wird nicht angewendet auf die Dichotomie Mann - Frau, obwohl die Aufhebung derselben in der Kritik schwarzer Feministinnen am Eurozentrismus weißer feministischer Theorie schon angelegt ist, und diese Kritik wird ausführlich zitiert. In ihr beginnen sich schwarze Feministinnen gegen die Vereinnahmung ihrer Positionen durch weiße Feministinnen und gegen die Subsummierung unter ein globales "Subjekt Frau" zur Wehr zu setzen: "Die weiße feministische Theorie und Praxis müssen erkennen, daß weiße Frauen in einer Machtrelation als Unterdrückende zu schwarzen Frauen stehen. Das kompromittiert jede feministische Theorie, die von der Gleichheit aller Frauen ausgeht." (drei zu eins, S. 41) Auch in der Gegenüberstellung von Mann und Frau (und das soll ebenfalls vorsichtig formuliert werden) scheint ein gewisser Prozeß von Abstraktion vorzuliegen. Die starre Einteilung in zwei Geschlechter, "das kulturelle System der Zweigeschlechtlichkeit" (C. Hagemann- White), das für unser Zusammenleben konstitutiv ist, hat es in dieser extremen Dimension zu anderen Zeiten und in anderen Gesellschaften nicht gegeben. Dort war die Einteilung in zwei (oder mehrere) Geschlechter vielmehr funktional gebunden (damit freilich nicht weniger patriarchal, nur anders). Heute hängt von der Zuschreibung eines Menschen zu einem von zwei Geschlechtern die Möglichkeit der Lebensgestaltung in der Gesellschaft vollends ab. Das "System der Zweigeschlechtlichkeit" ist die moderne Form des Patriarchats.

4) "Theorie ist eine Waffe, und Waffen werden nicht freiwillig liegengelassen." (drei zu eins, S. 44) "Eine der härtesten Lektionen, die wir zu lernen hatten, war, daß revolutionärer Kampf eher wissenschaftlich (scientific) als emotional ist." (drei zu eins, S. 28) So richtig dieser Satz ist, und so wichtig die Kritik an der Theoriefeindlichkeit der autonomen und anderen Linken ist, gelangt sie nicht über den uralten Dualismus von Theorie auf der einen und Gefühlen, Emotionen auf der anderen Seite hinaus (was falsch ist, denn es gibt keine Gefühle ohne Reflexion!). Dieser unkritische Umgang mit Theorie führt dann in einem Kapitel über antifaschistischen, kommunistischen Widerstand im NS-Faschismus dazu, daß die schlechteste und unwissenschaftlichste Studie der Frankfurter Schule (Fromm/ Weiß, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches) als Beleg gilt für die Existenz von "weißen Flecken" in der Arbeiterbewegung. "Weiße Flecken" in Bezug auf die Wahrnehmung von patriarchalen Verhältnissen, die aus der Formulierung des Hauptwiderspruchs von Kapital und Arbeit resultieren.

Zudem wird mehrfach im Text eine peinlich schlechte Definition gegeben (z.B.: "Antipatriarchalische Kämpfe - getragen von Frauen und denen, die sich mit ihnen solidarisieren."; bei der Beschreibung der aktuellen Klassenzusammensetzung fehlen die Frauen!; drei zu eins, S. 29 u. S. 32) und dabei von dem Hinweis begleitet, unklare Begriffe erschweren die Diskussion.

Fazit: Der Text bietet in seinem Anliegen sowie in verschiedenen inhaltlichen Ansätzen eine Möglichkeit, aus einem hierarchisierenden Denken von Haupt- und Nebenwiderspruch auszubrechen. Jedoch verfängt er sich in seiner eigenen, ebenfalls "überkommenen" Begrifflichkeit in Widersprüchlichkeiten, die seinem Anspruch nicht gerecht werden. Trotzdem zeigt er die Notwendigkeit auf, gerade angesichts der auch im Text selber zitierten "Krise der Linken", erneut und mit anderen Mitteln die klassischen drei Unterdrückungsmechanismen (Klassenwiderspruch, Rassismen, Sexismus) nicht nur in ihrem Funktionieren zu erkennen, sondern auch ihre innere Vermittlung zu fassen, d.h. den konkreten Mechanismus, aufgrund sie in ihrem Aufeinandertreffen strukturiert sind.

lisA, Hamburg

45. Einige Anmerkungen. - Betr.: Die Stunde der Trotzkisten (AK 335)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:48

Ein Schuß nach hinten?

Betr.: "Linker Antisemitismus" (ak 335)

Nach länger währendem Unbehagen, die LeserInnenschaft mit dem Führen kleinstädtischer Grabenkriege zu strapazieren, blieb schließlich doch der Eindruck, die seitenlange Verirrung des sw kommentieren zu müssen. Aus dem Entsetzen heraus über die leichtfertige Funktionalisierung ausgerechnet der Thematik Antisemitismus zum Austragen einer Schlammschlacht sowie dem dringenden Bedürfnis, das so nicht stehen lassen zu wollen, nun also einige Anmerkungen.

Da ich selbst mich erstmal nicht als Teil derjenigen Gruppen und Arbeitszusammenhänge begreife, an denen die Entlarvung des "linken Antisemitismus" exemplarisch durchgezogen wird, sondern mich wohl am ehesten noch in der Reihe irgendwelcher schwammigen "vermittelnden Zwischenpositionen" (sw) wiederfinde, weil ich darüberhinaus des widerwärtigen Stils wegen die Grundlage für eine inhaltliche Diskussion gerade als kaum mehr gegeben sehe, möchte ich mich im wesentlichen auf ein paar meiner Meinung nach richtigstellenden Ergänzungen bzw. Gedanken zur Kultur politischer Auseinandersetzungen beschränken.

1) Wer seine Quellen/Bezugspunkte nicht nennt, arbeitet unsauber oder hat etwas zu verbergen. Was der Chronist von eigenen Gnaden uns gleich zu Anfang lieber vorenthalten möchte (um die Objektivität seiner Sicht der Dinge keinerlei Zweifeln auszusetzen?), ist seine eigene aktive Rolle als Gallionsfigur und Wortführer auf Seiten der "Israel-Befürworter". Etwas Licht ins Dunkel mag da der Hinweis auf ein von ihm als Anlage der Einladung zur Veranstaltung "Antizionismus - der Antisemitismus der Linken?" verschicktes Thesenpapier eines Klaus Wehmeier (aus: Rundbrief Radikale Linke Nr. 3/91) bringen. Als Referent zur Veranstaltung geladen: Joachim Bruhn vom Freiburger ISF, Veranstalter (neben vier weiteren Personen): sw. Jenes Thesenpapier liefert sw's Artikel in weiten Teilen die ideologische Vorlage, interessant sind jedoch gerade jene Passagen, die sw lieber nicht so offen übernimmt: "X. (...) Es sind die Betreiber dieses Staates, die Juden, die sie stören." wird dort behauptet, um ein paar Sätze weiter auszuführen: "Es hat daher auch keinen Sinn, mit diesen Leuten über die Anlässe ihrer antizionistischen Kritik zu streiten, dies sind nur Vorwände für sie, um ihren Judenhaß rauszulassen." Abgerundet werden die Thesen über "Der Zionismus und seine Kritiker" mit Punkt XI.: "Es ist das Besondere dieses Antisemitismus nach Auschwitz, daß er ohne greifbare Juden auskommen muß. Er vergreift sich daher am kollektiven Juden, am jüdischen Staat. Daß dies bislang nicht erfolgreich sein konnte, verdankt sich der Existenz Israels, seiner Gewalt."

2) Zur "Chronologie und Dokumentation" nur soviel, daß über Verdrehen, Weglassen (so wurde anläßlich des Vorbereitungstreffens zum "antisemitischen Volkslauf" (sw) den vermeintlichen Antisemiten nicht nur der Rauswurf, sondern auch ein generelles Raumverbot angedroht), Spekulieren, Unterstellen und Diffamieren, insbesondere durch völlig willkürliche Zitierweise sowie diverse rhetorische Tricks und Kniffe jener vorgebliche Dokumentationswert doch erheblich in Zweifel gezogen ist. Vielmehr drängt sich dem (mehr oder weniger) unvoreingenommenen Beobachter der Eindruck eines gezielten politischen Manövers auf, und genau hier wäre dann auch

3) das Interesse einiger lokaler Politfunktionäre zu verorten. Inhaltlich wie formal ziehen sw's Ausführungen jeder (selbst)kritischen, aber darin solidarischen Auseinandersetzung den Boden unter den Füßen weg. Was als "Anfang einer Auseinandersetzung" (aus der Einladung zur Veranstaltung mit J. Bruhn) bezeichnet wird, ist bewußt und von vornherein als deren Ende angelegt, so auch der immer wiederkehrende plakative Auszug der (treffend) selbsternannten "Pro-Israel-Partei". Auch der Zeitpunkt des Erscheinens der "Chronologie" scheint mit Bedacht gewählt, wo sich doch gerade die Wogen ein wenig zu glätten schienen und gar ein neuer Termin zur szene-internen Debatte anvisiert wurde. In der unrühmlichen, von Lagerdenken geprägten Geschichte der Wiesbadener undogmatischen Linken wird nun im Husarenstreich versucht, (wieder)bestehende Diskussionsansätze zu torpedieren und besonders exponierte VertreterInnen des ungeliebten "anderen Blocks" endgültig ins Abseits zu stellen. Dumm nur, daß der Schuß gehörig nach hinten losgeht, weil nämlich jene "Zwischenpositionen", denen sw in unübertroffener Arroganz gerade mal einen halben Absatz widmet

(und die durchaus heterogener und differenzierter sind als dargestellt), die Ausfälle des sw günstigstenfalls mit ungläubigem oder mitleidigem Kopfschütteln quittieren.

3a) Eine weitere Zielrichtung läßt sich aus einem Flugblatt herauslesen, das wenige Tage nach der schon mehrfach bemühten und im Sinne der Veranstalter arg aus dem Ruder gelaufenen (diese sprechen von "Sprengung") Veranstaltung mit Joachim Bruhn selektiv ausgelegt wurde.

Die Veranstaltung selbst war von dem Gegensatz geprägt, daß der Großteil der Anwesenden sich lieber auf dem Hintergrund hiesiger Kontroversen bewegen und daran (durchaus auch mit J. Bruhn) weiter diskutieren wollte, statt sich abstrakt Thesen referieren zu lassen. In gewisser Weise wurde die Veranstaltung an sich von vielen bereits als Provokation empfunden (sw selbst sieht das im Übrigen keineswegs anders, wenn er äußert, daß die Veranstaltung "natürlich provozieren soll"), was sich möglicherweise nur mit Kenntnis der Wiesbadener Vorgeschichte(n) nachvollziehen läßt.

Während in besagtem Flugblatt nun die Rede von "Störern", "Zensur" und "niederbrüllen" ist, wird über die wahllose Aneinanderreihung von Reizworten ("Mischung aus Politikversatzstücken des Poststalinismus, des Sozialdemokratismus, der revolutionären Betroffenheit, gepaart mit Intellektuellenfeindschaft und nationaler Sinnstiftung" - ich kann da wirklich nur staunen, wer und was sich da alles einträchtig die Händchen zur gemeinschaftlichen Unterdrückung der Debatte über Antisemitismus/Antizionismus gereicht haben soll ...) eine Zustandsbeschreibung "linker Denk- und Diskussionsverbote" versucht, um dann abschließend die Katze aus dem Sack zu lassen: "Die Kritik einer linken Variante des Antisemitismus (könne) in Zukunft nur noch unter dem Schutz einer bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit geführt werden".

4) Wie eine produktive und solidarische linksradikale Kritik antisemitischer Stereotypen, eine Auseinandersetzung um Ungenauigkeiten, Fehler und mangelnde Sensibilität in der Positionsbestimmung der deutschen revolutionären Linken zum Komplex Israel/Antizionismus aussehen kann, ist in der Swing 34 (autonomes Rhein-Main-Info) in einem Beitrag der Gefangenen Bernhard, Michi und Ali nachzulesen ("Der Erlkönig lebt!"). Insbesondere wird dort auf die Auseinandersetzung um Radio Dreyeckland Bezug genommen und daran einiges aufgerollt, was schlechter zu wiederholen ich mir hier erspare. Vielleicht nur ein kurzes Schlußzitat als Antwort auf die bürgerlich-liberale Option des sw:

"Na gut, wer mit soviel Mühe zu diesem Schluß gekommen ist, sucht wohl selbst die Abgrenzung, um sich ohne schlechtes Gewissen offen von der Linken distanzieren zu können. Daß zu diesem Zweck ausgerechnet das Problem des Antisemitismus funktionalisiert wird, wollen wir nicht weiter kommentieren, das müssen die Betreffenden vor sich selbst und der Geschichte verantworten."

R aus Wi

Einige Anmerkungen

Betr.: Die Stunde der Trotzkisten, ak 335

Der Autor schildert im großen und ganzen korrekt, sachlich und erfreulich unpolemisch Gemeinsamkeiten und Differenzen der verschiedenen trotzkistischen Organisationen. Tatsächlich, abgesehen von den Positionen des "Alten" (Trotzki), seiner Theorie der permanenten Revolution, der Einschätzung der Sowjetunion als deformierten Arbeiterstaat und der Notwendigkeit einer bolschewistisch strukturierten internationalen Organisation unterscheiden sich die trotzkistischen Organisationen genauso weit voneinander wie andere linke Organisationen: Von der organisationsmäßigen Beliebigkeit der VSP ("Die VSP hindere niemanden daran, das zu tun, was sie oder er wichtig und richtig finde." SoZ No. 20, 26.9.91, S. 14), in der immer noch Trotzkisten Mitglied sind, bis zu Psychosekten wie BSA oder den Posadisten (gibts die immer noch?) sind die Trotzkisten ein getreues Spiegelbild der deutschen wie der internationalen Linken; aber eben mit internationalem Anspruch. Fehlende theoretische Reflexion, denn es ist ja viel einfacher, Trotzkis Thesen einfach fortzuschreiben; fehlendes Interesse, sich in der für eine soziale Revolution entscheidenden Klasse zu verankern.

Hier ein paar Ergänzungen zu einzelnen Organisationen:

1. Die zitierte "Organisation internationaler Kommunisten" heißt tatsächlich Internationale Kommunistische Union; in Deutschland ist sie nicht aktiv, gibt aber neben ihrer Wochenzeitung Lutte Ouvriere eine

dreisprachige monatliche Zeitschrift Lutte de Classe/Class Struggle/ Lucha de Clase raus. Adresse: Lutte Ouvriere, BP 233, F-75865 Paris Cedex 18.

2. Die Bolschewistische Fraktion heißt seit langem Internationale Arbeiterliga - IV. Internationale. Sie hat einen gewissen Einfluß in Argentinien und Brasilien, hier arbeitet sie in der PT. Es gibt kleine Gruppen in Europa, eine der kleinsten ist die Sozialistische Liga. Sie publiziert Aufbruch. Adresse: PLK 02 23 54 C, 1000 Berlin 65.

3. Eine deutsche Organisation vergaß der Autor: im Ruhrgebiet gibt es eine Spartakus-Gruppe (nicht zu verwechseln mit der Gruppe Spartakus), die in der Tradition des Spartacusbundes im proletarischen Milieu interveniert. Sie gibt Spartakus-Standpunkt heraus. Bezug: PLK 067 310 D, 4330 Mülheim/Ruhr.

Anton Dannat, Saint Denis, Frankreich

Trauriges Resümee?

Betr.: KPD-Geschichte, ak 333, 334

Ich möchte mich im folgenden hauptsächlich mit dem "Resümee" von uh.s KPD-Untersuchung aus den AK-Nummern 333 und 334 beschäftigen. Zumindest bezeichnet der Autor es als "ein Teil der Wahrheit", daß die KPD nach 1945 auch Anpassung an den Nationalismus vorgenommen hat. Der Verweis auf die "in gewissem Sinne auch antinational(e)" Tätigkeit der KPD erscheint indes wenig überzeugend. Das Eintreten der KPD für nationale und klassenübergreifende Argumente und ihre gleichzeitige Verbundenheit mit dem realsozialistischen Osten ist m.E. kein Widerspruch. Einen solchen scheint uh. allerdings suggerieren zu wollen, da er von "in einigen Punkten antinationale(r) Politik" spricht, die "den Massen mit nationalen ... Argumenten schmackhaft" gemacht werden sollte. Es darf vermutet werden, daß hier davon ausgegangen wird, daß pro-realsozialistische Politik in ihrem nackten Erscheinen antinational sei, sie also, um national zu wirken, einer verschleiernden Hülle bedarf. Es gab und gibt aber durchaus viele (unselige) Parolen und Argumentationen in der Linken, die die proletarische Revolution unter dem Aspekt der nationalen Erhebung der Arbeiterklasse (und hier wird vielfach nicht zu knapp auf den Wert der jeweiligen Arbeiterklasse aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nati on verwiesen) propagieren. Und natürlich beinhaltet diese nationale Politik dennoch eine realsozialistische Solidarität mit der SU, was durchaus eine Kampagne gegen die Remilitarisierung der BRD in den 50er Jahren, das Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze sowie die Forderung nach Umsetzung der Inhalte des Potsdamer Abkommens einschließen kann. Diese Punkte können deshalb m.E. nicht schon als "antinational" bezeichnet werden, weshalb mir das Teilen der Position, die KPD habe "in einigen Punkten antinationale Politik" betrieben, unmöglich ist. Das antiamerikanische Agieren der KPD ist auf pro-realsozialistische und nationalistische Positionen zugleich zurückzuführen.

Daß die KPD den Nationalismus selbst mit befördert hat, räumt uh. denn auch ein. Er fügt jedoch hinzu: "Diese Kritik relativiert sich jedoch angesichts der Tatsache, daß die KPD sich als Vorposten des realen Sozialismus verstand. Aus der Sicht der BRD-Revanchisten war das Vaterlandsverrat." Wenn nun die KPD in ihrer Politik Nationalismus und gleichzeitiges Eintreten für den realen Sozialismus miteinander zu vereinbaren wußte, sollte es für objektive Beobachter eigentlich keinen vernünftigen Grund geben, den Nationalismus nicht auch als solchen zu bezeichnen. Auf einmal bestimmen hier aber wieder die Herrschenden, als was welche Politik zu definieren ist. Wenn die BRD-Revanchisten diese Politik als Vaterlandsverrat bezeichnen, muß sie es wohl auch sein, und die KPD muß in ihrer antinationalen Stellung (die ihr von den Herrschenden aufgedrückt wurde) unterstützt werden, eben weil sie Opfer der BRD-Revanchisten ist. Nicht die Inhalte (die können noch so nationalistisch sein) machen die Definition einer Partei als links oder antinational aus, sondern die jeweilige Schublade, in die sie von den Herrschenden gepackt wird. Das ist es, was uh. zumindest zu suggerieren versucht. Wir haben es hier wieder mit jenem seltsamen Denkmuster in der "Ex-KB-Mehrheit" zu tun, das seinerzeit der PDS-Option zugrunde lag. Auch hier wurde die Auseinandersetzung mit den Inhalten so gut wie gar nicht geführt. Was zählte war, daß die PDS von den Herrschenden diskriminiert wurde und dadurch in der Kategorie "Staatsfeinde, Linksradikale, Schandflecke" landete. Würde man dieser Logik folgen, müßte der Spiegel ein linksradikales Blatt sein, weil Stoltenberg es seinerzeit mit dem Begriff "linke Kampfpresse" versah.

Ein wahrhaft trauriges Resümee, zu dem dieses Denkmuster führen muß: Die Herrschenden sind aktiv, teilen Kategorien ein und versehen Inhalte mit Schlagwörtern. Die Linke ist passiv, läßt sich definieren und einteilen. Daß die Linke am Boden liegt, sei hier nicht bestritten; ob es aber dem Selbstverständnis und der Positionsfindung linker und linksradikaler Politik zuträglich ist, sich auf die Denkkategorien der Herrschenden

einzulassen, sich einteilen und definieren zu lassen, und ob dieses noch mit dem Stichwort "handelndes Subjekt" vereinbar ist, läßt sich bezweifeln.

Ulrich, Gruppe K, Hamburg

46. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:35

Lateinamerika

Manchmal ist auch erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen - in diesem Falle bei dem "Pool de Nuevas Agencias de America Latina" (POONAL), einem Zusammenschluß von argentinischen, chilenischen, guatemaltekischen, salvadorenischen und uruguayanischen Nachrichtenagenturen, die über Korrespondenten in allen mittel- und südamerikanischen Ländern verfügen und ihren Sitz größerenteils im mexikanischen Exil oder in Europa haben.

Seit Anfang November bringt POONAL den Nachrichtendienst lateinamerikanischer Agenturen wöchentlich und in deutscher Sprache heraus. Der Nachrichtendienst will aktuelle, authentische Meldungen verbreiten - nicht Europäer schreiben über Lateinamerika, Lateinamerikaner berichten über ihre Länder, und gleichzeitig der europäisch-amerikanischen Presselogik - Lateinamerika gleich Katastrophen, Putsche und ein Spritzer Kultur - entgegenwirken.

POONAL. Wöchentlicher Nachrichtendienst lateinamerikanischer Agenturen. Bezug über: Nachrichtenpool Lateinamerika p.A. FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61. Abo für Einzelbezieher 50.- DM jährlich für ca. 50 Ausgaben.

Palästina

In der neuesten Ausgabe von Palästina wird eines der schwerwiegendsten und brisantesten Probleme des Nahen Ostens, das jedoch der Aufmerksamkeit der Linken bisher fast völlig entgangen ist, erörtert: das "strategische Gut" Wasser. "Nicht Öl, sondern Wasser dürfte in den kommenden zwei Jahrzehnten die bedeutendste geopolitische Flüssigkeit im Nahen Osten sein", heißt es in einem der Beiträge des Heftes zu diesem Thema.

Informationsstelle Palästina (Hg.): Palästina. 4. Jg., Nr. 4 (Okt. 91). 56 S., Einzelheft 5 DM, Jahresabo (4 Ausg.) 20 DM.

Nahostkonflikt

Die Anzahl der Publikationen zum Nahostkonflikt hat seit Beginn der Intifada sprunghaft zugenommen. Einen guten Überblick verschafft die (in deutscher bzw. englischer Sprache) kommentierte Auswahlbibliographie Der Nahostkonflikt seit dem Ausbruch der Intifada. Die Bibliographie führt weit über 400 arabische, deutsche, englische, französische und italienische Buch- und (vorwiegend) Zeitschriftenpublikationen an, die von 1988 bis 1990 erschienen sind.

Die Zuordnung der einzelnen Titel zu insgesamt neunzehn Themen (von "Gesamtproblematik" über "Haltung der USA" und "Implikationen des Konflikts für Israel" bis "Proklamation eines palästinensischen Staates") und die beigegebenen Autoren- und Zeitschriftenregister nebst einem Standortverzeichnis der angeführten Titel ermöglichen einen raschen und gezielten Zugriff.

Ingeborg Otto, Marianne Schmidt-Dumont: Der Nahostkonflikt seit Ausbruch der Intifada. Eine Auswahlbibliographie. Hamburg (Deutsches Übersee-Institut, Übersee-Dokumentation, Referat Vorderer Orient) 1990. IX, 98 S., 15 DM.

47. Wolf reißt Schaf. Das Biermann-Anderson-Drama

Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak336/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:47

Das "Arschloch nehme ich zurück" - doch wer nun gedacht hat, die Auseinandersetzung würde auf ein ziviles Niveau gebracht, der hatte sich in Biermann getäuscht. "Arschloch", wie er die Symbolfigur der Berliner Prenzelbergszene Sascha Anderson genannt hatte, sei "viel zu drollig, viel zu familiär und viel zu verharmlosend". In jeder seiner Äußerungen nach dem von ihm erhobenen Vorwurf, Sascha Anderson sei ein Stasi-Spitzel gewesen, hat Wolf Biermann mittlerweile nachgelegt, nicht Beweise, sondern neue Verdächtigungen.

Dem "Spiegel" überließ er es, eine Stasi-Registriernummer zu präsentieren, zu der bislang keine zugehörige Akte gefunden wurde, die aber angeblich der Schriftsteller und Stasi-Aufklärer Jürgen Fuchs ausgemacht hatte. Dieser - mit beweiskräftigen Enthüllungen angekündigt - dementierte wiederum, mit dem "Spiegel" überhaupt geredet zu haben und distanzierte sich von so einer Art Verdächtigungskampagne.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen witterte ein spannendes Spektakel und konfrontierte in "Kennzeichen D" Biermann und Anderson miteinander. Dort erfuhr Biermann von Anderson (offensichtlich erstmalig), daß dieser für das Singen und Drucken von Biermanntexten in den Knast gewandert war. Biermann quittierte: "Wir haben doch gar kein persönliche Verhältnis zueinander." Biermanns Standard-Antwort zur Frage nach Beweisen war, das werde sich vor Gericht klären und Anderson sei ein Spitzel. Anderson bestritt sehr erregt, informeller Mitarbeiter gewesen zu sein, der bewußt Informationen an die Stasi gegeben habe.

Und was ist dran?

Es ist ganz einfach: Anderson hat nach eigenen Angaben etliche Gespräche mit der Stasi geführt, "Ich hab alles gesagt, was ich wußte", und er hat seinen Freunden nicht erzählt, daß er mit der Stasi solche Gespräche hatte.

Es ist ganz kompliziert: Andersons Generation, die künstlerische Avantgarde der 80er Jahre, hatte in "Reaktion auf die Paranoia der Generation (die Biermann/Havemann-Generation, d. Verf.) vor uns, die sich ununterbrochen bespitzelt gefühlt hat und Gerüchte ausgestreut hat" eine Haltung entwickelt, die die Existenz der Stasi zu ignorieren trachtete: "Wir haben uns mit der Stasi nicht beschäftigen wollen. Wir wußten, daß die Telefone abgehört werden, daß die Wohnungen überwacht werden. Unser Slogan damals hieß, die Stasi sei eine ‚Informationsstruktur`, die durch die gesamte Gesellschaft läuft. Wir waren alle vom französischen Strukturalismus beeinflußt. Und für uns war die Stasi eine Struktur unter vielen Strukturen. (...) Die Gleichgültigkeit gegenüber der Stasi war nötig, um ohne Mißtrauen miteinander zu arbeiten." Und Anderson hält Biermann vor (da war man im Kennzeichen-D-Drama schon vom "Du" zum "Sie" gekommen): "Herr Biermann, Sie sind kaputt, weil Sie zehn Jahre nicht hier waren, weil Sie nicht verstehen, daß andere nach Ihnen eine andere Art der Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft hatten." Der Schriftsteller Torsten Preuß beschreibt die Nach-Biermann-Generation als eine, die mit Biermanns kämpferischem Widerstand nur noch die Ursache, nicht mehr Weg und Ziel gemeinsam hatte. Die anderes im Sinn hatte, als die DDR-Gesellschaft auf den richtigen, den wahren kommunistischen Weg zu bringen und die den Staat DDR da liegen ließ, wo er hingehören wollte.

Ring frei für die InterpretatorInnen: Der Schriftsteller Lutz Rathenow (auch seinerzeit illegal verlegt von Anderson) berichtete auf dem "Leipziger Literarischen Herbst" im Oktober 91, er habe in vier Stapel Stasi-Akten über den von ihm Anfang der siebziger Jahre gleiteten Jenaer Lyrikkreis Einsicht nehmen können. Daraus gehe hervor, daß nicht nur die Durchsetzung dieses oppositionellen Zirkels durchgeplant gewesen sein, "sondern auch die Neugliederung in Autor A, der diese, Autor B, der jene, und Autor C, der gegen A eine dritte Lyrikrichtung vertreten solle. Es sei zu erwarten, so Rathenow, daß man nach Offenlegung der Akten mit der Tatsache leben müsse, daß die Stasi nicht nur Literatur verhindert, sondern auch ‚geplant' habe. Nicht das destruktive, das konstruktive Moment einer ‚zunehmenden kulturpolitischen Gestaltung durch die Staatssicherheit' scheint für ihn ein Faktum, das ihn ‚eine Art Marquis de Sade des 21. Jahrhunderts' erahnen läßt. In diesem Zusammenhang fragte er sich, ob die ‚Entpolitisierung der Avantgarde' in den achtziger Jahren in der DDR nicht auch Teil eines Planspiels gewesen sei". (FAZ, 28.10.91)

Torsten Preuß schrieb ein "Loblied auf den etwaigen Spitzel Anderson" (taz, 1.11.91). Für ihn ist es unerheblich, ob Anderson Spitzel war oder nicht. Jedenfalls "für die, welche die Abenteuer seiner illegalen Lesungen mitgemacht haben, den ersten Pogo bei seinen Konzerten getanzt haben. Denen kann es jetzt egal sein, wer sie damals in dem Gefühl bestärkte, in diesem Staat nicht allein mit ihrer Opposition zu sein. Wenn es die Stasi selber war - welch Ironie der Geschichte. Das MfS als Totengräber der Republik. Warum nicht?"

Alles Produkte der Stasi? Die Verbitterung eines Wolf Biermann, der endlich Rache nehmen kann für elf Jahre Auftrittsverbot und anschließende Ausbürgerung und nunmehr nach den TäterInnen fahndet, aber ausgerechnet auf einen stößt, der mit 20 Jahren 1972 von Biermanns Versen begeistert diese druckt und dafür von der Stasi eine Niere zerprügelt und seine berufliche Laufbahn zerstört bekommt?

Eine Szene, die sich dem System der DDR nicht mehr in den Weg stellte, deren Opposition durch den Staat, aber nicht durch sie selbst bestimmt war, die ein Leben in der Wüste probierten ohne Arbeit und in Verweigerung und Ignoranz dieses Staates?

Eine Opposition, die von der Stasi gesteuert wurde? Oder mehrere Oppositionen, die gegeneinander ausgespielt wurden?

Eine Schizophrenie der Szene, in der zwar alles "freiwillig vom Standpunkt des einzelnen aus, aber gezwungenermaßen illegal vom Standpunkt des Staates aus" (Torsten Preuß in taz) war?

Eine Strategie des Gerüchts, wie sie heute Biermann pflegt, die eine der bösartigsten Praktiken der Stasi war, über jemanden das Gerücht zu verbreiten, daß er Spitzel sei?

Die Stasi-AufklärerInnen können ein Lied davon singen, wie informelle MitarbeiterInnen bis zuletzt, wenn ihnen die Akte unter die Nase gelegt wird, ihre frühere Tätigkeit abstreiten, welche Gründe sie vorbringen und Entschuldigungen, daß sie nur das Beste wollten. Auch Anderson erklärt, daß er durch seine Gespräche u.a. einen Freund schützen wollte. Seine Behauptungen, er habe nicht wissentlich Informationen weitergegeben, einerseits, und er habe alles gesagt, was er wußte, passen in unseren Denkkoordinaten nicht zusammen. Ein "Spitzel von der somnambulen Sorte", ein ganz gewiefter Täter, der sich mit Amnesie rausredet, ein Opfer der zweiten Generation?

Aber das Drama spielt heute im Rechtsstaat BRD, wo Akten käuflich und Einschaltquoten karriereentscheidend sind (obwohl sich selbst der Kennzeichen-D-Journalist später in der taz von seinem Tun entsetzte). Die Kategorie Schuld wird westdeutsch buchstabiert und justiziert. In diesem Rechtsstaat und seiner so unendlich freien Gesellschaft hat Wolf Biermann ("Sie alle können es nicht ertragen, daß das SED-Monopol der öffentlichen Kritik jetzt demokratisiert wurde") seinen Platz gefunden. Der Wolf Biermann, dessen Lieder viele von uns so mochten, wie es Anfang der siebziger Jahre Anderson tat.

War es der Dank für die Verleihung des Büchnerpreises (in seiner Laudatio lobte Marcel Reich Ranicki insbesondere Biermanns Fähigkeit zur Selbstkritik), war es der Dank dafür, daß er im Westen (spätestens seit Herbst 89, allerspätestens seit seiner Befürwortung des Golfkrieges) das geworden ist, was er in der DDR nie werden konnte, nämlich ein in den literarischen Institutionen und bürgerlichen Feuilletons gefeierter Barde? "Wenn Ihr mich brechen wollte da oben, müßt Ihr mich loben, loben, loben" hieß es in einem seiner früheren Lieder - es scheint soweit gekommen zu sein. In seiner Preisrede hatte Biermann ja nicht nur den Spitzelvorwurf erhoben, sondern den Ossis "breitärschiges Selbstmitleid" bescheinigt: "Ich mag sie nicht mehr. Sie wurden mir vor 16 Jahren gestohlen, und sie können mir gestohlen bleiben. Sie wollen billig davonkommen, und sowas hat seinen Preis." Das war so manchem Wessi aus dem Herzen gesprochen. Und Biermann weiß sich auf dem Terrain zwischen gelernter Ossi- wie Wessi-Mentalität zu bewegen: "Seit nun der Streit um die Stasi-Karriere so mancher Geistesgrößen in Ost und West losbrach, fragt man die Schriftsteller nicht mehr zuerst, wie viele gute Bücher sie geschrieben haben, sondern wie viele gute Freunde sie verraten haben." Darum reichte es auch nicht, gegen Anderson den Spitzelverdacht zu richten, zusätzlich mußte Anderson auch als "unbegabter Schwätzer" diffamiert werden. Wenn schon DDR, dann ganz weg. Dieser Biermann ist überflüssig geworden.

In seiner Laudatio zu einer Preisverleihung bescheinigte er dem Schriftsteller Utz Rachowski: "So stießen ihn die Herrschenden schon früh hinab in die herrschende Arbeiterklasse, und das erwies sich, wenigstens für die Bildung des Charakters, als gute Schule." Es ist dieselbe Schule und die Schule Biermanns, die auch einen

Anderson formte. Ein menschliches Drama im wahrsten Sinne der griechischen Tragödie: Die Helden werden unschuldig schuldig. Im Kunstwerk folgt unweigerlich der Tod der Helden und bewirkt die Katharsis, die Läuterung. Die ZuschauerInnen gehen mit dem Gefühl nach Hause, ein schweres Problem durchgestanden zu haben, und denken, zum Glück hat's mich nicht erwischt.

Im wirklichen Leben darf auch schon mal nach Ursache und Wirkung gefragt werden, nach Aufklärung und Verantwortung. Die Sieger nehmen den Besiegten immer ihre Niederlage übel. Selbst die FAZ stellte fest, "So deckt man nicht die Vergangenheit auf. So zettelt man einen seelischen Bürgerkrieg an."

Biermann, der in den herrschenden Medien seine Denunziationen publizieren läßt, aber ein Forum der Betroffenen wie letzte Woche in Berlin meidet, hat sich auf die Seite der Wölfe geschlagen. Ob Anderson ein Schaf ist - in beiden Bedeutungen des übertragenen Sinns - muß aufgeklärt werden. Vielleicht helfen dazu weniger die Kategorien TäterInnen und Opfer, sondern vielmehr das Eintreten dafür, daß die Betroffenen ein Einsichtsrecht in ihre Akten bekommen und daß die Gesellschaft der ehemaligen Opfer und TäterInnen ein eigenes Forum zu Bewertung ihrer Geschichte findet. Die denkbar schlechtesten RichterInnen sitzen im Westen.

Claudia Gohde

Alle Zitate aus: DIE ZEIT vom 1.11.91; Der Spiegel Nr. 43/1991 und 44/1991; Süddeutsche Zeitung vom 25.10.91; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.10.91 und 14.11.91; die tageszeitung vom 1.11.91; Hamburger Abendblatt vom 28.10.91 und 13.11.91

48. Büro der Gruppe K

CD-Datei: daten/aksuche/ak336/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:49

Der politischen Auflösung des KB folgt die räumliche Trennung: die Hamburger Gruppe K hat im Karoviertel ein eigenes Büro bezogen, um die politische Kommunikation zu verbessern.

Das Büro ist von Montag bis Donnerstag 17.30 - 19.00 Uhr besetzt und erreichbar unter Tel.: 040/438846.

Die neue Kontaktadresse der Gruppe K: Karolinenstraße 21 · Haus 2 · 2000 Hamburg 36

49. EG-Streit um Außen- und Militärpolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak336/eg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:eg

Nach der Auflösung der bipolaren Nachkriegsordnung, dem Anschluß der DDR an die BRD und dem Zerfall der Sowjetunion geht es um die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa einerseits und ihr Verhältnis zu Osteuropa und der Sowjetunion andererseits. Während in Osteuropa und der UdSSR totale Desintegration stattfindet, wird zwischen den kapitalistischen Staaten um die weitere Integration gestritten.

Das kürzlich geschlossene Abkommen zwischen den zwölf EG-Staaten und den sieben Ländern der EFTA zur Bildung einer gemeinsamen Freihandelszone verweist darauf ebenso wie das Interesse der BRD, die Entwicklung der EG zu einem föderativen Staatenbündnis zu forcieren.

Mit dem Projekt dieser "Politischen Union" verfolgt die BRD ihre eigenen hegemonialen Interessen. Die Bundesregierung versucht, ein "Junktim" zwischen der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (woran ein relativ breites Interesse in der EG besteht) und etlichen Sonderzielen durchzusetzen: gemeinsame Außen- und Militärpolitik; einheitliche Innen-und Rechtspolitik; gemeinsame Politik auf den Gebieten Polizei, Einwanderung, Antiterror, Drogen; Erweiterung der übernationalen Kompetenzen des Europaparlaments.

Das stößt auf wenig Gegenliebe bei den "Verbündeten". Der Streit zwischen den kapitalistischen Großmächten nimmt zu. Seite 20

50. Heimkehr nach Europa?

CD-Datei: daten/aksuche/ak336/euro.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:euro

Als ungarische Zöllner die Grenzen öffneten, als Ceausescu hingerichtet wurde, als die kommunistischen Parteien Osteuropas sich auflösten oder ihren Namen wechselten - jedesmal hieß es: Heimkehr nach Europa. Schließlich hatte vierzig Jahre lang, so jedenfalls die Zweckdarstellung westlicher Politiker und Kommentatoren, zwischen Warszawa, Sofia und Budapest asiatische Despotie geherrscht; jetzt aber kehre Osteuropa in die europäische Staatenfamilie zurück.

Welchem Europa aber ging der Osten verloren? Jenem Europa, in dem die Faschisten von Berlin über Zagreb und Rom sich gegen den Rest der Welt verschworen? Oder dem Europa des polnischen Putschgenerals Pilsudski, des von den Nazis eingesetzten rumänischen Königs, dem Europa des Dollfuß in Österreich und Hitler in Deutschland? Oder dem Europa des sozialen Aufbruchs nach dem Ersten Weltkrieg? Genauer betrachtet entbehrt die Parole von der "Heim- kehr nach Europa" jeder historischen Wahrheit - das idealisierte Europa, von dem der Osten nach dem Zweiten Weltkrieg abgetrennt wurde, existierte zu keinem Zeitpunkt. Tatsächlich wird der Osten in ein imperialistisches, kriegerisches, von Rassismus und sozialen Gegensätzen geschütteltes Europa zurückgezwungen.

Hannes Hofbauer analysiert den von den imperialistischen Staaten (nach 1945) erzwungenen Versuch und das Scheitern einer vom Weltmarkt abgekoppelten Entwicklung Osteuropas aufSeite 21

51. Flüchtlinge organisieren Widerstand

CD-Datei: daten/aksuche/ak336/greifs.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:greifs

Von Staat und Rassisten verfolgt

Flüchtlinge organisieren Widerstand

Nach Greifswald wurden die 85 Flüchtlinge mit dem Versprechen gesicherter Unterbringung gelockt. Flucht im neuen Deutschland war die Folge. Der brutale Überfall einer Horde Faschisten, Skins und Hools auf ihr Flüchtlingsheim war den verantwortlichen Politikern in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein nicht einmal ein Wort des Bedauerns wert.

Beklagt wurde dafür einmal mehr die "Schande für Deutschland". Angeklagt wurden die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen, weil sie nicht stillhielten, sondern sich seit mittlerweile mehr als neun Wochen zur Wehr setzen. Sie haben bislang einen kaum für möglich gehaltenen Widerstand und Selbstorganisation von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern praktiziert. Ihn zu erledigen, ist für den Staat zu einer Prestigefrage geworden, um kein Exempel für andere Flüchtlinge zuzulassen.

Ein CDU-Innenminister aus Mecklenburg-Vorpommern beweist rechtsradikale Qualitäten, wenn er die Flüchtlinge zu Schuldigen und ihre autonomen UnterstützerInnen zu Drahtziehern angeblich selbstinszenierter faschistischer Überfälle erklärt. Ein sozialdemokratischer Sozialminister aus Schleswig-Holstein begründet staatliche Unnachgiebigkeit mit rechtsstaatlichen Prinzipien. Dabei enthüllt er, was der Kern sozialdemokratischer Weigerung, den Artikel 16 GG zu ändern, ist. Die scheindemokratische Fassade, unterhalb derer ein gemeinsames Ziel verfolgt wird: die Einschränkung des Asylrechts, die beschleunigte Abschiebung und die Zerschlagung jedes Ansatzes von Gegenwehr von Flüchtlingen.

Die Kirchen schließlich finden viele gottesfromme Worte des Bedauerns über rassistische Überfälle. Im Konsens mit der Politik sind sie allerdings bemüht, den staatlichen Standpunkt des vollen Bootes durch Druck auf jene Gemeinden, die aus humanitären Gründen Flüchtlingen Schutz gewähren, zum christlichen Standpunkt zu machen.Seite 4 und folgende

52. PDS: "Radikale Reform" oder "fundamentalistische Pose"?

CD-Datei: daten/aksuche/ak336/misch.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:misch

Mit ihren "Sechs Thesen zur Strategie und Politik der PDS" hat die Gruppe "radikaler Reformer" um André Brie und Hans Modrow den Versuch unternommen, die Partei auf die vorrangige Behandlung der angeblichen "Schlüsselfrage" sozialistischer Taktik und Strategie auszurichten. Im Mittelpunkt der zukünftigen PDS-Politik sollen der "Kampf um das Recht auf Erwerbsarbeit" und die "Demokratisierung der wirtschaftlichen Beziehungen" stehen. Daß dieses Ein- Punkt-Programm die PDS aus der Krise führen kann, darf wohl bezweifelt werden. Unter den RedakteurInnen des ak ist umstritten, ob die auf dem PDS-Parteitag im Dezember anstehende Entscheidung eine Richtungsänderung bedeutet, oder ob die PDS nur zu ihrem "immer schon existenten Mehrheitsansatz" findet. Einer der hierzu abgedruckten Diskussionsbeiträge formuliert eine Warnung: "Trau niemandem, der seinen PDS-Austritt mit der Entwicklung der Partei und nicht mit seinen eigenen Irrtümern begründet".Seite 32

Kambodscha

Friede oder "Killing fields"? Kaum ein Konflikt ist so von den Machtinteressen der Großmächte beeinflußt worden wie der in Kambodscha. Kaum ein Volk hat bis zum heutigen Tage so darunter zu leiden gehabt wie das kambodschanische. Der von den Konfliktparteien nach vierjährigen Verhandlungen unterzeichnete Friedensvertrag ist nur vordergründig ein Schlußstrich. Schlimmstenfalls könnte er zu einem neuen kriegerischen Machtkampf führen. Denn mit dem Frieden ziehen auch die Mörder von einst, die Roten Khmer, in Phnom Penh ein. In jedem Fall droht Kambodschas Integration in die "neue friedliche Weltordnung" viele Menschen in katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse zu stürzen. Die alte und neue Regierungspartei beschreibt ein Beobachter als "die antikommunistischste KP, die mir je begegnet ist. Sie hat ein kapitalistisches Wirtschaftssystem eingeführt, und die einzige Ideologie, die sie besitzt, heißt: Überleben".Seite 17

Mauerschützen:

Rache für Nürnberg? Ein spektakulärer Prozeß ganz nach dem Geschmack der Sensationspresse wird seit Anfang September in Berlin verhandelt. Angeklagt sind vier ehemalige DDR- Grenzsoldaten wegen des Vorwurfs, im Februar 1989 den Ostberliner Chris Gueffroy an der Berliner Mauer erschossen zu haben. Daß ohne gültige Rechtsgrundlage verhandelt wird, bereitet den Richtern ebensowenig Kopfzerbrechen wie den meisten Prozeßbeobachtern. Der Triumph des Staatszwecks über das lästige Formalrecht steht schon im voraus fest: die Angeklagten werden verurteilt werden. Der Sieger des Prozesses, schreibt unser Autor, "wird in seiner ganzen Riesenhaftigkeit der Rechtsstaat deutscher Prägung sein".Seite 27

53. Faschisten geschont

CD-Datei: daten/aksuche/ak336/nazi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:nazi

"Scharfe Bestrafung" rassistischer Angriffe - so tönt es derzeit aus führenden Juristenkreisen. Staatsschützer entdecken Nazi-Banden.

Die Realität der Strafverfolgungsbehörden sieht anders aus. Erste Urteile wirken eher als Aufforderungen zum Weitermachen, faschistische Organisierung wird in jahrelang erprobter Manier vertuscht.

Ein Überblick über die Arbeit von Gerichten und VSab S. 14

Ein Herz für Ausländer

Nach Hoyerswerda entdecken die Deutschen ihr "Herz für Ausländer". Die neuen Ausländerfreunde wollen das "Ansehen Deutschlands" retten und ordnen sich dem rassistischen Konsens unter.

Aber auch der Anti-Rassismus der radikalen Linken ist häufig noch durch ökonomistische Erklärungen und Paternalismus geprägt. Eine Einschätzung ab S. 6

Um zumindest dem theoretischen Defizit entgegenzuwirken einige Lesehinweise ab S. 9

9. November 91

Schweigemärsche, Kundgebungen, Demos: die Aktivitäten der Linken zum 53. Jahrestag der Novemberpogrome gegen JüdInnen standen im Zeichen des Terrors gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Kontroversen gab es um die Aufrufe und den Charakter der Veranstaltungen in Berlin und Hamburg. Berichte und Dokumente ab S. 11

54. Selbstbestimmungsrecht?

CD-Datei: daten/aksuche/ak336/selb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:336:selb

Mit dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" geht der Zerfall der UdSSR und Jugoslawiens einher. Die Schlußfolgerungen werden seit drei Ausgaben im ak kontrovers diskutiert. Dazu diesmal ein Beitrag von Kt. Zentrale Thesen des Autors:

* Die Bildung neuer Staaten darf man nicht primär am Ideal einer Welt ohne Grenzen und Nationalismen messen, denn eine solche Welt ist noch nicht in Sicht.

* Wenn ein Staat versucht, eine nach Lostrennung strebende Gruppe wider ihren Willen unter seiner Herrschaft zu behalten, so wird dies immer mit einer Reduzierung der Demokratie und repressiver Gewalt verbunden sein.

* Es gibt deshalb heute zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts keine vernünftige Alternative. Seite 24